



34. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 22. Juni 2006

Mitteilungen der Präsidentin3687

1 Aktuelle Stunde

Thema: **Lebensmittelüberwachung „Verbraucherschutzindex 2006“**

Antrag
der Fraktion der SPD
gemäß § 90 Abs. 2 GeschO3687

Annette Watermann-Krass (SPD)3687
Marie-Luise Fasse (CDU).....3689
Johannes Rimmel (GRÜNE)3691
3699
Holger Ellerbrock (FDP)3693
Minister Eckhard Uhlenberg3695
3701
Svenja Schulze (SPD).....3697
Karl Kress (CDU).....3698
Dr. Stefan Romberg (FDP).....3700
André Stinka (SPD)3703
Clemens Pick (CDU)3704

2 Zweites Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (2. Schulrechtsänderungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1572

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für
Schule und Weiterbildung
Drucksachen 14/2112 und 14/2149

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2150

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2159

dritte Lesung 3705

Bernhard Recker (CDU) 3705
Ute Schäfer (SPD)..... 3706
Sylvia Löhrmann (GRÜNE) 3708
Ralf Witzel (FDP) 3710
Ministerin Barbara Sommer 3712
Dr. Robert Orth (FDP) 3713
(Erklärung gem. § 46 GeschO)
Johannes Rimmel (GRÜNE) 3713
(zur GeschO)

Ergebnis..... 3714
Siehe auch Anlage..... 3799

3 Volksinitiative gemäß Artikel 67 a der Landesverfassung: „Volksinitiative für die Beibehaltung der gesetzlich zugesicherten Kinder- und Jugendförderung“

Unterrichtung
durch die Präsidentin
Drucksache 14/1633
Vorlage 14/268

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Generationen,
Familie und Integration
Drucksache 14/2057

In Verbindung damit:

Volksinitiative gemäß Artikel 67 a der Landesverfassung: „Volksinitiative NRW 2006 – gegen Kürzungen der Landesförderung bei Kindern, Jugendlichen und Familien“

| | |
|--|--|
| Unterrichtung durch die Präsidentin Drucksache 14/1872 Vorlage 14/291 | Friedhelm Ortgies (CDU)..... 3751 <i>Ergebnis</i> 3752 |
| Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Generationen, Familie und Integration Drucksache 14/2125.....3714 | 6 Verhandlungen zur Beendigung der Stein- kohlesubventionen vor dem Hintergrund der Ergebnisse der RWI-Studie fortführen |
| Marc Ratajczak (CDU)3715 Britta Altenkamp (SPD)3716 Andrea Asch (GRÜNE)3719 3726 Christian Lindner (FDP).....3721 Minister Armin Laschet.....3724 | Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/2101 |
| <i>Ergebnis</i>3727 | Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/2155 |
| 4 NRW für steuerliche Förderung von Nach- rüstung mit Dieselrußfiltern | Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/2167 3752 |
| Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/2102.....3727 | Dr. Wilhelm Droste (CDU) 3752 Dietmar Brockes (FDP) 3754 Karl Schultheis (SPD)..... 3756 Reiner Priggen (GRÜNE) 3759 Ministerin Christa Thoben..... 3761 Norbert Römer (SPD) 3763 |
| Johannes Rimmel (GRÜNE)3727 3737 Monika Brunert-Jetter (CDU).....3728 Stefanie Wiegand (SPD)3729 Holger Ellerbrock (FDP)3730 3738 Minister Eckhard Uhlenberg.....3732 3738 Hans-Willi Körfges (SPD)3734 Oskar Burkert (CDU)3736 | <i>Ergebnis</i> 3764 |
| <i>Ergebnis</i>3739 | 7 Das NRW-Ziel-2-Programm 2007 – 2013: EFRE- und ESF-Förderung konsequent und zukunftssichernd ausgestalten |
| 5 Eine langfristig tragfähige Strategie für die Entwicklung ländlicher Räume in Nord- rhein-Westfalen entwickeln | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/2108..... 3764 |
| Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/2093.....3739 | Sylvia Löhrmann (GRÜNE) 3764 Dr. Stefan Berger (CDU) 3766 Thomas Eiskirch (SPD) 3768 Dietmar Brockes (FDP) 3771 Ministerin Christa Thoben..... 3772 Wolfram Kuschke (SPD)..... 3774 |
| Annette Watermann-Krass (SPD)3739 Heinrich Kemper (CDU)3740 Johannes Rimmel (GRÜNE)3742 Holger Ellerbrock (FDP)3744 Minister Eckhard Uhlenberg3746 André Stinka (SPD)3749 | <i>Ergebnis</i> 3775 |
| | 8 Agrarstandort Nordrhein-Westfalen durch Bürokratieabbau stärken |
| | Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/2097 3775 |

| | |
|----------------------------------|------|
| Friedhelm Ortgies (CDU)..... | 3775 |
| Holger Ellerbrock (FDP) | 3777 |
| | 3785 |
| Svenja Schulze (SPD)..... | 3778 |
| Johannes Remmel (GRÜNE) | 3780 |
| Minister Eckhard Uhlenberg | 3782 |
| Heinrich Kemper (CDU) | 3783 |

Ergebnis.....3785

9 Begabungsförderung im Kontext individueller Förderung

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2099.....3785

| | |
|--------------------------------------|------|
| Marie-Theres Kastner (CDU) | 3785 |
| Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) | 3787 |
| | 3795 |
| Marlies Stotz (SPD)..... | 3788 |
| Sigrid Beer (GRÜNE) | 3790 |
| | 3796 |
| Ministerin Barbara Sommer..... | 3792 |
| Sören Link (SPD) | 3793 |

Ergebnis.....3796

10 Gesund essen, bewusst leben lernen Unverzichtbare Kulturtechnik Ernährungs- und Verbraucherbildung

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2106.....3797

Ergebnis.....3797

Nächste Sitzung:..... 30.08.2006

Entschuldigt waren:

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers
Minister Karl-Josef Laumann
(ab 14:30 Uhr)
Minister Dr. Helmut Linssen
Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter
Minister Dr. Ingo Wolf
(ab 15:00 Uhr)

Dr. Michael Brinkmeier (CDU)
(ab 10:15 Uhr)
Ilka Keller (CDU)
(ab 10:15 Uhr)
Bernd Krückel (CDU)
(ab 15:30 Uhr)
Dr. Jens Petersen (CDU)
Elke Rühl (CDU)
(ab 15:15 Uhr)
Rolf Seel (CDU)

Ulrike Apel-Haefs (SPD)
Martin Börschel (SPD)
Marc Jan Eumann (SPD)
Ralf Jäger (SPD)
Hans-Theodor Peschkes (SPD)
(ab 14:30 Uhr)
Dr. Karsten Rudolph (SPD)
(ab 11:00 Uhr)

Oliver Keymis (GRÜNE)
Christof Rasche (FDP)

Beginn: 10:05 Uhr

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie zu unserer heutigen, 34. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auf der Tribüne haben **Ehregäste aus der Republik Südafrika** Platz genommen, die sich zurzeit über die Organisation und den Ablauf der Fifa-Weltmeisterschaft in Deutschland informieren wollen.

(Lebhafter allgemeiner Beifall)

Sie wissen sicherlich alle, dass die nächste Fußballweltmeisterschaft in Südafrika stattfindet. Es ist mir deshalb Ehre und Freude zugleich, den Vorsitzenden des Sportausschusses des südafrikanischen Parlaments, Herrn Butana Komphela, und weitere Delegationsmitglieder begrüßen zu können. Ich heiße Sie im Landtag Nordrhein-Westfalen sehr herzlich willkommen. Sie haben sich ja gestern schon mit uns gemeinsam ein Fußballspiel hier im Hause angesehen. Ich hoffe, dass Sie aus diesem fußballbegeisterten Land Nordrhein-Westfalen viel mitnehmen, was Sie für Ihre Weltmeisterschaft nutzen können.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, für die heutige Sitzung haben sich 18 Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Aktuelle Stunde

Thema: **Lebensmittelüberwachung
„Verbraucherschutzindex 2006“**

Antrag
der Fraktion der SPD
gemäß § 90 Abs. 2 GeschO

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 19. Juni zu der genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort Frau Watermann-Krass. Bitte schön.

Annette Watermann-Krass (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben hier im Parlament bereits mehrfach über Lebensmittelüberwachung in NRW gesprochen. Erst gestern haben wir im Nachgang zu dem Gammelfleischskandal aufgrund eines SPD-Antrags die Bedingungen in der Fleischindustrie diskutiert.

Nun ist es das eine, hier im Parlament zu sprechen und damit die Öffentlichkeit zu informieren, und das andere, wirklich zu handeln. Im letzten Jahr waren sich alle Redner relativ einig, dass die Verhältnisse bei der Produktion und Weiterverarbeitung kontinuierlich Thema der Politik sein müssen. Es wurden Anfang des Jahres Aktionsprogramme auf Landesebene und auch auf Bundesebene angekündigt.

Was ist seitdem passiert? – Um dieses Thema ist es sehr ruhig geworden. Da gibt es viele Pressemitteilungen des Ministeriums, die sich zum Verbraucherschutz äußern. Aber, Herr Uhlenberg, es reicht nicht aus, ab und zu mit einer netten Pressemitteilung zur Verbraucherpolitik nach draußen zu treten.

(Zuruf von der CDU: Das müssen Sie gerade sagen!)

Sie müssen auch als Verbraucherschützer tätig werden.

(Beifall von der SPD)

Wo Handlungsbedarf besteht, zeigt das neue Ranking der Verbraucherzentrale. Die zwei zentralen Ergebnisse: NRW steht im Verbraucherschutz insgesamt gut da und belegt den zweiten Platz. Die Situation hat sich in den letzten zwei Jahren sogar noch ein bisschen verbessert – auch ein Verdienst der rot-grünen Landesregierung.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Lachen und Zurufe von der CDU)

Aber, erschreckend: Bei den Lebensmittelkontrollen belegt unser Land – hören Sie gut zu! – den letzten Platz. Sie erreichen in NRW gerade einmal ein Fünftel der maximal erreichbaren Punktzahl.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Das war 2004! – Zurufe von CDU und FDP)

– Das hätten Sie schon ändern können. Ich komme gleich darauf zu sprechen.

Noch erschreckender ist es, wenn man diese Erkenntnisse über die Arbeit Ihrer Landesregierung

legt. Herr Uhlenberg, Ihre Politik führt in die völlig falsche Richtung.

(Beifall von Svenja Schulze [SPD] – Minister Eckhard Uhlenberg: Ach! – Zuruf von der CDU: Soll das eine Büttenrede werden?)

Zuerst kürzen Sie die Mittel und das Personal, und dann tun Sie nichts.

Im vergangenen Jahr hat das Ministerium einen Arbeitsstab zum Fleischhandel eingerichtet.

(Zuruf von der CDU: Wir reden über Ihre Bilanz!)

Als Antwort auf unsere Kleine Anfrage erfuhren wir von der Landesregierung, dass dieses Gremium bisher nur einmal getagt hat.

(Zustimmung von der SPD)

Wir haben ein Zentrum für Fleischproduktion und -verarbeitung und landen bei diesem Ranking auf dem letzten Platz! Wir produzieren in NRW in großem Umfang Lebensmittel, wir importieren eine riesige Menge an Lebensmitteln – und wir sind beim Ranking zur Lebensmittelkontrolle auf dem letzten Platz.

(Minister Eckhard Uhlenberg: 2004!)

– Herr Uhlenberg, es lag und liegt in Ihrer Verantwortung, nach diesen Skandalen zu handeln.

(Beifall von der SPD)

Der Gammelfleischskandal hat eine völlig neue Dimension von krimineller Energie in der Lebensmittelbranche deutlich gemacht. Das sind aktuelle Herausforderungen. Sie können sich da nicht mit Hinweisen auf 39 Jahre SPD-Regierung und auf die Schulden herausreden. Das ist jetzt Ihre Verantwortung, da müssen Sie handeln!

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

NRW erreichte beim Verbraucherindex der Lebensmittelkontrolle mit 14 Punkten gerade knapp mehr als 20 % der maximal erreichbaren Punktzahl.

(Minister Eckhard Uhlenberg: 2004! – Zuruf von der CDU: Reden Sie einmal mit Frau Höhn! – Zuruf von Holger Ellerbrock [FDP])

Bei der Frage, wie viele Unternehmen bei der Lebensmittelkontrolle berücksichtigt werden, wird deutlich, dass in NRW nur etwas mehr als die Hälfte der durch die Behörden erfassten Betriebe der Lebensmittelindustrie auch kontrolliert wird. Im Klartext: Die Hälfte der Betriebe wird nicht kontrolliert. In NRW kommen auf 100 Betriebe 0,19 Lebensmittelkontrolleure.

(Zurufe von der CDU)

Damit erreichte NRW keinen von sechs möglichen Punkten. Ein Lebensmittelkontrolleur ist also für durchschnittlich rund 500 Betriebe zuständig.

(Heike Gebhard [SPD]: Da braucht einen nichts zu wundern!)

Wir wissen doch spätestens seit dem Gammelfleischskandal, wie aufwendig solche Prüfungen sind. Da geht es um die Lagerung in riesigen Kühllagern. Es dauert, bis man durch die Schleusen die relevanten Bereiche eines Betriebs wirklich erreicht hat.

(Zuruf von der CDU: Haben Sie das erst jetzt gemerkt?)

Daher ist es wichtig, dass wir gut ausgebildete und erfahrene Leute vor Ort haben, die genug Zeit haben, Betriebe auch wirklich zu prüfen.

Das Problem war bisher nicht die Hygiene in den Fleischereien. Es ist eine reine Nebelkerze, dass Sie jetzt ausgerechnet in diesem Bereich aktiv werden und ein Zentrum für Lebensmittelhygiene gründen wollen.

(Zurufe von der CDU)

Das Problem ist: Angesichts der aktuellen Lebensmittelskandale sind 0,19 Lebensmittelkontrolleure für 100 Betriebe kein akzeptabler Wert mehr.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Warum ist in NRW die Einwohnerzahl und nicht die Anzahl der Betriebe maßgeblich für die Anzahl der Kontrolleure? Das hätten Sie nach den Skandalen schon ändern können, statt nur Kommissionen einzuberufen, die dann nicht tagen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Lachen und Zurufe von der CDU)

Wo ist Ihr Konzept? Was ist Ihr Plan? Das kann doch nicht nur Bürokratieabbau sein!

(Zurufe von der CDU)

Ich wage nicht, mir vorzustellen, was passiert, wenn die schwarz-gelbe Koalition jetzt im Umweltministerium massiv Personal einspart, aber die Umstrukturierung nicht anhand der Aufgabenbeschreibung angeht.

(Beifall von der SPD)

Ihre Antwort auf die Herausforderungen bei der Lebensmittelkontrolle sind der Abbau von Personal und eine Verwaltungsreform. Wie wollen Sie

mit noch weniger Personal die Standards bei der Lebensmittelkontrolle verbessern?

(Hannelore Kraft [SPD]: Das wüsste ich auch gern!)

Wie soll mit weniger Leuten eine bessere Vernetzung mit anderen Bundesländern und dem Bund erreicht werden? Wie wollen Sie mit so viel weniger Leuten den Schutz der Verbraucher gewährleisten? Wie soll eine derartige Verwaltungsreform die Lebensmittelkontrolle verbessern?

(Zuruf von der CDU)

Sie wollen aber nicht nur beim Personal im Verbraucherschutzministerium sparen, Sie sparen auch bei der unabhängigen Beratung der Verbraucherinnen und Verbraucher.

(Zustimmung von der SPD)

Die einzige Institution, die eine unabhängige Beratung der Verbraucher leistet, ist die Verbraucherzentrale.

(Beifall von der SPD)

Im Haushalt für dieses Jahr haben Sie ausgerechnet bei dieser wichtigen Institution fast 1 Million € eingespart. Es ist auch immer noch nicht vom Tisch, dass die Verbraucherzentralen vor Ort damit von Schließungen bedroht sind.

Im erwähnten Verbraucherindex schneidet NRW insgesamt gut ab. Sie gefährden die Erfolge jahrlanger Arbeit!

(Beifall von der SPD)

Wir brauchen gerade in Zeiten von Fleischskandalen gut informierte Verbraucherinnen und Verbraucher. Wenn wir in NRW wirklich Verbraucherpolitikland Nummer eins bleiben wollen, müssen Sie bei der Lebensmittelkontrolle aber noch eine Menge machen.

(Zurufe von der CDU)

Dann müssen Sie auch die Verbraucherzentralen stärken und dürfen sie nicht noch weiter schwächen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die SPD-Fraktion wird sich sehr genau ansehen, wie Sie im Haushalt für 2007 mit der Verbraucherzentrale umgehen und ob Sie mit dem dauernd angekündigten Bürokratieabbau und Ihrer Verwaltungsreform nicht auch Standards zum Beispiel in der Lebensmittelkontrolle noch weiter senken.

Wir brauchen eine starke Verbraucherzentrale in NRW. Die Verbraucher haben ein Recht auf eine gute Lebensmittelkontrolle, die hohe Standards bei der Qualität der Lebensmittel sichern hilft. Die Fleischskandale haben uns doch gezeigt, dass wir hier nicht nur auf betriebliche Eigenkontrolle setzen können. Wir brauchen einen kontinuierlichen Überwachungsdruck, und den können nur gut geschulte Mitarbeiter in der Überwachung und Kontrolle sicherstellen.

NRW ist in der Lebensmittelüberwachung laut Verbraucherschutzindex auf dem letzten Platz. Das hat deutlich gemacht, dass wir in diesem Bereich deutliche Defizite haben. Ihre Politik verschärft die Situation, statt sie zu verbessern.

(Beifall von der SPD)

Herr Uhlenberg, werden Sie endlich als Verbraucherschutzminister aktiv! Machen Sie mehr als nur nette Pressemitteilungen und Besuche vor Ort! Die Landesregierung muss endlich im Sinne der Beschäftigten und der Verbraucher tätig werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD – Dr. Stefan Romberg [FDP]: Das war das Eigentor des Jahres! – Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Watermann-Krass. – Für die CDU spricht jetzt Frau Fasse.

Marie-Luise Fasse (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Verbraucherschutzindex wird die Verbraucherschutzpolitik der 16 Bundesländer bewertet. 59 Indikatoren dienen der Bewertung der verbraucherpolitischen Bilanz der Landesregierungen, der Landtage, der Kontrollbehörden und der Verbraucherorganisationen. Nordrhein-Westfalen gehört zur Spitzengruppe und – das hat Frau Watermann-Krass gesagt – liegt im Ranking auf Platz 2. Das ist erst einmal eine gute Nachricht und zeigt, dass der Verbraucherschutz in unserem Land eine große Rolle spielt und in der Landespolitik einen ebensolchen Stellenwert besitzt.

Eine kurze Zwischenbemerkung sei zu Anfang erlaubt. Es ist dahingestellt, ob ein Ranking zwischen 16 Bundesländern mit Einwohnern von 600.000 bis 18 Millionen überhaupt machbar ist. Bewertet wird unter anderem mit sechs Punkten, wenn ein Ministerium den Begriff Verbraucherschutz im Namen trägt. Über diese Sinnhaftigkeit lässt sich diskutieren. Das hat die Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz mit dem Bundesverband der Verbraucherzentralen und seiner

Vorsitzenden Edda Müller auch getan. Denn Namen sind Schall und Rauch, wenn sie nicht mit politischen Inhalten gefüllt sind.

(Beifall von CDU und GRÜNEN)

Aber lassen wir das einmal dahingestellt. Nordrhein-Westfalen kann sich zugute halten, dass es eine starke institutionelle Verankerung des Verbraucherschutzes in der Exekutive und in der Legislative gibt, die durch den Ausschuss für Verbraucherschutz im Landtag und im MUNLV zum Ausdruck kommt.

Dass Nordrhein-Westfalen bei der Bewertung des Verbraucherschutzes durch den Bundesverband der Verbraucherzentralen mit Platz 2 im Ländervergleich so gut abschneidet, liegt auch an der produktiven Zusammenarbeit zwischen der Politik und der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalens. Diese als Institution und das substantielle Miteinander zu erhalten ist erklärtes Ziel der Landesregierung. Deshalb stehen wir zur finanziellen Verantwortung; denn ohne öffentliche Zuschüsse ist die Arbeit der Verbraucherzentrale nicht möglich. Die CDU hält es für unumgänglich, dass sich auch die Verbraucherzentrale mit ihren Beratungsstellen um weitere Geldmittel zusätzlich zu denen des Landes bemüht. Dadurch kann sie den Staat entlasten und weitere Aufgaben wahrnehmen und trägt gleichzeitig einen Teil zur Konsolidierung des Landeshaushaltes bei.

Meine Damen und Herren, zurück zum Verbraucherschutzindex 2006, der – das will ich an dieser Stelle anmerken – sich auf Daten aus dem Jahre 2004 stützt, als Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen noch an der Regierung war! Das sollten Sie, meine Damen und Herren von der SPD und den Grünen, bei aller Kritik und den Angriffen auf die Landesregierung nicht vergessen. Die Ergebnisse des Verbraucherschutzindex 2006, der in der vergangenen Woche vorgestellt wurde, weisen darauf hin, dass selbst die Spitzenreiter nur zwei Drittel der möglichen Gesamtpunktzahl erreichen.

In einigen Leistungsbildern ist Nordrhein-Westfalen nicht Spitze. Das bestreite ich nicht; der Verbraucherschutzindex ist der Beleg dafür. Zum Beispiel im Unterindex Lebensmittel ist laut Veröffentlichung der Verbraucherzentrale Bundesverband noch vieles zu verbessern.

Dies war nun der Anlass der SPD, eine Aktuelle Stunde einzufordern. Das ist Recht und Aufgabe der Opposition, Frau Watermann-Krass. Und ich sehe, Sie nehmen Ihre Aufgabe, Ihre neue Rolle sehr ernst.

Dass die Landesregierung allerdings nichts unternimmt, um die Lebensmittelüberwachung zu verbessern, stimmt nicht. Wie sonst hätte sie den Gammelfleischskandal und die Schweinepest so schnell in den Griff bekommen können?

(Svenja Schulze [SPD]: Schnell?)

Wenn die Kontrollmechanismen versagt hätten, dann hätte beides viel größere Kreise gezogen und noch größeren Schaden angerichtet. Aber die Kontrollen haben gegriffen, weil die Landesregierung, namentlich das verantwortliche Ministerium mit Minister Uhlenberg an der Spitze, sofort reagiert hat. Das werden auch Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, nicht in Abrede stellen wollen.

Wenn Nordrhein-Westfalen im Unterindex Lebensmittel auf dem letzten Platz steht, dann liegt das nicht an Versäumnissen der CDU/FDP-geführten Landesregierung; denn, wie schon gesagt, Basis für das Ranking ist das Jahr 2004.

(Svenja Schulze [SPD]: Sie sind immer nur für das Positive verantwortlich, oder wie?)

– Nein, nein, meine liebe Frau Schulze, aber man muss bei der Wahrheit bleiben.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Es stimmt, dass Nordrhein-Westfalen keinen Jahresbericht zur Lebensmitteluntersuchung und -kontrolle veröffentlicht. Allerdings wird die Berichterstattung über die jährlich durchgeführten Kontrollen und Untersuchungen sowie Schwerpunktaktionen regelmäßig im Internet veröffentlicht. Die Notwendigkeit eines separaten Lebensmittelberichtes wird nicht gesehen, da über besondere Aktivitäten auf diesem Gebiet im Verbraucherschutzbericht informiert wird.

51 bis 60 % der Unternehmen, die von den Behörden erfasst sind, werden durch die Lebensmittelkontrolle geprüft. Das mag auf den ersten Blick wenig erscheinen. Allerdings wird in Nordrhein-Westfalen seit Jahren – das ist der Punkt – eine risikoorientierte Betriebskontrolle durchgeführt. Dies bedeutet, dass zunächst alle Betriebe risikoorientiert bewertet werden, und nach dem jeweiligen Ergebnis richtet sich der Umfang der Kontrollen. Hierdurch wird eine qualitativ hochwertige Kontrolle gewährleistet. Diese Risikobewertung wird im Verbraucherschutzindex bedauerlicherweise nicht berücksichtigt.

Im Übrigen kommt Nordrhein-Westfalen mit rund 654 Betrieben pro Lebensmittelkontrolleur der Forderung des Lebensmittelkontrolleurverbandes

nach, dass ein Kontrolleur rund 600 Betriebe betreut. Die Zahl der Lebensmittelkontrolleure im Verhältnis zur Zahl zu kontrollierender Betriebe liegt bei 0,19 pro Hundert. Dies korreliert mit der Bewertung, die ich im vorigen Punkt vorgenommen habe.

Meine Damen und Herren, die Zahl der untersuchten Proben durch die Lebensmitteluntersuchung im Verhältnis zur Einwohnerzahl liegt in Nordrhein-Westfalen bei 5,2. Damit liegt sie über der vom Bundesrat beschlossenen Zahl von fünf Proben je 1.000 Einwohner. Ob eine hohe Probenzahl wie in Hamburg von 9 bis 9,5 Proben je 1.000 Einwohner besser ist, sei dahingestellt. Es kommt nicht auf die nackte Zahl, sondern vor allem auf die Untersuchungstiefe und die Untersuchungsqualität an. Hierzu erfolgte im vorliegenden Verbraucherschutzindex 2006 keine Abfrage. Unabhängig davon kann die Untersuchungsstruktur in Nordrhein-Westfalen in Zukunft sicherlich verbessert werden. Das werden wir in Angriff nehmen.

(Svenja Schulze [SPD]: Wann denn endlich?)

Die Zahl der festgestellten Verstöße durch die Lebensmitteluntersuchung liegt in Nordrhein-Westfalen bei 14 bis 16,9. Hierzu die Bemerkung, dass eine hohe Beanstandungsquote nicht automatisch ein Index für eine gute Lebensmitteluntersuchung ist. Vielmehr weist eine niedrige Beanstandungsquote auch darauf hin, dass die Vor-Ort-Kontrollen in den Betrieben funktionieren.

Die angesprochenen Punkte machen deutlich, dass es bei der Lebensmittelüberwachung in Nordrhein-Westfalen noch einiges zu tun gibt – auch wenn sie nicht so schlecht ist, wie die Opposition uns glauben machen will. Ich habe aufgezeigt, dass sich das Ranking des Verbraucherschutzindex teilweise relativiert.

Um dennoch das vorhandene Kontrollpotenzial zum Wohle der Verbraucherinnen und Verbraucher auszuschöpfen, wollen wir die Zahl der Untersuchungsämter durch Zusammenlegung von kommunalen mit staatlichen Ämtern auf fünf bis sieben eigenständige Ämter mit jeweils einem Standort konzentrieren. Das Pilotprojekt, welches im April 2005 im Regierungsbezirk Detmold gestartet wurde, stimmt uns hoffnungsvoll. Die Untersuchungsämter sollen in Zukunft in bestimmten Untersuchungsbereichen Schwerpunkte bilden, sodass analytisch aufwendige Untersuchungen zentral für die Landesteile Rheinland und Westfalen oder für ganz Nordrhein-Westfalen durchgeführt werden. Wir erhoffen uns durch die Zusam-

menlegung Synergieeffekte, sodass Proben nach dem Lebensmittel- und Futtermittelgesetz noch effizienter und umfassender untersucht werden können. Die Zahl von fünf bis sieben eigenständigen Untersuchungsämtern gewährleistet zudem die räumliche Nähe zu den Lebensmittelüberwachungsämtern.

Die Landesregierung will den Neustrukturierungsprozess so schnell wie möglich abschließen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Wir warten darauf!)

Meine Damen und Herren, der gesundheitliche Verbraucherschutz ist ein hohes gesellschaftliches Gut; da sind wir uns alle einig. Wir sind uns unserer Verantwortung dafür bewusst und nehmen unsere Verpflichtung zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher sehr ernst. Als Sinnbild für unsere Motivation gilt folgender Leitspruch: Man soll niemandem seine Verantwortung abnehmen, aber man soll jedem helfen, seine Verantwortung zu tragen. – Hiernach haben wir bis jetzt gehandelt und werden das auch in Zukunft tun. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Kollegin Fasse. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ach, wenn die Welt doch so einfach wäre,

(Minister Eckhard Uhlenberg: Ja, das stimmt!)

könnten wir heute einfach miteinander diskutieren! Es ist nicht so, dass es mir keinen Spaß machen würde. Wenn Sie mich nachts wecken würden, hätte ich kein Problem damit, eine Philippika auf die Verbraucherschutzpolitik der Landesregierung zu halten.

Aber, meine Damen und Herren, an dieser Stelle ist die Welt doch etwas differenzierter. Frau Fasse hat eingeführt in die Auseinandersetzung und in die Frage, wie man diesen Bericht des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen bewertet. Wir müssen differenzieren, über welches Thema wir heute reden.

(Marie-Luise Fasse [CDU]: Genau!)

Reden wir über diesen Bericht? Dazu gibt es einiges zu sagen. Ich sage Ihnen ganz offen: Da müssen wir auch stringent sein. In unserer Regierungszeit haben wir die Systematik solcher Be-

richte kritisiert. Ich kritisiere die Systematik auch heute, weil es beispielsweise in Teilen ausreicht, nur den Namen Verbraucherschutz im Ministerium zu führen, um eine höhere Punktzahl zu bekommen. Das heißt aber noch nicht, dass die Politik entsprechend gut ist. Ich weiß nicht, ob das der richtige Maßstab ist. Wir haben das seinerzeit kritisiert; wir kritisieren es auch heute.

Natürlich – Sie haben Recht –: Die Verbraucherschutzpolitik in Nordrhein-Westfalen hat insgesamt einen höheren Stellenwert bekommen, die Punktzahl ist gestiegen.

(Clemens Pick [CDU]: Bravo!)

– Aber, Herr Pick, die Untersuchung hat von Oktober 2005 bis Februar 2006 stattgefunden, und es sind Befragungen durchgeführt worden. Ich wage zu bezweifeln, dass das auf die Politik der neuen Landesregierung zurückzuführen ist. Das würde ich mir schon selber gerne ans Revers heften.

Insgesamt hat die Verbraucherschutzpolitik in Nordrhein-Westfalen also einen guten Ruf. Allerdings – das muss man an dieser Stelle auch deutlich sagen – sind die Kürzungen, die Sie in Ihrem Haushalt zu verantworten haben, in den Index überhaupt nicht eingeflossen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Insofern muss man das Ganze sehr, sehr differenziert betrachten.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Pfuscherei ist das!)

Deshalb lassen Sie uns auf ein Segment dieses Indexes und dieser Befragung konzentrieren! Es lohnt sich in der Tat, intensiver über die Frage der Lebensmittelüberwachung zu diskutieren. Aber auch da ist es differenzierter. Ich bin etwas gehemmt, an der Stelle heute auf das Ministerium einzuhauen,

(Clemens Pick [CDU]: Dafür habe ich Verständnis!)

etwa bei der Frage – das ist ein Gegenstand dieses Indexes –, warum die Zahlen zu den risikoorientierten Betrieben einerseits und zum Personal, das dafür bereitgestellt wird, andererseits noch nicht vorliegen. Das ist ja ein wesentliches Kriterium, warum Nordrhein-Westfalen abgewertet worden ist. Diese Zahlen brauchen wir in der Tat, um festzustellen: Haben wir ausreichend Personal? Unsere These ist: In den Kommunen wird nicht ausreichend Personal zur Verfügung gestellt, um Lebensmittelkontrolle tatsächlich effektiv ausfüh-

ren zu können. Aber die Zahlen liegen noch nicht vor. Ich kann den Minister an der Stelle aber nicht kritisieren, weil er versprochen hat, diese Zahlen bis zum August vorzulegen. Das hat er mir zumindest in einem Brief versichert. Ich warte auf diese Zahlen. Dann müssen wir es gemeinsam bewerten. Aber unsere Arbeitshypothese ist: Wir haben zu wenig Personal.

Und wir haben eine falsche Struktur. Da ist der Minister in der Tat zu kritisieren. Wir warten seit Oktober auf ein von Ihnen angekündigtes Konzept,

(Minister Eckhard Uhlenberg: Ich sage dazu gleich etwas!)

wie die Lebensmittelkontrolle in Nordrhein-Westfalen zukünftig organisiert werden soll.

(Zuruf von der CDU)

Da müssen wir in der Tat streiten. An dieser Stelle haben Sie auch ein ideologisches Problem.

(Beifall von den GRÜNEN – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: An vielen Stellen!)

Ideologie fängt an, wenn man das Denken nicht mehr zulassen will. Und an der Stelle wollen Sie das Denken und das Diskutieren nicht mehr zulassen. Ist es richtig, dass die Lebensmittelkontrolle, die Lebensmittelüberwachung in Nordrhein-Westfalen größtenteils kommunal organisiert ist?

(Zuruf von Minister Eckhard Uhlenberg)

Wir haben in diesem Bereich 54 Indianer, aber kaum Häuptlinge. Alle Fachleute, die wir auch in unserer Anhörung dazu gehört haben, haben in die Richtung votiert: Bildet überregionale Einheiten! Siedelt eine überregionale Stelle beispielsweise bei der Bezirksregierung an! Nehmt es in die staatliche Obhut. So wie ich Ihre Diskussion wahrnehme, besteht an der Stelle aus meiner Sicht eine ideologische Blockade, die Sie schleunigst überwinden sollten, wenn wir die Lebensmittelkontrolle und -überwachung in Nordrhein-Westfalen verbessern wollen.

Ich gebe es zu – gar keine Frage – und habe das in den Ausschlussdiskussionen auch immer wieder getan: Wir haben diese Frage während unserer Regierungszeit nicht positiv klären können; das aber auch deshalb, weil es darüber die Auseinandersetzung mit Ihnen und mit den von Ihnen dominierten Kommunen gab.

Sie aber haben im Koalitionsvertrag ideologisch festgelegt, Sie wollten Verwaltungsaufgaben nach unten abgeben. Sie erkennen nur diese eine Richtung. Lassen Sie uns aber doch entlang der Auf-

gaben diskutieren. Bei der Lebensmittelkontrolle und -überwachung gibt es gute Gründe dafür, sie in staatliche Obhut zu geben, sie zentraler zu organisieren, weil es darauf ankommt, auf dem Markt gleiche Augenhöhe zwischen Verbraucherinnen und Verbrauchern auf der einen sowie den anderen Marktteilnehmerinnen auf der anderen Seite herzustellen.

Die Strukturen in der Lebensmittelbranche haben sich einfach verändert. Es geht doch nicht darum, die vielen kleinen Betriebe – auch die vor Ort: Gaststätten usw. – noch stärker unter die Lupe zu nehmen, sondern es geht darum, meine Damen und Herren, entlang der Marktstrukturen, die sich im Lebensmittel- und damit natürlich im Fleischbereich ausgebildet haben, zu operieren. Dazu muss der Staat auf gleicher Augenhöhe mit den anderen Marktteilnehmern operieren und in der Kontrolle entsprechend fähig sein, entlang dieser Strukturen zu handeln.

Dazu sagen Expertinnen und Experten, dass wir beispielsweise eine Task-Force brauchen, die in einer Situation angemessen agieren kann, und zwar landesweit. Wir brauchen überregionale Einheiten, die auf Ebene der Regionen operieren. Das hat beispielsweise auch die Stellungnahme – gestern habe ich es erwähnt – der Staatsanwaltschaft Oldenburg ergeben.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Was brauchen wir? – Wir brauchen eine höhere Kontrollichte, wir brauchen überregionale Einrichtungen. Wir brauchen an dieser Stelle staatliche Verantwortung. Wir brauchen mehr Lebensmittelkontrollere. Und wir brauchen eine Sonderermittlungseinheit sowie ein besseres Verbraucherinformationsgesetz, jedenfalls besser als das, was uns derzeit auf Bundesebene vorliegt.

Es gibt also eine Menge Diskussionsstoff, den wir fachlich fundiert – möglicherweise, das als Bitte an die Landesregierung, auf der Grundlage einer von Ihnen zu leistenden tief greifenden Auswertung der Anhörung, die der Landtag durchgeführt hat – erörtern sollten. Es geht um dezidierte Stellungnahmen zu den einzelnen Vorschlägen. Dann können wir fachlich weiterkommen. Es gibt viel zu tun, Herr Minister. Ich bin auf Ihr Konzept gespannt, das dem Landtag bisher noch nicht vorgelegt worden ist. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Remmel. – Für die FDP spricht nun Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe meinen Ohren und Augen kaum trauen können, als die Kollegin Watermann-Krass hier vorgetragen hat. Wir von der FDP und auch von der CDU unterstützen den größten Teil Ihrer Ausführungen ausdrücklich. Allerdings stellen wir fest: Die Zielrichtung war völlig daneben. Wir reden bei dem, was der Bundesverband der Verbraucherzentralen jetzt vorgelegt hat, über das Jahr 2004.

Wir sollten hier im Parlament ausdrücklich positiv würdigen, dass die SPD hinsichtlich der Verbraucherschutzpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen zu der Selbsterkenntnis gelangt ist, dass in der Zeit, in der sie hier treu zur Seite der Grünen gestanden und mit Regierungsverantwortung getragen hat, die rot-grüne Politik auf breiter Basis gescheitert ist. Nachweis: 14 von 66 Punkten bei der Lebensmittelüberwachung. Ich muss eindeutig sagen: Frau Watermann-Krass, ich zolle Ihnen ausdrücklich Respekt, dass Sie diese Selbsterkenntnis gewonnen und den Mut gehabt haben, dies in dieser Deutlichkeit vorzutragen. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall von FDP und CDU)

Das ist eine gute Basis für die Zusammenarbeit. Ich bin sicher, dass der Umweltminister das in seiner Rede sicherlich hervorheben wird. Das waren gute Ansätze, die wir teilweise auch in unserer Regierungserklärung schon festgelegt haben.

(Widerspruch von Annette Watermann-Krass [SPD])

In der Regierungserklärung steht nicht nur etwas vom informierten Bürger und mündigen Verbraucher. Wir haben unter anderem auch festgeschrieben: Es wird einen regelmäßigen Bericht der Landesregierung zur Lebensmittelsicherheit in Kombination mit dem Monitoring auf Bundesebene geben. Wir wollen beide Bereiche sinnvoll miteinander verzahnen.

(Svenja Schulze [SPD]: Alles nur Ankündigungen!)

Das sind Anregungen, die wir gerne aufgreifen und alle schon festgehalten haben.

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung hat aufgrund der Lebensmittelskandale ein 15-Punkte-Programm formuliert, das sich in der Umsetzung befindet.

Meine Damen und Herren, ich kann nur feststellen: Innerhalb von einem Jahr Schwarz-Gelb ist im Bereich der Lebensmittelüberwachung und des

Verbraucherschutz mehr geschehen als in zehn Jahren Rot-Grün.

(Beifall von der FDP)

Ich danke Ihnen dafür, dass Sie das hier so deutlich gesagt haben. Während ich persönlich immer sehr zurückhaltend war mit meiner Kritik gegenüber der Opposition, haben Sie mir gezeigt: Man muss das viel deutlicher machen. Ihre Ausführungen sind für mich beispielhaft und zeigen mir, dass ich die Kritik sehr viel deutlicher artikulieren muss. Herzlichen Dank dafür. Das war ein gutes Beispiel einer parlamentarischen Kooperation.

Meine Damen und Herren, natürlich können die Verbraucher heute aus einer einzigartigen Vielfalt von Lebensmitteln auswählen. Angebotsvielfalt ist Teil unserer Lebensqualität. Wir müssen es klar sagen: Einen 100 %igen Risikoausschluss kann heute niemand garantieren. Dennoch sind Qualität und Sicherheit unserer Lebensmittel heute nach meinem Empfinden so hoch und so gut wie noch nie zuvor. Zur Panikmache und Lebensangst besteht überhaupt kein Anlass!

In diesem Zusammenhang möchte ich im Namen meiner Fraktion den staatlichen Lebensmittelkontrolleuren Dank und Anerkennung dafür zollen, dass sie mit ihrer täglichen und schweren Arbeit vor Ort wesentlich dazu beigetragen haben, dieses Sicherheits- und Qualitätsniveau in Nordrhein-Westfalen zu gewährleisten. Man sollte hier einmal durch Beifall bekunden, dass diese Lebensmittelkontrolleure wertvolle Arbeit leisten.

(Beifall von der FDP)

Jeder Lebensmittelskandal ist ein Skandal zu viel. Schwarze Schafe gibt es überall. Jedes schwarze Schaf ist eines zu viel. Das bedeutet: Das Lebensmittelüberwachungssystem bedarf der kontinuierlichen Fortentwicklung.

Wie wir es gestern schon angedeutet haben, sagen wir: Wir entlassen die Wirtschaft nicht aus ihrer Produktverantwortung. Die Wirtschaft ist zu allererst dafür zuständig. Das bedeutet betriebliche Eigenkontrolle.

Der Staat hat die Aufgabe, die betrieblichen Qualitätssicherungssysteme zu kontrollieren. Wir als Staat können nicht neben jede Produktherstellung einen Aufpasser stellen, wobei ich Ihnen, Frau Watermann-Krass, ausdrücklich Recht gebe: An dem Verhältnis der Anzahl an Lebensmittelkontrolleuren zu den zu überwachenden Betrieben muss sich etwas ändern. Ein Verhältnis von 1:500 ist sicherlich eine Relation, die in zehn Jahren Rot-Grün nicht geändert worden ist, obwohl es zahlreiche Lebensmittelskandale gab.

Jetzt müssen wir nur überlegen – auch das an Sie, Herr Remmel –: Wie machen wir das? Können wir das nur staatlicherseits machen, oder müssen wir uns nicht auch der privaten Lebensmittelkontrolleure bedienen, wobei wir als Staat selbstverständlich nicht aus der Verantwortung dafür entlassen werden, diese privaten Lebensmittelkontrolleure, die Kontrollmethoden und die Ergebnisse zu genehmigen und zu überprüfen? Das kann nicht jeder machen. Es müssen zertifizierte Leute sein, die einer kontinuierlichen auch staatlichen Überprüfung unterliegen.

Wir müssen uns weiterhin überlegen, ob wir bei den Lebensmitteluntersuchungsämtern nicht auch private Kapazitäten verfügbar machen können. Ich glaube, dass wir dieses im Zuge der Verwaltungsreform durchaus mit einfließen lassen können.

Unstrittig ist für mich in diesem Zusammenhang allerdings, dass das Staatliche Chemische und Lebensmitteluntersuchungsamt als Referenzlabor in seiner Kompetenz und Arbeitsfähigkeit über alle Zweifel erhaben, dass es allseits anerkannt sein muss und dieses die Spitze der Wissenschaftlichkeit in der Ausstattung und Qualifikation der Mitarbeiter darstellen muss. Nur wenn wir das gewährleisten, können wir auch mit den privaten Betrieben vernünftig zusammenarbeiten.

Meine Damen und Herren, jetzt kommt – aufgrund der von Rot-Grün überlassenen Erblast von 110 Milliarden € Schulden – die Möglichkeit,

(Zurufe von der SPD: Oh!)

mit dem Finger auf die Regierungskoalition zu zeigen und zu sagen: Ihr habt ja bei den Verbraucherzentralen gespart. – Ja, das ist notwendig. Nach meiner Überzeugung bleibt das auch notwendig.

Wir sagen aber eindeutig – eindeutig auch im Koalitionsvertrag dargestellt –: Wir wollen eine effektive Verbraucherberatung. Das Motto der FDP lautet: Nur der informierte Bürger ist der mündige Bürger. Natürlich wollen wir das, müssen aber a) die Art der Finanzierung infrage stellen, und müssen b) die Frage beantworten: Muss an jedem Ort zu jeder Zeit in jedem Umfang ein entsprechendes Angebot an Verbraucherberatung gewährleistet sein, oder müssen wir Schwerpunkte setzen, eine Auswahl treffen? Darüber müssen wir uns unterhalten. Das ist für mich völlig klar.

Meine Damen und Herren, der Schuss, mit dem die Opposition die Landesregierung treffen wollte – unter Schwarz-Gelb ist Lebensmittelüberwachung skandalös –, ist ein Schuss, der nach hinten losge-

gangen ist. Ich habe Ihnen eindeutig nachgewiesen: Wir haben in einem Jahr Schwarz-Gelb mehr erreicht als Sie in zehn Jahren Rot-Grün vorher. Dass die SPD dies so deutlich gemacht hat, dem zolle ich Anerkennung. Es ist schwer, sich vom ehemaligen Koalitionspartner zu lösen. Das kann ich verstehen, deswegen will ich nicht weiter darauf hinweisen.

Ihnen, Frau Watermann-Krass, herzlichen Dank für Ihre Rede. Sie hat eine gute Basis für eine vertrauensvolle weitere Zusammenarbeit im Bereich der Lebensmittelüberwachung gelegt. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Ellerbrock. – Für die Landesregierung spricht Minister Uhlenberg.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Watermann-Krass, angesichts der Tatsache, dass sich der Bericht der Verbraucherzentrale des Bundes mit dem Jahre 2004 beschäftigt, frage ich mich, ob Sie sich das gut überlegt haben, im Rahmen einer Aktuellen Stunde auf dieser Basis einen Generalangriff auf die Landesregierung zu fahren. Das ist eine schwierige Sache, die Sie heute angefangen haben.

Im Grunde ist es keine Kritik an dem neuen Verbraucherschutzminister, sondern es wird Ihrerseits noch einmal aus den Jahren der rot-grünen Koalition aufgearbeitet, dass Sie damals nichts zu melden hatten.

(Beifall von einzelnen Abgeordneten der CDU)

Jetzt ist Frau Höhn weg, Rot-Grün gibt es nicht mehr, und Sie fangen Mitte des Jahres 2006 an, einen Bericht aus dem Jahre 2004 zu diskutieren. Ich meine, das ist zu dünn, meine Damen und Herren.

Deswegen will ich zu diesem Bericht gar nicht mehr viel sagen, Herr Abgeordneter Rimmel. Nur so viel: Sie haben sich sehr differenziert damit auseinander gesetzt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Da können Sie mal „danke schön“ sagen!)

Ich werde mit Frau Dr. Müller, der Bundesvorsitzenden der Verbraucherzentralen in Deutschland, besprechen, ob die Kriterien, nach denen diese

Berichte aufgestellt werden – auch Frau Fasse hat sich zu dem Thema geäußert –, richtig sind.

Meine Damen und Herren, mehr möchte ich zu diesem Bericht nicht sagen; denn ich gehe davon aus, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen hören möchten: Was macht der neue Verbraucherschutzminister in Nordrhein-Westfalen seit seinem Amtsantritt?

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Genau!)

Was ist verbessert worden? Das ist die Situation. Deswegen bedanke ich mich sehr herzlich bei der SPD-Fraktion für die Beantragung der Aktuellen Stunde, mit der Sie mir die Gelegenheit geben, ein kleines Resümee zu ziehen.

Am kommenden Samstag bin ich ein Jahr als Verbraucherschutzminister im Amt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Als Bauernminister!)

Es war in der Tat ein sehr ereignisreiches Jahr.

Die Vorfälle in Sachen Gammelfleisch müssen angeprangert werden. Man kann sie aber nicht auf der einen Seite anprangern, während man sich auf der anderen geradewegs – wie Sie, Frau Watermann-Krass, es getan haben – beklagt – Sie waren ja richtig deprimiert –, dass es in den letzten Monaten keine neuen Schlagzeilen mehr gegeben hat.

(Beifall von der CDU)

Sie haben nicht zur Kenntnis genommen, dass wir zum Beispiel mit dem Institut für Lebensmittelkontrolle gemeinsam mit dem Handwerk in Nordrhein-Westfalen eine neue wichtige Institution auf den Weg gebracht haben, um die Lebensmittelkontrolle in Nordrhein-Westfalen zu verbessern.

(Beifall von der CDU)

Nein, meine Damen und Herren, das war doch alles etwas dünn.

Zukunftsgerichtet steht die Frage im Mittelpunkt: Wie geht es weiter in Nordrhein-Westfalen? Was tut die neue Landesregierung? Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Anrecht darauf, das zu erfahren, und sollten nicht mit irgendwelchen Berichten, die schon uralt sind und nichts mehr hergeben, belastet werden. Von daher war es falsch, was Sie hier wie auf den Weg gebracht haben.

Ich möchte einige Maßnahmen nennen, die wir eingeleitet haben:

Erstens. Wir haben als erstes Land – deswegen hören Sie im Moment auch relativ wenig, was Sie ja so belastet – die risikoorientierte Überwachung von Kühlhäusern eingeführt und führen dies konsequent durch. Wenn immer wieder von der Opposition gefordert wird, wir sollen zusätzliches Personal einstellen, meine Damen und Herren, dann sage ich: Das können wir vor dem Hintergrund der finanziellen Lage nicht.

(Svenja Schulze [SPD]: Sie wollen abbauen!)

Weil wir das nicht können, haben wir die Überwachung in Nordrhein-Westfalen verändert. Nach intensiven Gesprächen mit den Lebensmittelüberwachungsfachleuten vor Ort haben wir die risikoorientierte Überwachung eingeführt. Das bringt mehr als eine flächendeckende permanente Überwachung bei Institutionen, von der die Fachleute vor Ort wissen: Dort ist relativ wenig zu finden. Durch diese risikoorientierte Überwachung haben wir das Gammelfleisch gefunden; und dieses Gammelfleisch ist vor dem 22. Mai eingelagert worden und nicht danach.

(Beifall von der CDU)

Zweitens. Ich habe den Kreisordnungsbehörden in konkreten Fällen Fachleute für Buchführungen über Ein- und Auslagerungen aus dem LEJ zur Verfügung gestellt. Hier haben wir konkret vonseiten des Landes unterstützt und geholfen.

Wir haben beim LEJ ein Softwaresystem eingeführt, das bei Überprüfungen von eingelagertem Fleisch, insbesondere in Tiefkühlhäusern, den Warenabfluss sehr schnell erkennen lässt.

Wir haben die Kommunikation zwischen den Behörden untereinander deutlich verbessert. Wir haben in Nordrhein-Westfalen das Fachinformationssystem Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit eingerichtet.

In Bezug auf die Verpflichtung der Lebensmittelbetriebe zum Nachweis über die Herkunft und den Verbleib von Fleisch hat der Bundesrat noch im Dezember 2005 eine entsprechende Entschließung zur Rückverfolgbarkeit gefasst.

Wir sind im Moment dabei, bei der Novellierung des Verbraucherinformationsgesetzes auf Bundesebene unsere Position deutlich zu machen. Das ist der eine Teil.

Ich kann aus Zeitgründen nicht alle 15 Punkte ansprechen. Ich möchte aber etwas zur Neuorganisation sagen. Das ist das Thema, Herr Abgeordneter Rimmel, das im Mittelpunkt des Verbraucherschutzes steht. Ich will die alten Schlachten der letzten Monate nicht wieder schlagen. Nur: Mit

Ideologie hat das nichts zu tun. Wahr ist, dass es eine verbissene Diskussion zwischen der kommunalen Seite und Frau Höhn gegeben hat. Deswegen hat sich bei der Neustrukturierung der Untersuchungsämter drei oder vier Jahre nichts getan.

(Beifall von der CDU – Johannes Rimmel [GRÜNE]: Sie haben das doch mit angefeuert!)

Ich möchte Ihnen mitteilen, wo wir im Moment stehen. Wir werden das, was wir jetzt auf den Weg bringen, zum 1. Januar 2007 mit einem geschlossenen Konzept umsetzen. Heute gebe ich einen Zwischenbericht.

Das Pilotprojekt Ostwestfalen-Lippe hat sich bewährt. Die zwei Kommunalen Untersuchungsämter Bielefeld und Paderborn arbeiten seit April 2005 mit dem Staatlichen Veterinäruntersuchungsamt Detmold als integriertes CVUA Ostwestfalen-Lippe zusammen. Dieses Pilotprojekt hat uns wertvolle Hinweise gegeben und bestätigt, dass integrierte Untersuchungsämter effizienter und effektiver sind.

(Beifall von der CDU)

Das heißt, die Kommunen werden finanziell weniger belastet. Teure Analysegeräte sind ideal ausgelastet. So wurde den Kommunen die Anschaffung eines 500.000 € teuren Geräts erspart, weil sie die Untersuchungen an dem im Staatlichen Untersuchungsamt Detmold bereits vorhandenen Gerät durchführen konnten. Die Geräteausnutzung wurde intensiviert. Es gibt eine Bündelung von Kompetenz und Zusammenarbeit.

Auch im Rheinland haben wir in den letzten Monaten diesen Weg beschritten. Die Kommunalen Untersuchungsämter Essen, Wuppertal und Wessel wollen sich mit dem Staatlichen Veterinäruntersuchungsamt Krefeld zu einem weiteren integrierten Untersuchungsamt Rhein-Wupper zusammenschließen.

Im Regierungsbezirk Köln arbeiten inzwischen die vier Kommunalen Untersuchungsämter Aachen, Bonn, Köln und Leverkusen in einer Kooperation eng und gut zusammen. Darüber hinaus ist eine Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Veterinäruntersuchungsamt Krefeld geplant.

In Westfalen gibt es mittlerweile eine vertragliche Kooperation zwischen den Kommunalen Untersuchungsämtern Hagen und Hamm sowie dem Staatlichen Untersuchungsamt Arnsberg. Diese Ämter orientieren sich ebenfalls an Ostwestfalen-Lippe und wollen deshalb das integrierte Untersuchungsamt Südwestfalen bilden.

Zum Schluss möchte ich noch das Münsterland erwähnen, das sonst im Landtag nie zum Schluss vorkommt, aber in dieser Reihenfolge, Herr Abgeordneter.

(Beifall von der CDU)

Das Kommunale Untersuchungsamt Recklinghausen und das Chemische Landes- und Staatliche Veterinäruntersuchungsamt Münster planen eine enge Kooperation.

Sie sehen, dass wir in diesem wichtigen Feld der Neustrukturierung der Untersuchungsämter auf einem guten Weg sind.

(Beifall von der CDU)

Noch einmal: Bei einem Thema, das vier Jahre im Ministerium gelegen hat, haben wir innerhalb eines Jahres die neuen Strukturen auf den Weg gebracht. Der Prozess wird zum 1. Januar 2007 abgeschlossen sein.

Es hat sich eine Menge in Nordrhein-Westfalen getan: erstens in der Bekämpfung der Unzulänglichkeiten, die wir im Zusammenhang mit dem Stichwort Gammelfleisch festgestellt haben, und zweitens – das habe ich damals direkt nach dem Regierungsantritt versprochen – bei der Neustrukturierung der Untersuchungsämter, zu der wir endlich kommen.

Wir sind der Auffassung, dass es falsch wäre, die kommunale Seite völlig außen vor zu lassen. Wir würden Widerstände auf den Weg bringen. Das würde dazu führen, dass wir möglicherweise wieder zwei oder drei Jahre miteinander diskutieren würden. Dazu haben wir keine Zeit.

Diese Landesregierung steht für aktiven Verbraucherschutz, steht für aktive Lebensmittelkontrolle in Nordrhein-Westfalen, und deswegen bin ich froh, dass wir dies auf den Weg gebracht haben. Ich möchte mich sehr herzlich bei allen Lebensmittelkontrolleuren in Nordrhein-Westfalen für ihre engagierte Arbeit vor Ort bedanken. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Minister. – Für die SPD spricht Frau Schulze.

Svenja Schulze (SPD): Meine Damen und Herren Abgeordnete! Von dieser Stelle aus auch ein herzlicher Gruß an die Lebensmittelkontrolleure, von denen heute viele unter den Zuhörerinnen und Zuhörern im Saal sind. Auch vonseiten der SPD-Fraktion: Vielen Dank für Ihre Arbeit; das ist eine wichtige Arbeit.

(Beifall von SPD, FDP und GRÜNEN)

Das, was wir heute von der Regierung und von CDU und FDP gehört haben, erinnert mich ein bisschen an den Spruch: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!

(Beifall von der SPD)

Der Ministerpräsident verkündet: Nordrhein-Westfalen ist Verbraucherschutzland Nummer eins. Da bezieht man sich gerne auf den Index und nimmt ihn gerne als Trend. Das zieht man sich an. Aber bei dem Punkt, dass wir in der Lebensmittelkontrolle auf dem letzten Platz stehen, zieht man wieder die alte Leier heraus: 39 Jahre SPD, und die sind schuld. Mit dieser Form, Nebelkerzen zu werfen, kommen Sie nicht weiter.

(Beifall von der SPD – Widerspruch von der CDU)

Dieser Verbraucherschutzindex zeigt einen Trend an. Dafür ist so ein Index gut. Man kann sich auf die Detailebene begeben und an der Art und Weise herumäkeln. Aber das ist nicht Aufgabe des Parlaments und der Aktuellen Stunde. Wir müssen vielmehr diesen Trend nehmen und sehen, was er uns sagt.

Der Trend sagt: Nordrhein-Westfalen steht insgesamt gut da. Da es aber einen Regierungswechsel gegeben hat, muss man einmal fragen: Was passiert denn da? Was machen Sie denn da? Bisher ist Nordrhein-Westfalen Verbraucherschutzland Nummer eins. Was macht die CDU, was macht die FDP?

Ohne Aufgabenbeschreibung werden mal eben Behörden zusammengelegt. Da werden Türschilder abgeschraubt, und man sagt den Leuten: Wir brauchen euch nicht, aber wir sagen euch in zehn Jahren, wo es hingeht. Man sagt den Leuten: Ihr kommt erst einmal in die Bezirksregierung. Die schaffen wir zwar ab, aber bis dahin: Macht mal – bitte schön – gute Arbeit! – Wie soll Arbeit besser werden, wenn man zunächst die gesamte Struktur zerschlägt und ohne eine einzige inhaltliche Aussage sagt: „Arbeitet, bitte, schön weiter!“?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Uhlenberg, Sie haben nicht ein einziges Mal gesagt, wohin es inhaltlich geht. Ihr Konzept ist – das dürfen wir ständig in der Presse nachlesen –: Umweltministerium schleifen; es hat viel zu viel Personal, ganz massiv Personal abbauen. Alles muss privatisiert werden. Das geht an die Kommunen. Auf der anderen Seite erzählen Sie mir, dass das keine Einbußen mit sich bringt, dass wir weiterhin das beste verbraucherpolitische Land

sein werden? – Das passt irgendwie nicht zusammen. Das müssen Sie doch auch einmal merken.

(Beifall von der SPD – Minister Eckhard Uhlenberg: Das ist doch heiße Luft!)

– Nein, das ist keine heiße Luft. – Sie sagen: Wir wollen in diesem Ressort massiv Geld sparen. Sie sagen aber nicht in einem einzigen Punkt, wie es denn inhaltlich funktionieren soll, dass die Aufgaben weiter geleistet werden. Nicht in einem einzigen Punkt! Sie legen uns hier einen Maßnahmenkatalog von 15 Punkten vor – im November letzten Jahres – und sagen nicht bei einem einzigen Punkt, wie das umgesetzt wurde und was genau sich denn verbessert hat. So geht das nicht; so kommen wir nicht weiter.

Wenn man wirklich Verbraucherpolitikland Nummer eins werden will – und bleiben will –, dann muss man jetzt daran gehen, die unabhängige Verbraucherberatung zu stärken, statt sie zu schwächen.

(Beifall von der SPD)

Dann darf man da nicht eine Million herauskürzen. Wir brauchen die. Dann muss man erklären, wie Lebensmittelkontrolle besser funktionieren soll, und darf nicht den Leuten verkünden: Ihr werdet vielleicht kommunalisiert oder privatisiert, auf jeden Fall wird sich etwas ändern, aber arbeitet schön weiter. – So funktioniert das nicht.

Dann muss man auch Konsequenzen aus dem Gammelfleischskandal ziehen und darf nicht immer nur sagen: Wir ziehen vielleicht Konsequenzen. Sie müssen dann auch wirklich einmal etwas tun.

Den Landwirtschaftsminister, den haben wir im letzten Jahr nun wirklich zur Genüge kennen gelernt. Beim Verbraucherschutzminister, meine Damen und Herren, werden am laufenden Band Nebelkerzen geschmissen; bei ihm müssen wir Sie über das Parlament zwingen, sich mit dem Thema auseinander zu setzen; da müssen wir Anhörungen durchführen und am laufenden Band das Thema hier wieder auf die Tagesordnung schreiben, weil Sie sonst noch nicht einmal darüber berichten. Was Sie heute hier an Informationen gegeben haben, ist überhaupt erst einmal auf der Basis der Anträge, die wir geschrieben haben, zum Thema geworden.

(Beifall von der SPD – Minister Eckhard Uhlenberg: In jeder Ausschusssitzung wird berichtet! Wenn man nichts drauf hat, hält man solche Reden!)

Es gibt noch eine andere Nebelkerze, mit der Sie ebenfalls nicht durchkommen. Es ist schön, dass Sie jetzt ein Hygieneinstitut gegründet haben. Ich freue mich auch darüber, dass das in Münster ist. Aber das war bisher nicht das Hauptproblem.

(Beifall von der SPD)

Das Hauptproblem lag nicht in den einzelnen Fleischereien vor Ort, das Hauptproblem liegt in der Produktionsart dieses Fleisches, in der Produktionskette, in den vielen Beteiligten, in der Arbeitsweise in der Fleischindustrie – darüber haben wir gestern gesprochen –; da haben Sie noch keinen einzigen Ansatzpunkt gefunden, wie Sie substanzial etwas verbessern wollen. Reden Sie einmal mit Herrn Laumann. Wir hatten gestern eine spannende Debatte darüber. In dieser Richtung müssen wir doch Fortschritte erzielen. Sie müssen doch an die Grundlagen gehen, wie es überhaupt zu Gammelfleisch kommt, und können hier nicht Nebelkerzen werfen und sich immer nur auf den Standpunkt stellen: Wir streichen da Geld heraus, denn damit wird es besser. Beim Geld-Herausstreichen haben Sie mir noch nicht erklärt, wie mit weniger Geld ein besseres Konzept entstehen soll und wie die Verbraucherinnen und Verbraucher hier in Nordrhein-Westfalen dadurch besser geschützt werden sollen. Da muss noch eine Menge mehr passieren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Minister Eckhard Uhlenberg: Flacher geht es nicht!)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Schulze. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Abgeordneter Kress.

Karl Kress (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist sicherlich richtig, dass die Verunsicherung der Verbraucher groß ist und diese durch unqualifizierte Anträge und solche Beiträge, wie wir sie eben erlebt haben, auch nicht verringert wird.

(Widerspruch von der SPD)

Im Ländervergleich steht Nordrhein-Westfalen doch absolut positiv da, meine Damen und Herren. Frau Fasse hat darauf hingewiesen: Ja, im bundesweiten Ranking nehmen wir den zweiten Platz ein, Schulnote „gut“, im Querindex „Innovation“ den dritten Platz hinter Bayern und Baden-Württemberg, bei Exekutive und Legislative jeweils den zweiten Platz. Ich finde, das ist doch super und das sollte man auch einmal anerkennen.

Bei den sechs Einzelindizes finden wir uns dreimal auf dem zweiten Platz, einmal auf Platz fünf und – in der Tat – einmal auf Platz 15, nämlich bei den Kontrollbehörden.

Im Abschlussbericht der Bridges Consultinggesellschaft Public Affairs and Management wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass insbesondere bei den Kontrollbehörden die Vergleiche schwierig sind – das steht so im Text drin –, weil unterschiedliche Standards und Arbeitsweisen sowie unterschiedliche Strukturen der Behörden objektive Vergleiche nur begrenzt zulassen. Auch weisen die Analysten darauf hin, dass durch die Veränderungen der Verbraucherschutz zwar deutlich besser geworden ist, konkret spürbare Effekte beim Verbraucher aber noch nicht angekommen sind. Auch wenn Nordrhein-Westfalen in der positiven Gesamtveränderung zwischen den Bezugsjahren 2004 und 2006 mit insgesamt 437 Punkten von maximal 652 Punkten – das sind 67 % – im Ländervergleich als Positivbeispiel genannt wird – ich wiederhole: als Positivbeispiel –, so vermittelt der Bericht weiter, dass keine Korrelation zwischen der jeweiligen parteipolitischen Zusammensetzung der Landesregierung und dem Ergebnis eines Bundeslandes im Verbraucherschutzindex besteht.

Umso verwerflicher ist die gestrige Pressemitteilung von Bündnis 90/Die Grünen, die den Bericht bewusst falsch interpretieren und suggerieren wollen, dass unsere Landesregierung zu wenig getan habe. Denken, Johannes Rimmel, ist übrigens zugelassen.

Verbraucherschutzminister Eckhard Uhlenberg hat gerade die Lebensmittelkontrollen zur Chefsache gemacht und den Verbraucherschutz in unserem Lande weiter entwickelt, und dies auf sehr hohem Niveau – zugestanden! Er hat das eben plausibel dargestellt. Die Anhörung hat das ja auch deutlich bewiesen und gezeigt.

Ich erinnere aber auch noch einmal an den Hilferuf der lebensmittelproduzierenden Betriebe, die bereits im Jahre 2001 beim Forum Düsseldorf die Hilfe des Landes bei der Implementierung der EU-Hygieneverordnung mit dem Baustein HACCP gesucht haben. Die CDU-Fraktion hat diesen Hilferuf aufgenommen und einen entsprechenden Antrag hier ins Plenum eingebracht – abgelehnt durch die damaligen Koalitionsfraktionen von Rot-Grün. Frau Schmid sagte damals: Die Beschäftigung mit dem Ansatz HACCP bringt uns nicht weiter.

Heute werden die Mitarbeiter in den Behörden, die Lebensmittelkontrolleure, nach HACCP ge-

schult. Die damalige Landesregierung hat die Unternehmen in der Tat im Regen stehen lassen. Heute werden Qualitätsmanagementsysteme – ich nenne das Stichwort ISO 9000 – eingeführt und überprüft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist doch klar, dass die Darstellung potenzieller Risiken und die Beschreibung von Leitpunkten, mit deren Hilfe die Risiken beherrscht werden können, natürlich nur im Zusammenspiel von Lebensmittelproduzenten und Überwachungsbehörde erfolgen können. Darum ist es wichtig, dass wir in diesem Bereich gemeinsam weiter vorankommen.

Verbraucherschutz ist eine staatliche Kernaufgabe; das wird auch in der Bevölkerung so gesehen und akzeptiert.

Die Gesundheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus ist ein existenzielles Gut. Sie geht allen wirtschaftlichen Interessen vor. Deshalb gehört es zu den staatlichen Kernaufgaben sicherzustellen, dass die gesundheitliche Unbedenklichkeit von Lebensmitteln nicht wirtschaftlichen Interessen geopfert wird. Genau das macht unsere Landesregierung. Wir sollten sie unterstützen beim Vorgehen gegen Fehlverhalten, wie wir es zur Kenntnis nehmen mussten und was ja auch durch die Arbeit der Landesregierung und die der Lebensmittelkontrolleure aufgezeigt wurde. Wir sollten hier nicht sagen, die Landesregierung mache alles schlecht, aber gleichzeitig die Leute, die vor Ort arbeiten müssen, loben. Wir sollten sie nicht im Stich lassen, wir sollten sie in der Tat unterstützen.

Ich bin über die Begründung zur Aktuellen Stunde erschüttert. Solche unqualifizierten Vorwürfe an die Landesregierung und an den Minister müssen nicht sein. Wir haben gemeinsam im Fachausschuss die Punkte erörtert. Wir haben auch eine Anhörung durchgeführt. Wir alle wissen es doch eigentlich besser. Wir wissen, dass viel geschieht. Wir sollten gemeinsam dazu beitragen, dass wir diesen guten Weg, der eingeschlagen worden ist, weiter verfolgen. – Recht schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Kress. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Rimmel.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Uhlenberg, Sie haben mich einfach gereizt. Das kann man nicht im Raum stehen lassen.

Wir sind ja schon mehrfach durch die Ausschüsse und durch den Landtag geschritten und haben Asche über unser Haupt geschüttet und gesagt: Jawohl, es gibt eine Verantwortung von unserer Seite während unserer Regierungszeit. Wir haben es nicht geschafft durchzusetzen, dass wir im Bereich der Lebensmittelkontrolle zu besseren Strukturen kommen. – Jawohl, das ist so. Aber, Herr Uhlenberg, die Schuld und Verantwortung nur bei anderen abzuladen, das geht nicht an.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie waren damals beteiligt. Sie haben seinerzeit die Feuer auf der kommunalen Seite gelegt, die Sie heute als Minister versuchen zu löschen. Darum geht es, um das heute an dieser Stelle noch einmal klarzumachen.

Wenn Sie die Bilanz Ihrer Arbeit aufmachen, so will ich das auch gerne von meiner Seite aus tun. Lassen Sie uns die einzelnen Punkte einmal ansprechen.

Verbraucherzentralen: Sie haben zu verantworten, dass Mittel für die Verbraucherzentralen in einer Weise gekürzt worden sind, dass wir landauf, landab diskutieren, Verbraucherzentralen dicht zu machen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Svenja Schulze [SPD]: Genau!)

Sie haben eben nicht, was angekündigt worden war, eine Garantie durch den Ministerpräsidenten für die einzelnen Standorte abgegeben, obwohl alle dachten, dass eine solche Garantie ausgesprochen würde.

Lassen Sie uns über Ihre Aktivitäten beim Verbraucherinformationsgesetz reden. Sie verstecken sich doch hinter den Firmengeheimnissen. Sie gehen eben nicht an den Punkt, wo es weh tut, Verbraucherinformation auch da zu geben, wo es möglicherweise schwierig wird, nämlich dann, wenn es in den inneren Betriebsbereich geht. Das ist Verbraucherschutz soft und nicht Verbraucherschutz, wie wir ihn brauchen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns doch darüber reden, was aus Ihrem 15-Punkte-Programm geworden ist. Machen Sie doch ein Controlling, legen Sie doch eine Bilanz vor! – Fehlanzeige; auch da liegt nichts vor.

Haben wir mittlerweile eine Task-Force im Lande, die sich mit Lebensmittelüberwachung und Fleischkontrolle beschäftigt? – Fehlanzeige.

Haben wir mittlerweile ein von Ihnen angekündigtes Konzept, die kommunalen Lebensmittelbehörden auf den Prüfstand zu stellen? – Fehlanzeige. Auch bei diesem Thema warten wir seit Wochen und Monaten auf ein solches Konzept.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Sie stellen sich dann aber hierhin und sprechen von risikoorientierter Kontrolle. Das ist zwar ein schöner Satz, aber zu risikoorientierter Kontrolle gehört auch, dass ich weiß, wo risikoorientierte Betriebe sind, und dass ich auch weiß, wie viel Personal ich da einsetzen muss. Sie wissen es eben nicht. Sie müssen doch jetzt erst die Abfrage machen. Es war also schon ein bisschen dick aufgetragen, als Sie sagten, Sie hätten so viele tolle Erfolge im Verbraucherschutz erreicht.

Wenn es darum geht, wie die kommunale Lebensmittelkontrolle zukünftig gestaltet werden soll, wird mir angst und bange. Ihr Sprecher im Ministerium sagt auf die Frage, ob wir mehr Kontrolleure brauchen, das sei kein Thema, im Gegenteil, der Landesrechnungshof habe gerade in diesem Bereich personelle Einsparungen nahe gelegt. Sie wollen also bei der Lebensmittelkontrolle noch einsparen.

Und über die von der FDP vorgeschlagene Kontrolle der Kontrolleure kann man ja reden, aber wir brauchen eine starke staatliche Kontrolle und ausreichend Personal. Mir wird angst und bange, wenn ich diese Perspektiven für die Lebensmittelüberwachung in Nordrhein-Westfalen sehe.

Sie wollten ein Zeugnis, Sie wollten eine Bilanz. Es ist Zeugniszeit. Das ist nicht ausreichend. Wenn etwas nicht ausreichend ist, dann ist es mangelhaft. Das muss dringend verbessert werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Rimmel. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Dr. Romberg das Wort.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Rimmel, die Note mangelhaft hat heute nur einer verdient, und das ist die SPD-Fraktion.

(Beifall von der FDP)

Die SPD-Fraktion hat sich heute bitter blamiert. Das war mangelhafte Oppositionsarbeit.

Wie ist es denn gewesen? – In der Zeitung haben Sie gelesen: NRW bei der Lebensmittelüberwachung auf dem letzten Platz. – Sie haben sofort

eine Aktuelle Stunde beantragt, ohne den Bericht komplett zu lesen und ohne zu sehen, dass der Bewertungszeitraum das Jahr 2004 war.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wir haben Größe, auch das zu machen!)

Mit dieser Aktuellen Stunde hat die SPD-Fraktion das spektakulärste und blamabelste Eigentor während dieser Zeit der Fußball-WM geschossen.

(Beifall von der FDP)

Das fällt natürlich auch auf die Grünen zurück, weil dieser Zeitraum in die Regierungszeit von Bärbel Höhn fällt. Die große Verbraucherschutzstatue Bärbel Höhn ist spätestens heute von ihrem Sockel gefallen. Die Grünen haben die Glaubwürdigkeit beim Verbraucherschutz gänzlich verloren.

(Günter Garbrecht [SPD]: Sie haben keine Ahnung!)

Was ist passiert? – Rot-Grün wollte keinen Bericht über die Lebensmittelsicherheit. Darüber haben wir noch Anfang letzten Jahres in diesem Hohen Hause auf Antrag der FDP-Fraktion abgestimmt. Die Verbraucherschutzzentrale hatte dringend gefordert, die Landesregierung sollte regelmäßig über Lebensmittelsicherheit berichten.

Das steht jetzt im Koalitionsvertrag und wird umgesetzt, weil wir Lebensmittelüberwachung wirklich sehr ernst nehmen. Wir haben in unserer Oppositionszeit der letzten Jahre gemahnt. Die Zahl der Kontrollen ist Jahr für Jahr zurückgegangen. NRW ist im Bundesdurchschnitt allmählich abgesunken. Das war doch über Jahre ein durchgängiger Prozess. Sie haben Geld in der Lebensmittelkontrolle eingespart und für Hamsterkartierung ausgegeben. Das ist doch der Skandal, der in diesem Haus gelaufen ist.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir haben jetzt einen Bericht über Lebensmittelsicherheit. Wir haben übrigens jetzt auch einen Ausschuss für Verbraucherschutz, den es vorher auch nicht gegeben hat. Das Zentrum für Lebensmittelhygiene wird in Münster – übrigens in Kooperation mit dem Handwerk – entstehen. Es ist nicht rein staatlich zu sehen.

(Beifall von der FDP)

Auch dort ist Eigenverantwortung gefragt.

An die Umstrukturierung der Lebensmittelüberwachung hat sich Frau Höhn nicht herangewagt. Die Gutachtenlage war klar. Dort ist nichts passiert. In den letzten Jahren ist wirklich eine sauschlechte

Verbraucherpolitik gelaufen. Diese Aktuelle Stunde ist ein Hohn. So können Sie hier wirklich nicht auftreten. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU – Johannes Remmel [GRÜNE]: Sprechblasen!)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Dr. Romberg. – Herr Minister Uhlenberg, bitte schön.

(Zuruf: Der macht jetzt Licht!)

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Abgeordnete Schulze – ich sehe sie im Moment nicht;

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie ist hier!)

da! –, ich bin schon darüber enttäuscht, dass Sie eine gestanzte Rede mit den alten Geschichten aus dem letzten Jahr gehalten haben, die wir schon fünf- oder zehnmal gehört haben. Es gehört aber auch zu einer Aktuellen Stunde, auf die Argumente des Ministers einzugehen. Dazu muss auch eine Sprecherin der SPD-Fraktion in der Lage sein.

(Beifall von CDU und FDP)

Es reicht nicht, das abzuleiern, wozu eine Aktuelle Stunde wirklich nicht geeignet ist. Eine Aktuelle Stunde dient dem Austausch und der Auseinandersetzung über Inhalte der Politik.

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie haben nicht die Rede einer Abgeordneten zu bewerten! Jetzt machen Sie mal einen Punkt!)

Da habe ich bei Ihnen nur die alten Klamotten des letzten Jahres gehört. Warum sind Sie nicht auf das eingegangen, was ich vorgetragen habe: auf die Umsetzung des 15-Punkte-Programms,

(Hannelore Kraft [SPD]: Ist sie doch! Nicht zugehört?)

auf die Neuorganisation der Lebensmitteluntersuchung in Nordrhein-Westfalen, zu der ich heute einen Zwischenbericht gegeben habe. – Sie hätten heute sagen können: Sie machen es völlig falsch. Sie sind auf dem richtigen Weg. – Stattdessen haben Sie die alten Geschichten von früher erzählt.

Ich glaube nicht, dass die größte Oppositionsfraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen ihrer Aufgabe im Bereich des Verbraucherschutzes durch solche Reden gerecht wird. Das muss ich deutlich sagen. Ich erwarte Auseinandersetzung.

Ich erwarte aber auch einige inhaltliche Positionen und nicht nur die alten Geschichten, die wir bei den Haushaltsplanberatungen alle wieder gehört haben.

(Beifall von der CDU – Hannelore Kraft [SPD]: Wir erwarten, dass Sie etwas tun, Herr Minister!)

Im Übrigen ist es wirklich nicht so, dass wir gedrängt werden müssen, irgendeine Debatte über Verbraucherschutz zu führen. Ich darf einmal etwas an das Parlament sagen, weil die meisten Kolleginnen und Kollegen es nicht mitbekommen. Es vergeht keine Ausschusssitzung, in der wir uns nicht intensiv mit Fragen der Verbraucherpolitik in Nordrhein-Westfalen auseinandersetzen. Entweder gibt es einen Antrag der Oppositionsfraktionen oder einen Bericht der Landesregierung, weil es in der Tat ein wichtiges Thema ist.

Sie sagen immer wieder: Sie sparen ja. – Ja, wir sparen. Wir sparen auch in diesem Bereich, dies aber auf verantwortliche Art und Weise. Noch einmal: Es gehört zu einer Politik der Nachhaltigkeit auch im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher in Nordrhein-Westfalen, dass wir die Landesfinanzen konsolidieren. Ich bekenne mich dazu, dass der Verbraucherschutzminister dazu seinen Beitrag leistet.

(Beifall von der CDU)

Aber wir sparen nicht dort, wo es an die grundsätzlichen Strukturen der Verbraucherberatung in Nordrhein-Westfalen geht.

(Zuruf von der SPD)

Die Einsparungen bei den Verbraucherzentralen möchte ich gerne nennen. Dann entlarvt sich alles, was heute und an anderer Stelle – zum Teil auch von der Verbraucherzentrale selbst – dazu gesagt wird als Kampagne gegen die Landesregierung. Die Verbraucherzentralen haben im Jahre 2005 9,4 Millionen € von der Landesregierung bekommen. Das waren noch die Zahlen der alten Landesregierung. Wir haben das im Jahr 2006 auf 8,9 Millionen € gekürzt. Nach dem Entwurf, den das Landeskabinett verabschiedet hat und der dem Landtag jetzt zur Beratung vorliegt, gibt es keine Kürzung im Jahr 2007 für die Verbraucherzentralen.

(Svenja Schulze [SPD]: Der liegt uns nicht vor! – Hannelore Kraft [SPD]: Wir haben im Landtag noch nichts erhalten! Das müssen Sie wissen!)

– Ja, Sie greifen doch die Landesregierung an, Frau Oppositionsführerin. Dann müssen Sie sich auch die Zahlen gefallen lassen.

Wir als Landesregierung schlagen vor, dass die Verbraucherzentralen auch im nächsten Jahr 8,9 Millionen € bekommen.

(Beifall von der CDU)

Wir kürzen bei den Projekten. Ich sage ganz offen, schauen Sie sich einmal das eine oder andere Projekt an, das in den letzten Jahren von den Verbraucherzentralen auf den Weg gebracht worden ist. Dazu sage ich: In Zeiten von knappen Kassen ist das, was auf den Weg gebracht worden ist, durchaus diskussionswürdig.

(Beifall von CDU und FDP)

So manches Projekt ist mit viel Geld finanziert worden, was nicht wirklich zu einer guten Verbraucherberatung in Nordrhein-Westfalen notwendig ist.

Noch einmal: Wir halten an den Strukturen fest. – Auch hier bricht im Grunde genommen Ihre gesamte Argumentation zusammen. Bei den Projekten wird ebenso wie in vielen anderen Bereichen der Landespolitik auch gespart. Das ist angemessen.

Im Jahr 2006 und im Jahr 2007 muss in Nordrhein-Westfalen keine einzige Verbraucherzentrale geschlossen werden.

(Beifall von der CDU)

Wer diese Debatte führt, wonach die Verbraucherzentralen in Nordrhein-Westfalen mit einem Einsparungsbeitrag von 500.000 € einen Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts leisten müssen, der sagt nicht die Wahrheit. Deswegen fordere ich im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher alle auf, diese Kampagne einzustellen,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: An dieser Wahrheit werden wir Sie messen, wenn die Schließung ansteht!)

wenn insbesondere die Perspektive gegeben ist, dass für das Jahr 2007 das gleiche Finanzvolumen zur Verfügung gestellt wird.

Einige Punkte des Abgeordneten Rimmel möchte ich noch konkret ansprechen. Ich komme zu den Untersuchungsämtern. Es ist richtig, dass wir gesagt haben, wir wollen die Kommunen nicht aus der Verantwortung entlassen. Ich habe Ihnen aber heute, im Juni 2006, ein Konzept vorgestellt. Wir sind ein großes Stück weitergekommen. Wir wer-

den das eben angesprochene Konzept zum 1. Januar 2007 umsetzen.

Ob Sie es hören wollen oder nicht: Bei Ihnen hat es vier oder fünf Jahre gedauert, und es hat sich nichts getan. Wir setzen dieses Konzept, zu dem es ein Gutachten gibt, innerhalb eines Jahres um.

(Beifall von CDU und FDP)

Zu der Abarbeitung des 15-Punkte-Programms gehört auch die Frage einer Task-Force, die Sie angesprochen haben. Es ist in der Tat so, dass wir eine Arbeitsgruppe „Fleischhandel“ eingesetzt haben, mit deren Hilfe das 15-Punkte-Programm der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen abgearbeitet wird.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, die Landesregierung ist auf einem guten Weg bei der Verbraucherschutzpolitik in Nordrhein-Westfalen. Dass es in der letzten Zeit etwas ruhiger geworden ist, ist ein Problem der Opposition.

(Svenja Schulze [SPD]: Bitte schön? Sie sind jetzt in der Verantwortung! Das ist wirklich eine Unverschämtheit!)

Die Frage der Qualität, ist es keine Frage des Verbraucherschutzministers. Die umgestellten Kontrollen greifen in Nordrhein-Westfalen.

Zum Schluss dieser Aktuellen Stunde meine ich: Wenn Sie noch einmal eine Aktuelle Stunde zu dem Thema beantragen sollten, Frau Abgeordnete Schulze, dann sollten Sie es gut überlegen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP – Svenja Schulze [SPD]: Das lasse ich mir von der Regierung nicht sagen! Das entscheide ich selbst! Unverschämtheit! Anmaßung der Landesregierung! Das ist unverschämmt!)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Uhlenberg. – Es liegt noch eine Wortmeldung von der SPD-Fraktion vor. Herr Abgeordneter Stinka hat das Wort.

André Stinka (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Tumulte, die Unruhe haben gezeigt, dass diese Aktuelle Stunde aktuell und wichtig war, meine Damen und Herren, und dass es richtig war, dass die SPD-Fraktion sie beantragt hat.

(Beifall von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das entscheidet das Parlament und nicht die Regierung!)

Herr Minister, Sie sagten zu Frau Schulze, wir würden Stanzreden halten. Wenn wir Stanzreden halten würden, würde die Unruhe nicht so groß sein. Es geht uns um die Verbraucherinnen und Verbraucher in Nordrhein-Westfalen und nicht darum, irgendwelche Luftblasen in die Welt zu setzen.

(Beifall von der SPD)

Ich will gerne noch einen Aspekt einbringen, der hier heute ein bisschen zu kurz kam. Lebensmittelüberwachung ist auch Standortsicherheit. Das ist auch Wirtschaftspolitik, Frau Thoben. Damit will ich dem Verbraucherschutz keineswegs den Rang ablaufen, wenn es darum geht, die Lebensmittelbranche so zu kennzeichnen. Aber beides gehört zusammen. Die wirtschaftliche Dimension von Lebensmittelsicherheit ist wichtig.

Die Ernährungsbranche in der Bundesrepublik hat einen ihrer wichtigsten Standorte hier in Nordrhein-Westfalen. Von daher gehen aus Nordrhein-Westfalen wichtige Signale in die Bundesrepublik hinein. Mit mehreren hunderttausend Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und mit mehr als 700 Betrieben in der vor- und nachgelagerten Industrie stellt das hier einen bedeutenden Wirtschaftszweig dar.

Die kleinen, mittelständischen und großen Unternehmer sind als global Player weltweit tätig mit einem Umsatz von rund 30 Milliarden €. Ich will das nur noch einmal faktisch darlegen, damit in diese emotionale Debatte wieder ein wenig Ruhe und Sachkenntnis hineinkommt. Die Lebensmittelindustrie rangiert in NRW auf Platz 5 – noch vor der Kfz-Industrie. Die Entwicklung im Export ist rasant. Die Exportquote hatte einen Zuwachs von über 6 % in den Jahren 1999 bis 2004.

Warum diese Vorrede, auch wenn einige gelangweilt wegschauen? – Diese Zahl macht auf jeden Fall klar, wie bedeutsam die Lebensmittelwirtschaft für Nordrhein-Westfalen ist, wie wichtig aber auch das Vertrauen ist, das die Bevölkerung in eine Überwachung haben muss. Denn die deutsche Fleischexportindustrie ist darauf aus, weiter für den weltweiten Markt zu produzieren und das eben mit den Grundlagen Qualität und Sicherheit und mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die gut ausgebildet sind.

Zu Recht weist deswegen das Außenwirtschaftsportal des NRW-Wirtschaftsministeriums in der sogenannten Food-Processing-Studie darauf hin, dass mehr als nur ökonomische Fakten für die Bürgerinnen und Bürger wichtig sind, nämlich die Rückverfolgbarkeit und die Sicherheit als wahre Werte in der Lebensmittelbranche, und die kön-

nen nur durch eine gezielte, konsequente und nicht nur dem freien Wettbewerb überlassene Lebensmittelkontrolle gewährleistet werden.

Wir sind sicherlich alle froh darüber, dass wir aus vielen Ländern der Welt Lebensmittel einführen können. Die EU hat, um diese Lebensmittel zu kontrollieren, ein Schnellwarnsystem eingerichtet. Tragisch für uns nur ist, dass dieses Lebensmittelschnellwarnsystem gerade auch deutsche Produkte kontrolliert hat und wir dort aufgefallen sind, Herr Minister. Wenn alles so gut wäre, wie Sie das in den letzten Monaten sagen, dann hätte das nicht passieren dürfen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Unsere Quintessenz ist: 15 Punkte haben Sie angesprochen. Das eine oder andere ist umgesetzt. Mit Luftblasen und Verwaltungsstrukturreformen, die angekündigt werden und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ungewissen lassen, lassen sich Qualität, Sicherheit und wahre Werte nicht herstellen. Denn Qualität fußt auf Werten. Wenn das sogar im Index des Wirtschaftsministeriums steht, scheinen wir ja nicht so stark daneben zu liegen, Herr Minister. – Schönen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Es gibt eine weitere Wortmeldung der CDU-Fraktion, und zwar vom Abgeordneten Pick. Bitte schön.

Clemens Pick (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme zurück zur Ausgangssituation dieser Aktuellen Stunde. Am Ende der Debatte sehen wir auch, was wir alles diskutiert haben. Ausgangssituation war, dass die SPD beantragt hat, über den Verbraucherschutzindex zu diskutieren. Das hat sich als Rohrkipierer herausgestellt. Denn in der Diskussion ist deutlich geworden, dass die SPD zwar in der vergangenen Woche die Zeitung gelesen hat und ein Thema gefunden hat, zu dem sie meinte, eine Aktuelle Stunde beantragen zu können, aber im Laufe der Zeit und im Laufe der Debatte feststellen musste, dass das gar nicht so ist und dass das Thema verfehlt ist. Wie heißt es immer in dieser Fußballzeit? – Eigentor! Wenn nur ein Tor fällt, hat man das Spiel verloren. Das müssen Sie jetzt auch so sehen.

Was dann in der weiteren Diskussion daraus geworden ist, ist eine aktuelle Diskussion über die Verbraucherpolitik. Es ist auch gut, dass wir die hier geführt haben. Aber dann muss eine solche

Diskussion anders beantragt werden. Dann kann man das auch noch breiter diskutieren.

Deswegen ist hier versucht worden, die Kurve zu kriegen und die große Tüte Buntes der Verbraucherpolitik aufzumachen, um deutlich zu machen, dass an der einen oder anderen Stelle Versäumnisse vorhanden sind, die man selber zu verantworten hat, und dem Minister Vorhaltungen zu machen, die völlig ungerechtfertigt sind. Denn auch die Wortbeiträge der Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion und von der FDP-Fraktion haben ja deutlich gemacht, dass im letzten Jahr mehr gelaufen ist als vorher. Wenn es heute Zeugnisse gäbe für Verbraucherpolitik in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren, dann fiele das für den jetzigen Minister hervorragend aus.

(Svenja Schulze [SPD]: Dann wären Sie nicht versetzt!)

– Meine liebe Frau Schulze, wenn das Zeugnis auch über den Verbraucherschutzindex ausgestellt würde, hätten Sie sich fälschlicherweise doch selber ein Bein gestellt. Dann hätten Sie sagen können: Wir waren wunderbar, denn wir sind Verbraucherland Nr. 2. – Das sind wir in der Tat. Aber Sie gehen auf einen Bereich ein, bei dem man sich allerdings schon über die Bewertungskriterien trefflich unterhalten kann.

Daran sieht man, wie weit Sie sich überhaupt von der realistischen Politik entfernt haben und versuchen, hier auf Populismus zu machen, der nachher dann ins Leere läuft.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, abschließend: Die Aktuelle Stunde war eine schöne Aktuelle Stunde. Die Aktuelle Stunde hat deutlich gemacht, dass die Landesregierung auf dem Weg ist und dass Sie sich Ihrer Verantwortung für die Vergangenheit und für die 39 Jahre SPD-Politik noch nicht bewusst sind.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Leichte Wahrnehmungsschwierigkeiten, Herr Kollege!)

Kommen Sie endlich dahin! Setzen Sie sich mit der Realität und mit wichtigen Tagesfragen auseinander! – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Pick. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Aktuelle Stunde.

Ich rufe auf:

2 **Zweites Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (2. Schulrechtsänderungsgesetz)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/1572

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Schule und Weiterbildung
Drucksachen 14/2112 und 14/2149

dritte Lesung

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat mit Schreiben vom 14. Juni 2006 eine dritte Lesung des Gesetzentwurfes gemäß § 73 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung beantragt.

Ich weise darauf hin, dass nach der zweiten Lesung keine Rücküberweisung erfolgte. Damit ist Beratungsgrundlage für die heutige Sitzung die Beschlussempfehlung und der Bericht des Ausschusses für Schule und Weiterbildung zur zweiten Lesung.

Ich weise weiterhin darauf hin, dass wir noch einen **Entschließungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/2150**, einen **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/2159** und den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/2166** haben.

Ich eröffne jetzt die Aussprache zur dritten Lesung und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Recker das Wort.

Bernhard Recker^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin froh und stolz, heute ein Gesetz auf den Weg zu bringen, das die Zukunftschancen unserer Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen wesentlich verbessern wird.

(Frank Sichau [SPD]: Meinen Sie!)

Wir machen diese Reform nicht der Reform wegen. Wenn 39 Jahre rote beziehungsweise rot-grüne Bildungspolitik

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Rot-gelb auch!)

es nicht verhindert haben, Frau Löhrmann, dass wir weit abgeschlagen hinter anderen Ländern rangieren und 25 % der jungen Menschen nicht ausbildungsfähig sind, dann kann es so nicht weitergehen.

(Beifall von der FDP)

Diese Negativergebnisse als Produkt Ihrer Bildungspolitik sind im Detail doch in fast allen wissenschaftlichen Vergleichen belegt. Nun kommen diejenigen, die dieses Desaster in 39 Jahren verursacht haben, und werfen uns vor, die falschen Weichenstellungen vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, zeigen Sie doch endlich Größe! Geben Sie zu, dass Ihre Instrumente versagt und Sie uns in dieses Dilemma geführt haben!

(Beifall von CDU und FDP)

Ich habe es nicht so gerne, wenn nun diejenigen, die den Flächenbrand verursacht haben, sich hier als Feuerwehr aufspielen. Das nimmt Ihnen niemand mehr ab.

Es war gestern schon eine groteske Diskussion, wenn diejenigen, die für das unsozialste Schulsystem verantwortlich sind, nun Befürchtungen äußern, dass unser Schulgesetz sozial Schwache beteiligen würde. Genau das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall von CDU und FDP – Dieter Hilser [SPD]: Das ist der richtige Satz!)

Meine Damen und Herren, wir setzen mit unserem neuen Schulgesetz genau die Instrumente ein, die andere Länder bereits erfolgreich praktiziert haben, ob es jetzt intern in der Bundesrepublik, aber auch in Ihrem Musterländle Finnland war. Ich will das an einigen Beispielen erläutern.

Ich bediene mich gerne einiger Aussagen von der Expertin Thelma von Freimann aus der Zeitschrift „Freiheit der Wissenschaft“ vom Juni 2002 über die Binnenstruktur des finnischen Schulsystems, wo unter anderem Folgendes steht – ich darf mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, zitieren –:

„Nicht die formale Gestalt der ‚Gesamtschule‘ ist es, die Deutschland sich bei den Finnen abschauen sollte, sondern die intrasystemische Differenzierung, die begabungsgerechte Wege ermöglicht, und die personalintensiven binnenschulischen Strukturen zur Förderung der Schwachen.“

Weiter heißt es:

„Die hierzulande weit verbreitete Vorstellung, dass finnische Schulen mit Hilfe binnendifferenzierender Unterrichtsmethoden in sich ausgesprochen heterogene Klassen bedienen, ist absolut falsch. Die Schülerströme in Ballungsgebieten sortieren sich aufgrund der curricula-

ren Profilierung dem Fremdsprachenangebot und“

– hören Sie zu –

„der freien Schulwahl so, dass manche Schulen in Finnland mehr oder weniger einem deutschen Gymnasium entsprechen ..., andere eher einer deutschen Hauptschule.“

Das sind die Fakten.

(Beifall von der FDP)

Es heißt abschließend:

„Wenn Deutschland in Sachen Bildung international aufholen will, muss es

- allen Immigrantenkindern Deutsch beibringen und
- allen schwachen Schülern systematisch helfen.“

Genau diese Instrumente setzen wir ein.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Der entscheidende Punkt unseres Gesetzes ist die Freilassung aller Schulen in die Freiheit und mehr Eigenverantwortung. Wer Qualität will, muss Freiheit geben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das tun Sie doch nicht!)

Dieses Gesetz garantiert endlich die individuelle Förderung in einem begabungsgerechten Bildungssystem. Wir vertrauen den Menschen. Wir vertrauen den Schulen und gewähren ihnen ein Höchstmaß an Freiheit in einem geregelten Wettbewerb um die besten pädagogischen Konzepte.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wir überlassen die Detailsteuerung des Schullebens den Schulen, welche auf dieser Basis ihre Profilbildung eigenverantwortlich weiterentwickeln können – wie in Finnland. Ebenfalls sorgen wir dafür, dass jedes Kind Deutsch sprechen kann, wenn es eingeschult wird – die Grundvoraussetzung für jede schulische Entwicklung.

Einige hier im Saal werden sich noch erinnern: Als wir das vor einigen Jahren gefordert haben, wurden wir als ausländerfeindlich gescholten. Das ist die Wahrheit, wie wir in der Vergangenheit diskutiert haben.

(Ralf Witzel [FDP]: So ist das!)

Ein weiterer Punkt. Wir gewähren – wie in Finnland übrigens – die freie Schulwahl, die Sie so bekämpfen, aber für uns ist dies Voraussetzung für ein Mehr an Individualität in der Förderung so-

wohl aus Sicht der Schule als auch aus Sicht der Eltern. Wir fördern unter anderem durch Lernstudios die Kinder, die einer besonderen Unterstützung bedürfen, um so das Sitzenbleiben weitgehend zu verhindern – siehe Finnland. Ich könnte diese Beispiele beliebig fortsetzen. Vor allem aber geben wir die personellen Rahmenbedingungen, die diese Förderung erst ermöglichen.

Ich wiederhole es: Wir können in einigen Punkten unterschiedlicher Meinung sein, aber wir als CDU sind vor der Wahl angetreten mit der Zusage, eine grundlegende und zukunftsweisende Bildungsreform auf den Weg zu bringen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: „Grundlegend“ stimmt ja, „zukunftsweisend“ nicht!)

Wir haben dabei die Eckpunkte klar definiert. Für dieses Ziel, mehr individuelle Förderung in einem differenzierten begabungsgerechten Bildungssystem, sind wir gewählt. Wir setzen hier und heute das um, was wir vor der Wahl gesagt haben, nicht mehr und nicht weniger. Hierbei geht es letztlich um Glaubwürdigkeit von Politik.

Meine Damen und Herren, mit dem heute zu verabschiedenden Gesetz geben wir allen am Schulleben Beteiligten endlich die Rahmenbedingungen, die notwendig sind, um im nationalen und internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Ich freue mich, dass unsere Schulen endlich eine Perspektive bekommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Recker. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Schäfer das Wort.

Ute Schäfer (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben gestern bereits lange über das neue Schulgesetz diskutiert. Ich habe mir natürlich noch einmal die Rede von Frau Ministerin Sommer angeschaut; sie war ja gestern im Internet eingestellt. Es gab darin einen bemerkenswerten dritten Satz,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Einen!)

der lautet: „Nun gehen wir zum Lernen in die Welt.“

Wir können uns sicherlich alle noch an die Diktion erinnern. Ich hoffe, Sie werden das wirklich einmal tun – auch die CDU und die FDP –, dann werden Sie nämlich merken, wie die modernsten Schulsysteme in Europa aussehen.

(Zurufe von der CDU)

Und dann dürfen Sie eigentlich nicht zulassen, dass dieses Schulgesetz hier heute in dieser Form verabschiedet wird.

(Zuruf von der CDU: Doch, gerade dann!)

Werfen wir einmal einen Blick in den Süden, nach Südtirol, eine Region mit den besten Pisa-Ergebnissen: in Gemeinschaftsschulen! – Herr Recker hat ja gerade etwas aus dem Norden zitiert. Es war ein sehr umfangreiches Zitat; ich muss gestehen: So etwas lese ich lieber, als dass ich es höre, weil man das dann auch nachvollziehen kann. Aber Sie zitieren sehr selektiv. Ein Blick in den Norden Europas hätten reichen können, um sich von dem modernsten Schulsystem zu überzeugen.

Aber alle Instrumente, Herr Recker, die Sie eben genannt haben, von denen Sie überzeugt sind, dass sie erfolgreich sein werden, haben wir unter Rot-Grün in den letzten fünf Jahren eingeführt beziehungsweise vorbereitet. Daran muss ich Sie erinnern.

Sie machen eines – und da sind wir durchaus an Ihrer Seite –: Sie setzen die erfolgreiche frühe Sprachförderung fort. Das unterstützen wir natürlich.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie sind für die Malaise verantwortlich, die wir haben!)

Vielleicht könnten Sie dem Publikum zeigen, dass Sie auch zuhören können, Herr Solf. Es wäre schön, wenn Sie das einfach einmal aushalten würden. Ich weiß ja, dass Sie das nach Ihrer Blamage von gestern schwierig finden.

(Zurufe von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das Sozialverhalten sieht schlecht aus auf der Seite dort! – Weitere Zurufe)

– Ich weiß gar nicht, Herr Präsident: Geht das von meiner Redezeit ab?

Vizepräsident Edgar Moron: Nein.

Ute Schäfer (SPD): Nein. – Danke.

Also: Alle Maßnahmen, mit denen Sie bestimmt Erfolg haben werden, haben wir unter Rot-Grün eingeführt. Die Sprachförderung setzen Sie fort, und das ist gut und richtig so. Vielleicht nehmen Sie das einfach einmal positiv zur Kenntnis.

Sie setzen auch die von uns eingeführten Lernstandserhebungen fort. Sie wissen wahrscheinlich, dass wir sie aus Schweden übernommen haben. Auch das unterstützen wir ausdrücklich, weil genau das eine wichtige Basis für die individuelle

Förderung ist, die Sie hier landauf, landab zitieren. Außerdem sorgen diese Lernstandserhebungen für Transparenz im System.

Sie setzen auch die mittlere Abschlussprüfung um, die wir unter Rot-Grün eingeführt haben. Auch das wird der Transparenz der Leistungen dienen. Und es wird ein positiver Wettbewerb sein, dem sich auch Rot und Grün niemals ver sagt haben.

Sie setzen ferner unsere Schulinspektionen fort, ebenfalls die Einrichtung einer Qualitätsagentur, die wir erfolgreich mit den Niederlanden umgesetzt haben. Auch das begrüßen wir natürlich, ganz klar.

Sie setzen sogar – jetzt staunen wir an der Stelle – die Einrichtung der offenen Ganztagsgrundschule fort, die Sie jahrelang als Verwahranstalt gegeißelt haben, unter Rot-Grün eingeführt!

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Aber was Sie dann gleichzeitig tun, meine Damen und Herren von der FDP – und der Ministerpräsident trägt seinen Teil der Verantwortung –: Sie schaffen es nicht, in Berlin bei der Föderalismusreform dafür zu sorgen, dass so großartige Kooperationsprojekte wie Ganztags-schulen von Bund und Land weiterhin gemeinsam durchgeführt werden können. Das müssen Sie sich zuschreiben lassen.

(Beifall von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Weil Rüttgers in Berlin nichts zu sagen hat! – Gegenrufe von der CDU)

Aber alles andere, was in diesem Schulgesetz dann noch auftaucht, sind leere Worthülsen. Ich möchte das am Beispiel der Durchlässigkeit deutlich machen. Landauf, landab verkünden Sie, das System werde durchlässiger. Sie belügen die Menschen. Sie schotten das Gymnasium ab.

(Beifall von der SPD)

Das heißt weniger Durchlässigkeit, und das heißt weniger Bildungsbeteiligung. Das ist Gift für eine Gesellschaft, die sich Wissensgesellschaft nennen will.

Dabei beschaffen Sie sich noch schnell eine Umfrage zur zweiten Lesung, Frau Ministerin, die übrigens nur in der „Bild“-Zeitung zu lesen war. Ich konnte sie gestern nicht im Internet nachlesen. Das ist sehr, sehr traurig; nur die „Bild“-Zeitung bekommt sie. Da steht dann, dass 91 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen es toll finden, dass die individuelle Förderung im Schulgesetz veran-

kert wird. – Donnerwetter, sage ich, das ist wirklich eine tolle Fragestellung mit einer tollen Antwort!

(Rainer Schmeltzer [SPD]: „Bild“ war dabei!)

Und aus dieser Umfrage zitieren Sie auch nur das Positive, Frau Ministerin. „Schönsprech“ heißt das, glaube ich. Denn die Aufhebung der Schulbezirke, die Sie mal eben en passant für die Grundschulen machen, wird von den Menschen in Nordrhein-Westfalen abgelehnt.

(Beifall von der SPD)

Abgelehnt wird sie! Ich darf dazu einmal aus Ihrer durchgestylten Rede zitieren. Darin heißt es:

„Weil starre Grenzen den Leistungswillen erschaffen lassen, brauchen wir den Wettbewerb. Dazu soll auch die Auflösung der Schulbezirksgrenzen dienen.“

Das haben Sie hier gestern gesagt. Wissen Sie eigentlich, dass unsere Grundschulen im internationalen Leistungsvergleich oben liegen? Und wissen Sie eigentlich, was Sie mit Ihrer Politik in den Grundschulen jetzt erreichen werden? Kopfnoten, Druck, Prognoseunterricht – die gesamte gute Grundschulpädagogik der letzten Jahre

(Lachen bei der CDU)

werden Sie damit zunichte machen. Bestreiten Sie, dass unsere Grundschulen erfolgreich waren in den internationalen Schulleistungsstudien? Bestreiten Sie das?

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Lebhaftes Zurufe von Josef Hovenjürgen [CDU])

Dann müssen Sie einmal nachlesen! Dann haben Sie sich nicht richtig informiert. Das ist eine Unverschämtheit! Unsere Grundschulen sind sehr erfolgreich.

In Wahrheit geht es Ihnen nämlich nicht um mehr Durchlässigkeit; sonst hätten Sie dieses Schulgesetz nicht zugelassen. Sie tragen ab heute die Verantwortung für ein Schulgesetz, das für weniger Bildungsbeteiligung, für weniger Chancengleichheit und für weniger Durchlässigkeit sorgt.

(Beifall von Carina Gödecke [SPD])

Das ist ab heute Ihre Verantwortung. Herr Recker, dann werden sich Ihre Reden auch ändern. Wir warten einmal ab, wie sich das in der Praxis umsetzen wird. – Danke.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schäfer. – Für Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben gestern sehr ausführlich diskutiert. Uns geht es heute noch um etwas Weiterführendes.

Wir haben gestern festgestellt, dass über die Zielsetzung „mehr Leistung und Bildung von mehr Jugendlichen sowohl in der Breite wie auch in der Spitze“ kein Dissens in diesem Hause besteht, sondern dass wir uns im Wesentlichen über die Instrumente und über die Wege streiten. Wir haben außerdem gelernt, dass der Ministerpräsident höchstpersönlich voll und ganz hinter diesen Zielen steht.

Ich will Ihnen einmal sagen, was die Schülerinnen und Schüler, um die es ja geht – über deren Zukunft reden wir ja –, von diesem Gesetz halten. Sie haben das gestern so erklärt:

„Das neue Schulgesetz ist für die Landesschüler/innen/vertretung in NRW weder modern noch innovativ. ...Barbara Sommer hat mit der Novelle ein weiteres Mal das Wohl der Kinder NRWs nicht im Blick.“

(Beifall von der SPD)

Und weiter heißt es:

„Insgesamt wird das neue Schulgesetz Chancengleichheit minimieren, soziale Unterschiede verstärken und Schuldemokratie in die Bedeutungslosigkeit schicken.“

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Christian Weisbrich [CDU]: Wer hat Ihnen das denn aufgeschrieben? – Gegenruf von der SPD: Sie nicht! – Weitere Zurufe)

„Die Novelle ist weder aus pädagogischer noch aus demokratischer oder aus schulpolitischer Sicht nachvollziehbar. Wir appellieren hiermit an die Landesregierung und das Ministerium für Schule und Weiterbildung, diesen zum Scheitern verurteilten Versuch, Schule zu reformieren, aufzugeben und zusammen mit den Schülerinnen und Schülern einen Neuanfang zu wagen.“

Das erwarten die Jugendlichen, die Schülerinnen und Schüler, von Ihnen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wenn Sie unterstellen, dass wir oder die SPD ihnen das aufgeschrieben haben, finde ich das sehr erbärmlich. Das möchte ich Ihnen ausdrücklich

sagen. Das haben wir gar nicht nötig, und das haben auch die Jugendlichen nicht nötig, dass man ihnen etwas aufschreibt, weil sie selber wissen, was für ihre Zukunft am besten ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Auch wir sind der Auffassung – das haben wir gestern ausführlich besprochen; das sage ich heute nur noch einmal kurz –, dass dieses Gesetz die Ziele einer besseren Bildung nicht erfüllen wird

(Widerspruch von der CDU)

und dass man mit den Rezepten der 50er-Jahre die Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts – das impliziert: Bildung als soziale Frage – nicht erreichen wird.

Das wird auch nicht dazu führen, dass die Wirtschaft die Anforderungen, die sie an das Schulgesetz hat, erfüllt bekommt, weil dieses Gesetz vor diesem Hintergrund zukunftsfeindlich ist: aus Sicht der Kinder und ihrer Bildungschancen und aus Sicht der Wirtschaft, die im Innovationsprozess des globalen Wettbewerbs mithalten muss.

Deswegen fordern inzwischen auch Wirtschaftsexperten ein anderes System: Lothar Späth und Hans-Werner Sinn – um nur zwei zu nennen. Die Bertelsmann-Stiftung und viele andere Institute haben gesagt: Das geht so nicht weiter in Deutschland. Es geht um Deutschland und natürlich auch um Nordrhein-Westfalen. Die Grundprobleme sind in den Ländern die gleichen. Es gibt graduelle Unterschiede zwischen den Bundesländern; da hilft Ihnen Ihre fein ziselierte Argumentation nicht weiter.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Meine Damen und Herren, dieses Gesetz ist auch nicht im Interesse der Kommunen dieses Landes. Deswegen unternehmen wir heute einen letzten Versuch. Sie haben gestern die diesbezüglichen Anträge der SPD, die auf den Status quo zielen, abgelehnt. Das hat mich nicht weiter überrascht.

Aber wir legen Ihnen heute zur namentlichen Abstimmung einen Änderungsantrag vor, der im O-Ton dem Wunsch und Willen der kommunalen Spitzenverbände dieses Landes entspricht, und zwar auf Punkt und Komma. Das haben Ihnen die kommunalen Spitzenverbände als Kompromiss vorgelegt.

Sie sind das Parlament, und Sie haben darüber vor Ihrem Gewissen zu entscheiden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Demonstrativer Beifall von der CDU – Zuruf von Ralf Witzel [FDP] – Weitere Zurufe)

Auch Ihre Leute in den Kommunen wollen das so; das hat die Befragung des Städte- und Gemeindebundes gezeigt.

(Zustimmung von Rainer Schmeltzer [SPD])

Das haben die vielen Ratsresolutionen gezeigt.

(Zustimmung von Rainer Schmeltzer [SPD])

Das hat auch Ihre kommunalpolitische Vereinigung gezeigt. Auch in Ihrem Wahlprogramm stand es anders, meine Damen und Herren von der CDU. Und das wissen Sie auch.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Also: Folgen Sie der kommunalen Vernunft aus Gründen, die für die Kinder gut sind, die die Bürokratie abbauen und die den Kommunen die Freiheit geben, das so oder anders zu tun. Aber bedenken Sie auch – ich habe das gestern schon gesagt –: Der Ministerpräsident hat Sie in gewisser Weise vor vollendete Tatsachen gestellt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das macht er öfters!)

Es ist schlecht, wenn man nicht versucht, ein solches Verhalten von Anfang an einzudämmen. Wie Sie als CDU und als Einzelne abstimmen, hat auch etwas damit zu tun, ob Sie sich das gefallen lassen oder ob Sie eine selbstbewusste Fraktion frei gewählter Abgeordneter sind, die an dieser Stelle ihrem Gewissen folgen sollten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Hier geht es anders – das ist mein letzter Gedanke – als beim Haushalt. Da kann man das ja noch verstehen, denn dabei gerät ein Gefüge des Haushaltes auseinander. Aber hier gerät nichts auseinander, was Sie ansonsten beschlossen haben, sondern hier geht es nur darum, dass Sie den Kommunen folgen. Die ideologische Orientierung dieses Gesetzes, die ich nicht teile, gerät nicht auseinander. Es geht also nur um einen Einzelpunkt, der kein Gefüge auseinander bringt. Deswegen: Folgen Sie dem, was Sie eigentlich für richtig halten! Denn in diesem Parlament gibt es für die Aufhebung der Schulbezirke als Zwangsmaßnahme für die Kommunen keine Mehrheit.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Die Menschen sollten sehen, dass hier nach dem Gewissen und nach der Sache entschieden wird und nicht nach einer Vorgabe des Ministerpräsi-

denten, der sich in unheiliger Allianz mit der FDP zusammengetan hat.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es wäre ein gutes Zeichen für dieses Haus, dass hier so entschieden wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Löhrmann. – Für die FDP-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Witzel.

(Zuruf von der SPD: Ein Witz! – Weitere Zurufe)

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank für den Nachhilfeunterricht für Abgeordnete, den wir gerade empfangen durften.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Der ist ja auch bitter nötig! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Aber zur Sache! Mit der Schulgesetznovelle, die wir in wenigen Minuten verabschieden, machen wir einen ganz entscheidenden Schritt in die richtige Richtung, Nordrhein-Westfalen zum Bildungsland Nummer eins in Deutschland zu machen.

(Lachen und Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Wir nehmen eine Totalrevision rot-grüner Bildungspolitik vor. Das haben Sie richtig identifiziert.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das schmerzt Sie natürlich; das ist auch nachvollziehbar. Aber dieser Weg der Qualitätsentwicklung

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ist ein Weg zurück!)

ist der Sache nach völlig alternativlos. Wir belegen die Abstiegsplätze bundesweit mit den Leistungsergebnissen unserer Schüler. Sie haben uns ein Erbe hinterlassen, bei dem 25 % der Jugendlichen Risikogruppe sind, wo keine Förderung stattgefunden hat. Deshalb sagen wir Ihnen als FDP-Landtagsfraktion: Das Risiko besteht nicht darin, Fehler zu verbessern und Veränderungsprozesse einzuleiten, sondern das Risiko besteht darin, die Reformen zu unterlassen und weiter vor sich her zu wurschteln, wie Sie das in den letzten zehn Jahren gemacht haben.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, die neue Schule NRW der Koalition der Erneuerung steht für Bewegung und nicht für Kuschelpädagogik im Schlaflabor.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Es ist wirklich nicht ohne Amusement, wenn Frau Kraft und Frau Schäfer über Bildungsqualitätsentwicklung reden. Bei den Ergebnissen, die Sie uns hinterlassen haben, ist das fast so, als ob der Blinde von der Farbe spricht. Und wir passen auf, dass Sie nicht Fahrerflucht begehen.

(Beifall von FDP und CDU – Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Sie haben schwache Fachleistungen hinterlassen, ein sozial selektives Bildungswesen und Defizite in den Verhaltensweisen. Immer, wenn wir Ihnen das in den letzten Jahren basierend auf wissenschaftlichen Studien gesagt haben, haben Sie gesagt, dass das alles nicht so und im Übrigen auch völlig egal sei. Denn Sie hätten nach rot-grüner Lesart ein gutes Bildungswesen. Ihre Begründung war: In keinem anderen Bundesland in Deutschland machen trotz dieser Fakten so viele junge Menschen Abitur wie bei uns. – Herzlichen Glückwunsch! Wenn das der Indikator für Bildungsqualität ist, wissen wir auch, warum wir heute da stehen, wo wir uns befinden.

(Zuruf von der SPD: Sie reden Blödsinn!)

Wir machen als Koalition der Erneuerung das, was wir im Wahlkampf gesagt haben und wie wir uns glaubwürdig – CDU wie FDP – vor der Landtagswahl verhalten haben.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wann war das denn mit dem „glaubwürdig“?)

Sie können das alles nachlesen. Auf allen Pressekongressen von Jürgen Rüttgers und Ingo Wolf vor der Landtagswahl wurde dies gesagt. Sie können dies auch in der Landtagsdrucksache 13/6887 zum Thema „freie Schulwahl“ nachlesen. Wir haben den Wählern vor der Wahl klar gesagt, wie wir uns hier verhalten werden.

Wir als Koalition der Erneuerung wollen ein Bildungswesen mit mehr Leistung, mehr Wettbewerb, mehr Disziplin und besseren Perspektiven für junge Menschen. Deshalb müssen wir die Probleme lösen, die Sie uns hinterlassen haben. Sie haben uns ein sozialselektives Bildungswesen hinterlassen, das wir überwinden müssen. Das Problem der Bildung in Deutschland – darin sollte eigentlich hier im Haus und in Nordrhein-Westfalen insgesamt Einigkeit bestehen – ist, dass Kinder viel zu früh sortiert werden, nämlich hausnummernweise auf verschiedene Schulbe-

zirksstandorte, sodass sie selber keine Wahlfreiheit entfalten können.

(Zurufe von der SPD)

Deshalb, Frau Löhrmann, treten wir für eine Schule ohne Grenzen, für eine Schule des Wettbewerbs, der Vielfalt ein, um so zu einer neuen Qualitätsentwicklung zu kommen.

Schulbezirke im bisherigen System entfalten nämlich eine Doppelwirkung. Zum einen projizieren sie 1:1 die Struktur des sozialen Wohnens. Dort wirken sie als Mauer um den sozialen Brennpunkt herum; denn da, wo man geboren wurde, muss man auch zur Schule gehen. Zum anderen sind sie ein Schutzwall für die Villenviertel, wo niemand hereingelassen wird. Das spricht nicht für Durchmischung und Heterogenität in unseren Schulen. Deshalb kennen ja auch die Länder, die bei Pisa erfolgreich waren, das System der Schulbezirksgrenze nicht.

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

In Niedersachsen, Frau Gödecke, kämpft die SPD gegen die schwarz-gelbe Koalition für freie Schulwahlen. Die SPD-Schulministerin in Schleswig-Holstein schafft gerade die Schulbezirke ab.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Vergleichen Sie Vergleichbares! – Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Insofern sollten Sie sich auch in Nordrhein-Westfalen etwas weiterentwickeln.

Frau Kraft, ich hätte mir gewünscht, dass Sie in der Bildungspolitik das Format Ihres Vorgängers im Amt des SPD-Fraktionsvorsitzenden haben, der es sich aus Verantwortung nie hat nehmen lassen, in seiner eigenen Partei und Fraktion notwendige Reformen einzufordern. Edgar Moron war der erste bei Ihnen, der für das Zentralabitur eingetreten ist. Sie haben gesagt, das sei alles des Teufels, bis wir Ihnen gezeigt haben, dass es das in anderen Ländern auch an bischöflichen Schulen gibt und deshalb nicht des Teufels sein kann.

(Zurufe von der SPD)

– Einige Monate später haben Sie es dann beschlossen. – In einem sehr bemerkenswerten Artikel in der GEW-Zeitschrift „Neue deutsche Schule“ vom 10. März 2005 hat er auf die Frage, mit welchen Problemen und Herausforderungen in der Bildungspolitik man sich in der 14. Legislaturperiode, also in der, in der wir uns heute befinden, beschäftigen muss, ausgeführt – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –: ...

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, ich kann Ihnen gar nichts mehr genehmigen. Sie haben Ihre Redezeit überschritten.

(Beifall von der SPD)

Ralf Witzel (FDP): Ich komme sofort zum Schluss, Herr Moron.

„Selbstständigkeit bedeutet Konkurrenz der Schulen untereinander. Die Eltern müssen das Recht haben, zu entscheiden, in welche Schule sie ihr Kind schicken. Das gilt auch für die Grundschulen.“

Wir haben dem nichts mehr hinzuzufügen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Witzel. – Jetzt hat Frau Ministerin Sommer das Wort. Bitte schön.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit mehr als einem halben Jahr beschäftigen wir uns intensiv gemeinsam und manchmal auch gegeneinander mit dem Schulgesetz. Die Argumente sind ausgetauscht, die Fakten geklärt.

Ich möchte aber noch einmal die Gelegenheit nutzen, einige Äußerungen der gestrigen Debatte aufzugreifen. Für Sie, so sagten Sie, Frau Löhrmann, „fängt die Sache erst an“. Das ist wohl richtig. Ein Gesetz zu machen hat seine Tücken, aber es ist sicherlich ungleich schwieriger, es dorthin zu bringen, wo es hingehört, nämlich in die Köpfe der Menschen, der Lehrerinnen und Lehrer, der Eltern, der Kinder.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das scheint Ihnen nicht zu gelingen!)

Aber, meine Damen und Herren, der Wind der Veränderung ist spürbar.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Gegenwind!)

Das zu erkennen, dazu brauche ich übrigens keine Experten. Nicht, dass Sie mich falsch verstehen. Ich sage nicht, dass ich Expertenwissen nicht schätze. Aber setzen Sie nicht das von Ihnen bei jeder Gelegenheit beschworene Expertenwissen über das Wissen der wirklichen Experten.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Meinen Sie etwa sich?)

Welche Achtung bringen Sie den Schulexperten, den Kinderexperten, den Lehrkräften, den Eltern entgegen, denjenigen also, die Tag für Tag mit Erziehung zu tun haben, unseren hochkarätigen Experten?

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sieben Anhörungen kontra zu Ihrem Gesetz! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Statt auf Reisen zu gehen, Frau Löhrmann, wie Sie mir gestern rieten, habe ich mich in den Schulen des Landes umgesehen. Ich will an dieser Stelle nicht der Frage nachgehen, was Sie wohl gesagt hätten, wenn ich auf Europatournee gegangen wäre. Frau Schäfer will Herrn Recker und mich nach Finnland schicken. Auch dazu noch eine Anmerkung, gerade was Finnland angeht: Man darf nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Dies tun Sie aber, wenn Sie Familien mit Zuwanderergeschichte in Finnland und in Deutschland miteinander vergleichen. Es ist ein Problem, hier einen Vergleich anzustellen. Die Finnen zahlen ihren Lehrkräften nur einen Teil des Gehaltes, das wir ihnen zahlen. Wir schätzen unsere Lehrkräfte wert; deshalb setzen wir ein anderes Gehalt an. Im Übrigen haben die Finnen große Probleme hinsichtlich der Arbeitslosigkeit und des Nikotin- und Alkoholmissbrauch der jungen Finnen.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO – das ist wieder ein schulischer Aspekt – hat im Sommer 2004 festgestellt, dass gerade einmal 4,5 % der Schülerinnen und 4 % der Schüler in Finnland die Schule gut gefällt. Damit liegen sie auf Platz 35, also auf dem letzten Platz.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Beer?

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Nein.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wann wird es sein, dass sie eine Zwischenfrage zulässt?)

Auch das gehört zu den Wahrheiten, die gesagt werden müssen.

„Die individuelle Förderung verträgt sich nicht mit der Entscheidung, wer herausfliegt.“ – Das war Ihr Zitat, Frau Löhrmann.

Ich glaube, an dieser Stelle muss ich etwas Nachhilfe geben: Unser nun im Schulgesetz verankerter Wille, dass Versetzung der Regelfall ist, verhindert doch gerade eine derzeit hohe Zahl der Rauswürfe.

Apropos Nachhilfe, sehr geehrte Damen und Herren der Opposition: Sie befürchten einen Boom in der Nachhilfeindustrie.

(Zuruf von der CDU: Den haben wir doch schon lange!)

Die Zahlen aus Ihrer Zeit, Frau Schäfer, sprechen doch für sich.

(Beifall von CDU und FDP)

Zum Beispiel benötigten 15 % der Neuntklässler zu Ihrer Zeit Nachhilfe in Mathematik. Haben Sie diese Zahl schon vergessen?

(Beifall von CDU und FDP – Hannelore Kraft [SPD]: Bei Ihnen fängt das doch schon in der zweiten Klasse an! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Stimmt!)

Sie sagen, unser neues Schulgesetz sei ein riesiger Feldversuch. Das sagen Sie vor dem Hintergrund eines 39 Jahre langen Feldversuchs, der gerade völlig misslungen ist? Das sagen Sie an dieser Stelle?

(Beifall von CDU und FDP)

Da lobe ich mir doch die sehr sympathische und sehr ehrliche Aussage Ihrer Kollegin Frau Kraft. Sie gestand gestern Fehler ein – auch in der Schulpolitik. Das ist eine Äußerung, zu der Sie, Frau Schäfer, sowohl in Ihrer 31-monatigen Amtszeit als auch im letzten Jahr kein einziges Mal fähig waren. So viel zu Schönfärberei!

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wie war das mit den Äpfeln und Birnen?)

Wettbewerb und Schulen, sehr geehrte Damen und Herren von der Opposition, gehören Ihrer Meinung nach nicht zusammen. Das ist falsch! Wir gehen nun auch mit ihnen in den Wettbewerb, und ich darf Ihnen versichern: Wir haben schon jetzt mehr als nur eine leere Seite in Sachen Bildung zu bieten.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Ministerin, die Redezeit ist abgelaufen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ihre Zeit ist abgelaufen!)

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herzlichen Dank. – Ich würde Ihnen noch gerne sagen, was wir alles vorhaben. Sie wissen es alle. Lassen Sie uns gemeinsam an dem neuen Schulgesetz arbeiten. Ich habe gesagt: Es muss erst in die Köpfe der Menschen transportiert werden.

Wir wissen: Eine Investition in Wissen bringt langfristig noch die besten Zinsen; das sagte Benjamin Franklin.

(Lachen von der SPD)

Die Rendite ist die Zukunftsfähigkeit, die Zukunft unserer Kinder, die Zukunft Nordrhein-Westfalens. – Danke.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wir sind hier nicht in Hollywood! Wir sind in Düsseldorf!)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich schließe damit die Beratung.

Herr Kollege Dr. Orth von der FDP-Fraktion hat gemäß § 46 der Geschäftsordnung beantragt, zu der nachfolgenden Abstimmung eine Erklärung abzugeben. Hierfür gebe ich Ihnen jetzt Gelegenheit. Sie haben bis zu fünf Minuten Zeit.

Dr. Robert Orth^{*)} (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich am Ende der Debatte zu Wort gemeldet, da ich Ihnen mein nachfolgendes Abstimmungsverhalten erläutern möchte.

Ich stehe voll und ganz zu den politischen Zielen dieses neuen Schulgesetzes, zur Aufhebung der Schulbezirksgrenzen, zu mehr Leistung. Zu all diesen Dingen kann ich nur sagen: Dazu stehe ich.

Ich habe mich aber als Abgeordneter meinem Gewissen zu unterwerfen und mich zu fragen: Kann ich dieses Gesetz in seiner Gänze mittragen? Ich reklamiere auch für meine Fraktion und für alle anderen, Frau Löhrmann, dass jeder hier nach seinem Gewissen abstimmt,

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

und respektiere auch, wenn man dem Gesetz zustimmt.

Andererseits ist es für mich persönlich so, dass ich dem Passus „Ehrfurcht vor Gott“ als Erziehungsziel nicht meine Zustimmung geben kann. Dieser Passus ist Teil des Gesetzes.

(Zuruf: Aber das steht doch in der Verfassung!)

Es hilft auch nicht, wenn man darüber diskutiert, dass das auch Teil der Landesverfassung ist, denn damals haben sehr viele Abgeordnete gegen die Landesverfassung gestimmt – unter anderem die damaligen Mitglieder der FDP-Fraktion.

Ich glaube auch, dass einige Abschnitte wie Verstaatlichung und Ähnliches heute in diesem Hause nicht mit Mehrheit noch einmal neu beschlossen würden.

Aber das ist nicht der Hauptgrund. Für mich persönlich ist es ein Motiv, dass ich meine beiden Kinder bewusst nicht taufen lassen, weil ich Ihnen die Möglichkeit geben möchte, später selber zu entscheiden, ob sie einer Religionsgemeinschaft beitreten oder nicht. Ich möchte daher mit meinem Abstimmungsverhalten nicht dazu beitragen, dass ihnen von staatlicher Stelle „Ehrfurcht vor Gott“ als Erziehungsziel unterbreitet wird. Damit würde ich einen Schritt gehen, den ich nicht vor mir selber verantworten kann.

Ich habe das in meiner Fraktion schon vor längerer Zeit angekündigt. Ich danke meiner Fraktion für das Verständnis, das sie geäußert hat. Ich werde daher gleich diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Dr. Orth. – Meine Damen und Herren, zur Geschäftsordnung hat sich noch der Abgeordnete Rimmel, Parlamentarischer Geschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen, gemeldet.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Namen meiner Fraktion beantrage ich nach § 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu dem von uns vorgelegten Änderungsantrag Drucksache 14/2166 – Stichwort: Schulbezirke – eine namentliche Abstimmung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Meine Damen und Herren, Sie haben den Antrag gehört. Er ist zulässig. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat namentliche Abstimmung beantragt. Wir werden im ersten Abstimmungsverfahren – dabei geht es um den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/2166 – in namentlicher Abstimmung abstimmen.

Nach § 43 Abs. 2 erfolgt die namentliche Abstimmung durch Aufruf der Namen der Abgeordneten. Die Abstimmenden haben bei Namensaufruf mit Ja oder Nein zu antworten oder zu erklären, dass Sie sich der Stimme enthalten. Erklärt sich ein Mitglied des Landtags nicht, so gilt dies als Nichtbeteiligung an der Abstimmung.

Frau Abgeordnete Koschorreck wird jetzt mit dem Namensaufruf beginnen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dem aufmerksam folgen und laut und deutlich Ihr Votum sagen: Ja, Nein oder Enthaltung.

(Der Namensaufruf erfolgt; Namensliste siehe Anlage.)

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt alle aufgerufen. Einige, die an der Abstimmung nicht teilgenommen haben, sind aber noch nachgekommen. Wer von denjenigen, die hier im Raum sind, hat seine Stimme noch nicht abgegeben? – Herr Killewald und Frau Howe. Noch jemand? – Nein. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführer auszuzählen.

(Die Auszählung erfolgt.)

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das **Ergebnis** der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/2166 bekannt. Abgegeben haben ihre Stimme 168 Abgeordnete. Davon haben 74 mit Ja gestimmt, 94 mit Nein. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 14/2166** mit Mehrheit **abgelehnt**.

(Beifall von CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 14/1572. Die Beschlussgrundlage ist – ich habe es bereits gesagt – die **Beschlussempfehlung** und der Bericht des Ausschusses für Schule und Weiterbildung zur zweiten Lesung; das sind die **Drucksachen 14/2112 und 14/2149**. Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie der FDP-Abgeordnete Orth. Damit ist der Gesetzentwurf mit der Mehrheit des Hauses so **beschlossen**.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP – Ministerin Barbara Sommer reicht Helmut Stahl [CDU] und Dr. Gerhard Papke [FDP] die Hand. – Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart gratuliert Ministerin Barbara Sommer. – Bernhard Recker [CDU] umarmt Ministerin Barbara Sommer. – Zurufe von der SPD: Oh! – Weitere Gratulanten folgen.)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag Drucksache 14/2150** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind die CDU- und die FDP-Fraktion. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Entschließungsantrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag Drucksache 14/2159** der SPD-Fraktion. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist auch dieser Entschließungsantrag mit der Mehrheit des Hauses **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, damit haben wir Tagesordnungspunkt 2 abgeschlossen.

Ich rufe auf:

3 **Volksinitiative gemäß Artikel 67 a der Landesverfassung: „Volksinitiative für die Beibehaltung der gesetzlich zugesicherten Kinder- und Jugendförderung“**

Unterrichtung
durch die Präsidentin
Drucksache 14/1633
Vorlage 14/268

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Generationen,
Familie und Integration
Drucksache 14/2057

In Verbindung damit:

Volksinitiative gemäß Artikel 67 a der Landesverfassung: „Volksinitiative NRW 2006 – gegen Kürzungen der Landesförderung bei Kindern, Jugendlichen und Familien“

Unterrichtung
durch die Präsidentin
Drucksache 14/1872
Vorlage 14/291

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Generationen,
Familie und Integration
Drucksache 14/2125

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Ratajczak das Wort. Bitte schön.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Marc Ratajczak¹⁾ (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Obwohl wir im Rahmen der Haushaltsdebatte bereits hinreichend diskutiert haben, stehen heute noch einmal die Fördermittel für Kinder- und Jugendarbeit in NRW zur Debatte. Zwar gibt es seit der Verabschiedung des Haushaltes 2006 keine neuen Erkenntnisse, dennoch werde ich die Position der CDU gerne wiederholen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, wir sind uns hier im Haus alle einig, wie wichtig ein intaktes Netz von Trägern und Einrichtungen zur Betreuung und Förderung von Kindern und Jugendlichen für unsere Gesellschaft ist und dass insbesondere die Organisatoren, die diese beiden Volksinitiativen gegründet haben, auf diesem Gebiet gute Arbeit geleistet haben und auch noch leisten. Für wichtiges, oft sehr persönliches, über die beruflichen Verpflichtungen hinausgehendes Engagement und für die gerade in diesem Bereich geleistete hervorragende ehrenamtliche Arbeit möchte ich allen in der Jugendarbeit Tätigen zunächst einmal herzlich danken.

Dennoch kann ich mit Blick auf das Anliegen der Initiativen an dieser Stelle nur noch einmal betonen: So gerne wir die Fördermittel für die Kinder- und Jugendarbeit in NRW erhöhen würden, wissen wir doch, dass die Unterstützung dieser Aufgaben nur im Rahmen des haushaltspolitisch Machbaren und Verantwortbaren erfolgen kann. Die desolote Finanzlage unseres Landes, die wir der ehemaligen rot-grünen Landesregierung zu verdanken haben, lässt keine großen Sprünge zu. Im Gegenteil: Drastische Einsparungen in fast allen Haushaltsbereichen waren erforderlich, um den Etat auf Konsolidierungskurs zu bringen.

Dabei ist Sparen für uns kein Selbstzweck. Wir sparen, weil wir in die Zukunft unserer Kinder investieren. Wir sparen, um gerade in den Bereichen Bildung und Wissenschaft Zukunftsinvestitionen tätigen zu können und so dem Land und damit unseren Kindern und Jugendlichen von heute neue Perspektiven zu eröffnen.

Dieser Kurs ist ohne Alternative – es sei denn, das Land würde noch mehr Schulden aufnehmen, Schulden, die die Politik handlungsunfähig machen würden. Immer weiter an der Schuldenspirale drehen heißt, sich noch weiter an der Zukunft der jungen Generation zu versündigen. Wir konsolidieren, um die Zukunft zu gewinnen, die Zukunft für die Menschen in unserem Land. Das ist unsere Verantwortung, und dafür stehen wir.

Vor diesem Hintergrund bin ich sehr froh, dass es uns trotz dieser finanziellen Zwangslage gelungen ist, gerade den Bereich der Kinder- und Jugendarbeit von den Einsparungen auszunehmen.

(Lachen von Sören Link [SPD])

Das zeigt deutlich, welch hohen Stellenwert die CDU-geführte Landesregierung der Förderung von Kindern und Jugendlichen einräumt.

Wir haben noch mehr erreicht. Wir haben es nicht nur geschafft, den Haushaltsansatz auf dem Niveau der Jahre 2004 und 2005 zu halten, sondern auch zugesagt, die Fördersumme von 75 Millionen € bis zum Jahr 2010 festzuschreiben. Mit dieser Zusage schaffen wir endlich die Planungssicherheit für die Vereine und Verbände, die in der Vergangenheit immer wieder gefordert und von Rot-Grün nie verwirklicht wurde. Rot-Grün hat immer nur versprochen. Wir handeln. – Fakt ist also, dass die Einrichtungen nicht nur mindestens in gleicher Höhe gefördert werden, sondern zudem ab jetzt auch langfristig die Verwendung der ihnen zugeteilten Gelder planen können.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin selbst Mitglied der KJG und seit vielen Jahren in der katholischen Jugendarbeit tätig. Auch vor diesem Hintergrund kann ich persönlich sagen, dass ich diese Haushaltsentscheidung für verantwortlich halte und mittragen kann. Dies gilt vor allen Dingen auch, weil nicht nur die Mittel für die Kinder- und Jugendarbeit auf gleicher Höhe gehalten werden konnten, sondern insgesamt deutlich mehr Geld für Kinder und Jugendliche ausgegeben wird als unter der ehemaligen rot-grünen Landesregierung.

Der Haushalt 2006 sieht zum einen Mehrausgaben von 56 Millionen € für Jugendliche in der Ausbildungsphase vor, die für die Einführung von Bildungsschecks und die Wiederauflage des Programms „Jugend in Arbeit“ verwendet werden. Zum anderen sind Mehrausgaben von fast 209 Millionen € im Schulbereich eingeplant. Das bedeutet einen Zuwachs von 2,5 %. Insgesamt investieren wir also mehr als bisher in die Zukunft von Kindern und Jugendlichen in unserem Land.

Im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit wird außerdem eine Umstrukturierung der Förderung dafür sorgen, dass in einzelnen Einrichtungen zukünftig noch mehr Geld zur Verfügung stehen wird. Die Projektförderung wird zurückgeschraubt und dadurch die kontinuierliche Arbeit von bestehenden Einrichtungen und verbandlicher Jugendarbeit besser unterstützt.

So werden zum Beispiel 2,5 Millionen € mehr in die offene Kinder- und Jugendarbeit investiert als noch unter Rot-Grün. Weitere 4,5 Millionen € werden für das Programm „Jugend in sozialen Brennpunkten“ zusätzlich bereitgestellt. Auch die verbandliche Kinder- und Jugendarbeit wird mit 1,3 Millionen € mehr gefördert als im Jahr 2005. Ich denke, das kann sich sehen lassen.

Im Übrigen möchte ich an dieser Stelle noch ergänzen, dass die Fördermittel für Kinder- und Jugendarbeit für 2006 trotz der verspäteten Verabschiedung des Haushalts selbstverständlich in voller Höhe abgerufen werden können, sodass die Arbeit der Träger nahtlos weitergehen kann.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das können sie immer, Herr Ratajczak! Das ist ja lächerlich!)

Die diesbezüglichen Förderrichtlinien werden derzeit im Ministerium erarbeitet.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zusammenfassend kann man also sagen, dass wir mit der gefundenen Förderregelung sehr zufrieden sein können und dass auch mit dem aktuellen Haushaltsansatz ein qualifiziertes Angebot für Jugendliche und Kinder gewährleistet ist. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Ratajczak. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der SPD die Kollegin Altenkamp das Wort.

Britta Altenkamp (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es sind wirklich keine guten Zeiten für die Kinder- und Jugendpolitik in Nordrhein-Westfalen. Kinder- und Jugendpolitik hat es – das ist wahr – immer schwer, wenn die Finanzen knapp sind. Das ist in den Kommunen so, und das ist letztlich auch hier in Nordrhein-Westfalen so. Aber wir haben in diesem Jahr eine elementare Krise durch die Landespolitik zur Kenntnis zu nehmen.

538.531 Menschen haben die Volksinitiativen unterstützt. Das ist nicht nur mehr, als die FDP bei der Landtagswahl an Stimmen auf sich vereinen konnte; es ist eben auch ein Signal des Misstrauens gegenüber der Politik der Landesregierung.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Anspruch und Wirklichkeit haben noch nie so weit auseinander gelegen wie bei dieser Landesregie-

rung. Sie rufen das „Jahr der Kinder“ aus und kürzen nirgendwo so stark wie bei den Kindern.

Sie fordern im Jahr 2004 mehr Geld für den Landesjugendplan, um dann im Jahr 2006 zu sagen: Mehr Geld als 75 Millionen € braucht der Landesjugendplan gar nicht.

Sie erklären, Ihnen sei das Jugendfördergesetz mit seinen Inhalten ganz wichtig, und setzen dann 4,5 Millionen € neben den Landesjugendplan, die genau nicht zur Umsetzung der Inhalte des Jugendfördergesetzes zur Verfügung stehen. Das ist doch, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, bewusst geschehen – und wenn es nur geschehen ist, weil Sie innerhalb Ihrer Koalition Konflikte hatten, da die CDU der FDP nicht zubilligen wollte, hier als die wahren Bewahrer der Kinder- und Jugendpolitik dazustehen, und man deshalb die 4,5 Millionen € neben den Landesjugendplan gesetzt hat. Tatsache ist jedenfalls, dass Sie sagen, der Landesjugendplan brauche nicht mehr als 75 Millionen €, dann aber 4,5 Millionen € daneben setzen. Das bedeutet: Es gibt zwar mehr Geld für die Kinder- und Jugendpolitik, aber eben nicht im Jugendfördergesetz und nicht im Landesjugendplan. Was glauben Sie, wie die Leute die Ernsthaftigkeit Ihres Vorhabens, den Landesjugendplan dauerhaft mit 75 Millionen € zu finanzieren, angesichts einer solchen Argumentation tatsächlich bewerten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dann verweisen Sie, wie Herr Ratajczak das gerade auch wieder gemacht hat, auf die Aufstockung im Schulbereich, für die Sie sich dann immer feiern.

Ich wiederhole den Vorwurf meiner Fraktion: Sie machen Kinder- und Jugendpolitik zugunsten der Schulpolitik. Durch Ihre Politik ist die informelle und nichtformale Bildung der Kinder- und Jugendpolitik gefährdet und wird der Schule geopfert.

Wir wollten auch eine verbesserte Kooperation zwischen Kinder- und Jugendarbeit und Schule. Deshalb wollten wir im Landesjugendplan sukzessive die Mittel für eine solche Kooperation verstärken. Jugendarbeit sollte auf gleicher Augenhöhe mit Schule Kooperation beginnen; dafür muss sie finanziell entsprechend ausgestattet sein. Sie machen die Jugendarbeit klein. Damit wird es zwar zu Kooperationen kommen, aber auf jeden Fall immer zulasten der Jugendarbeit.

(Beifall von der SPD)

Das halten wir für falsch. Das wird auf Sicht dazu führen, dass Jugendarbeit als eigenständiges Politikfeld verliert; sie verliert hier im Land und ver-

liert dann auch in den Kommunen. Ich prophezeie hier und heute, dass es trotz der Umschichtungen, die Sie gerade noch einmal geschildert haben, Herr Ratajczak, die Sie innerhalb des Landesjugendplans zugunsten der Jugendverbandsarbeit und der offenen Jugendarbeit vorgenommen haben, zu erheblichen Einschränkungen bis hin zu Schließungen von Einrichtungen kommen wird.

Ich kann Ihnen sagen – entgegen den Äußerungen, die der Kollege Lindner letztes vor dem Jugendamtsleiter der Stadt Essen zitiert hat –: Gestern ist im Rat der Stadt Essen beschlossen worden, dass es eine Konzeption geben wird, wie man mit den Kürzungen der Landesmittel umgehen wird. Dem öffentlichen Träger der Jugendhilfe ist klar, dass die 220.000 € dadurch kompensiert werden sollen, dass eine städtische Einrichtung geschlossen wird. Insofern: So leicht lässt sich das dann eben doch nicht machen, sondern es müssen tatsächlich Einrichtungen geschlossen werden.

(Beifall von der SPD – Christian Lindner [FDP]: Wir haben über die Elternbeiträge gesprochen, nicht über Einrichtungen!)

Es wird in vielen Bereichen auch zu Entlassungen kommen, Herr Lindner. Auch das will ich Ihnen noch einmal schildern, wie ich es im Ausschuss getan habe.

Es hat in den letzten zwei Jahren Kürzungen seitens der alten Landesregierung im Landesjugendplan gegeben; das ist wahr. Aber es war immer so, dass die Träger darauf vertraut haben, dass es die 96 Millionen € für den Landesjugendplan geben wird – mit der Folge, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesagt haben: Okay, ich reduziere meine Arbeitszeit, wir setzen die Öffnungszeiten ein paar Stunden niedriger an und vertrauen darauf, dass es im Jahre 2006 – auch durch Ihre Hilfe und Ihre Aussagen – tatsächlich zu einer besseren Ausstattung kommt.

Was Sie jetzt machen, ist Folgendes. Sie bestrafen die Menschen, die dann zwar nur einen 30-Stunden-Vertrag hatten, die aber nach wie vor 38,5 Stunden in die Einrichtung gekommen sind, weil sie geglaubt haben, sie könnten der Politik vertrauen. Deshalb sage ich Ihnen jetzt: Die Träger werden das nur noch auffangen können, indem sie entlassen. Das ist Ihnen auch schon mehrfach gesagt worden. Es wird also auch zum Personalabbau in der Jugendarbeit kommen. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall von der SPD)

Kommunen und Jugendämter sind nicht in der Lage, wegfallende Landesmittel zu kompensieren. Das wird an vielen, vielen Stellen im Land deutlich, wenn man die Ratsbeschlüsse zur Umsetzung der Kürzungen der Landesmittel beobachtet.

Planungssicherheit auf niedrigstem Niveau – das ist das, was Sie den Menschen heute bieten. Dazu kommen aber noch solche Äußerungen, die man sich einfach einmal auf der Zunge zergehen lassen kann. Frau Kastner hat im Ausschuss, als die Volksinitiativen ihre Positionen dargestellt haben, gesagt, dass sie im Übrigen auch der Auffassung sei, dass Jugendarbeit dahin gehen soll, wo die Jugendlichen sind. Das heißt doch nichts anderes, als dass Jugendarbeit im Ruhrgebiet möglicherweise reduziert wird, weil Bürgerinnen und Bürger da wegziehen, und dass Jugendarbeit auf dem Land dann verstärkt wird. Das ist doch absolut widersinnig, weil es doch eigentlich so sein muss, dass Jugendarbeit da verstärkt wird, wo die Menschen leben, die die meisten Probleme und sozialen Schwierigkeiten haben.

(Beifall von der SPD)

Darum geht es doch bei der Jugendarbeit und eben auch bei der nicht formellen oder informellen Bildung.

Herr Lindner möchte Jugendhäuser dann noch mit weiteren Aufträgen im Sinne der Mehrgenerationenhäuser ausstatten. – Viel Vergnügen! Was bedeutet das am Ende? – Die Bedeutung der Jugendarbeit im Sozialraum und im Stadtteil vor Ort wird nach Ihrer Politik reduziert werden. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall von der SPD)

Die Eigenständigkeit und der Bildungsanteil der Kinder- und Jugendarbeit sind Ihnen fremd. Das ist der Grund, weshalb Sie so ignorant mit dem, womit Ihnen die Volksinitiative entgegengetreten ist, umgehen.

Kommen wir einmal zu den Kindertagesstätten, weil wir heute auch über die Volksinitiative NRW 2006 reden. Auch hier gehen Sie über die Realitäten einfach hinweg.

Ihre Kürzungen führen zu einem erheblich beschleunigten Abbau von Gruppen, weil die Träger diese einfach nicht mehr finanzieren können. Das hat wiederum etwas damit zu tun, dass Sie sich noch im Wahlkampf hingestellt und gesagt haben, mit Ihnen werde es eine weitere Sachkostenreduzierung nicht geben. Tatsache aber ist: Sie führen sie fort. Heute erklären Sie, die Einrichtungen seien doch in der Vergangenheit auch mit den Mitteln ausgekommen. Es ist aber so, dass viele

Träger jetzt keine Rücklagen mehr haben, auf die sie zurückgreifen können. Sie sind jetzt in einer Situation, in der Sie sich tatsächlich fragen müssen, ob Sie Ihre Einrichtungen noch aufrechterhalten können. Deshalb wird es zu einem dynamischeren Abbau von Gruppen kommen. Das werden Sie erleben.

Sie haben auch immer beteuert, dass Erhöhungen bei den Elternbeiträgen nicht erfolgen werden. – Wissen Sie, dass die Kommunalaufsicht in diesem Land Kommunen mit Haushaltssicherungskonzepten zu einer mindestens 10 %igen Erhöhung verpflichtet hat? Meine Stadt hat es sich gestern im Rat bei der Diskussion über dieses Thema ausgesprochen schwer gemacht. Ich weiß aber, dass viele Städte und Gemeinden mit Haushaltssicherungskonzepten überhaupt keine Chance haben, darüber zu entscheiden, ob sie den Elternbeitrag erhöhen oder ob sie die fehlenden Mittel kompensieren oder nicht, sondern durch die Kommunalaufsicht und das Haushaltssicherungskonzept gezwungen werden, die Elternbeiträge zu erhöhen.

(Beifall von der SPD)

Dann kommt der wunderbare Moment des Wettbewerbs unter den Kommunen. Der Wettbewerb unter den Kommunen sieht dann so aus, dass die Kommune X entscheidet, ob der Elternbeitrag bei der Einkommenshöhe XY angehoben wird, und die Kommune daneben entscheidet, überhaupt keinen Elternbeitrag mehr zu erheben. Das ist wirklich ein toller Wettbewerb.

Wir Sozialdemokraten sind immer der Auffassung gewesen, dass Landespolitik die Verpflichtung hat, allen Menschen den gleichen Zugang zur Infrastruktur zu ermöglichen, gleich, ob sie im Hochsauerland leben, in Minden-Lübbecke oder im Ruhrgebiet.

(Beifall von der SPD)

Tatsache ist jedenfalls, dass Ihre Politik dazu führen wird, dass die Zukunftschancen und der Zugang zu Bildungseinrichtungen und Erziehungseinrichtungen, eben Kindertageseinrichtungen, zukünftig nicht nur vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist, sondern es kommt auch darauf an, in welcher Stadt das Kind geboren wird. Das ist nach meinem Dafürhalten im Jahr des Kindes so ziemlich das schlimmste Signal, das man an Eltern und Kindern in diesem Land aussenden kann.

(Beifall von der SPD)

Mit den Eckpunkten für den Haushalt 2007 verfestigen Sie diese Politik durch die Struktur Ihrer

Kürzungen: Zum einen schreiben Sie zwar Ihr Sonderprogramm fort, aber zum anderen ermöglichen Sie den Elternbeitragsdefizitdeckungsausgleich nicht mehr und stehen Sie den Kommunen, die aufgrund der ungünstigen Sozialstruktur in ihrer Stadt ein Problem haben, nicht mehr bei.

Sie verfestigen diese Entwicklung noch mit der Folge, dass es in einigen Städten nicht nur zu Gruppenschließungen und nicht nur zu erheblichen Erhöhungen bei den Elternbeiträgen kommen wird, sondern es wird auch dazu kommen, dass Eltern ihre Kinder abmelden oder eben gar nicht mehr in Kindertageseinrichtungen anmelden.

So, wie Sie bestritten haben, dass es zur Erhöhung von Elternbeiträgen kommen wird, werden Sie sicher gleich behaupten, dass das alles gar nicht nötig ist.

(Beifall von der SPD)

Aber Sie werden von der Realität eingeholt werden, weil Sie ganz offensichtlich keine Ahnung davon haben, wie unterschiedlich die Landschaft in unserem Lande aussieht und wie unterschiedlich die Leistungsfähigkeit der Kommunen ist. Sie drücken den Kommunen immer stärkere Entscheidungsnotwendigkeiten auf. An dieser Stelle ist es so, dass das voll gegen die Kinder und Familien im Land durchschlägt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie ignorieren den Wunsch von über 500.000 Menschen in unserem Lande und verschlechtern die Situation von vielen Kindern, Jugendlichen und Familien gerade in den Bereichen, wo die Kinder und Familien die besondere Aufmerksamkeit der Landespolitik bräuchten.

Sie haben schließlich dem Vertrauen vieler Menschen in die Politik schweren Schaden zugefügt. Sie wissen, dass dieser ignorante Umgang mit den Volksinitiativen, wo Sie sich einfach schlicht über die Argumente hinweggesetzt haben, ganz sicher dazu führen wird, dass viele Menschen in diesem Land Zweifel daran haben, ob der politische Diskurs mit Ihnen und der Politik insgesamt tatsächlich eine fruchtbringende Auseinandersetzung sein kann. Wenn also immer mehr Menschen nicht zur Wahl gehen, dann hat das möglicherweise – ich bin aber davon überzeugt, dass das nicht nur möglicherweise so ist, sondern auch tatsächlich – mit Ihrem Umgang mit den Volksinitiativen in diesem Jahr und mit Ihrem Verhalten zu tun, dass das, was man nach der Wahl erzählt, nicht unbedingt mit dem übereinstimmen muss,

was man vorher und während des Wahlkampfes versprochen hat.

(Christian Lindner [FDP]: Sie erhöhen die Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte!)

– Herr Lindner, jeder wirke an seinem Platz. So wie Sie und Ihre tolle Regierung meint, mit der Mehrwertsteuer umgehen zu können, nämlich hier zu kassieren und dort dagegen zu sein, ist auch etwas, was ganz sicher das Vertrauen der Menschen in Ihre Politik nicht erhöht hat. Da seien Sie sich sicher!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Altenkamp. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Asch das Wort.

Andrea Asch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn auf den Fan-Meilen 500.000 Menschen ein WM-Spiel sehen, dann ist das wirklich gigantisch. Wenn 500.000 Menschen mit ihrer Stimme gegen die Kürzungen bei den Ansätzen für Kinder, Jugendliche und Familien protestieren, schert das die Landesregierung keinen Deut.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir sehen das auch an der Präsenz der Landesregierung. Gut, da kann man nicht viel erwarten.

(Minister Armin Laschet: Wo sind denn die Grünen?)

Noch nicht einmal die Kolleginnen und Kollegen aus dem Fachausschuss sind präsent, um über dieses Thema zu beraten. Das finde ich erbärmlich.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

In ganz Nordrhein-Westfalen wurden eine halbe Million Unterschriften gegen die Kürzung gesammelt. Es gab eine Mobilisierung der Bevölkerung, wie wir sie in Nordrhein-Westfalen seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt haben und wie sie sonst nur zu einer Fußball-WM stattfindet. Es gab unzählige Veranstaltungen, fantasievolle Protestaktionen und Demonstrationen. Bundesweit erscheinende Tageszeitungen und kleine örtliche Anzeigenblätter haben das Thema aufgenommen.

Mir ist es wichtig, an dieser Stelle einmal all denjenigen zu danken, die das zustande gebracht haben:

(Beifall von der SPD)

den vielen ehrenamtlichen Helferinnen, den Ortsverantwortlichen und den Vertrauensleuten. – Ich möchte den beiden Volksinitiativen dazu gratulieren, dass sie das geschafft haben, und ihnen meinen Respekt und meine Hochachtung aussprechen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Einige von Ihnen werden anwesend sein. Ich finde, Sie haben Großartiges geleistet. Sie haben nämlich Ihren Finger in eine klaffende Wunde dieser Landesregierung gelegt. Sie haben vor allen Dingen eines eindrucksvoll bewiesen, das für mich Wichtigste: Kinder und Jugendliche haben in diesem Land eine Lobby!

(Zuruf von der SPD: Aber nicht in dieser Regierung!)

Das sehr bittere Fazit dieses großen Engagements ist: Bei den Regierenden in Nordrhein-Westfalen, bei der Landesregierung und bei den Mehrheitsfraktionen von CDU und FDP, haben Sie rein gar nichts erreicht. – Das ist ein riesiger Unterschied zwischen der alten rot-grünen Landesregierung und der Regierung Rüttgers. Die Regierung Rüttgers hat die Arroganz der Macht schneller gelernt als das Regieren!

Erinnern wir uns: Im Jahr 2004 haben 175.000 Unterschriften gereicht, damit Rot-Grün das neue Jugendfördergesetz vorgelegt hat. Dieses Jugendfördergesetz umfasste 96 Millionen €. Diese 96 Millionen € wurden von allen Fraktionen im Landtag, auch von CDU und FDP, begrüßt und gefordert.

Heute sind Sie an der Macht. Heute genügen eine halbe Million Unterschriften – mehr als das Doppelte – nicht, um diese Fraktionen zur Einhaltung ihrer Versprechungen von vor nicht einmal zwei Jahren zu bringen. Das ist Wahlbetrug und Arroganz der Macht in Reinform!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Versprochen – gebrochen. Ich weiß, es gibt in Ihren eigenen Fraktionen eine ganze Reihe von Leuten, die das genau so sehen. Sie können sich winden wie Sie wollen und mit Zahlentricksereien durch das Land ziehen, wie wir es eben wieder gehört haben. Sie haben Ihr Image weg.

(Minister Armin Laschet: Sie auch!)

Sie sind diejenigen, die bei den Kindern kürzen. Sie haben diesen Makel. Sie haben ihn zu Recht. Dieser Makel wird an Ihnen haften bleiben. Sie haben von diesen Kürzungen im Haushalt 2006

nichts zurückgenommen. Sie setzen Ihren Wahlbetrag fort. Sie bleiben bei den Kürzungen.

Sie rühmen sich mit dem Aktionsplan „Frühe Förderung von Kindern“. Sie rühmen sich, Sie hätten auf die Proteste reagiert. – Es gibt diesen Plan überhaupt nicht. Die Regierungsfractionen haben einen schönen Titel gefunden. Doch das Lied, das dazu gespielt werden soll, wurde nie geschrieben. Zwei Monate sind seit der Erfindung dieses Aktionsplans vergangen. Im zuständigen Ministerium hat bis heute niemand eine Idee, wofür das Geld ausgegeben werden soll.

(Beifall von den GRÜNEN – Minister Armin Laschet: Haben wir wohl!)

Das muss man sich schon einmal auf der Zunge zergehen lassen. Sie entziehen den Kommunen und den Trägern der Kindergärten 114 Millionen €. Dies nehmen Sie ihnen weg. Damit es nach außen ein bisschen netter aussieht, wollen Sie 23 Millionen € im Rahmen eines Sonderprogramms wieder zurückgeben. Aber erst nachdem Sie die Ausgabe in Höhe von 23 Millionen € beschlossen haben, fangen Sie an, nachzudenken, wofür das Geld verwendet werden könnte. Das ist blamabel!

Der Gipfel der Frechheit ist, dann auch noch von einer nachhaltigen Haushaltspolitik zu sprechen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

23 Millionen € hinaus zu hauen, ohne zu wissen wofür, hat nichts mit nachhaltiger Haushaltspolitik zu tun. Das ist Verschwendung von Mitteln im Verein mit Täuschung der Öffentlichkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Genau das zeigt das unterirdische Niveau Ihrer Haushaltspolitik.

Von den Volksinitiativen wurde Ihnen vorgeworfen, dass Sie überhaupt nicht zum Gespräch bereit sind, und nicht bereit sind, von sich aus Korrekturen vorzunehmen.

(Minister Armin Laschet: Stimmt doch nicht!)

Die Umschichtungen, die Sie vornehmen, stellen sich dann als Blödsinn heraus. Wir alle wissen, dass auch für dieses Jahr zum Beispiel zu viele Mittel in der vorschulischen Sprachförderung stecken. Das sind Mittel, die Sie im letzten halben Jahr doch gar nicht mehr verausgaben können, Herr Laschet.

(Minister Armin Laschet: Das ist doch Unsinn! Die kommen den Kindern zugute! Die

kommen den Kindern zugute! Das ist Ihnen fremd!)

– Das können wir dann ja sehen. Wir können dann einmal abfragen, ob die Mittel in diesem Haushaltsjahr tatsächlich abgerufen werden.

(Minister Armin Laschet: Fragen Sie mal die Kinder, die das bekommen!)

Wir wissen, dass die Kindergärten mehr Sachmittel und keinen fiktiven Aktionsplan gebraucht hätten. Wir wissen, dass das Sonderprogramm für benachteiligte Jugendliche in den Landesjugendplan gehört hätte. Sie haben es als Sonderprogramm für dieses eine Jahr aufgelegt, sodass es jederzeit wieder gestrichen werden kann.

Auch bei diesem Sonderprogramm lassen Sie die Träger vollkommen im Dunkeln tappen. Die Träger wissen bis heute nicht, wie und für was sie diese Mittel in Höhe von 4,5 Millionen € im Sonderprogramm genau abrufen können. An dieser Stelle wurde die Fachlichkeit dem politischen Kompromiss geopfert.

Jetzt steht die nächste Bewährungsprobe bevor. Die erste haben Sie mit dem Haushalt 2006 gründlich verweigert. Jetzt wird es ernster, weil jetzt die Novellierung des Kindergartengesetzes bevorsteht. Dann wird sich sehr deutlich zeigen, ob Sie wirklich mehr Qualität für Kinder und Eltern wollen, oder ob das neue Gesetz nur als verschleierte Sparmaßnahme fungieren wird.

(Minister Armin Laschet: Unsinn!)

Herr Minister, das, was Sie bis jetzt an Vorstellungen und Eckdaten präsentiert haben, lässt nichts Gutes ahnen. Bei all dem mühevollen Durchrechnen der vorliegenden Daten über die Kopfpauschale sind fast alle Träger und Einrichtungen zu einem negativen Ergebnis gekommen. Die Kopfpauschale wird Kinder, Beschäftigte und Träger zu Verlierern und den Finanzminister zum Gewinner machen.

(Minister Armin Laschet: Unsinn!)

Die positive und gute Erfahrung aus den beiden Volksinitiativen ist: Die Leute werden Ihnen eine solche Politik nicht durchgehen lassen. Sie werden dann genauso oder noch massiver auf die Straße gehen.

Meine Damen und Herren, es gehört mittlerweile zum Allgemeingut, dass die wichtigsten Zukunftsinvestitionen die Investitionen in Bildung sind. Das gilt gerade für die Investition in die Bildung der Kleinkinder. Die Bildungsaufgaben müssen wir vom Kopf auf die Füße stellen. Kindergärten sind

Bildungseinrichtungen. Kapierten Sie das doch endlich einmal!

(Beifall von den GRÜNEN)

Kindergärten haben auch eine wichtige volkswirtschaftliche Bedeutung. Das zeigen die Untersuchungen der Stadt Zürich, der Bertelsmann-Stiftung, der Universität Bielefeld und viele weitere. Sie haben das eindeutig erwiesen. Sie ermöglichen Erwerbstätigkeit und damit Konsumausgaben. Sie vermehren zugleich die Sozialleistungen. Jeder in einen Kindergartenplatz investierte Euro bringt vier Euro zurück.

Wer nachhaltige Haushaltspolitik will, fördert deswegen Bildung von Anfang an. Er fördert Bildung in den Kindergärten. Dazu gehört auch die Beratung der Eltern und die Familienbildung. Den Menschen, die hinter den Volksinitiativen stehen, ist das bekannt. Das gilt auch für viele von Ihnen aus den Regierungsfractionen. Also handeln Sie endlich vernunftgeleitet! Hören Sie auf, die Menschen vor den Kopf zu stoßen, sie zu übergehen oder sie für dumm zu verkaufen!

(Beifall von Monika Düker [GRÜNE])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Kollege Lindner das Wort.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir kommen heute ja zum wiederholten Mal zusammen, um über den Landeshaushalt 2006 zu sprechen; nicht im Rahmen von Haushaltsberatungen, sondern auf Anregung der erfolgreich abgeschlossenen Volksinitiativen. Ich muss aber mit einer gewissen Verwunderung und Enttäuschung feststellen, dass sich trotz der mehrfachen Wiederholung dieser Debatte die Qualität zumindest der Argumente, die von der Opposition vorgetragen worden sind, nicht verbessert hat.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Aber bei Ihnen?)

Ich muss mittlerweile sagen: Wider besseren Wissens tragen Sie hier vor, die Regierungskoalition kürze bei Kindern. Ich habe Ihnen schon bei anderen Gelegenheiten geantwortet: Ich halte den Vorwurf aus und vertrete auch, dass wir jetzt einen Schwerpunkt bei der formalen, bei der schulischen Bildung setzen.

Und ich habe Ihnen genauso gesagt – das ist Ihnen auch verschiedentlich mit Zahlen belegt worden, schlagen Sie das im Protokoll nach –: Diese Koalition kürzt nicht bei Kindern und Jugendli-

chen, sondern sie finanziert nur andere Maßnahmen, die aber auch Kindern und Jugendlichen zugute kommen.

Ich will aus der Vielzahl der von Ihnen vorgetragenen Vorwürfe nur einige wenige herausgreifen.

Hier ist dargetan worden, wir hätten im Rahmen der Haushaltsberatungen als Regierungskoalition keine Veränderungen vorgenommen, mithin: Wir hätten die Volksinitiativen nicht ernst genommen, hätten keine Konsequenzen aus den erfolgreichen Volksinitiativen gezogen. – Das ist schlicht falsch.

Wir haben als Koalitionsfractionen eine politische Garantie für die 75 Millionen € – leider nur für die 75 Millionen € – im Landesjugendplan gegeben, aber immerhin ist jetzt bis zum Jahr 2010 eine Verlässlichkeit, eine Kontinuität in der Förderung erreicht worden, wenngleich man sich mehr wünschen könnte.

Wir haben – das ist auch am gestrigen Tag noch geführten Gesprächen, unter anderem auch mit Vertretern aus dem Verbändeumfeld, zu verdanken – das Ziel, zukünftig die in einem Jahr nicht verausgabten Mittel aus dem Landesjugendplan im kommenden Jahr wieder zur Verfügung zu stellen, um durch das Wissen darum, dass die Mittel im nächsten Jahr nicht verloren sind, den Druck aus den Haushaltsjahren herauszunehmen.

Wir haben ein 4,5-Millionen-€-Sonderprogramm aufgelegt, das nicht eine Einmalmaßnahme, eine Eintagsfliege ist, sondern das auch im Haushaltsjahr 2007 weiter wirken kann; ein Programm, das gegenwärtig konkretisiert wird, damit es in diesem Jahr noch schnell abfließen kann und damit es vor Ort auch fachlich wirksam wird. Ich bin mir sicher, dass das Ministerium, der Minister in Kürze auch die Träger und Kommunen darüber informieren wird, in welcher Weise dieses Programm vor Ort einsetzbar sein wird.

Eines will ich vor dem Hintergrund des Vorwurfs, wir würden bei Kindern und Jugendlichen kürzen und uns ausschließlich auf Schulen konzentrieren, ergänzen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Lindner, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Asch?

Christian Lindner (FDP): Ja, nachdem ich diesen einen Gedanken zu Ende vorgetragen habe. – Sie hatten vorgesehen, dass in diesem Jahr 250 Sozialpädagogen, die an Hauptschulen tätig sind, ihre Arbeit einstellen müssen. Das war Ihr Plan. Die Stellen waren alle kw-gestellt. Das ha-

ben wir zurückgenommen. Die bleiben weiter an den Hauptschulen

(Beifall von FDP und CDU)

als Sozialpädagogen tätig und unterstützen die schulische Arbeit.

Es wäre doch ein Leichtes gewesen, diese Mittel aus dem Schulministerium umzuwidmen in das Generationenministerium und Landesjugendplan draufzuschreiben. Zusammenarbeit Schule und Jugendhilfe hätte man das genannt, sozialarbeiterische Jugendarbeit an der Schule. Dann wären es nicht 75 Millionen € gewesen, sondern einige Millionen Euro mehr im Landesjugendplan.

Das wollen wir aber nicht machen, weil wir finanzpolitisch ehrlich sind und mit solchen Maßnahmen, wie Sie sie früher vorgesehen haben, eben nicht den Menschen etwas Falsches vorgaukeln wollen. Wir wollen diese Rosstäuscherei, die Sie in der Vergangenheit praktiziert haben, eben nicht weiter fortschreiben.

Ich will einen weiteren Punkt nennen. Britta Altenkamp hat das angesprochen. Ich habe mich dafür verwendet ...

(Andrea Asch [GRÜNE]: Herr Lindner!)

– Ach, entschuldigen Sie, Frau Asch, ich hätte Sie fast vergessen. Das hätte ich bedauert. Bitte stellen Sie Ihre Zwischenfrage.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Wenn Sie das vergessen hätten, wäre das unverzeihlich gewesen, Herr Kollege Lindner. – Die Kollegin Asch hat das Wort.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Lindner, können Sie mir eine schlüssige Erklärung dafür geben, warum Sie den Forderungen der Jugendverbände und im Übrigen auch – so klang das in der Fachdiskussion im Fachausschuss an – einiger Ihrer Kollegen nicht nachgekommen sind, die 4,5 Millionen €, die jetzt im Sonderprogramm für benachteiligte Jugendliche eingestellt sind, in den Landesjugendplan aufzunehmen? Da wären sie nämlich dann verstetigt, und die Träger hätten eine Planungssicherheit bis zum Jahre 2010. Sie wissen, dass diese 4,5 Millionen € in der Form als Sonderprogramm in jedem Haushaltsjahr zur Disposition gestellt werden können.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Ich möchte diejenigen, die Zwischenfragen stellen, darauf hinweisen, diese Fragen kurz zu formulieren und sich auf eine Frage zu beschränken. – Herr Lindner, bitte.

Christian Lindner (FDP): Ich kann das schnell und prägnant beantworten. Wir haben in der Koalition bislang keine politische Übereinkunft mit den Haushaltspolitikern, ob wir diese 4,5 Millionen € bis zum Jahr 2010 bereitstellen können. Da sind noch Gespräche notwendig. Bei den 75 Millionen € wissen wir, das sie bis 2010 gesichert sind. Die 4,5 Millionen € im Haushalt 2007 sind das auch. Was danach kommt, wird man sehen, und zwar auch in Würdigung dessen, wie das Programm angenommen wird und ob wir erkennen, dass Träger gerne auf das Programm zugreifen und etwas daraus machen. Dann haben wir auch bessere Argumente gegenüber den Haushältern.

Es ist jetzt letztlich auch Aufgabe für die Kinder- und Jugendverbände und die kommunalen Träger, mit dem Programm zu arbeiten. Das verbessert unsere Situation auch hier, gegenüber den Konsolidierungsbemühungen gute Argumente ins Feld zu führen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Lindner, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Gödecke?

(Carina Gödecke [SPD]: Das hat sich erledigt!)

Christian Lindner (FDP): Britta Altenkamp hat mich angesprochen mit Blick auf meine Forderung, doch offene Jugendarbeit und das Programm Mehrgenerationenhäuser zusammenzubringen. – Ich meine, wir sollten hier auch größeren fachlichen Ehrgeiz entwickeln. Die Strukturen im Land sind bewährt und gut, aber das heißt doch nicht, dass sie nicht noch weiter optimierbar wären.

Jetzt liegt der Vorschlag – ein Vorschlag, der ja auch von der SPD in Berlin mitgetragen wird, von der großen Koalition –, auf dem Tisch, Mehrgenerationenhäuser in Form von offenen Nachbarschaftstreffs zu fördern. Wenn wir – zumal im Ruhrgebiet – funktionierende große Einrichtungen – ich war in Essen in der großen katholischen offenen Einrichtung – mit unglaublichen pädagogischen und räumlichen Ressourcen haben, dann lasst uns doch die Häuser aufmachen, lasst uns andere Generationen stärker als bisher einbeziehen.

Das ist eine Möglichkeit für Nordrhein-Westfalen, an dem 88-Millionen-€-Programm des Bundes zu partizipieren und Gelder in Nordrhein-Westfalen einzusetzen,

(Britta Altenkamp [SPD]: Für die Jugendarbeit!)

um Strukturen der Jugendarbeit zu sichern und sie gleichzeitig für andere Generationen zu öffnen. Diesen Ehrgeiz müssen wir haben. Das ist keine Gefährdung, sondern im Gegenteil eine Verstärkung, eine Verstärkung der Möglichkeiten der offenen Arbeit.

Zum GTK möchte ich gerne noch einiges ausführen. Die Kinderzahlen gehen zurück; in diesem Jahr wieder um 10.000. Das Geld, das für die Betriebskostenförderung seitens des Landes bereitgestellt wird, wird in den nächsten Jahren trotzdem nicht reduziert. Im Gegenteil: Geplant ist bis zum Jahr 2010 – das ist in die mittelfristige Finanzplanung bereits eingespeist –, dass zusätzliche Gelder bereitgestellt werden, allerdings auch für zusätzliche Aufgaben.

Ich nenne die Betreuung von unter Dreijährigen. Wir haben die Mittel für die Sprachförderung von unter Dreijährigen mehr als verdoppelt. Frau Asch, Sie können sicher sein, dass diese Gelder auch beansprucht werden.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Das wird sich Ende des Jahres weisen!)

– Das wird sich Ende des Jahres weisen. Das können Sie auf die Wiedervorlage nehmen. Mir wird aus der Praxis vermittelt: Es werden dringend weitere Sprachfördermaßnahmen benötigt. Dafür steht nun das Geld bereit.

Wir haben – auch da sind wir auf die Volksinitiative und auf die fachlichen Notwendigkeiten zugegangen – ein Aktionsprogramm „Frühkindliche Förderung“ aufgelegt, das einerseits fachliche Innovation anzustoßen hat, das aber andererseits eine Überbrückungsfinanzierung darstellen soll, um – bevor wir ein neues GTK haben – Trägern, die sich in finanziell schwierigen Situationen befinden, die Weiterfinanzierung ihrer Arbeit zu ermöglichen.

Ein Satz zu den Elternbeiträgen. 22 % der Kinder in Nordrhein-Westfalen besuchen im Augenblick aufgrund der sozialen Staffelung beitragsfrei den Kindergarten. Mir ist keine Kommune bekannt, die jetzt Bezieher von Hilfen zum Lebensunterhalt zur Finanzierung der Kindergärten heranziehen würde.

(Britta Altenkamp [SPD]: Darum geht es doch gar nicht!)

Die werden auch weiterhin beitragsfrei bleiben. Warum sollten diese Kinder abgemeldet werden? Das werden sie nicht.

(Britta Altenkamp [SPD]: Darum geht es doch gar nicht!)

Aber auf der anderen Seite habe ich kein Problem damit, wenn der Beitrag derjenigen erhöht wird, die einen höheren Beitrag leisten können, weil sie mehr als 73.000 € im Jahr verdienen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Die Grenze ist bei 41.000!)

Außerdem kann das steuerlich geltend gemacht werden.

Im Übrigen: In Köln gibt es ein gutes Modell, ein Modell, das noch weiter verbessert worden ist, weil verschiedene Vorschläge der FDP-Fraktion dort mit aufgenommen worden sind. Es ist jetzt ein gemeinsamer Antrag von SPD, Grünen und FDP.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das ist eine schöne Geschichtsklitterung!)

– Nein, das ist keine Geschichtsklitterung, liebe Britta. Du bist, glaube ich, nicht ganz auf dem Laufenden. Das Modell C1 der Kölner Verwaltung wird jetzt angenommen, nicht mehr das Modell C2, das damals noch von Rot-Grün vorgesehen worden ist. Eine neue Information; diesen Mittwoch war das im Rat.

Frau Präsidentin, einen letzten Gedanken, weil hier über Vertrauen und Politik gesprochen worden ist. Vom schäbigen Umgang mit Volksinitiativen hat Frau Asch neulich in einer Pressemitteilung geschrieben. Es kostet Kraft, einen Haushalt zu konsolidieren, auch wenn es Druck von der Straße gibt. Diese Kraft haben wir. Wir haben gesagt: Wir beschränken den Staat und setzen Schwerpunkte.

(Zuruf von der SPD – Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Die Sozialdemokraten haben das anders gemacht. Die haben vor der Wahl nein zur Mehrwertsteuererhöhung gesagt. Nach der Wahl ist Herr Steinbrück, ein SPD-Bundesminister, der größte Befürworter der Mehrwertsteuererhöhung.

Ich frage Sie: Was wiegt schwerer? Ihr Wahlbetrug oder unser ernstes Bemühen, Schwerpunkte zu setzen trotz schwieriger Haushaltslage.

(Beifall von FDP und CDU – Britta Altenkamp [SPD]: Herr Lindner, das sehen wir bei der nächsten Landtagswahl!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Als nächster Redner hat Herr Minister Laschet für die Landesregierung das Wort.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Ziel, Nordrhein-Westfalen zum kinder- und familienfreundlichsten Bundesland in Deutschland zu machen, ist das Ziel dieser Landesregierung.

Insofern sollte man, wenn man darüber spricht, keine Zahlenspielerereien oder -akrobatik betreiben. Analyse ist, Fakt ist, Sachstand ist heute am 22. Juni: Noch nie ist in einem Haushalt eine solche Steigerung für Kinder und Jugendliche beschlossen worden wie in diesem „Jahr des Kindes“.

(Beifall von CDU und FDP)

56 Millionen € mehr für Jugendliche in der Ausbildungsphase, 208 Millionen € mehr für Jugendliche und Kinder im Schulbereich. Insgesamt 263 Millionen € mehr für Kinder und Jugendliche.

Wer ernsthaft behauptet – das ist Ihr verzweifelter Versuch, so die Debatte zu führen –, es handelte sich bei Investition in Bildung von Kindern, bei der Erhöhung von Bildungschancen von Kindern, bei mehr Lehrern in der bisher vernachlässigten Hauptschule um Seniorenpolitik oder Landwirtschaftspolitik oder irgend etwas anderes: Es ist klare Kinder- und Jugendpolitik. Deshalb ist das „Jahr des Kindes“ das Jahr 2006.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist etwas völlig Neues für die Kinder und Jugendlichen in diesem Lande. Deshalb werden wir die Argumentationsarbeit sicher noch verstärken müssen.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Weil Sie selbst nicht daran glauben!)

– Das verständlich zu machen ist am Anfang kommunikativ nicht immer gelungen, aber draußen merken die Kinder und Jugendlichen, dass diese Regierung es ernst meint mit Kindern und Jugendlichen, und dass wir – nebenbei, Frau Asch – auch mit der Volksinitiative so umgegangen sind.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Das ist doch Gesundbeten)

Es war keine Arroganz der Macht. Ich lasse mir von Ihnen im Plenum des Landtags nicht sagen, dass wir einen ignoranten Umgang mit der Volksinitiative praktiziert hätten, wie es Frau Altenkamp behauptet hat, indem sie uns Arroganz der Macht unterstellt hat.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Was denn sonst? – Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

– Frau Asch, als Sie das Rednerpult verlassen haben, hat überhaupt keiner geklatscht, weil die Grünen nur noch durch Frau Düker vertreten waren. Halten Sie doch nicht den anderen Fraktionen vor, wie sie an den Plenartagen präsent zu sein hätten.

(Beifall von CDU und FDP)

Schade, dass zusätzlich zu dem Wortprotokoll das Geschehen nicht auch noch phonetisch verzeichnet wird, denn dann hätte man das einzelne Klatschen von Frau Düker nach Ihrer Rede auch noch hören können. Und Sie haben die ganze Zeit darüber geredet, dass die Koalitionsfraktionen während der Landtagssitzung nicht anwesend seien!

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Erstens. Diese Fraktionen sind hier stark vertreten. Zweitens. Ich habe intensive Gespräche mit Jugendgruppen, mit Verbänden, mit Verantwortlichen von „Offenen Türen“ geführt, werde das auch weiterhin tun, werde persönlich dafür Sorge tragen, dass das Geld, das hier bereitgestellt wird, nun auch einmal kontinuierlich über fünf Jahre dort ankommt und abgerufen wird.

(Beifall von CDU und FDP)

Einer der Gründe, weshalb die Gelder früher nicht abgeflossen sind, war doch, dass Sie immer solche Programme gestrickt haben, von denen Sie wussten, dass sie von den Kindern und Jugendlichen nicht angenommen werden. Das war doch Ihre Trickserei in der alten Regierung.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich weiß auch von vielen vor Ort, wo Sie sich – insbesondere die SPD – angeboten haben, die Volksinitiative vor Ort zu organisieren.

(Britta Altenkamp [SPD]: Wo denn?)

Die haben gesagt: Wir wollen parteineutral sein. Wir wollen neutral bleiben. Wir lassen uns von denjenigen, die wie kein anderer die Kinder- und Jugendarbeit beschnitten haben, jetzt nicht parteipolitisch instrumentalisieren.

(Beifall von CDU und FDP)

Insofern wird mit diesem Haushalt 2006, der bereits beschlossen ist, ein Schwerpunkt bei Kindern und Jugendlichen gesetzt. Im Jahre 2007 wird das noch einmal verstärkt. Das Jahr 2007 ist das erste, in dem Sie unsere Zusagen überprüfen können. Am Kinder- und Jugendförderplan wird kein einziger Cent mehr verändert. Es bleibt bei dem,

was wir im Jahre 2006 durch den Haushalt eingeleitet haben, dass nämlich Jugendverbände, offene Türen mehr Geld bekommen als im Vorjahr. Die Zusage, dass man bei diesen Summen bleibt, wird auch für die nächsten Jahre erhalten bleiben.

(Beifall von CDU und FDP)

Und für das GTK gilt das gleiche. Das GTK wird im Jahre 2007, obwohl wir weniger Kinder haben, das gleiche Geld bekommen, was erneut zeigt, dass auch das Jahr 2007 ein Jahr des Kindes wird, denn für jedes einzelne Kind steht 2007, wenn Sie es auf die Kinder umrechnen, mehr Geld zur Verfügung als im Jahre 2006, weil wir die Summe beibehalten.

(Beifall von CDU und FDP)

Jetzt haben Sie nach der Reform des GTK gefragt. Eigentlich haben Sie nicht danach gefragt, sondern Sie haben es kritisiert. Ohne zu wissen, was überhaupt drin steht, haben Sie es kritisiert.

Ich bin einen anderen Weg gegangen, als es bisher üblich war. Bisher hat man üblicherweise im Kabinett – das ist bei Gesetzgebungsvorhaben normal – Eckpunkte beschlossen. Diese Eckpunkte hat man den Verbänden zugeschickt. Dann konnten sich die Verbände dazu äußern. Dann hat man das aufgegriffen oder nicht und am Ende ein Gesetz gemacht.

Weil ich den Konsens mit den Trägern will, weil ich den Konsens mit den Kommunen will, habe ich Grundüberlegungen unseres Hauses aufgeschrieben, sie offen den Trägern gegeben, was zur Folge hatte, dass am nächsten Tag die erste Zeitung diese Eckpunkte bereits veröffentlichte, was den Dialog ein wenig erschwert hat. Wir werden noch in dieser Woche eine Vereinbarung mit den Kommunalen Spitzenverbänden, mit den Trägern, mit den Kirchen unterschreiben, in der wir einen partnerschaftlichen Weg zu einem Gesetz aufzeigen, das Bildung und Betreuung von Kindern neu regelt und kindgerechter steuert. Das ist unsere Absicht.

Dieses System wird mehr Geld haben, Frau Asch, als das alte System. Wenn Sie die Träger weiter verunsichern – Sie nehmen Ihnen das inzwischen auch gar nicht mehr ab – mit der Aussage, das würde ein Spargesetz,

(Andrea Asch [GRÜNE]: Wir reden über die Volksinitiative, Herr Laschet! Draußen sind über 1.000 Menschen!)

dann kann ich Ihnen heute hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen die Zusage machen: Das

neue Gesetz wird mehr Geld haben als das alte Gesetz.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Wo leben Sie?)

Deshalb sind auch schon die ersten, insbesondere die Kirchen, dabei, uns zu drängen, bis zum Jahre 2008 dieses neue Gesetz so schnell wie möglich vorzulegen.

Es ist etwas anderes als Arroganz der Macht, mit Trägern in einen solchen Prozess einzusteigen und nicht alles durch Kabinettsbeschluss vorzugeben, sondern Träger und Kommunen offen zu beteiligen. Ich weiß, dass Sie das nicht gewohnt sind, dass Sie so etwas aus Ihrer früheren Arbeitsweise nicht kennen.

(Carina Gödecke [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit! Das können Sie überhaupt nicht beurteilen! Meine Güte!)

Um ein solches Gesetz auf den Weg zu bringen, braucht man diesen großen Konsens. So, wie Sie in den letzten Jahren mit den Kommunen umgegangen sind, werden wir das nicht fortsetzen.

Frau Asch hat sodann über die Sprachfördermaßnahmen gesprochen. Auch das ist wieder ein typisches Beispiel. Wir setzten Bildungspriorität für Kinder. Wir eröffnen Chancen für Kinder. Wir stellen mehr Geld bereit. Selbst das kann Frau Asch noch schlechtreden.

In diesem Jahr werden 44.000 Kinder mehr in den Genuss von Sprachförderung kommen. Ihre alte Regelung, nur da zu fördern, wo der Anteil der Migrantenkinder mindestens 50 % beträgt, haben wir abgeschafft. Wir fördern auch da, wo 40 % oder 30 % Migrantenkinder sind,

(Beifall von CDU und FDP)

weil jedes Kind den Anspruch darauf hat, gefördert zu werden. All die Anträge, die wir vorgefunden haben und die nicht bedienbar waren, da nicht genug Geld im System zur Sprachförderung war, werden jetzt abgearbeitet. Diese 44.000 Kinder, die wir Ihnen am Ende des Jahres mit Brief und Siegel benennen werden können, sind diejenigen, die in den Genuss unserer Politik kommen.

Ich hoffe, Frau Asch, dass Sie dann die Größe haben, am Silvestertag und in den ersten Januartagen an dieses Rednerpult zu kommen und zu sagen: Herr Minister, ich entschuldige mich. Ich erkenne an, dass 44.000 Kinder mehr als unter rot-grüner Regierungszeit in den Genuss von Sprachförderung gekommen sind.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir können heute diese Wette abschließen. Frau Asch, wenn Sie im nächsten Jahr hierher kommen, erkennen Sie hoffentlich an, dass Sprachförderung ein wichtiger Schwerpunkt in diesem Jahr des Kindes, das wir im Moment haben, geworden ist.

Ich denke, dass die vielen 100.000, die bei dieser Volksinitiative unterschrieben haben, zum Teil durch die Debatten, die es in den letzten Jahren gegeben hat, geprägt sind. Ich verstehe auch, dass diese „96“ eine Zahl war, für die man damals gestritten hat und die man gerne eingesetzt hätte, was uns aber aufgrund der Haushaltskonsolidierung nicht möglich war.

Dazu möchte ich noch einen Satz sagen: Wer heute Haushalt konsolidiert, wer dafür sorgt, dass nicht weiter 13 Millionen € Zinsen pro Tag bezahlt werden, der muss wissen: Das kommt nicht mehr einer älteren Generation zugute; das kommt der Generation zugute, die heute jung ist, der Generation, die heute Kinder sind.

(Beifall von der CDU)

Wenn wir heute schon keine Spielräume mehr haben, wenn unsere Regierungszeit dadurch belastet ist, dass man einen Haushalt konsolidieren muss, dann wäre das Schuldenmachen, wie Sie es gemacht haben, eine Versündigung an einer künftigen Generation. Insofern haben viele Kinder und Jugendliche gerade auch dafür Verständnis, wenn man Ihnen sagt: Auch eure Zukunftschancen werden durch Haushaltskonsolidierung gesichert.

(Beifall von der CDU – Sören Link [SPD]: Für die Polizeireiterstaffel haben Sie Geld, für die Bauern auch!)

Ich würde mir wünschen, dass wir nach der verständlicherweise parteipolitisch geprägten Debatte heute zum letzten Mal über diese Volksinitiative reden. Ich habe Respekt vor denen, die da unterschrieben haben. Sie wollten sich nicht parteipolitisch instrumentalisieren lassen, sondern sie wollten für Kinder und Jugendpolitik die Stimme erheben. Ich denke, diese Botschaft ist bei der Landesregierung angekommen.

(Zuruf von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie ist nicht verstanden worden! Sie ist nicht umgesetzt worden!)

Die Botschaft ist angekommen. Wir werden im Unterschied zu den Vorjahren jetzt Planungssicherheit gewährleisten. Wir werden einen fairen Umgang mit den Trägern, mit den Kommunen, mit den Jugendverbänden, mit den offenen Türen, mit allen, die beteiligt sind, in den nächsten Jahren

pflügen. Ich hoffe, dass das Ganze nicht vergeblich war,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nach den Kürzungen!)

dass wir wirklich eine neue Grundlage der Zusammenarbeit finden, die bis 2010 und möglichst darüber hinaus trägt und die Kinder und Jugendliche in den Blick rückt. Denn gerade in einer älter werdenden Gesellschaft ist es wichtig, auch die Interessen von Kindern und Jugendlichen zu wahren.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann tun Sie es doch!)

Das hat sich diese Landesregierung zum Ziel gesetzt.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage der Abgeordneten Altenkamp? – Offensichtlich nicht. Sie hätten noch etwas Redezeit. Es hat sich aber erledigt. Okay.

Ich habe jetzt noch eine Wortmeldung der Kollegin Asch, die ihre knappe verbleibende Redezeit für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ausschöpfen möchte.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Minister Laschet, ich kann Ihre Erregung gut verstehen. Eines muss man ja ganz klar sehen: Sie haben mit Ihrem Jahr des Kindes, das Sie für Nordrhein-Westfalen angekündigt haben, eine glatte Bauchlandung hingelegt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dass Sie sich jetzt so erregen, ist klar: Sie als Familienminister haben sich in diesem Punkt blamiert.

Sie sagen mir, wir landeten mit unserer Kritik nicht bei der Bevölkerung. – Ja, was haben wir denn heute gemacht? Wir haben über zwei Volksinitiativen geredet: 500.000 Menschen haben sich gegen Ihre Kinder- und Jugendpolitik gewendet. Da müssen Sie mir nicht sagen, dass unsere Kritik im Lande nicht ankäme.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir haben den Finger genau in diese klaffende Wunde gelegt, die Sie haben. Wie weh Ihnen das tut, haben Sie ja heute noch einmal gezeigt, sonst hätten Sie sich nicht so entrüsten müssen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Asch, ich hatte noch eine Zwischenfrage des Kollegen Klein – die sich damit offensichtlich auch erledigt hat. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit sind wir am Schluss der Beratung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen damit zur Abstimmung über die **Beschlussempfehlung** des Ausschusses für Generationen, Familie und Integration **Drucksache 14/2057**, das Anliegen der Volksinitiative abzulehnen und zugleich festzustellen, dass damit die Volksinitiative abschließend behandelt ist. Wer dieser Empfehlung folgen möchte, bitte Hand aufzeigen! – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist nach anfänglichen Unsicherheiten diese Empfehlung mit den Stimmen der Fraktionen CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen so **angenommen** worden.

(Zurufe von der SPD: Dort sind Riesenlöcher! – Es fehlen über 20 Leute dort! – Gegenruf von der CDU: Drüben auch!)

– Hier besteht einvernehmlich die Auffassung, dass die Mehrheiten klar waren und dass die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen wurde.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Es war knapp!)

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zu einer weiteren Abstimmung, nämlich über die **Beschlussempfehlung** des Ausschusses für Generationen, Familie und Integration **Drucksache 14/2125**, das Anliegen der Volksinitiative abzulehnen und zugleich festzustellen, dass damit die Volksinitiative abschließend behandelt ist. Ich lasse jetzt auch über diese Beschlussempfehlung abstimmen. Wer ihr zustimmen möchte, bitte Hand aufzeigen! – Gegenstimmen? – Enthaltungen?

(Zurufe von der SPD)

– Unter Berücksichtigung derjenigen, die alle hinter der letzten Sitzreihe versammelt sind und ihr Stimmverhalten kundgetan haben ...

(Zurufe von der SPD: Nachzählen! Auszählen!)

– Hier wird ausdrücklich um Auszählung gebeten. Meine Damen und Herren, dieser Bitte kommen wir gerne nach. Ich darf noch einmal all diejenigen bitten, die der Beschlussempfehlung zustimmen möchten, mit der Hand aufzuzeigen. Wir werden

das jetzt durchzählen. – Jetzt bitte noch einmal diejenigen, die dagegen sind! – Gut. Wir haben gerade bei den Nein-Stimmen drei unterschiedliche Zahlen gehabt. Wir nehmen einmal das positivste Ergebnis aus Sicht der Opposition. Dann sind es 59 Nein-Stimmen gegenüber 71 Ja-Stimmen. Damit ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch diese Beschlussempfehlung **angenommen** und somit der erste Eindruck, den wir Ihnen vermittelt haben, bestätigt worden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt

4 NRW für steuerliche Förderung von Nachrüstung mit Dieselfußfiltern

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2102

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Kollegen Remmel das Wort.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eigentlich hatte ich mir an dieser Stelle eine Philippika auf die Landesregierung und auf den zuständigen Minister überlegt. Aber ich mache jetzt einmal etwas völlig Ungewöhnliches.

(Parl. Staatssekretär Manfred Palmen: Ich gehe jetzt wieder zu meinem Platz! – Bodo Wißen [SPD]: Sie singen?)

Ich lege das Redemanuskript zur Seite und

(Vereinzelt demonstrativer Beifall von der CDU)

nehme den Minister in den Arm

(Zurufe: Oh!)

oder zumindest an die Hand.

Eckhard Uhlenberg, die grüne Fraktion und die Mehrheit des Parlamentes machen eine gemeinsame Sache. Sie haben gestern Folgendes in der Presse erklärt:

„NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg hat sich dafür ausgesprochen, die Nachrüstung von Dieselfahrzeugen mit sogenannten Partikelfiltern steuerlich zu fördern.“

(Zustimmung von Bodo Wißen [SPD])

„Angesichts der hohen Feinstaubwerte in vielen Städten besteht dringender Handlungsbedarf ...“

Und so weiter.

(Bodo Wißen [SPD]: Sehr interessant!)

Dann heißt es:

„... ihr Einbau ist mit 500 bis 800 € aber recht teuer.“

Uhlenberg fordert zugleich eine „aufkommensneutrale Steuerförderung“. Er schlug vor, bei Nachrüstung „einen Zuschuss von 300 € zu gewähren“.

Das ist das Konzept der Bundesregierung. Das fordern wir in unserem Antrag. Deshalb mein Vorschlag: Lassen Sie uns die Zeit nicht mit Reden verplempern; lassen Sie uns das gemeinsam beschließen.

Denn unser Antrag ist an dieser Stelle einfach. Er sagt nämlich:

„Deshalb fordert der Landtag die Landesregierung auf, das Konzept der Bundesregierung zur steuerlichen Förderung ... zu unterstützen.“

Ich gehe davon aus, wenn Sie, Herr Minister, sich so in der Presse äußern – und das einen Tag vor der Plenardebatte –, dass Sie ein entsprechendes Votum des Kabinetts haben und dass die Landesregierung Nordrhein-Westfalen die Bundesregierung an dieser Stelle unterstützt. Dann lassen Sie uns das gemeinsam beschließen.

Deshalb kürze ich meine Rede ab und warte darauf, dass Sie das, was ich gemutmaßt habe, entsprechend bestätigen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Rimmel. – Für die Fraktion der CDU hat die Kollegin Brunert-Jetter das Wort.

Monika Brunert-Jetter (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Rimmel, es beginnt bei den kleinen Unterschieden im Detail.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN – Johannes Rimmel [GRÜNE]: Aha!)

Die Diskussion über Luftreinheit findet in der breiten Öffentlichkeit erst seit einem guten Jahr in dieser Intensität statt. Das Landesumweltamt nennt die Feinstaubdiskussion das „Umweltthema des Jahres 2005“. Die große Berichterstattung in den Medien – ganz gleich ob in Zeitung, Fernseh-

hen oder Radio – fand allerdings nicht deshalb statt, weil 2005 zum ersten Mal Feinstaubbelastung festgestellt wurde, sondern weil 2005 das Jahr war, in dem die von der Europäischen Union neu festgesetzten Grenzwerte für Feinstaub europaweit eingehalten werden sollten.

In Dieselmotoren entsteht Ruß, wenn sie zu wenig Luft für die vollständige Verbrennung zur Verfügung haben, zum Beispiel beim kräftigen Gasgeben beim Anfahren. Diese Partikel sind an sich nicht giftig, können jedoch zur Gefahr werden, wenn sie tief in die Lunge eindringen. Dieselfilter und deren Förderung, um die es heute geht, halten diese Partikel zu 99 % zurück.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es steht außer Zweifel, dass die Belastung der Luft mit Rußteilchen ein gesundheitliches Risiko darstellt. Wie hoch dieses Risiko ist, darüber streiten nicht nur die Experten, sondern darüber haben auch wir in einer der letzten Plenardebatten im Landtag diskutiert.

Die in der Debatte von Ihnen genannten Zahlen, Herr Rimmel, schienen zwar nicht nur mir, sondern auch vielen Kolleginnen und Kollegen eindeutig zu hoch gegriffen und zu dramatisch, trotzdem bleibt aber richtig: Feinstaub stellt eine Gefahr für die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger dar. Wir sind aufgefordert, diese Gefahr zu reduzieren.

Da die Verschmutzung der Luft mit Partikeln nicht nur durch Abgase von Fahrzeugen erfolgt, gilt es natürlich auch, bei Industrie und Gewerbe zu Anlagen zu kommen, die weniger Schadstoffe ausstoßen. Heute sprechen wir – anders als in der Plenardebatte am 1. Juni dieses Jahres – nur über den Ausstoß von Dieselfuß durch Fahrzeuge.

Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt die Landesregierung dabei, ein Modell der Förderung für die Nachrüstung von Fahrzeugen voranzubringen. Dabei müssen wir jedoch darauf achten, dass es zu einem Modell kommt, das auch für unseren Landeshaushalt akzeptabel ist. Die Haushaltslage ist dramatisch. Sie ist es auch deshalb, weil in der Vergangenheit Entscheidungen getroffen wurden, die nicht sorgfältig durchdacht und vor allen Dingen auch nicht durchgerechnet waren.

Dafür tragen Sie, Herr Rimmel, und Ihre Fraktion ein großes Stück an Mitverantwortung. Insofern sind wir froh, dass unser Minister verantwortungsvoll handelt und nicht die Hand hebt für einen Vorschlag, der offenkundig noch nicht endgültig ausgereift ist.

Meine Damen und Herren, die steuerliche Förderung der Nachrüstung, über die wir heute reden, ist richtig. Ich bin auch zuversichtlich, dass wir einen Weg finden werden, dies vernünftig zwischen Bund und Ländern zu regeln.

Trotzdem möchte ich noch einen Gedanken ansprechen, der meiner Auffassung nach auch eine Rolle spielt: Wenn wir in den letzten Monaten über die Förderung von Dieselpartikelfiltern diskutiert haben, wurde nicht nur über die Nachrüstung, sondern auch über eine Förderung bei Neuwagen gesprochen. Es ist gut, dass dies im jetzt vorliegenden Antrag von Bündnis 90/Die Grünen nicht mehr vorgesehen ist.

Denn für mich stellt sich die Frage: Ist es denn eigentlich den Käufern von Neuwagen nicht zuzumuten, sich ein Fahrzeug zu kaufen, das dem neuesten Stand der Technik entspricht, ohne dass es Zuschüsse durch Steuervorteile gibt?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Remmel?

Monika Brunert-Jetter (CDU): Im Moment nicht. Lassen Sie mich bitte zu Ende ausführen.

Bei allen anderen technischen Neuerungen und Sonderausstattungen sind die Käufer bereit, zusätzliches Geld in die Hand zu nehmen. Wenn es aber darum geht, die neueste Technik einzusetzen, um Umweltstandards einzuhalten, wird nach staatlicher Förderung gerufen. Ich glaube, dass hier ein Umdenken einsetzen muss, das wir mit politischen Vorgaben begleiten müssen. Die Überlegung, den Nachrüstern einen Zuschuss zu gewähren und die Dieselaautos ohne Filter höher zu belasten, ist für uns ein richtiger Weg.

In diesem Zusammenhang möchte ich eine Forsa-Umfrage erwähnen. Dort heißt es:

„Umweltverträglichkeit und niedriger Spritverbrauch eines Fahrzeugs sind für Autokäufer in Deutschland wichtiger als ein niedriger Anschaffungspreis oder die Motorleistung.“

Die ermittelten Umfrageergebnisse zeigen, wie deutlich diese Meinung ausgeprägt ist: 83 % der Käufer achten besonders auf die Umweltverträglichkeit. Für 80 % spielt ein besonders niedriger Ausstoß von krebserregenden Abgasen eine Rolle. Mehr als zwei Drittel der Befragten sind sogar bereit, Mehrkosten für einen Rußfilter in Kauf zu nehmen. 54 % würden sogar für den Rußfilter die Automarke wechseln.

Auch wenn mir persönlich diese Zahlen etwas zu hoch gegriffen scheinen, so zeigen sie doch deutlich eine Tendenz: Die Hersteller können auf die Bereitschaft der Autofahrer setzen, wenn es darum geht, in umweltfreundliche Technik zu investieren.

Es bleibt also festzuhalten: Der Umweltschutz und hier besonders die Luftreinhaltung liegen bei der schwarz-gelben Landesregierung in guten Händen. Wir werden uns auch zukünftig unaufgeregt und sachlich mit diesen Themen auseinandersetzen und uns für den bestmöglichen Schutz der Bevölkerung einsetzen – ohne großes Geschrei, ohne Panikmache. Wir lehnen den Antrag ab, weil wir sicher sind, eine bessere Lösung im weiteren Verfahren erreichen zu können. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Brunert-Jetter. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der SPD die Kollegin Wiegand das Wort.

Stefanie Wiegand¹⁾ (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um es einmal mit Goethes „Faust“ zu sagen: „Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust.“

Aus umweltpolitischer Sicht kann man gar nicht genug tun, um Luftreinhaltung in NRW zu unterstützen und voranzutreiben. Die Nachrüstung von Dieselfahrzeugen mit Rußpartikelfiltern kann dazu einen Beitrag leisten. Schließlich sind die kleinen und leichten Rußpartikel, die die modernen Dieselmotoren ausstoßen, besonders lungengängig und Auslöser für Atemwegserkrankungen wie Bronchitis oder Asthma.

So sterben laut Aussage des Umweltbundesamtes vom 22. Juli 2003 in Deutschland jährlich 14.000 Menschen in Folge verkehrsbedingter Rußpartikelemissionen. Besonders betroffen sind dabei unsere Kinder. Bei ihnen ist die Immunabwehr weniger stark ausgebildet als bei den Erwachsenen und ihr Atemvolumen ist im Verhältnis zu ihrer Körpergröße viel höher. Hinzu kommt, dass die Konzentration von Rußpartikeln in geringerer Höhe, also auf Kopfhöhe unserer Kinder, besonders hoch ist.

Wir von der SPD fordern dafür klare Gesetze und Regelungen, die die Kleinen und Schwachen unter uns schützen. Daher ist die verpflichtende Einführung von Rußpartikelfiltern für Dieselfahrzeuge, die die Partikelemissionen um 30 % reduzie-

ren können, auf das Herzlichste zu begrüßen. Alleine durch ein Nachrüsten von Diesel-PKW können deutschlandweit mehr als 2.000 t Dieselrußpartikel vermieden werden.

Aber es wohnen, wie ich schon gerade sagte, ach, zwei Seelen in meiner Brust, denn ich frage mich, ob wir wirklich eine Schlafmützenprämie brauchen, um unsere Ziele zu erreichen.

(Beifall von der SPD)

Benachteiligen wir damit nicht eher diejenigen, die sich schon vorab für die Belange unserer Umwelt eingesetzt haben

(Bodo Wißen [SPD]: Sehr richtig!)

und die auf ein Dieselfahrzeug mit Rußpartikelfilter umgestiegen sind? Ist der Förderzweck inzwischen überhaupt noch gegeben?

Wir von der SPD haben immer darauf gesetzt, dass eine moderne Umweltpolitik und eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik keine Gegensätze sein dürfen. Daher haben wir uns auf Bundes- und auf Landesebene stets für eine Kooperation zwischen Politik und Automobilindustrie stark gemacht.

So hat die deutsche Automobilindustrie unserem Altbundeskanzler Schröder auf einem Gipfeltreffen am 13. Juli 2004 zugesichert, ab 2009 alle in Deutschland zugelassenen Dieselfahrzeuge ohne Aufpreis mit Rußpartikelfilter auszuliefern. Ich gebe zu, dass unsere Automobilindustrie damit in Bezug auf die Rußfilter nicht rechtzeitig aus den Puschen gekommen ist,

(Beifall von den GRÜNEN)

sodass umweltbewusste Vielfahrer auf französische oder japanische Automarken ausgewichen sind. Inzwischen werden aber auch die kleinen Dieselfahrzeuge aus deutscher beziehungsweise nordrhein-westfälischer Produktion mit diesen entsprechenden Filtern angeboten.

Die Produzenten von Nachrüstfiltern, die im Übrigen vorwiegend aus Nordrhein-Westfalen kommen, sind startbereit und werden ihr Programm kontinuierlich auf weitere Fahrzeugmarken erweitern. Man muss dabei bedenken, dass aktuell zwar nur 22 % aller zugelassenen Fahrzeuge mit Diesel betrieben werden, dass aber die Zahl der neu zugelassenen Fahrzeuge bei 43 % Dieselmotoren aufweisen.

Ist der hier nun vorliegende Antrag vor diesem Hintergrund überhaupt noch notwendig? – Wir haben uns in der Regierungsverantwortung nicht für eine bestimmte Technik wie den Dieselrußpartikelfilter eingesetzt,

(Beifall von der FDP)

sondern für die Einhaltung von festgelegten Partikelgrenzwerten. Schließlich wollten und wollen wir klare Zuständigkeiten und Regelungen und keine Förderung einer ganz speziellen Technik.

(Beifall von der FDP)

Dazu gehört für uns auch das Nachdenken und Anbieten von alternativen Antriebstechniken wie Biodiesel und Erdgas, aber auch die Konzeption von neuen Verkehrswegen und -mitteln. Nur so kann man die Belange zukünftiger Generationen wie auch der Hersteller und der Kommunen entsprechend unterstützen. Dazu brauchen wir ein tragfähiges Gesamtkonzept und dazu gehört natürlich auch der Dieselrußpartikelfilter.

Wie Sie sehen, ist die Ausrüstung von Fahrzeugen mit Dieselrußfiltern ein Baustein in einem stimmigen Gesamtkonzept. Aber es bleibt dabei auch nur ein geringer Teilaspekt. Schließlich machen Feinstaubpartikel aus dem Straßenverkehr nur etwa 20 % der Feinstaubproblematik aus. Partikel, die durch die Abgase und nicht durch Reifenabrieb, Bremsabrieb usw. entstehen, sind wiederum nur ein Teilaspekt von ca. 50 %. Berücksichtigt man nun die Abgase, die die Personenkraftwagen ausstoßen, so haben wir einen weiteren Teilaspekt der Teilaspekte von 30 %. Davon sind wiederum nur die Abgase der hier zur Debatte stehenden Dieselfahrzeuge zu berücksichtigen.

Wir machen hier also eine Riesenwelle für den Teilaspekt eines Teilaspektes eines Teils vom Ganzen, und dafür sind wir von der SPD nicht zu haben. – Danke.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Wiegand. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Kollege Ellerbrock das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Heute Morgen haben wir versucht, uns in der Debatte um die Lebensmittelkontrolle auch einer gewissen Nachdenklichkeit zu befleißigen. Bei den ersten Redebeiträgen kam heraus, dass man meint, dass die Lösung der Feinstaubproblematik mittels Dieselrußpartikelfilter der Königsweg sei. Das konnte man zumindest so interpretieren. Deswegen danke ich der Kollegin Wiegand von der SPD ausdrücklich dafür, dass sie noch ein paar Aspekte hineingebracht hat, die zu bedenken sind.

Denn auch ich bin der Überzeugung, dass es nicht darum geht, eine spezielle Technik zu fördern, sondern dass wir uns auf vernünftige Emissionsgrenzwerte einigen sollten, dass wir damit letztlich ein Technologieförderprogramm anstoßen. Wie die Autoindustrie schließlich zu einer Emissionsbegrenzung kommt, sollte uns als Politikern völlig egal sein. Hauptsache ist: Was hinten herauskommt, soll minimiert werden, es sollte so wenig wie möglich sein. Deswegen habe ich bei der Fokussierung auf den Begriff Dieselrußpartikelfilter erhebliche Bauchschmerzen. Darüber werden wir sicherlich noch im Ausschuss reden können.

Der nächste Punkt ist, dass sicherlich auch über die Finanzierungsfragen geredet werden muss. Vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltssituation ist es für mich durchaus nachvollziehbar, dass der Umweltminister in seine ersten Überlegungen eingebaut hat, dass die Maßnahmen aufkommensneutral sein müssen. Nur müssen wir auch an diejenigen Bürgerinnen und Bürger im Land denken, die in den letzten Jahren gerade ein Dieselauto im Vertrauen darauf gekauft haben,

(Dieter Hilser [SPD]: Richtig!)

dass wir als Politiker landauf, landab durch die Gegend gezogen sind und gesagt haben: Leute, kauft einen Diesel. Das ist aus Umweltschutzgründen sehr sinnvoll. – Ich hab gewisse Probleme damit, sie jetzt mit einem Malus zu belegen.

(Beifall von der SPD – Dieter Hilser [SPD]: Richtig!)

Das kann ich aus Haushaltsgründen nachvollziehen, aber wir müssen sicherlich noch einmal darüber nachdenken, ob es richtig ist, diejenigen Menschen, die sich im Vertrauen auf politische Aussagen breit über alle Fraktionen hinweg ein Auto gekauft haben, zu belasten. Wir reden von Bevölkerungsschichten, für die es nicht einfach ist, mal eben 500 bis 800 € aus der Tasche zu ziehen. Da müssen wir noch einmal schauen, wie wir das ausgestalten.

(Beifall von der SPD – Dieter Hilser [SPD]: So ist es!)

Den Minister unterstütze ich ausdrücklich in seiner Zielrichtung, dass wir zu einer Entscheidung kommen sollen. Das ist völlig klar.

Ich lege auch meinen Teil weg, Herr Rimmel, in dem ich sagen wollte: Na gut, jetzt das zu fordern, was ich früher verzögert habe ... Den tun wir zur Seite. Das haben Sie eben auch nicht getan. Das ist in Ordnung.

Der nächste Punkt, den ich ansprechen möchte, ist – auch da hat Frau Kollegin Wiegand einen wichtigen Hinweis gegeben –, dass der Dieselfußpartikelfilter nur einen ganz kleinen Teil der Feinstaubproblematik ausmacht. Wir müssen schauen, dass wir hier nicht etwas als Lösung hochstilisieren, was tatsächlich nur sehr begrenzt zur Lösung beiträgt. Auch darüber müssen wir nachdenken: Wie können wir eigentlich an die anderen Emissionsquellen herangehen?

Ich befürchte, dass die auf Dieselfußpartikelfilter verengte Diskussion dazu führen kann, die Mobilität und den Verkehr insgesamt wieder zu verteuern. Ich nehme meine Partei dabei gar nicht aus: Da gibt es unterschiedliche Begriffe wie die City-Maut, zusätzliche Besteuerung usw. Da existiert eine Menge krauser Überlegungen. Das ist nicht Ihr Ziel; das weiß ich. Aber diese Diskussion gibt es in allen Parteien. Deswegen müssen wir zusehen, dass wir nicht die falschen Signale geben.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch einmal deutlich sagen, dass wir auch hier die EU-Feinstaubrichtlinie einfach einmal hinterfragen müssen. Ist es eigentlich gerechtfertigt, hier mit 35 Überschreitungen bei Tagesgrenzwerten erhebliche Maßnahmen einzuleiten, von deren Wirksamkeit zumindest nicht alle Fachleute überzeugt sind? In diesem Zusammenhang hat der zuständige Ausschuss des Europäischen Parlaments in den letzten Tagen einen ersten Hinweis gegeben, dass man auch auf europäischer Ebene umdenkt, vielleicht weg von den Tagesgrenzwerten hin zu den Jahresgrenzwerten. Niedersachsen zum Beispiel befürwortet Jahresmittelwerte.

Dafür habe ich sehr viel Sympathie, insbesondere weil man in der EU, wie der CDU-Euro paabgeordnete Florenz und mein Kollege Holger Kramer das im Umweltausschuss der EU deutlich gemacht haben, darüber nachdenkt, wie wir das Problem tatsächlich in den Griff bekommen. Ich bin durchaus dafür, dass man die Tagesgrenzwerte hintanstellt und zu ambitionierten Jahresmittelwerten kommt.

Weiterhin müssen wir uns in diesem Zusammenhang klar machen, ob wir eigentlich das Richtige messen. Toxikologen sind sich darüber einig, dass die wirklichen Gefährdungen von Ultrafeinstäuben – Fachsausdruck: PM 2,5 –, die wir teilweise noch gar nicht messen können, und von der Qualität, das heißt den Inhaltsstoffen dieser Ultrafeinstäube ausgehen und diese das ganz entscheidende Kriterium sind. Im Bereich der Forschung ist man lange noch nicht so weit, hier zu wirklich fundierten Entscheidungen kommen zu können.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Ich teile die Auffassung des Umweltministers, dass wir zu Entscheidungen kommen müssen. Aus ordnungsrechtlicher Sicht weiß ich nicht, ob es richtig ist, dass der Bund, wenn er das will, in Länderkompetenzen eingreift. Danach muss man auch schauen.

Das Nächste ist, dass ich die Ansicht von Frau Wiegand teile, dass wir insbesondere zu Emissionsgrenzwerten kommen und uns nicht auf eine Technik fokussieren sollen. Im Ausschuss wird aber sicherlich noch Gelegenheit sein, darüber zu diskutieren.

Es ist gut, dass wir dieses Problem aufgreifen. Nur: Hüten wir uns davor, der Bevölkerung vorzuspiegeln, dass es ein einfach zu lösendes Problem ist. Es ist ausgesprochen vielschichtig, und es ist deshalb gut, dass wir diese Diskussion im Ausschuss führen. Vielleicht können wir uns dort noch einmal von wissenschaftlicher Seite beraten lassen, wie wir weiterkommen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit und wünsche uns allen gute Beratungen bei diesem Antrag.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Uhlenberg das Wort.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Deutschland muss endlich Weltmeister im Bau von umweltfreundlichen Autos werden. Das ist ganz wichtig.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Hier sind viele wichtige Jahre verplempert worden. Wir haben schöne und tolle Autos in Deutschland, aber was die Frage der Umweltfreundlichkeit angeht, meine Damen und Herren, gibt es großen Nachholbedarf.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es geht bei den Autos auch nicht nur um das, was hinten herauskommt und gemessen wird, sondern es geht auch darum, wie die Motoren gebaut werden. An der Stelle brauchen wir eine Veränderung der Situation. Hier müssen wir ansetzen.

Wir sind uns sicher über alle Fraktionsgrenzen hinweg einig, dass die Feinstaubproblematik ein großes Thema ist, speziell bei der Struktur in Nordrhein-Westfalen und unseren großen Städten

im Ruhrgebiet und im Rheinland. Diese Problematik können wir nicht über kommunale Maßnahmen lösen, sondern nur über eine Begrenzung der Hintergrundbelastung.

Das geht eben nicht, ohne dass wir in der Förderung der Nachrüstung mit Dieselpartikelfiltern den gesamten Autoverkehr noch viel stärker in den Mittelpunkt der Umweltpolitik nehmen. Das hat sich der Umweltminister von Nordrhein-Westfalen vorgenommen.

Aber, meine Damen und Herren, das Thema ist zäh; das merke auch ich. Ich darf in aller Bescheidenheit daran erinnern, dass der frühere Bundesumweltminister Trittin damals einen Vorschlag unterbreitet hat, für den er im Kabinett keine Mehrheit gefunden hat. Er ist auch von Nordrhein-Westfalen im Bundesrat – unter rot-grüner Regierung – nicht unterstützt worden. Als wir vor einem Jahr die Amtsgeschäfte übernommen haben, haben wir keine Situation vorgefunden, in der wir hätten flott weiterarbeiten können, sondern die Debatte hat ein Stück weit wieder von vorne begonnen.

Für Sie ist natürlich die Frage interessant: Was hat denn die Landesregierung getan? – Das ist wie heute Morgen beim Verbraucherschutz. Ich möchte immer sehr konkret die Frage beantworten, was die Landesregierung in einem speziellen Bereich tut, um wie hier in der Umweltpolitik ein Stück voranzukommen. Wir können das in Nordrhein-Westfalen ja nicht allein entscheiden, sondern wir brauchen die Unterstützung des Bundesrates. Herr Abgeordneter Ellerbrock, die Länder sind mit im Boot. Das ist ganz wichtig. Wir brauchen aber auch die Unterstützung des Bundestages und insbesondere auch der Bundesregierung.

Meine Damen und Herren, die neue Landesregierung hat sich maßgeblich dafür eingesetzt, dass die Nachrüstung von Diesel-Pkw mit Partikelfiltern nun in Gang kommt. Es galt doch zunächst, in einer Verordnung die technischen Anforderungen an Partikelminderungssysteme für Pkw zu regeln und damit klare Verhältnisse und Planungssicherheit für die Filterhersteller und die Automobilindustrie zu schaffen. Das ist gerade für uns in Nordrhein-Westfalen ganz wichtig, weil wir bei uns einige Firmen im Bereich der Filterhersteller haben.

Wir haben auf Bundesebene Überzeugungsarbeit geleistet und dafür gesorgt, dass die 29. Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrszulassungsverordnung – ein fürchterliches Wort – zügig verabschiedet wurde.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Remmel?

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Nein, ich möchte im Zusammenhang vortragen. – Mit dieser Verordnung wurde endlich die bisher fehlende Basis für die steuerliche Förderung der Partikelfilternachrüstung gelegt. In Bezug auf die konkrete Ausgestaltung dieser Förderung gibt es Handlungsbedarf. Deswegen findet hier heute möglicherweise auch diese Debatte statt. Ich wiederhole es: Als Länder würden wir uns vor dem Hintergrund der Finanzsituation etwas vormachen, ist doch nur eine aufkommensneutrale Regelung akzeptabel. Ansonsten brauchten wir über dieses Thema gar nicht weiter zu diskutieren, weil wir sonst nie die Zustimmung der Finanzminister bekämen. Das muss man als Umweltpolitiker so akzeptieren.

Es hat dann den Vorschlag von Bayern gegeben, der vorsieht, die Nachrüstung mit 300 € zu fördern. Für nicht nachgerüstete Dieselfahrzeuge wird die Kfz-Steuer auf viereinhalb Jahre befristet um ca. 11 % angehoben. Meine Damen und Herren, die Förderung ist nach meiner Auffassung auch deswegen wichtig, weil der Einbau von Partikelfiltern keine billige Angelegenheit ist. So etwas kostet zwischen 500 und 800 €. Von daher ist die Förderung an der Stelle richtig angesetzt.

Legt man den Vorschlag von Bayern zugrunde, bedeutet das konkret – zum Beispiel bei einem 90-PS-Golf mit 1.896 cm³ Hubraum – einen jährlichen Zuschlag von etwa 32 €. Für ein Euro-3- oder Euro-4-Fahrzeug bedeutet das 57 €. Für ein Fahrzeug ohne Schadstoffreduzierung sind es 70 €. – So sah der Vorschlag von Bayern aus.

Die Bundesregierung hat im Mai 2006 ein Eckpunktepapier zur kraftfahrsteuerlichen Förderung partikelreduzierter Dieselfahrzeuge als Grundlage für einen neuen Gesetzentwurf vorgestellt. Diese Pkw mit Erstzulassung 2007, die nicht den voraussichtlichen Euro-5-Partikelgrenzwert von 5 mg/km einhalten, sollen einmalig mit einem Steuerzuschlag von 300 € belegt werden. Für nicht nachgerüstete Alt-Diesel-Pkw soll nur in den Jahren 2008 und 2009 ein Steuerzuschlag von jeweils 40 € erhoben werden.

Meine Damen und Herren, so stellt sich die Debatte zurzeit auf Bundesebene dar. Welche Position nimmt die Landesregierung ein? – Wir befürworten grundsätzlich die Steuerförderung und lehnen den Vorschlag der Bundesregierung nicht

pauschal ab. Herr Abgeordneter Ellerbrock, es muss aber nachgebessert werden.

Für mich ist es nämlich nicht vermittelbar, dass ab 2007 für Neufahrzeuge, die der gültigen Schadstoffnorm Euro-4 entsprechen, aber nicht den 5 mg/km-Wert einhalten, die Finanzierungslast 300 € betragen soll, während diese für deutlich immissionsintensivere nicht nachgerüstete Alt-Diesel-Pkw lediglich 40 € betragen soll. Dieser Punkt muss mit der Bundesregierung in den entsprechenden Ausschüssen intensiv diskutiert werden.

Die Landesregierung unterstützt die Bemühungen für ein Gesetz zur Steuerförderung von partikelreduzierten Diesel-Pkw. Eine Steuerförderung muss aber nicht nur aus umweltpolitischen Gründen befriedigend ausgestaltet sein, sondern sie muss auch finanzierbar, sozial vertretbar und nachhaltig sein.

Herr Abgeordneter Remmel, nur am Rande sei angemerkt: Sie haben in Ihrem Antrag auf meine Ausführungen zur Luftreinhaltung am 1. Juni 2006 zur Drucksache 14/1992 Bezug genommen. Ich begrüße es sehr, dass inzwischen auch Ihre Fraktion entgegen den Ausführungen in dieser von Ihnen jetzt vorgelegten Drucksache eine finanzielle Förderung von mit Partikelfiltern ausgestatteten Neufahrzeugen nicht mehr für erforderlich hält. Da hat es bei Ihnen offensichtlich einen Diskussionsprozess gegeben.

Wie Sie sehen, hat Nordrhein-Westfalen im letzten Jahr endlich wichtige Aktivitäten zur Unterstützung der Ausstattung unserer Fahrzeuge mit Partikelfiltern auf den Weg gebracht. In diesem Jahr hat Nordrhein-Westfalen mehr auf den Weg gebracht als in den Jahren vorher. Man ist ja auch nie zu einem Ergebnis gekommen. Das ist kein Vorwurf, aber die Situation.

Das Handeln der Landesregierung ist voll und ganz im Sinne der Vereinbarung der Koalitionsfraktionen, aber natürlich auch des intensiven Diskussionsprozesses, den wir mit den Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen geführt haben.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, ich habe noch eine Wortmeldung zu einer Zwischenfrage.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Ich möchte noch zwei Sätze sagen, und dann gebe ich Herrn Remmel das Wort.

Meine erneute Initiative, die ich gestern gestartet habe, Herr Abgeordneter Rimmel, soll die bundespolitische Debatte bereichern. Es ist notwendig, dass hier gerade von den Umweltministern der Länder, insbesondere vom Umweltminister des größten Bundeslandes, wichtige Beiträge geleistet werden, dass ein Schub ausgelöst wird. Ich habe auch keine Probleme damit – ich weiß nicht, ob Sie diese Frage stellen wollen –, mich, wenn es dann konkret wird, wenn es zur Verabschiedung im Bundesrat kommt, mit Finanzminister Helmut Linssen in dieser Frage zu einigen. Wir werden sehr schnell eine gemeinsame Position haben, wenn es zur Verabschiedung kommt, wie wir sie auch hier schon im Rahmen der Entscheidung des Kabinetts auf den Weg gebracht haben.

Im Übrigen arbeiten Sie an keiner Stelle – wenn ich mir Ihren Antrag „NRW für steuerliche Förderung von Nachrüstung mit Dieselrußfiltern“ noch einmal ansehe, den Sie zur Grundlage für die heutige Debatte nehmen; deswegen kann man dem auch nicht zustimmen, Herr Abgeordneter Rimmel – mit irgendeiner Zahl. Die 300 € zum Beispiel, die ich gestern noch einmal in die bundespolitische Diskussion gebracht habe, werden von Ihnen nicht erwähnt. Deswegen gibt es im Moment auch keinen Grund, diesem Antrag zuzustimmen.

Wichtig ist, meine Damen und Herren, dass alle Fraktionen, egal an welcher Stelle sie politische Verantwortung tragen, das Thema Feinstaub und Nachrüstung ganz oben auf die Tagesordnung setzen mit dem Ziel, dass es möglichst bald eine politische Entscheidung dazu gibt.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, Sie hatten vor einiger Zeit dem Kollegen Rimmel in Aussicht gestellt, eine Zwischenfrage zu beantworten. Ich gehe davon aus, dass Sie diese jetzt zulassen, und gebe damit dem Kollegen Rimmel das Wort.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Schönen Dank. – Herr Minister, ich würde Sie gerne fragen wollen, ob es über das, was Sie hier vorgetragen haben, insbesondere das von Ihnen vorgeschlagene Konzept von 300 € Förderung und entsprechendem Malus, einen Kabinettsbeschluss gibt, also einen Beschluss der Landesregierung, und an welcher Stelle genau sich dieses Konzept von dem der Bundesregierung unterscheidet. Wie viel wollen Sie im Malusbereich verändern, um es dann tragfähig zu machen?

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Abgeordneter Rimmel, ich habe gerade deutlich gemacht, wie die Position der Bundesregierung ist. Ich habe Ihnen die Zahlen vorgetragen und gesagt, dass wir das Papier der Bundesregierung in wesentlichen Punkten unterschreiben können. Ich habe auch auf einige Punkte hingewiesen, bei denen es noch einen entsprechenden Diskussionsbedarf gibt.

Die 300 €, die ich gestern in die Diskussion gebracht habe, sind ein politischer Vorstoß des Umweltministers von Nordrhein-Westfalen. Sie erwarten doch immer von mir als Umweltminister, dass ich in dieser Frage umweltpolitische Akzente setze. Das habe ich getan.

Meine Damen und Herren, alle, die etwas politische Erfahrung haben, wissen, dass das immer die Voraussetzung dafür ist, dass man bei einem so wichtigen Thema, wie wir es heute diskutieren, überhaupt in der Sache weiterkommt. Deswegen habe ich diese Initiative auf den Weg gebracht und will sie weiterhin politisch begleiten. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Als Nächstes habe ich für die Fraktion der SPD eine Wortmeldung des Kollegen Körfges. Bitte, Herr Körfges.

Hans-Willi Körfges^{*} (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem ich die Presse gelesen habe, hatte ich einen ähnlichen Impuls wie der Kollege Rimmel nach dem Motto: Kannst ja alles wegtun. Das sieht nach einer sehr großen einmütigen Veranstaltung aus. Man wird dann unter Umständen gemeinschaftlich zu Lösungen kommen.

Diese Debatte hat im Übrigen – das kann man durchaus einmal einräumen beziehungsweise zugeben – nicht 2005 angefangen. In der letzten Wahlperiode haben der Kollege Priggen, der Kollege Rimmel, meine Wenigkeit und einige andere Kollegen auch schon zusammengesessen und uns über die Frage der Förderung unterhalten. Überraschenderweise bin ich jetzt der erste Finanzpolitiker, der sich zu Wort meldet. Es gab in der Finanzpolitik eine sehr spannende Detaildiskussion.

Ich denke, wir sind uns über alle Fraktionen hinweg einig, dass das ein dringendes Problem ist, das wir anpacken müssen und nicht auf die Förderung einer Technologie reduzieren können. Wir sollten uns aber auch darin einig sein, dass man all das, was man tun kann, um die Belastung zu

verringern, dann auch so schnell wie möglich mit den geeigneten Mitteln macht.

Die steuerliche Förderung des Einbaus von Rußpartikelfiltern, die auch Gegenstand der Koalitionsvereinbarung in Berlin war, ist sicherlich ein solcher geeigneter Weg, sich mit den Dingen auseinander zu setzen. Es gibt allerdings ein paar Fragen, die man einwerfen muss. Eine der Fragen ist – sie ist eben schon von der Kollegin Wiegand angesprochen worden –: Zahlen wir nicht an irgendeiner Stelle eine Art Schlafmützigkeitsprämie in Richtung deutsche Automobilindustrie?

Ich kann nur sagen: Ich bin jetzt Fahrer eines Dieselfahrzeugs, das nicht in Deutschland hergestellt worden ist, weil ich als Verbraucher eine solche Entscheidung habe treffen müssen. Etwas Vergleichbares gab es damals nicht oder nur gegen entsprechende Mehrkosten. Wir können auf der einen Seite die Menschen sicherlich im Ergebnis nicht dafür verantwortlich machen, dass die Automobilindustrie an der Stelle gepennt hat, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Auf der anderen Seite können wir nicht so tun, als gebe es nicht das geeignete Mittel, in dem Bereich etwas durch die steuerliche Förderung zu machen.

Jetzt komme ich zu dem eigentlichen Kern der Debatte, die wir in den letzten Jahren geführt haben: Was ist aufkommensneutral im Sinne der unterschiedlichen politischen Ebenen? Muss man es rechnen können? Muss man es darstellen können? Muss man es beweisen können?

Ich freue mich darüber, dass man in Berlin davon ausgeht, dass sich die Angelegenheit rechnet, und dass dies dort aufkommensneutral vereinbart ist. Ich habe aber in der Vergangenheit auch gelernt – einer der in Berlin Beteiligten hat ja in Nordrhein-Westfalen an verantwortlicher Stelle dann auch Position bezogen –, dass man das nachrechnen muss und im Detail Fragen stellen darf.

Eine der Fragen ist, wie sich das steuerlich tatsächlich entwickeln wird. Denn eines ist klar: Bei allen verschiedenen Modellen, die in Rede sind, was die Höhe angeht, geht es erst einmal in den Bereich der Fördertatbestände, die die Landessteuern betreffen. Das heißt, es kommen weniger Steuern herein und fehlen für den Haushalt. Dann ist die Frage: Was kommt durch die Malusregelung zusätzlich herein? Dabei ist ganz entscheidend: Wer kann wo was beschließen?

Ich freue mich darüber, dass Minister Uhlenberg zuversichtlich ist, sich mit Herrn Minister Linssen einigen zu können. Die Frage ist lediglich, wer sich mit wem einigt und ob sich die Umweltaspekte tatsächlich durchsetzen können. Für die generellen Forderungen, Herr Minister Uhlenberg, eine umweltverträgliche, aufkommensneutrale und sozial gerechte Regelung zu finden, kriegen wir hier eine einstimmige Mehrheit. Nur: Die Wirklichkeit liegt auf dem Platz. Die Frage ist: Wie sieht die Regelung aus? Wenn es genau die Regelung ist, die im Augenblick in Berlin vorgeschlagen wird, würden wir uns schnell einig werden.

Wir haben in der vergangenen Wahlperiode in einem ganz anderen Zusammenhang einmal darüber gesprochen, wie man mit Oppositionsanträgen umgeht. Ich weiß nicht, ob Sie sich daran erinnern. Da gibt es Rituale. Ich bin auch von meinem Redemanuskript abgewichen, weil ich an der Stelle ganz gerne ein bisschen die Rolle der schwarz-gelben Landesregierung Nordrhein-Westfalen als Halbopposition Richtung Berlin unterstrichen hätte. Denn es ist irgendwie erkennbar, dass auch das Intention der Antragstellung ist. Der Reflex wäre gewesen, dass man dem Oppositionsantrag, obwohl man in der Sache derselben Meinung ist – bis jetzt habe ich keine wesentlichen Abweichungen festgestellt –, nicht zustimmen kann, weil er von der Opposition kommt. Dann wäre das hier ausgegangen wie das Hornberger Schießen: Wir hätten eine Reihe von Grundsätzlichkeiten mit einem hohen Maß an Übereinstimmung ausgetauscht, wären aber in der Sache keinen Schritt vorangekommen.

Von daher werden wir uns als SPD-Landtagsfraktion bei einem so wichtigen Thema nicht an dieser Ritualisierung beteiligen und uns bei der gleich folgenden Abstimmung der Stimme enthalten. Im Wesentlichen tragen wir das mit, was in Berlin vereinbart ist. Auch wir sehen, dass es aus der Sicht des Landes Nordrhein-Westfalen haushaltsmäßige Fragen zu klären gibt. Wir würden sehr gerne den Prozess positiv begleiten, damit es nicht nur zu der Ankündigung, sich zu einigen, sondern zu einer wirklichen Einigung zwischen Bund und Ländern kommt, die im besten Sinne aufkommensneutral und der Umwelt dienlich ist.

Insoweit hat die heutige Debatte einen interessanten Verlauf genommen. Ich wäre froh darüber, wenn wir statt der direkten Abstimmung eine Verweisung in den Fachausschuss hätten. Dann könnte man unter Umständen den Weg angemessen begleiten und nachher ein einmütiges Zeichen des Landes Nordrhein-Westfalen für

mehr Umwelt und eine bessere Situation gerade in unseren Ballungsräumen setzen. Von daher sollten wir uns vielleicht die Mühe machen, an geeigneter Stelle so über den richtigen Weg zu verhandeln, dass wir anschließend ein deutliches Signal aus Nordrhein-Westfalen geben, das entritualisiert ist. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Körfges. – Als nächster Redner hat für die CDU-Fraktion Kollege Burkert das Wort.

Oskar Burkert (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Feinstaub und Rußpartikelfilter sind wichtige Elemente zum Thema Luftreinhaltung in Nordrhein-Westfalen. Die CDU-Landtagsfraktion begleitet und unterstützt die Initiative der Landesregierung zur Feinstaubreduzierung sehr aktiv – auf allen Ebenen.

Mit der Festlegung der Prüfvorschriften für die Nachrüstung von Rußpartikelfiltern für Dieselfahrzeuge durch die Bundesregierung Ende letzten Jahres können endlich wirksame und geprüfte Nachrüstungssysteme für Diesel-PKW auf den Markt gebracht werden. Die Anforderungen in der technischen Prüfvorschrift ermöglichen eine Nachrüstung auf den Partikelgrenzwert von 5 mg pro Kilometer und verbessern Diesel-PKW hinsichtlich ihres Emissionsausstoßes um eine Euro-Stufe.

Filternachrüstungssysteme werden uns sicherlich für viele Fahrzeuge angeboten werden. Denn Millionen von Fahrzeugen können nachgerüstet werden. Allein durch die Nachrüstung der Diesel-PKW könnten insgesamt 2.000 t Dieselrußpartikel im Jahr vermieden werden. Die Maßnahme ist ein wichtiger Schritt zur Einhaltung der Luftqualitätskriterien, die die Europäische Union festgelegt hat.

Deshalb begrüßen wir die 29. Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrszulassungsordnung. Die CDU unterstützt alle sinnvollen Maßnahmen, um die Abgaswerte bei Diesel-PKW zu reduzieren. Diese beschränken sich nicht nur auf den Einsatz von Rußpartikelfiltern. Es gibt auch andere Techniken, die zur deutlichen Reduzierung der Rußpartikel und der Stickoxidemissionen führen können.

Diese Techniken können wir nicht nur für PKWs, sondern auch für Nutzfahrzeuge anbieten. Wie in der „Welt“ vom 17. Mai 2006 nachzulesen war,

haben diese Technologien bereits praktische Anwendung gefunden.

Die CDU-Fraktion unterstützt die Anwendung von Dieselrußpartikelfiltern in Diesel-PKW und deren steuerliche Förderung. Diese Steuerbegünstigung muss aber ausgewogen sein und gerecht angewandt werden. Zurzeit ist nach Aussagen des VDA ein deutlicher Zuspruch der Kunden nach in Deutschland gebauten Diesel-PKW-Fahrzeugen mit Dieselrußpartikelfilter festzustellen. Die Absatzzahlen der deutschen Automobilindustrie von Diesel-PKW haben deutlich zugelegt.

Mit der bald zu erwartenden Euro-5-Norm – die Eckpunkte sind bereits festgelegt – werden die Automobilindustrie und die Kunden dazu veranlasst, auf Fahrzeuge zurückzugreifen, die die Euro-5-Norm bereits erfüllen.

Einen Steueranreiz für Neufahrzeuge, die die Euro-5-Norm erfüllen, sehe ich als nicht notwendig an. Die Frage, die sich im Zusammenhang mit der weiteren Verbreitung des Dieselrußpartikelfilters für Diesel-PKW stellt: Wie können Anreize geschaffen werden, die den Diesel-PKW-Besitzer veranlassen, sein Fahrzeug umzurüsten? Wir unterstützen alle Bemühungen der Landesregierung zu einem Gesetz zur Förderung von Rußpartikelfiltern in Diesel-PKW. Diese Förderung sollte ausgewogen sein und dem Diesel-PKW-Besitzer angemessene Anreize bieten.

Herrn Minister Uhlenberg bin ich besonders dankbar für seinen Vorschlag – wie auch vorhin schon diskutiert –, einen Zuschuss in Höhe von 300 € für die Nachrüstung von Diesel-PKW zu gewähren, während Dieselaautos ohne Rußpartikelfilter steuerlich schlechter gestellt werden sollen. Demgegenüber sind die im Eckpunktepapier des Bundesfinanzministeriums vorgeschlagenen Förderungen meiner Meinung nach nicht vernünftig ausgewogen, da Fahrzeuge, die heute bereits die höchste Schadstoffnorm erfüllen, gegenüber Fahrzeugen, die niedrigere Schadstoffnormen erfüllen, zusätzlich benachteiligt werden. Meine Damen und Herren, daher können wir dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen nicht zustimmen. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Burkert. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Rimmel das Wort.

Johannes Rimmel¹⁾ (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine

wirklich interessante, aber letztlich doch statische Debatte, wenn ich einen Strich darunter ziehen sollte!

Punkt eins: Ich möchte noch einmal darauf hinweisen: Wir sind in die Debatte mit unserem Antrag gestartet, das Konzept der Bundesregierung zu unterstützen, also nicht ein grünes Konzept, sondern das der Bundesregierung. Die Bundesregierung in diesem Land wird getragen von der CDU/CSU und der SPD. Aber die entsprechenden Fraktionen sehen sich heute hier nicht in der Lage, das Konzept der Bundesregierung zu unterstützen.

Punkt zwei: Wir waren sogar so weit, zu sagen: Komm, auch das packen wir in die Tasche! Wir müssen hier heute nicht unseren Antrag durchbringen. Lasst uns das Konzept der Landesregierung nehmen! – Aber die Landesregierung ist ja noch nicht einmal in der Lage, ihr Konzept zu konkretisieren und auf den Tisch zu legen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sagen Sie uns doch, wo Sie es verändern wollen. Sagen Sie das doch!

Das zeigt deutlich, womit wir es in dieser Debatte zu tun haben. Es ist ja nicht so, dass wir nicht schon über mehrere Jahre Sachargumente rauf und runter ausgetauscht hätten. Die Sachargumente sind doch alle bekannt. Heute sind hier wieder politische Volten geschlagen worden. Es geht doch gar nicht um die Sache, sondern hier wird getrickst, verzögert, verkleistert, hinausgezogen.

(Lachen und Widerspruch von CDU und FDP)

Das ist ein Beispiel dafür, wie der Standort Nordrhein-Westfalen in Sachen Wirtschaft und Umwelt blockiert wird, meine Damen und Herren.

(Lachen und Widerspruch von CDU und FDP)

Wir haben die Perspektiven im Filterbereich, im Technologiebereich im Jahre 2010. Da werden erneut Anforderungen auf uns zukommen, Filtertechnik im Bereich der Stickoxide einzusetzen. Wir brauchen die massenhafte Anwendung, nicht nur wegen der Umwelt, sondern auch wegen der Entwicklung des Technologiestandortes. Ein typisches Beispiel für die Blockadesituation in diesem Land, dass es gerade in diesem Bereich nicht vorwärts geht! Man kann das rauf und runter deklinieren.

Lassen Sie mich noch die einzelnen Fraktionen und die politischen Parteien in diesem Hause kurz abhandeln!

Zur FDP – es tut mir Leid, Herr Ellerbrock – brauchen wir nicht so viel zu sagen. Es ist klar, dass Sie in dieser Debatte keine Rolle spielen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber, meine Damen und Herren, das, was die Sozialdemokratie heute hier wieder aufgeführt hat, ist schon bemerkenswert. Es ist Ihr eigener Umweltminister, der diesen Vorschlag gemacht hat – wir haben ja gar nicht vorgetragen, was wir an Konzept eigentlich wollten –, und Sie fallen auf eine Position zurück, mit der wir schon in der Regierungszeit Schwierigkeiten hatten, weil Ihr heutiger Landesvorsitzender und damaliger Finanzminister die Politik der Erbsenzählerei als Grundsatz ausgegeben hatte. In diese Politik fallen Sie zurück. Sie haben also umweltpolitisch in der Zeit, in der Sie jetzt in der Opposition sind, nichts gelernt. Das ist ausgesprochen bedauerlich. Offensichtlich ist da Ihr Bundesumweltminister, Ihre Bundestagsfraktion wesentlich weiter.

Und wie ist es bei der CDU? Bei der CDU stellt der Umweltminister einen Tag vor der entsprechenden Debatte ein Konzept vor und hat es nicht in der Landesregierung abgestimmt. Das ist ein politischer Vorstoß des Umweltministers. Dabei gibt es doch die hehren Ankündigungen des neuen Generalsekretärs, zukünftig eine Kampagne zu machen, um auch die Wählerinnen und Wähler der Grünen anzusprechen, weil man sich doch für schadstoffarme Autos einsetzen will. Herr Wüst, entscheidend ist auf dem Platz! Und heute ist hier auf dem Platz! Hier und heute müssen Sie sich entscheiden, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU!

(Widerspruch von der CDU)

Hier ist heute Tango. Da reicht es nicht, noch auf alle möglichen Gespräche hinzuweisen. Und es reicht auch nicht, Kampagnen zu veranstalten und Sonntagsreden zu halten, wie Frau Brunert-Jetter es heute hier getan hat. Werden Sie konkret und lassen Sie uns an dieser Stelle auch abstimmen!

Herr Minister, ich habe ja am Anfang gesagt: Ich würde Ihren Vorschlag gerne unterstützen würde, wenn er denn konkret auf dem Tisch liegen würde. – Sie haben ihn leider nicht vorgelegt. Deshalb müssen wir Grünen an dieser Stelle bei der Unterstützung der Bundesregierung bleiben. Aber Sie, Herr Umweltminister, müssen aufpassen, dass Sie in Sachen Umweltpolitik nicht zum Ham-

pelmann dieser Regierung werden. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Widerspruch von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Rimmel. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Kollege Ellerbrock noch einmal das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Kollege Rimmel, Ihren letzten Beitrag bedauere ich außerordentlich, weil wir bisher eine differenzierte Debatte geführt hatten und Sie jetzt wieder versucht haben, mit einer „Klatsche“ durch die Gegend zu gehen. Das war in der Sache wenig hilfreich.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ich denke, Sie wollten zustimmen!)

Deutlich wurde durch die Aussage des Ministers noch einmal, dass der Vorschlag auf Bundesebene aus verschiedenen sachlich und finanziell gerechtfertigten Gründen der Überarbeitung bedarf. Ich selbst fahre ein werkstoffrecyceltes Auto und bin ebenfalls von den Ungleichgewichtigkeiten betroffen, die es da gibt und die ausgeräumt werden müssen.

Die Debatte war aus meiner Sicht – bis auf den letzten Redebeitrag vom Kollegen Rimmel – durchaus sachlich. Übrigens, Herr Rimmel, meines Wissens üben Sie weder in einem Landesparlament noch im Bundesparlament Regierungsmacht aus. Vielleicht sollten Sie bei Ihrer Wortwahl ein bisschen die Durchsetzungsfähigkeit von umweltpolitischen Vorstellungen berücksichtigen. Und was den Begriff Blockierer angeht, so kann Ihre Partei, glaube ich, in weiten Bereichen umfassend den Begriff Blockierer für sich in Anspruch nehmen. Das ist Ihr ausgewiesenes Markenzeichen.

(Beifall von FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, ich glaube, der Umweltminister hat deutlich gemacht: Ziel ist es, zu einer vernünftigen Emissionsbegrenzung zu kommen. Da suchen wir nach vernünftigen Wegen. Wir sind offen für Technik. Ihr Antrag ist – weil ja deutlich geworden ist, auf welchem Wege man ist – inhaltlich überholt und damit obsolet. Deswegen wird meine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinther)

Im Übrigen bin ich sicher, dass zwischen Finanz- und Umweltminister ein vernünftiger Gedanken-

austausch stattfindet; denn der Finanzminister war, soweit ich mich erinnere, lange Zeit umweltpolitischer Sprecher einer großen Fraktion hier im Hause und hat deswegen auch noch eine gewissen Affinität zu diesem Thema. Davor ist mir also nicht bange.

Meine Damen und Herren, für die FDP-Fraktion sage ich: Der Antrag ist obsolet. Wir lehnen ihn ab. Und derjenige, der jahrelang blockiert hat, sollte vorsichtig sein, wenn er mit Steinen wirft und dabei im Glashaus sitzt. – Danke schön.

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Ellerbrock. – Für die Landesregierung spricht noch einmal Minister Uhlenberg.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter Rimmel, dem Umweltminister von Nordrhein-Westfalen passiert nicht, was dem Bundesumweltminister Trittin widerfahren ist: mit einem Vorschlag ins Kabinett zu gehen, der vorher zwischen den Staatssekretären abgestimmt war, und dann bei diesem wichtigen Thema von der eigenen Regierung ausgebremst zu werden. Das bedeutet auch, dass Sie in dieser Frage überhaupt nichts erreicht haben.

Ich gebe gerne zu, dass sich die Bundesregierung und die Länderregierungen insgesamt – dazu gehört auch Nordrhein-Westfalen – im Moment in einem Abstimmungsprozess befinden. Ich habe mich aber konkret dazu geäußert – ich will das aus Zeitgründen nicht wiederholen –, was uns an den Vorschlägen des Bundesumweltministers gefällt und an welchen Punkten wir noch Diskussionsbedarf haben. In diesem Prozess befinden wir uns.

Ich möchte das aufgreifen, was der Abgeordnete Körfges zur Einkommensneutralität und zu Fragen der finanziellen Belastung gesagt hat. Dies wird geklärt. Ich werde die Position von Nordrhein-Westfalen dazu eng mit dem Finanzminister abstimmen. Weil wir – Finanzminister, Umweltminister und Koalitionsfraktionen – diesen Weg der Kooperation gehen, werden wir am Ende des Weges erfolgreich sein. Wir werden dann nicht so dastehen, wie das bei Ihrem Herrn Trittin der Fall war, der als Umweltminister seine Vorlage quasi zurückziehen musste, und dann ist jahrelang nichts passiert. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Schönen Dank, Herr Minister Uhlenberg. – Meine Damen und Herren, wir kommen zum Schluss der Debatte. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Antragstellerin hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen deshalb zur Abstimmung über den Inhalt des **Antrages Drucksache 14/2102**. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

5 Eine langfristig tragfähige Strategie für die Entwicklung ländlicher Räume in Nordrhein-Westfalen entwickeln

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2093

Ich gebe das Wort an Frau Watermann-Krass.

Annette Watermann-Krass (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Für die Zukunft brauchen wir in NRW langfristige, tragfähige Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume.

Dazu bedienen wir uns unterschiedlicher Instrumente: zum einen der Direktförderung aus der ersten Säule, zum anderen aus der zweiten Säule, die die Entwicklung des ländlichen Raums stützt. Das Ganze ist ausgerichtet an der Lissabon-Strategie für Wachstum, Beschäftigung und an den Nachhaltigkeitszielen der EU.

Insgesamt wird fast die Hälfte des EU-Haushalts für die Landwirtschaft und die Entwicklung des ländlichen Raums ausgegeben. Ob damit wirklich eine langfristige, nachhaltige und beschäftigungsfördernde Unterstützung für den ländlichen Raum entsteht, sollten wir auch im Land NRW kritisch hinterfragen.

Die neue Agrarreform, die von der Produktion entkoppelte Prämien vorsieht, ist gerade auf den Weg gebracht worden. Dahinter steht der Gedanke, dass eine Subventionierung der Landwirtschaft nur dann gerechtfertigt ist, wenn zugleich Leistungen für die Gesellschaft erbracht werden. Deshalb die sogenannten Cross Compliances und auch die Finanzierung aus der zweiten Säule, die genau die Verknüpfung Landwirtschaft, Umwelt und Entwicklung des ländlichen Raumes beinhaltet!

tet! Diese Ausrichtung tragen wir auch von der Zielsetzung her mit.

Die Antwort auf unsere Anfrage „Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“ wirft bei uns die Frage auf, ob die eben genannten Ziele damit erreicht werden. Die dargelegten Zahlen machen nämlich klar: In NRW bekommen 41,5 % aller landwirtschaftlichen Betriebe lediglich 7 % von der Gesamtfördermenge. Wie in der letzten Woche in der Presse zu lesen war, sind es vielfach die Großgrundbesitzer, Mastimperien, Monokulturfabrikanten und auch die Lebensmittelkonzerne, die hier Geld aus dem Topf erhalten, wie die Südzucker AG und Rheinbraun.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Wo leben Sie eigentlich?)

Über 80 % der deutschen Bauern müssen sich ein Drittel der EU-Beihilfen teilen. Spätestens wenn in Deutschland wie in den anderen Ländern, zum Beispiel in Dänemark oder England, die Zahlen bekannt sind, wird es in diesem Land eine heftige Diskussion darüber geben, wie wir diese Förderprogramme rechtfertigen wollen.

(Beifall von der SPD)

Darauf sollten wir vorbereitet sein, Herr Uhlenberg.

Herr Uhlenberg hat uns jetzt den ersten Entwurf des Entwicklungsprogramms zur Verteilung der EU-Finzen vorgelegt. Darin wird deutlich, dass NRW im Zeitraum 2007 bis 2013 mit geschätzten 262 Millionen € rund 13 % weniger EU-Mittel zur Verfügung stehen als in der vergangenen Förderperiode. Diese zweite Säule der Agrarpolitik soll die klassische Agrarpolitik, die Direktzahlungen und Preisstützungen, ergänzen. Diese Mittel müssen dann aber auch vom Land kofinanziert werden. Bewährte Förderprogramme wie Festmistwirtschaft und Weidehaltung von Milchvieh mussten zum Bedauern von Minister Uhlenberg aufgegeben werden. Seine Begründung: Leider kein Geld mehr!

Wir wissen aber: Nach dem Brüsseler Kompromiss wird es erstens über Jahre zu drastischen Kürzungen und zweitens ab 2008/09 zu einer kompletten Überprüfung der gesamten Agrarpolitik durch die geplante Halbzeitbewertung kommen. Wir wissen schon heute, dass dann Pläne diskutiert werden, die drastische Mittelkürzungen für den Agrarbereich vorsehen.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Dann haben Sie Ihr Ziel erreicht!)

Diese können bis zu zwei Drittel des jetzigen EU-Agrarhaltes ausmachen.

Drittens. Ab 2007 wird die Option ermöglicht, in eigener Entscheidung Mittel aus der ersten Säule in die zweite zu verlagern, und dies ohne Kofinanzierung.

Das sind die drei Punkte, die bekannt sind.

In Kenntnis dieser Tatsachen sollten wir jetzt handeln und die freiwillige Modulation für NRW ins Auge fassen.

(Beifall von der SPD)

Wir meinen damit nicht, dass die Direktzahlungen sofort um 20 % gekürzt werden sollen. Die Umverteilungen sollten vielmehr degressiv gestaffelt oder es sollte eine Obergrenze bei den Direktzahlungen eingezogen werden. Damit allein ließe sich der Strukturwandel auf dem Lande auffangen.

(Beifall von der SPD)

Das ist Verhandlungsmasse, Herr Uhlenberg.

Für uns die ländliche Entwicklung der zukunftsfähige Teil der Agrarpolitik. Sie zielt darauf, lebenswerte ländliche Räume für Menschen, die auf dem Land leben und arbeiten, zu schaffen. Sie geht weit über reine Landwirtschaft hinaus, die mehr und mehr am Weltmarkt ausgerichtet ist und den Strukturwandel stark beschleunigt. Viele landwirtschaftliche Betriebe werden sich unter dem Druck der WTO und angesichts der Preistreiberei der Discounter noch stärker marktfähig aufstellen müssen. Nur so kann die Zukunft der überlebensfähigen und gewinnbringenden Betriebe aussehen.

Wenn wir aber eine flächendeckende Landwirtschaft behalten wollen, dann brauchen wir auch Landwirte und Nebenerwerbslandwirte, die den Druck des Weltmarktes nicht mitmachen wollen oder ihm nicht standhalten können. Diese Landwirte schaffen auch Arbeitsplätze, sie erhalten die Landschaft und tragen zum Umweltschutz bei.

(Beifall von der SPD)

Deshalb brauchen wir, Herr Minister Uhlenberg, zum Jahresende einen Bericht zur Umsetzung der EU-Agrarreform mit den Auswirkungen der entkoppelten Prämien auf Landwirtschaft, Landnutzung und den ländlichen Raum in NRW. Wir fordern Sie zudem auf, sich noch in diesem Sommer auch gegenüber der Bundesregierung für eine freiwillige Modulation – ob degressiv oder mit Obergrenze, das ist Ihre Verhandlungsbasis – einzusetzen, damit diese ab dem Jahr 2007 zur Anwendung kommen kann. Auch der ländliche

Raum in NRW braucht eine zukunftsfähige, innovative Strategie, um den Strukturwandel zu schaffen. Sie muss an mehr Beschäftigung im partnerschaftlichen Miteinander von Landwirtschaft, Umwelt- und Naturschutz ausgerichtet sein. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Watermann-Krass. – Für die CDU spricht jetzt Herr Kollege Kemper.

Heinrich Kemper (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Liebe Mitglieder der Fraktion der SPD, Sie fordern hier eine langfristig tragfähige Strategie für die Entwicklung ländlicher Räume.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Haben Sie klare Zielvorstellungen, was Sie wie und wohin entwickeln wollen?

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Ehrlich gesagt sehe ich das bei Ihnen noch nicht.

Wissen die Bewohner des ländlichen Raumes, was Sie mit ihnen machen wollen? Subsidiarität ist, wenn man diejenigen fragt, für die man etwas entwickeln will – nicht über ihre Köpfe hinweg, sondern mit ihnen.

(Zuruf von der SPD: Mit den kleinen Landwirten!)

Was Sie wollen, ist klar: zunächst eine Umverteilung von der ersten zur zweiten Säule durch die freiwillige Modulation. Sie wollen Geld umverteilen. In der neuen Agrarpolitik ist ein Finanzrahmen für die Zeit 2006 bis 2013 geschaffen worden. Er ist verbindlich und bietet damit Planungssicherheit für die Betroffenen im ländlichen Raum.

Die Verordnung „Ländlicher Raum“ bietet, wie wir eben gehört haben, die freiwillige Möglichkeit, 20 % zu modulieren. Es kann von der ersten in die zweite Säule umgeschichtet werden. Damit nehmen Sie Geld aus der linken Tasche der Landwirte und stecken es in die rechte Tasche des ländlichen Raums – ohne zu wissen, wofür. Oder haben Sie konkrete Ziele?

(Svenja Schulze [SPD]: Auch die zweite Säule hat Planungssicherheit verdient!)

Die 2005 umgesetzte Agrarreform der Europäischen Union hat die europäische Agrarpolitik schon einmal grundlegend verändert. Dem Tier-, dem Umwelt- und dem Verbraucherschutz wurde

eine viel größere Bedeutung beigemessen. Cross Compliances seien hier nur erwähnt.

Mit der Entkopplung der Direktzahlung von der Produktion wird die Rentabilität der Produktion in landwirtschaftlichen Unternehmen grundlegend überprüft. Die Entkopplung erweitert außerdem die einzelbetrieblichen Spielräume und fordert marktorientierte Entschließungen über die künftige Produktionsausrichtung. Alles geht Richtung Markt, geht Richtung Stärkung des ländlichen Raumes durch die eigene Wirtschaftskraft.

Durch die Agrarreform haben wir veränderte Rahmenbedingungen. Auf der einen Seite ist die öffentliche Einflussnahme auf die landwirtschaftliche Produktion durch Cross Compliances größer geworden, nämlich durch Vorschriften zur Einhaltung von Standards bei Lebensmittelsicherheit, Umwelt-, Tier- und Naturschutz. Die öffentliche Einflussnahme ist auf der anderen Seite aber auch geringer, weil Agrarpolitik keinen direkten Einfluss mehr auf Landnutzung und Produktionsausrichtung nimmt. Spielräume für die Zukunft innovativer Agrarerzeugnisse werden weiter eröffnet. Dies gilt insbesondere für nachwachsende Rohstoffe. Deshalb auch der Mid-Term-Review im Jahr 2009 und nicht vorher! Man muss sehen, was sich entwickelt.

Gleichzeitig setzt die EU mit der zweiten Säule auf die Entwicklung der ländlichen Räume. Mit der Verordnung zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes, Ela, der Verabschiedung der strategischen Leitlinien auf EU-Ebene und darauf aufbauend den sogenannten nationalen Strategieplänen für ländliche Entwicklung werden nationale und regionale Schwerpunkte für die Entwicklung des ländlichen Raumes neu definiert. Hier müssen wir uns demnächst für die Entwicklung von ländlichen Räumen neu einbringen.

Ich glaube auch nicht, dass der ländliche Raum weiterhin der Reparaturbetrieb für die urbanen Fehler der Vergangenheit ist. Das Selbstbewusstsein der ländlichen Räume wird durch ihre Zukunft gestärkt; denn man wird sie benötigen.

Diese Politik für die ländlichen Räume hat ausdrücklich das Ziel, die Maßnahmen der ländlichen Entwicklung in ein Gesamtkonzept zu integrieren und mit Maßnahmen anderer Politikbereiche zusätzlich zu verzahnen. Dazu gehören natürlich auch die EFRE- und ESF-Mittel.

Aus meiner Sicht liegt hier bei Ihnen ein Versäumnis vor. Ich glaube nicht, dass Sie das in die Gesamtbetrachtung miteinbezogen haben, wenn Sie einfach nur etwas aus der ersten Säule he-

rausnehmen, um es in die zweite Säule zu schieben.

Durch die Verabschiedung des Finanzrahmens bis 2013 und bei Einbeziehung aller anderen Strukturhilfen besteht sowohl für die erste als auch für die zweite Säule der Agrarpolitik hohe Planungssicherheit für die Betroffenen. Diese brauchen die Leute im ländlichen Raum.

(Zuruf von der SPD: Beide Säulen!)

Nach dem Mid-Term-Review ist die Gelegenheit zu nutzen, um über eine eventuelle Neugewichtung der Mittel der Strukturpolitik zu beraten. Wenn Dänemark und England dieses anders sehen, liegt das an ihren Fehlern in der Vergangenheit,

(Annette Watermann-Krass [SPD]: Die haben Transparenz geschaffen!)

nicht an dem, was wir bisher gemacht haben. Das Ziel der Agrarreform ist die Stärkung der ländlichen Räume.

Das kann natürlich nur erreicht werden, wenn sowohl auf der EU-Ebene als auch auf der nationalen Ebene abgestimmte Lösungsansätze für die weitere Entwicklung ländlicher Räume erarbeitet werden. Nationale Alleingänge sind uns da sicherlich nicht willkommen.

Die Stärkung der ländlichen Räume können wir nur erreichen, wenn wir die erste und die zweite Säule nicht isoliert voneinander betrachten, sondern wenn wir die Maßnahmen eingeordnet in die gesamte Wirtschaftspolitik sehen.

Aber das heißt natürlich auch, dass den Hauptakteuren in der Fläche des ländlichen Raumes der entsprechende Finanzrahmen bleibt. Das bedeutet die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der NRW-Agrar- und Forstwirtschaft. Das geschieht nicht, indem Sie die erste Säule weiter kürzen, die in Nordrhein-Westfalen nach dieser Agrarreform schon überdimensional gekürzt ist.

(Beifall von der FDP)

Damit liegen wir beispielsweise um 30 % unter der vergleichbaren Förderung in Mecklenburg-Vorpommern. Das ist eigentlich unglaublich, muss ich sagen, wenn ich die hiesige Wirtschaftskraft mit der Wirtschaftskraft Mecklenburg-Vorpommerns vergleiche.

Die Sicherung einer flächendeckenden Landwirtschaft in NRW hat aber auch die Aufgabe, die Bevölkerung zu ernähren und mit Trinkwasser und Energie zu versorgen. Ich nenne jetzt einmal ganz bewusst als Nebenleistung die Zurverfügungstel-

lung von Erholungs- und Regenerationsraum für Menschen, aber auch von Lebensraum für Tiere.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe keine Befürchtung, dass das Programm „Ländlicher Raum 2007 bis 2013“ nicht planmäßig beginnen kann. Wir haben es ja auch schon mitbekommen, es ist verteilt.

Ich befürchte auch nicht, dass die NRW-Landesregierung keine weiteren Modulationsmittel ab 2007 zur Verfügung stellt, da diese in der ersten Säule für den ländlichen Raum äußerst gute Wirkungen haben, wie wir im Jahr 2009 sehen werden.

(Zuruf von der SPD: Auch im Sauerland und in der Eifel?)

Natürlich wird der Landtag zeitgerecht informiert werden. Auch das haben Sie angemahnt. Über Auswirkungen der Umsetzung der Agrarreform kann natürlich nach dem Mid-Term-Review substanzial berichtet werden.

Insofern halte ich Ihren Antrag für zurückziehungsfähig; denn er umfasst eigentlich keine substanziale Hilfe mehr.

(Svenja Schulze [SPD]: Sie verweigern sich der Debatte!)

Wer versteht heute schon Agrarpolitik? Ich habe mir einmal die Mühe gemacht, das in ein Beispiel umzusetzen. Es gibt ein europäisches Haus. In diesem Haus gibt es das Zimmer Agrarpolitik. Es gibt auch bei mir zu Hause ein Haus. In einem Zimmer wohnt ein Kind. Ich vergleiche das jetzt einmal miteinander.

Was ist Subvention? – Ich sage: Das ist vergleichbar mit dem Taschengeld für meine Tochter in diesem Zimmer. Wenn ich ihr Taschengeld gebe, sage ich ihr gleichzeitig: Du bist jetzt für deine Kosmetik und für deine Taschentücher zuständig. Du musst also einen bestimmten Teil selber erbringen.

Ich will damit nur sagen, dass uns diese Subvention damals nicht geschenkt worden ist, sondern dass das damals ein Ausgleich für abgesenkte Agrarpreise war.

(Beifall von der CDU)

Was ist Cross Compliance? – Ich sage zu meiner Tochter: Übrigens, dein Taschengeld kriegst du nur dann, wenn du auch immer schön den Müll sortierst und die Fensterscheiben sauber hältst. – Ja und wenn nicht? – Dann kürze ich dein Taschengeld. – Ja warum eigentlich, Papa? – Ich sage: Das ist eine pädagogische Maßnahme.

Das haben die Landwirte übrigens auch erkannt.

Was ist Modulation? – Ich sage meiner Tochter: Übrigens gibst du demnächst 2 % für den Flur aus, denn ich möchte da ein neues Bild aufhängen. – Dann fragt sie: Wieso? Das ist doch nicht mein Zimmer. – Dann sage ich: Du gehst doch aber auch über den Flur. – Aber warum geht das von meinem Taschengeld ab? – Das kann man relativ schlecht verstehen.

Ich komme zum Begriff „Cross Compliance“, den ich eben erklärt habe. Das heißt eigentlich Überkreuzverpflichtung. Ich verpflichte mich auf der einen Seite, mich an bestimmte Dinge zu halten, und auf der anderen Seite werde ich negativ belastet, wenn ich mich dagegen verwehre. Und meine Prämie wird außerdem noch gekürzt. Eine Doppelbelastung!

Die Entkopplung kann man ja auch noch nennen. Bisher, liebe Tochter, hast du nach Bedarf das Taschengeld für deinen Bereich geschenkt bekommen. In Zukunft wirst du dein Taschengeld nach den Quadratmetern deines Zimmers erhalten. – Dann fragt sie natürlich auch: Warum? – Ich sage dann einfach: Ich will das entkoppeln. Ich wähle einfach eine andere Grundlage, um dein Taschengeld zu berechnen. – Daraufhin sagt sie: Papa, du willst mir doch nur mein Taschengeld kürzen. – Das habe ich ja eigentlich auch im Kopf.

Jetzt übertrage ich das auf die Landwirtschaft: Genau das ist passiert. Die Agrarkürzungen haben sich in Nordrhein-Westfalen durch die Entkopplung pro landwirtschaftlichem Betrieb und Hektar auf umgerechnet 77 € summiert.

Vielleicht hilft Ihnen dieses Beispiel, Landwirtschaft und ländlichen Raum etwas besser zu verstehen. Ich glaube nicht, dass Ihr Antrag noch Substanz hat. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Kemper. – Für die Grünen spricht jetzt der Kollege Rimmel.

Johannes Rimmel^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um Ihnen das direkt vorweg zu sagen: Wir unterstützen den Antrag der SPD. Wir finden ihn in Teilen ergänzungswürdig, aber die Grundlinie stimmt. Wir haben ja auch schon entsprechende Diskussionen im Ausschuss geführt.

Die Redebeiträge und gerade der Redebeitrag vom Kollegen Kemper haben noch einmal gezeigt, wie schwierig es in diesem Bereich ist, sich

überhaupt zu unterhalten: weil wir nicht über das Gleiche sprechen oder beim Gleichen offensichtlich etwas anderes meinen.

Sie haben eine ganz andere Grundhaltung, nämlich die von jemandem, der sehr stark im Geschäft ist, der im ländlichen Raum arbeitet und landwirtschaftlich tätig ist. Die Politik wird ja in weiten Teilen Ihrer Fraktion auch von solchen Menschen bestimmt, die möglicherweise zu sehr in der Fachmaterie sind, um noch den Blick von außen zu haben.

Das war schon interessant. Sie wehren sich mit Händen und Füßen gegen den Begriff Subvention – auch in der Ausschlussdiskussion. Sie sagen, das seien Ausgleichszahlungen. Ähnlich haben im Übrigen lange die Gewerkschaften oder auch die Subventionsempfänger im Steinkohlebergbau argumentiert. Die Geschichte kennen Sie. Ich glaube, dass es da Parallelen gibt. Wenn man sozusagen immer aus der Sache heraus, also von innen argumentiert und auf Status-quo-Sicherung hinarbeitet, ist man zum Schluss politisch nicht mehr beweglich. Das prophezeie ich Ihnen bei Ihrer Vorgehensweise, wenn Sie den Blick nicht von außen darauf richten. Es handelt sich hier in der Tat um Subventionen und nicht um Ausgleichszahlungen. Es sind öffentliche Gelder, Gelder von Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, über ein kompliziertes System mit viel Bürokratie. Selbstverständlich müssen sich die Subventionsempfängerinnen und -empfänger regelmäßig für das Empfangen einer Subvention rechtfertigen. Warum sollten die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler langfristig Subventionen für die Sicherung des Status quo geben?

Was wir gesellschaftlich brauchen, ist Innovation und Dynamik, auch im ländlichen Raum. Deshalb muss der Staat, müssen wir als Gemeinschaft schauen, wie wir diese Dynamik hinbekommen.

Ich habe nicht den Eindruck, dass mit der jetzt von der EU vorgesehenen Kürzung gerade der zweiten Säule die Perspektive auf Innovation und Dynamik ausgerichtet wird, sondern auf Sicherung des Status quo. Das wird letztlich zum Verderben der Landwirte, der Bäuerinnen und Bauern und des ländlichen Raumes sein.

Nun hängt nicht alles im ländlichen Raum von Subventionen und von der EU ab. Das ist selbstverständlich. Insofern würde ich das nicht so eng knüpfen, wie es im Antrag formuliert ist, aber mit Blick auf die Perspektive „Innovation und Dynamik“ ist die Frage: Sind Sie da richtig aufgestellt?

Ich weiß nicht, ob Sie neulich in der Reihe „Die Story“ im WDR den Fernsehbeitrag gesehen haben, in dem der entsprechende Verantwortliche

von Rheinbraun – Rheinbraun bekommt 600.000 €; das können wir der Liste entnehmen – gefragt wurde: Brauchen Sie denn das Geld? Da sagt der: Nein, das brauchen wir nicht. Aber wenn es uns doch gegeben wird, dann nehmen wir es gerne.

Also: Es gibt deutliche Fehlallokationen in diesem Bereich. Das müssten doch auch Sie einsehen. Das Geld, was Rheinbraun sicher nicht braucht, können wir doch für etwas anderes ausgeben. Dieses Anliegen sollten wir gemeinsam vertreten. Deshalb ist das Nachdenken über eine Deckelung in diesem Bereich richtig.

Es ist auch richtig, dass die großen Subventionsempfänger im Osten Deutschlands sitzen.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Richtig!)

Ich habe im Ausschuss geschildert, dass wir seinerzeit an dieser Stelle eine parteiinterne Debatte hatten und dass sich die Ostdeutschen durchgesetzt haben. Aber wir vertreten hier nordrhein-westfälische Interessen. Deshalb finde ich es richtig, von Nordrhein-Westfalen aus das Signal zu geben: Wir wollen eine klare Deckelung. Wir wollen einen Zug Richtung Innovation und Dynamik.

Wenn es dann um die Verteilung innerhalb der Bereiche geht, dann steht die erste Säule meines Erachtens statisch für das, was wir haben, was es ist.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Statisch?)

– Statisch für das, wie es ist beziehungsweise wie sich der Mainstream am Markt entwickelt. Die Frage ist, ob das die Perspektive für den Standort Nordrhein-Westfalen, für Deutschland, für die Landwirtschaft in Deutschland insgesamt ist. Ich glaube das nicht.

(Beifall von der SPD)

Wir werden ländliche Entwicklung nur dann sichern können, wenn wir die Nischen, die es gibt, ausweiten und in Premiumqualität investieren. Das geht aber nur, indem wir solche Anreize zur Innovation geben. Da ist nun einmal in der zweiten Säule, mit der das möglich wäre, entsprechend gekürzt worden. Deshalb ist die Überlegung richtig, aus der ersten Säule in die zweite Säule über den Weg der Modulation umzuweichen. Deshalb ist es ein ehrenwerter Vorschlag, in dieser Weise zu diskutieren.

Im Übrigen kommt hinzu – darüber haben wir schon im Ausschuss beraten –, dass bei der Streichung der Weidehaltungsprämien wichtige Räume in nordrhein-westfälischen Mittelgebirgs-

regionen abgeschnitten werden. Das muss ich schon aus regionalem Interesse zurückweisen, entsprechende Forderungen stellen und die Forderung gerade der Eifelbauern unterstützen. Es ist an der Stelle der richtige Weg, in dieser Perspektive zu bleiben.

Zusammengefasst: Lassen Sie uns über die Begrifflichkeiten noch einmal streiten. Ich gehe davon aus, es sind Subventionen. Die öffentliche Hand sollte ein Interesse an Innovation und Dynamik haben. So, wie die Landesregierung derzeit das Programm gestaltet, sehe ich diesen Erfolg nicht. Deshalb ist es gut, dass wir im Landtag, aber auch in den Ausschüssen noch intensiver diskutieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD – Es sind keine Abgeordneten von den Grünen im Plenarsaal. – Johannes Remmel klatscht selbst Beifall. – Ralf Witzel [FDP]: Selbstklatscher!)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Remmel. – Für die FDP spricht Herr Kollege Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der SPD-Antrag hat etwas Positives, nämlich die Überschrift: „Eine langfristig tragfähige Strategie für die Entwicklung ländlicher Räume in Nordrhein-Westfalen entwickeln“. Da stimmen wir zu. Das ist alles vernünftig. Die Landwirtschaft hat wie jeder andere Industrie- und Gewerbebereich auf Planungssicherheit und auf eine langfristige Kalkulationsgrundlage einen Anspruch.

Was allerdings danach kommt: Da habe ich gewisse Schwierigkeiten. Letztendlich will die SPD laut ihres Antrags von dem Geld, das jetzt zielgerichtet vor Ort ankommen soll – erste Säule – etwas wegnehmen und in eine – ich nenne es einmal so – verwendungsorientierte Bürokratiesäule – zweite Säule – hineinbringen.

(Svenja Schulze [SPD]: An wen geht denn die zweite Säule, Herr Ellerbrock?)

Heinrich Kemper, herzlichen Dank für die treffenden Beispiele. So deutlich habe ich selten gehört, wie man das plastisch darstellen kann.

Kollege Remmel hat gesagt, das würde auf einen Status quo abzielen, und forderte Dynamik. – Meine Damen und Herren von der vereinigten Opposition, in unserer Regierungserklärung steht – und damit steht dies zum ersten Mal in einer Regierungserklärung –, dass wir den ländlichen Raum als eigenständigen Lebens- und Entwicklungsraum

auffassen und nicht mehr wie tatsächlich zu früheren Zeiten als Ergänzungsraum der Verdichtungsgebiete mit Restflächen für Wasserschutzzonen, Naturschutzgebiete und Halden. Das müssen wir mal festhalten.

(Svenja Schulze [SPD]: Das stimmt doch so nicht!)

Dieses ist eine Umkehr gewesen.

Nächster Punkt. Ich bin meiner Bundestagsfraktion ausgesprochen dankbar, dass von ihr die Initiative ausging, die auf die Produktion orientierte Ausgleichs- oder Subventionsleistung von dem Produktionsgesichtspunkt zu entkoppeln und dafür eine flächenorientierte Darstellung vorzusehen, nämlich mit der Zielrichtung, eine vielfältig orientierte Landwirtschaft zu erhalten. Dem kann man sich doch nicht verschließen. Da müssen wir uns als Gesamtgesellschaft fragen: Was ist uns eine vielfältige, kleingekammerte Landwirtschaft auch im Sinne der Landschaftspflege wert? Das sind die Ausgleichs- und Ersatzzahlungen. Da will ich nicht wiederholen, was Heinrich Kemper viel besser hier dargestellt hat.

Meine Damen und Herren, Herr Kemper vorzuwerfen, dass er als betroffener Landwirt von der Sache etwas versteht, das verstehe ich ganz und gar nicht.

(Annette Watermann-Krass [SPD]: Das tut doch gar keiner!)

Kenntnisse sollten nicht von vornherein diskriminierend sein, sondern wir sollten dankbar sein, dass diejenigen, die direkt betroffen sind, deutlich machen können, worum es geht.

(Svenja Schulze [SPD]: Das hat keiner gesagt!)

– Kollege Remmel hat das gesagt. Ich finde gut, dass diejenigen, die betroffen sind, deutlich machen, wo es langgeht.

Die in Ihrem Antrag enthaltene Sachstandsbeschreibung stimmt in vielen Teilen, ist aber nichts Neues.

(Svenja Schulze [SPD]: Aha, danke!)

Der Antrag geht allerdings auf eine entscheidende Problematik nicht ein. Die absehbar knapper werdenden EU-Mittel in der kommenden Förderperiode werden zu Einschnitten beim Programm „Ländlicher Raum“ führen. Auch das ist völlig klar, allseits bekannt.

(Svenja Schulze [SPD]: Darum geht es!)

Jedoch müsste Ihnen bekannt sein, dass die rund 100 Millionen € der ab 2007 verfügbaren Mittel bereits jetzt schon durch Verpflichtungsermächtigungen gebunden sind. Darüber können wir doch nicht mehr frei verfügen. Diese Verpflichtungen sind, wenn ich richtig informiert bin, noch von der alten Landesregierung vorgenommen worden.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Völlig richtig!)

Die Kollegen der SPD müssten auch wissen, dass hier die alte Landwirtschaftsministerin so manche Maßnahme bewilligt hat, deren Sinnhaftigkeit auch Ihnen damals nicht sofort offensichtlich wurde. Auch das ist klar.

(Svenja Schulze [SPD]: Denken Sie mal langfristig!)

Ich gehe davon aus, dass der Minister vielleicht gleich das eine oder andere illustre Beispiel schildern wird.

Was bietet die SPD als Lösung an? – Die SPD bietet uns hier in diesem Antrag als scheinbare Lösung an, über die obligatorische Modulation hinaus weitere 20 % der Finanzmittel aus der ersten Säule herauszunehmen und woandershin umzuschichten. Ich habe Angst, dass dieses mit erheblichem bürokratischem Aufwand verbunden ist.

Wir müssen es noch einmal ganz deutlich sagen – Heinrich Kemper hat es schon aufgegriffen –: Die SPD will normalerweise die Direktzahlungen an die Landwirte. Üblicherweise fordern Sie: Wir müssen dafür sorgen, dass das Geld dahin fließt, wo es hingehört, nämlich zum Landwirt.

(Zuruf von Annette Watermann-Krass [SPD])

Jetzt sagen Sie im konkreten Antrag dazu nein. Stattdessen wollen Sie von der ersten Säule, bei der das Geld direkt an die Landwirte geht, 20 % wegnehmen und diese umschichten. – Das kann eigentlich nicht richtig sein.

(Zuruf von Annette Watermann-Krass [SPD])

Ach, Frau Watermann-Krass, heute ist wirklich nicht Ihr Tag. Wenn jetzt große Betriebe mehr bekommen als andere, so halte ich es doch für falsch, hier eine Neiddiskussion, so wie Sie es gemacht haben, anzuzetteln. Ich gebe Ihnen und Johannes Remmel Recht: Wenn Fehlallokationen auftreten, müssen wir darüber reden. Dann machen wir das aber auf eine andere Art und Weise und nicht über eine Neiddiskussion.

Gucken wir in den Koalitionsvertrag der großen Koalition in Berlin. Lesen kann manchmal ein richtiger Standortvorteil sein. Im Koalitionsvertrag der

großen Koalition vom 11. November 2005 heißt es:

„Am einstimmigen Beschluss der Staats- und Regierungschefs vom Oktober 2002 über die Finanzierung der ersten Säule der EU- Agrarpolitik hält die Bundesregierung aus Gründen der Planungssicherheit und Verlässlichkeit fest.“

Vielleicht kann ich Herrn Hamer bitten, noch einmal eine Kopie auch für die Kollegen von der SPD ...

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Ellerbrock, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Remmel?

Holger Ellerbrock (FDP): Aber natürlich.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön, Herr Remmel. Ich gebe Ihnen das Wort.

Johannes Remmel¹⁾ (GRÜNE): Mich würde interessieren, ob die FDP-Fraktion und Sie insbesondere die Subventionierung von Reinbraun in Höhe von 600.000 € befürworten oder ablehnen?

Holger Ellerbrock (FDP): Ich möchte gern darauf antworten. Die nehme ich hin. Da ist nach Recht und Gesetz gehandelt worden. Wenn es eine Fehlallokation ist, müssen wir darüber nachdenken, wie wir diese modifizieren können.

(Beifall von der FDP – Zuruf von der SPD: Das kann man ändern!)

Wir stellen fest:

Erstens. Auf Bundesebene ist geregelt, dass die erste Säule erhalten bleiben soll.

Zweitens. Im Februar 2006 hat der Nabu eine Veranstaltung über die Zukunft des ländlichen Raumes mit den agrarpolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen durchgeführt. Angesprochen auf das Thema freiwillige Modulation, sprachen sich die Sprecher der Grünen und der Linkspartei für die Nutzung der freiwilligen Modulation aus, und – man höre und staune – FDP, CDU und die Sprecherin der SPD-Fraktion, Frau Waltraud Wolf, lehnten es ausdrücklich ab, an der Finanzierung der ersten Säule zu rütteln.

Jetzt müssen Sie sich klar werden: Was wollen Sie wirklich selber? Mir wird das auch nach Ihren Äußerungen nicht klar. Vielleicht gibt es dazu erhellende, grundsätzlich Ihrem Vortrag widersprechende Äußerungen im Ausschuss, über die wir dann reden können.

Damit keine Missverständnisse aufkommen: Die zweite Säule der EU-Agrarpolitik ist aus unserer Sicht sinnvoll und notwendig, um auch spezifische räumliche Besonderheiten und Benachteiligungen auszugleichen, etwa – was Johannes Remmel ansprach – für die Eifelbauern oder für das Siegerland. Agrarumweltmaßnahmen sollen daraus auch finanziert werden.

Es kann aber nicht unser Ziel sein, immer mehr Mittel der EU-Agrarpolitik durch Bürokratie und Verwaltung verschlingen zu lassen. Das erzeugt neue Abhängigkeiten. Wir sollten im Auge behalten, dass das Geld vor Ort bei den Bauern auch ankommt. Von diesem Ziel wollen wir uns nicht durch irgendwelche anderen Sachen abbringen lassen, nein. Wir wollen mehr Markt, mehr Wettbewerb, und das in dem am stärksten reglementierten Wirtschaftsbereich, nämlich der Landwirtschaft. Und das können wir mit diesem System, so wie es angedacht ist, eher erreichen als mit einem bürokratischen System, wie Sie es vor Augen haben.

(Svenja Schulze [SPD]: Wir haben noch einen anderen Antrag, der hört sich ganz anders an!)

Es wundert mich nicht, dass Sie das System in der Richtung bevorzugen. Das ist eine andere Glaubensrichtung. Ich bin mir sicher, dass man auch mit kundigen Leuten vor Ort – Herrn Ortgies oder Heinrich Kemper – zu einer vernünftigen Diskussion im Ausschuss kommen kann. Ich kann Ihren Antrag vom Grundsatz her nur ablehnen. Denn was Sie hier wollen, bedeutet weniger Hilfe für die Landwirte, bedeutet weniger Dynamik, bedeutet letztendlich, den Status quo durch Bürokratie festzusetzen. Das kann alles so nicht richtig sein.

(Svenja Schulze [SPD]: Keine Zukunftsfähigkeit bedeutet das! – Zuruf von Jürgen Unruhe [SPD])

Herr Kollege, es mag ja sein, dass Sie das nicht wollen. Was Sie aber in Ihrem Antrag darstellen, läuft darauf hinaus. Da werden wir ganz bestimmt nicht mitmachen. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Ellerbrock. – Für die Landesregierung spricht jetzt Minister Uhlenberg.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kolle-

gen! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich eine Vorbemerkung machen. In Nordrhein-Westfalen gibt es meiner Meinung nach niemanden, der im Bereich Landwirtschaft oder ländlicher Raum, unabhängig davon, ob er von der ersten oder zweiten Säule betroffen ist, nicht glücklich darüber ist, dass wir in Nordrhein-Westfalen die Landtagswahl hatten, dass wir eine neue Landesregierung haben und dass wir jetzt Regierungsfractionen haben, die wir den ländlichen Raum auch wirklich ernst nehmen.

(Beifall von CDU und FDP – Jürgen Unruhe [SPD]: Das ändert sich aber in zwei, drei Jahren!)

– Gehen Sie durch Nordrhein-Westfalen: Sie finden niemanden mehr, der das anders sieht. Den Stimmungsumschwung in den ländlichen Räumen in Nordrhein-Westfalen können Sie mit der Fußballweltmeisterschaft gleichsetzen.

(Svenja Schulze [SPD]: Sagen Sie das mal den Milchbauern!)

So positiv hat sich das im letzten Jahr in Nordrhein-Westfalen entwickelt. Jetzt kommen Sie, Frau Watermann-Krass, wieder mit Ihren alten Geschichten, die wir hier schon jahrelang diskutiert haben. Es wird von Ihnen wieder gesagt: Ja, wir wollen Geld haben für den ländlichen Raum, vielleicht auch für die Landwirtschaft, wenn es sich nicht umgehen lässt. Aber von Brüssel wird ja so viel Geld zur Verfügung gestellt – das ist immer das erste Vorurteil, das da kommt –: 50 % der Mittel fließen in die Politik für den ländlichen Raum.

Meine Damen und Herren, das ist aber auch nichts Neues. Das hängt schlicht und einfach damit zusammen, dass nur wenige Politikbereiche auf der Ebene der Europäischen Union harmonisiert sind. Das ist der Punkt.

Die Sozialpolitik, die Verteidigungspolitik, die finanzintensiv sind, sind auf europäischer Ebene nicht harmonisiert. Harmonisiert ist die Agrarpolitik, und zwar seit den 50er-Jahren. Es ist ein Stück Innovationspolitik harmonisiert, ein bisschen Wissenschaftspolitik. Das sind die großen Bereiche. Mehr ist auf europäischer Ebene nicht harmonisiert. Deswegen spielen diese Zahlen eine Rolle, und deswegen kommt es zu diesen 50 %, um das noch einmal zu sagen, weil Sie ja möglicherweise draußen erzählen, wie schlimm das alles sei.

Jetzt haben wir das neue Programm für den ländlichen Raum 2007 bis 2013. Unter dem Strich gibt es 13 % weniger für Nordrhein-Westfalen. Es werden erst 40 %, aber durch die Modulationsmit-

tel wird ja schon der Prozentsatz verändert, und dann sind es noch 13 % weniger, die uns hier in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stehen.

Ich bedauere das. Ich bedauere das auch deswegen, weil die Politik für den ländlichen Raum von den Staats- und Regierungschefs schlechter gestellt wird als die Strukturfonds in den Städten in Nordrhein-Westfalen und die anderen Regionalprogramme. Dort hat es bei der Konferenz der Staats- und Regierungschefs eine solche Kürzung nicht gegeben, wie das bei dem Programm für den ländlichen Raum der Fall ist.

(Jürgen Unruhe [SPD]: Dafür können wir doch nichts! Wir haben es mit Nordrhein-Westfalen zu tun!)

Das ist die Situation. Wir haben jetzt die Aufgabe, in Nordrhein-Westfalen mit diesem begrenzten finanziellen Rahmen, der uns zur Verfügung steht, verantwortlich umzugehen. Dabei geht es um Perspektiven für unsere Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen unter zwei Gesichtspunkten.

Der erste Gesichtspunkt ist für mich: Ich möchte auch in Zukunft eine flächendeckende Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen haben, auch auf den Grenzertragsböden.

(Jürgen Unruhe [SPD]: Das wollen wir auch!)

Das betrifft Sauerland und Eifel. – Herr Remmel telefoniert gerade, aber es ist ja auch die Aufgabe des Parlamentarischen Geschäftsführers, sich immer wieder zu informieren. – Meine Aufgabe besteht darin, die Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Landwirtschaft zu stärken. Das ist natürlich auch ganz entscheidend in einer Situation, in der sich der Staat aus der Agrarpolitik mit Recht und Gott sei Dank immer weiter zurückzieht und in der unsere Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen nur dann eine Perspektive hat, wenn unsere landwirtschaftlichen Betriebe wettbewerbsfähig sind.

(Annette Watermann-Krass [SPD]: Ja, weltmarktorientiert!)

Das ist der Punkt, um den es geht. Und da sage ich einfach: Den Antrag, den Sie stellen, können Sie vielleicht in irgendwelchen Ländern stellen, aber er passt nun gar nicht nach Nordrhein-Westfalen, weil die Mittel im Programm für den ländlichen Raum für die nächsten Jahre schon festgelegt worden sind, sodass ich als Landwirtschaftsminister sehr wenig Mittel für Investitionen habe.

(Annette Watermann-Krass [SPD]: Das können Sie jetzt ändern!)

Wenn ich sowohl die flächendeckende Landwirtschaft und die ländlichen Räume erhalten will wie auch Investitionen der Landwirtschaft, die dringend notwendig sind, fördern will, dann muss ich dafür einen verantwortlichen Weg finden, um beiden Bereichen der Landwirtschaft gerecht zu werden.

(Annette Watermann-Krass [SPD]: Das ist unser Anliegen!)

Das ist bei dieser Struktur äußerst schwierig. Ich will nur einmal eine Zahl nennen. Wir haben jetzt noch einen Anteil für Investitionsmittel, der bei 18 % liegt. In Niedersachsen liegt er bei 45 %.

Wenn ich bei den Landwirten im Kreis Viersen bin, die investieren wollen und die die holländischen Kollegen auf der Nachbarseite haben, dann sagen die: Wir möchten gerne, dass dieser große Verbrauchermarkt Nordrhein-Westfalen mit den 18 Millionen Einwohnern möglichst mit Produkten aus Nordrhein-Westfalen versorgt wird, und wir möchten nicht, dass alleine die holländischen Kartoffeln das Ruhrgebiet erreichen, sondern wir möchten auch eine Kartoffelhalle bauen. Dafür habe ich möglicherweise in den nächsten Jahren kein Geld mehr. Deswegen war es auch politisch zu verantworten, die Weidehaltungsprämie auslaufen zu lassen,

(Annette Watermann-Krass [SPD]: Ja, Sie können es jetzt ändern!)

weil ich sonst überhaupt keine Investitionsmittel mehr gehabt hätte. Überhaupt keine Investitionsmittel mehr!

Dies ist ja auch unter einem anderen Gesichtspunkt zu verantworten. Wir haben die Entkopplung der Prämien gehabt. Das ist vor ein oder zwei Jahren politisch beschlossen worden. Das heißt: Wir haben 2010/2011 eine gleiche Flächenprämie sowohl für die Ackerflächen wie auch für die Grünlandflächen. Früher bekamen die Ackerflächen fast alles und die Grünlandflächen fast gar nichts. Durch die Entkopplung und die Anhebung der Fördersätze kommen wir auf den gleichen Hektarsatz mit dem Ergebnis – darüber freue ich mich im Sinne einer flächendeckenden Landwirtschaft –, dass die Grünlandgebiete, zu denen der Kreis Siegen-Wittgenstein, die Eifel und das Sauerland gehören, im Hinblick auf das Jahr 2010, wenn die Extensivierungsprogramme auslaufen, nicht schlechter, sondern besser gestellt werden.

(Zuruf von Annette Watermann-Krass [SPD])

Das ist gut, das ist eine Perspektive, das ist auf den Weg gebracht worden. Deshalb ist das Lied,

das Sie hier immer wieder anstimmen, dass dadurch, dass ich der ländlichen Entwicklung nicht mehr Geld in Form einer sogenannten Flächenprämie zur Verfügung stellen kann, die Grenzertragsböden ausbluten werden und eine flächendeckende Landwirtschaft dort nicht mehr möglich sei, gegenstandslos. Das ist völlig falsch. Dieser Teil spielt ja in Ihrem Antrag überhaupt keine Rolle. Vielleicht haben Sie noch gar nicht darüber nachgedacht. Aber dieser Teil muss doch bei der künftigen Förderpolitik für das Programm entsprechend berücksichtigt werden.

Dritter Gesichtspunkt: Planungssicherheit für die landwirtschaftlichen Betriebe. Die Agrarreform ist durchgeführt worden. Es hat einen erheblichen Streit gegeben. Jetzt erwarten auch die landwirtschaftlichen Betriebe zunächst bis zum Jahr 2013 ein Stück Planungssicherheit. Der Abgeordnete Kemper hat ja darauf hingewiesen, dass diese Agrarreform schon dazu beiträgt, dass es in Nordrhein-Westfalen eine Absenkung von 77 € gibt – im Sinne einer Umschichtung, die hier vorgenommen wird.

Das darf ich auch noch sagen: Was Sie hier beantragen, das ist ein Sonderweg der nordrhein-westfälischen SPD.

(Annette Watermann-Krass [SPD]: Andere Bundesländer denken auch darüber nach!)

Den Weg geht kein anderer Agrarminister der Länder, keiner, der Verantwortung trägt für die Agrarstruktur in dem jeweiligen Bundesland. Fragen Sie einmal den Kollegen in Mecklenburg-Vorpommern,

(Svenja Schulze [SPD]: Ja, reden Sie mal mit dem!)

mit dem ich mich immer sehr intensiv unterhalte! Fragen Sie einmal den Kollegen von Brandenburg!

(Svenja Schulze [SPD]: Tun Sie das! Wir haben es getan!)

Wo haben wir noch SPD-Minister? Jetzt haben wir einen in Rheinland-Pfalz. Rheinland-Pfalz hat aber eine andere Agrarstruktur. Sie haben aber möglicherweise einen Koalitionspartner in dem CDU-Landwirtschaftsminister von Baden-Württemberg. Nur, meine Damen und Herren, Baden-Württemberg hat eine ganz andere Agrarstruktur als Nordrhein-Westfalen.

(Svenja Schulze [SPD]: Reden Sie mal mit Herrn Backhaus!)

Wir müssen doch hier eine Politik machen, die im Interesse der ländlichen Räume und der Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen ist. Deswegen sind die Vorschläge, die Sie gemacht haben, nicht geeignet, in Nordrhein-Westfalen umgesetzt zu werden.

Lassen Sie mich noch einmal etwas zu dieser Prämien Diskussion sagen, die immer wieder einmal anfängt. Da kann ich nur Herrn Ellerbrock unterstützen. Es ist natürlich auch ein bisschen mit Neid verbunden, wenn solche Beiträge geliefert werden.

(Jürgen Unruhe [SPD]: Das haben wir schon dreimal gehört!)

Natürlich soll da Neid geschürt werden; da sollen Groß und Klein innerhalb der Landwirtschaft gegeneinander ausgespielt werden.

(Jürgen Unruhe [SPD]: Quatsch!)

Meine Damen und Herren von der Opposition, das hilft uns hier überhaupt nicht weiter. Wir brauchen für den Agrarstandort Nordrhein-Westfalen die Kleinbetriebe, die ihre Nische gefunden haben und die meistens nur noch im Rahmen einer Nische überleben können. Wir brauchen aber natürlich auch die großen, wettbewerbsfähigen Betriebe, die sich dann eines Tages ohne öffentliche Zuschüsse im europäischen Markt behaupten können.

(Jürgen Unruhe [SPD]: Rheinbraun!)

– Warum ist das denn mit Rheinbraun in Ihrer Regierungszeit, als die Agrarreform auf den Weg gebracht wurde, nicht geändert worden? Das können Sie uns doch nicht vorwerfen. Aber Sie benutzen dies immer wieder. Das ist eine künstliche Diskussion, die geführt wird.

Ich darf, Frau Watermann-Krass, gerade weil Sie aus dem Kreis Warendorf kommen mit diesen Mammutbetrieben kommen, sagen: Fahren Sie doch durch Nordrhein-Westfalen. Schauen Sie sich die Statistik an. Wir haben in Nordrhein-Westfalen nicht diese Großbetriebe, die in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen.

Die gibt es in den neuen Bundesländern. Sie haben dort eine andere Geschichte. Sie haben dort eine andere Struktur. Sie sind letztlich auf diese Gelder angewiesen. Ich habe nordrhein-westfälische Interessen zu vertreten, aber ich will das einmal in aller Offenheit sagen, weil es dort natürlich um den Erhalt von Arbeitsplätzen in den Betrieben geht, die man als LPG-Nachfolgeorganisationen bezeichnen kann. Das ist doch die konkrete Situation.

Bei der Offenlegung von bestimmten Beträgen habe ich auch keine Probleme. Ich sage nur: Die Landwirtschaft und die Betriebe im ländlichen Raum dürfen bei dieser Frage nicht anders behandelt werden als alle anderen Antragsteller, die irgendeinen Antrag an die Landesregierung, die Bundesregierung oder an die Europäische Union stellen. Auch bei ihnen handelt es sich um Steuerzahler.

(Zuruf von Svenja Schulze [SPD])

Wenn es im Rahmen eines Systems gelingt, dass jeder Antrag im Bereich der Wirtschaftsministerin oder im Sozialbereich öffentlich behandelt wird

(Svenja Schulze [SPD]: Was machen wir denn im Wirtschaftsausschuss die ganze Zeit?)

und wenn jeder Antragsteller nachweisen muss, wie viele Gelder er aus öffentlichen Kassen bekommt, bin ich gern bereit, mich diesem Thema weiter zu öffnen.

Aber ich bin fest davon überzeugt, dass gerade die Sozialdemokraten und die Grünen ... Wenn ich mir da einmal die Förderpolitik der letzten Jahre ansehe, Herr Remmel, will ich nicht viel sagen. Wenn veröffentlicht würde, wer in den vergangenen fünf oder sechs Jahren in Nordrhein-Westfalen Geld bekommen hat und nach welchen Kriterien damals in Nordrhein-Westfalen Geld gezahlt worden ist, würde diese Debatte ganz schnell beendet. Ich hätte zu diesem Thema heute gar nichts mehr gesagt. Ich lasse die Vergangenheit ruhen. Aber wenn Sie sich an die Spitze der Bewegung der Offenheit stellen, ist das eine kleine Showdiskussion. Aber nach welchen Kriterien in früheren Zeiten Anträge in Nordrhein-Westfalen bezuschusst worden sind, ist ein Kapitel für sich.

Meine Damen und Herren, das ist die Situation, in der wir uns befinden. Wir haben ein Programm für den ländlichen Raum aufgestellt. Wir haben es nach Brüssel geschickt. Es muss dort entsprechend abgesegnet werden. Wir werden es umsetzen. Das wird ein weiterer Meilenstein in der Politik der Landesregierung sein, die Wettbewerbsfähigkeit und die Attraktivität der nordrhein-westfälischen Landwirtschaft und der ländlichen Räume zu stärken. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und Dietmar Brockes [FDP])

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Minister Uhlenberg. – Für die SPD spricht Herr Stinka.

André Stinka¹⁾ (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor meinen Ausführungen möchte ich zwei Dinge richtig stellen. Herr Uhlenberg, ich denke, die SPD Nordrhein-Westfalen ist selbstbewusst genug, dass wir eigene Standpunkte entwickeln können, wie wir uns auf Bundesebene deutlich in der Landwirtschaftspolitik absetzen.

(Beifall von der SPD)

Gerade weil wir verschiedene Strukturen haben, haben wir es sicherlich nicht nötig, auf andere Bundesländer zu schauen.

Zum anderen: Sie erwähnten den Stimmungsumschwung, der sich eingestellt hat, seitdem Sie hier Landwirtschaftsminister sind. – Wenn ich das mit der WM vergleiche, Herr Uhlenberg, ist das Endspiel 2013. Bis dahin sind viele Runden. Bis dahin müssen Sie an vielen schwierigen Gegnern vorbeikommen.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Ist dann eine vorgezogene Landtagswahl? – Heiterkeit von Ministerin Christa Thoben)

– Nein, das hat mit der Förderung durch die EU zu tun. Bis dahin haben wir noch viel zu reden. Wir werden dann sehen, wo Sie hinkommen, wenn Sie die Zukunftsfähigkeit vernachlässigen.

(Jürgen Unruhe [SPD]: In der Qualifikation gescheitert!)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Finanzierung und Entwicklung der ländlichen Räume ist für die Sozialdemokraten ein Zukunftsthema – das will ich hier noch einmal deutlich betonen –, weil es eben, wie Sie gerade ausgeführt haben, um die Menschen und um deren Arbeit, Ausbildung und Perspektive geht.

Wenn ich dann höre, Herr Kemper, dass das in Ihrem Beispiel mit einem Kind und Süßigkeitentzug verglichen wird, muss ich sagen: Wir möchten den Landwirt, der selbstbewusst für seine Produkte einsteht, der auch im Wettbewerb selbstbewusst für diese Produkte werben kann und der sich selbst entscheiden kann, welches für ihn die besten Zukunftsmöglichkeiten sind.

Wenn wir den ländlichen Raum erwähnen, erleben wir, dass in der Debatte Scheuklappen aufgesetzt werden und die meisten Mitglieder der Regierungsfractionen einen Tunnelblick bekommen, weil sie „ländlichen Raum“ immer mit „Agrarstandort“ verwechseln.

Zu unserer Definition des ländlichen Raumes gehört neben der Zukunftsorientierung für die Familien in Beschäftigung, Arbeit und Ausbildung die Sicherung von Natur und abwechslungsreicher Kulturlandschaft, die Schaffung von Freizeit und Erholung – es wird auch eine große Debatte in der Gesellschaft sein, was uns die Bereitstellung von Wald und Erholung wert ist –, der nachhaltige Tourismus. Weiterhin dürfen die biologische Vielfalt und auch die Produktion von nachwachsenden Rohstoffen nicht vergessen werden, die eine zunehmende Bedeutung gewinnen wird, wenn wir Klimaschutzziele umsetzen wollen. Das erfordert aber auch eine andere Definition des ländlichen Raumes.

(Beifall von der SPD)

Wir müssen dafür sorgen, dass auch abseits der Ballungsräume eine bedarfsgerechte infrastrukturelle Versorgung und eine zukunftsfähige Wirtschaftsstruktur erhalten werden. Eben weil sich Wirtschaft permanent wandelt, müssen wir Antworten darauf finden, was bis 2013 passiert, Herr Uhlenberg.

Die ländlichen Räume in unserem Land erleben seit Jahrzehnten Strukturwandel, die aber immer von der Politik begleitet und abgefedert wurden. Die beschäftigungspolitische Bedeutung der Landwirtschaft nimmt vielerorts leider ab. Alternative Arbeitsplätze entstehen aber nicht vom Nichtstun, sondern sie müssen in ausreichendem Maße durch stützende Maßnahmen flankiert werden, um neue Perspektiven zu entwickeln.

Die Folgen stellen die Politik für den ländlichen Raum vor große Herausforderungen. Nur mit einem leistungsfähigen ländlichen Raum sind wir für die Herausforderungen gewappnet. Wir sind auch dann für die Herausforderungen gewappnet, wenn wir das Land als ganzes sehen. Ein Auseinanderdividieren darf sicherlich nicht Platz greifen.

Die 2005 umgesetzte Agrarreform der Europäischen Union hat die Agrarpolitik grundlegend gewandelt. Die Entkopplung erweitert insgesamt die einzelbetrieblichen Spielräume – darauf sind wir eingegangen –, markiert aber auch den Wechsel hin zu marktorientierten Entscheidungen über künftige Produktionsausrichtungen, die sinnvoll und vernünftig sind.

Gleichzeitig setzt die EU mit der zweiten Säule auf eine weitere Entwicklung der ländlichen Räume, die mehr beinhaltet als nur den Agrarstandort. Mit der sogenannten ELA-Verordnung wird den Mitgliedsländern oder den Regionen die Möglichkeit gegeben, eigene regionale Schwerpunkte zu setzen. Sie haben eben davon gesprochen, dass

die Menschen in diesem Prozess mitgenommen werden.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU)

Wir wollen keine Dinge von oben aufoktroyieren. Wir wollen, dass die Menschen mitgenommen werden, weil sie mündig sind und wissen, was für den ländlichen Raum im Siegerland oder im Münsterland wichtig ist.

Diese Chance muss genutzt werden, Herr Uhlenberg. Man sollte sich wirklich deutlich darüber auseinander setzen, diese Chance wahrzunehmen, denn sonst geht die WM, wie gesagt, daneben. Das sollte vielleicht aus Sicht des Landes Nordrhein-Westfalen nicht passieren.

Die Maßnahmen der Entwicklung des ländlichen Raumes sind in einem Gesamtkonzept zu integrieren und mit anderen Politikbereichen zu verknüpfen. Das habe ich gerade ausgeführt. Man kann hier einen Einzelblick nicht immer durchsetzen. Ein Blick über den Tellerrand oder über die heimische Scholle lohnt sich durchaus.

Im Mittelpunkt jeder Strukturpolitik für den ländlichen Raum muss die Stärkung dieses Raums stehen. Dies können wir aber nur erreichen, wenn wir einen vernünftigen Ausgleich zwischen der ersten und der zweiten Säule in der Agrarpolitik organisieren. Meine Kollegin Frau Watermann-Krass hat ausgeführt, dass es keine 20 % sein müssen, dass aber vielleicht eine Obergrenze bei der Ausgestaltung einzurichten ist. Deshalb dürfen die Bereiche nicht voneinander isoliert betrachtet werden, sondern die Maßnahmen müssen sich in eine gesamtwirtschaftliche und Regionalpolitik einfinden. Das muss auch nicht mit hoher Bürokratie stattfinden, Herr Ellerbrock.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Sie wissen genau, dass spätestens mit der Halbzeitbewertung der EU-Agrarpolitik im Jahre 2009 das gesamte EU-Agrarsystem zur Disposition steht. Selbst das von Horst Seehofer und damit Ihrer Schwesterpartei geführte Ministerium geht schon heute davon aus, dass ab 2013 nur noch maximal 50 % für die erste Säule bereitstehen. Das kann man beklagen oder begrüßen – die finanzpolitischen Voraussetzungen kennen wir alle –, aber man darf es nicht ignorieren. Man muss sich diesen Herausforderungen stellen,

(Beifall von der SPD)

um den ländlichen Raum weiterzuentwickeln.

Wir haben das Beispiel der Modulation eingebracht, um neue Perspektiven zu entwickeln und sich der Realität zu stellen.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Stinka, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Ellerbrock?

André Stinka^{*)} (SPD): Ja.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte, Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Kollege Stinka, Sie sagten eben, dass die Vorgänge innerhalb der zweiten Säule nicht mit zusätzlicher Bürokratie verbunden sein müssen. Vom Grundsatz her teile ich die Ansicht. Haben Sie ein Beispiel zur Hand, bei dem ein zusätzlicher Verteilungsmechanismus, wie jetzt in der zweiten Säule, mit weniger Bürokratie als vorher verbunden war?

André Stinka^{*)} (SPD): Das kann ich nicht. Wir sollten im Diskussionsprozess aufgrund der gemachten Erfahrungen darüber nachdenken, ob die Projekte mit viel Bürokratie, die angestoßen werden, überhaupt durchgeführt werden sollten.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Das ist ja Folge des Diskussionsprozesses. Wir wissen alle, dass es zu viel Bürokratie gibt. Das ist häufig zu viel. Hier weiß ich in Ihnen einen mächtigen Streiter. Dies ist gerade für kleine Betriebe, die wir ja fördern wollen, häufig zu kompliziert. Man muss hier völlig unterscheiden. Insofern muss es einfache Lösungen geben, für die wir politisch immer bereitstehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben die Diskussionen und Fakten vor Augen. Wir sollten uns der Diskussion stellen. Unser Antrag ist nicht nur mal eben so gestellt, sondern hat die Menschen im ländlichen Raum im Auge, die auch ein paar Sozialdemokraten kennen, Herr Uhlenberg. Wir wollen, dass der ländliche Raum eine gute Zukunft in NRW hat. – Schönen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Jetzt hat Herr Ortgies für die CDU-Fraktion das Wort.

Friedhelm Ortgies (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In den verbleibenden zwei bis drei Minuten möchte ich noch einmal klar darstellen, um was es hier eigentlich geht. Es geht schlicht darum, dass die SPD einen Antrag stellt, der in der Konsequenz den Landwirten das Geld von den Konten abzieht – nicht mehr und nicht weniger.

(Svenja Schulze [SPD]: Die zweite Säule geht auch an die Landwirte!)

Die Kürzung der EU-Mittel in der sogenannten zweiten Säule ist schlichtweg ärgerlich, aber wir können es nicht ändern.

(Svenja Schulze [SPD]: Was ist mit den Milchbauern?)

Den Preis zahlt der ländliche Raum, aber Sie wollen das Verhältnis noch schlimmer machen, indem Sie die erste Säule schwächen, um die Mittel in die zweite Säule zu schaufeln. Das zeigt ganz klar der Satz in Ihrem Antrag. Darin heißt es wörtlich:

„Der Landtag hält es daher für dringend erforderlich, zusätzlich EU-Mittel für die ländliche Entwicklung bereitzustellen und hierfür die Möglichkeiten der freiwilligen Modulation auch in Nordrhein-Westfalen zu nutzen.“

(Beifall von der SPD)

– Klatschen Sie ruhig, wir werden das verbreiten. – Frau Watermann-Krass hat gesagt, man wolle die Umverteilung degressiv staffeln. Umverteilung heißt für mich nichts anderes, als dass Sie das Geld von den Konten der Landwirte abziehen und in die sogenannte zweite Säule schaufeln wollen. Sie wollen, dass die Direktzahlung erst durch die Filter der verschiedensten Bewilligungsbehörden fließt; wir behandeln ja heute noch einen Tagesordnungspunkt über Bürokratieabbau. Zunächst müssen also verschiedene Behörden eingeschaltet werden, die dann entscheiden, ob Mittel in irgendwelche Projekte, über die man sich wirklich streiten kann, ob sie sinnvoll oder weniger sinnvoll sind, hineinfließen. Das ist rot-grüne Politik, die den Menschen nichts zutraut.

Sie haben vorhin das Beispiel Rheinbraun genannt und gesagt, wie viel Geld dieser Konzern bekommt. Wir können uns ja über eine Deckelung unterhalten – dagegen habe ich nichts –, es kommt auf die Höhe an. Rheinbraun steckt das weg. Ich möchte Ihnen ein Beispiel geben. Ein mittlerer Betrieb in NRW, 50 ha Ackerbaubetrieb, zahlt schon jetzt jedes Jahr von seinem ihm zustehenden Betrag 650 € in die zweite Säule. Dieser Betrag wird, wenn Ihre Vorstellungen wahr werden, verfünffacht. Wir glauben, dass die Bauern selbst am besten entscheiden können, wo ihr Geld investiert wird. Wir lehnen jede weitere Erhöhung der Modulation ab. Dies werden wir überall offensiv vertreten, auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene. – Danke schön.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Ortgies. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/2093** an den **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**. Dort soll in öffentlicher Sitzung abschließend beraten und abgestimmt werden. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Dann haben wir das so beschlossen.

Ich rufe auf:

6 Verhandlungen zur Beendigung der Steinkohlesubventionen vor dem Hintergrund der Ergebnisse der RWI-Studie fortführen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2101

Ich weise darauf hin, dass es hierzu zwei **Entschließungsanträge** gibt, einen der SPD in der **Drucksache 14/2155** und einen der Grünen in der **Drucksache 14/2167**.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Dr. Droste für die antragstellende CDU-Fraktion das Wort.

Dr. Wilhelm Droste (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Kohlesubventionen um jeden Preis?“ lautet der Titel der vom RWI herausgegebenen Streitschrift zu den Argumentationslinien des Gesamtverbandes des Deutschen Steinkohlebergbaus. In dieser sehr wohl wissenschaftlichen Ausarbeitung wird noch einmal ausführlich die Argumentation des Gesamtverbandes für die Subventionierung des Steinkohlebergbaus dargestellt und nicht nur widerlegt, sondern zugleich auch in aller Klarheit die Sinnlosigkeit der Steinkohlesubventionen offen gelegt.

Wenn dieses Papier auch von den Autoren selbst als Streitschrift bezeichnet wird, ändert das in keiner Weise etwas an der Gewissenhaftigkeit der zusammengetragenen Fakten, sondern ist vielmehr Beleg dafür, wie dringlich dem Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung, an dessen Renommee wohl keiner im Saal ernsthaft zweifeln möchte, dieses Anliegen ist.

Auch handelt es sich bei dieser Studie nicht wirklich um etwas Neues und schon gar nicht um einen Schnellschuss, sondern, wie schon das ausführliche Verzeichnis an Literatur zeigt, um eine Zusammenstellung von zahlreichen Schriften und Abhandlungen, die allesamt schon in der Vergangenheit zu der gleichen Erkenntnis gekommen sind, dass nämlich der Steinkohlebergbau in seiner bisherigen Form keine Zukunft mehr hat und seine Subventionierung unverantwortlich ist.

Die RWI-Studie setzt sich im Kern mit den immer wieder angeführten Hauptargumenten der Subventionsführer auseinander, die ich der Ordnung halber hier im Wesentlichen noch einmal zusammenfassen darf. Der Gesamtverband trägt vor:

Erstens. Die Wertschöpfung durch die heimische Steinkohle ist deutlich höher als der durch die direkte Verwendung der Mittel ausgelöste wirtschaftliche Impuls.

Zweitens. Die Bergleute wären ohne die Aufrechterhaltung des Bergbaus allesamt arbeitslos.

Drittens. Deutschland ist auf die nationale Versorgungssicherheit angewiesen.

Auf diese drei Kernpunkte lassen sich die Äußerungen des Gesamtverbandes zusammenfassen.

Zu Punkt eins, der Wertschöpfung durch die heimische Steinkohle: Es ist unbestritten, dass es wie in jedem Wirtschaftsbereich auch bei der Steinkohle wirtschaftliche Verflechtungen gibt. Alles andere wäre auch verwunderlich. Gleichzeitig ist aber auch klar, dass mit der Subventionierung der Steinkohle keine Strukturen unterstützt werden, die die Wirtschaftskraft des Landes verbessern oder auch nur das Potenzial dafür aufweisen, geschweige denn die die Zahl der zukünftigen Beschäftigungsverhältnisse erhöhen können.

Bei der Diskussion dieser Fakten wird vielmehr die alternative Verwendung der Milliarden von Steuergeldern immer unter den Teppich gekehrt. Würden wir die gewaltigen Gelder für die Steinkohlesubventionen etwa in die Infrastruktur der Wirtschaft oder in Bildung und Forschung investieren, könnten wir durch die Steigerung der Produktivität einen echten Mehrwert für Nordrhein-Westfalen schaffen.

Statt dieses Potenzial zu nutzen, wird in einen Bereich investiert, von dem garantiert keine Wachstumsimpulse mehr zu erwarten sind. Wenn also von Wertschöpfung gesprochen wird, ist das schon ein Widerspruch in sich. Bei der Kohlesubvention, jedenfalls in der obwaltenden Form, handelt es sich um nicht viel mehr als eine Vernichtung von Steuermilliarden. Keine Multiplikatoreff-

fekte am Rande können an dieser Tatsache etwas verändern.

Die Sozialdemokratie – auch darauf möchte ich eingehen – führt an dieser Stelle immer gerne auch das technisch hohe Niveau an, das zum Export genutzt werden soll. Fakt ist jedoch, dass das Geschäft mit Untertagebautechnologie bereits jetzt schon zu zwei Dritteln im Ausland betrieben wird. Es zeigt sich, dass es bei diesen Zulieferern keinesfalls zu Betriebsschließungen gekommen ist, weil nämlich die Anwendung dieser Technologie überwiegend im Ausland stattfindet. Auch der immer wieder betonte Vorführeffekt in Deutschland

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

ist vor diesem Hintergrund äußerst zweifelhaft, wie in der RWI-Studie ebenfalls deutlich zum Ausdruck gebracht wird.

Zu dem vermeintlich zweiten Argument, der drohenden Arbeitslosigkeit der Bergleute: Die vom Steinkohleverband immer wieder beschworene Gefahr drohender Massenarbeitslosigkeit der Bergleute trifft ebenso wenig zu. Zum einen wird bei der Ausbildung im Bergbau immer wieder betont, dass es sich um ein sehr hohes Ausbildungsniveau handelt. Das ist auch gut so. Aber vor diesem Hintergrund darf es aufgrund des akuten Fachkräftemangels eigentlich kein Problem sein, die Bergleute in eine anderweitige Tätigkeit außerhalb ihres angestammten Betätigungsbereichs zu vermitteln.

Vielmehr lässt sich auch sagen: Die Subventionierung der Steinkohle bindet die Arbeitskraft und Produktivität von 10.000 hoch qualifizierten Menschen, die an anderer Stelle vielleicht wirklich gebraucht werden. In diesem Zusammenhang sage ich einmal sehr deutlich, gerichtet an die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion: Es ist im Ergebnis sogar ungehörig, wie wenig die Sozialdemokratie diesen Menschen zutraut, wenn immer wieder von Massenarbeitslosigkeit gesprochen wird. An dieser Stelle werden nach meinem Dafürhalten – ich kann das nicht anders sagen – auch bewusst Ängste geschürt.

570 Millionen €, also mehr als die Hälfte der Etatmittel, die dem Wirtschaftsministerium im Jahr zur Verfügung stehen, werden allein für die Subventionierung der Steinkohle als eine rückwärts-gewandte Wirtschaftspolitik verwendet.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Dr. Droste, darf ich Sie kurz unterbrechen? – Herr Kollege Horstmann würde Ihnen gerne eine Frage stellen.

Dr. Wilhelm Droste (CDU): Gerne.

Vizepräsident Edgar Moron: Dann erteile ich Herrn Horstmann das Wort.

Dr. Axel Horstmann (SPD): Herr Kollege Droste, das RWI hält seine Argumente in der Streitschrift sehr prinzipiell und sagt nicht etwa, dass es seit dem Jahre 2006 so ist, dass die Steinkohleförderung beispielsweise keine Arbeitsplätze schafft, keine Investitionsimpulse auslöst usw.

Können Sie mir sagen, was die CDU bewogen hat, die Beihilfeentscheidungen bis zum Jahre 2005 – also die erst vor wenigen Monaten ausge-laufene Förderung – mit zu beschließen und zu unterstützen? Sie stammt ja aus dem Jahr 1997.

Dr. Wilhelm Droste (CDU): Lieber Herr Horstmann, da kann ich wirklich nur sagen: Sie müssen die Frage doch für sich selber beantworten. Sie haben in Ihrer Amtstätigkeit selber Fakten geschaffen, an denen auch die CDU-Fraktion nicht vorbeikommt. Was wir hier machen ist eine langfristige beziehungsweise mittelfristige Strategie zum Ausstieg aus der Subventionierung des Steinkohlebergbaus. Es hat überhaupt nichts damit zu tun, dass wir, wenn wir Amtsgeschäfte unter anderem auch aus Ihrem Verantwortungsbe-reich übernommen haben ...

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Sie haben es mit beschlossen! Die Förderung ist von der CDU beschlossen worden!)

– Wir wollen einen sozialverträglichen Ausstieg aus dem Steinkohlebergbau.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Sie tun so, als wäre das schon immer Blödsinn gewesen!)

Nichts anderes wollen wir.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Das wird jetzt auch in dieser Form so betrieben. Ehrlich gesagt, Ihre Frage hatte in diesem Zu-sammenhang zumindest Unterhaltungswert.

(Dietmar Brockes [FDP]: Nicht einmal den!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum weiteren vermeintlichen Argument, zur Frage nach der nationalen Versorgungssi-cherheit. Im Jahr 2004 hat die Deutsche Steinkoh-le einen Anteil an der weltweiten Förderung von 0,6 % ausgemacht. Dies zeigt, dass Deutschland in Sachen Steinkohle auf dem Weltmarkt keinerlei Bedeutung mehr hat.

Gleichzeitig liegen wir mit unseren Förderkosten bei einem Drittel des Weltmarktpreises. Während Länder wie Kolumbien, Indonesien und Venezuela ausschließlich im Tagebau abbauen, haben wir eine Produktivität, die bestenfalls bei 5 % dieser Länder liegt. Hier zeigt sich deutlich, dass es sich bei der deutschen Steinkohle nicht etwa um eine Reserve, sondern ausschließlich um eine Resource handelt. Das ist ein fundamentaler Unterschied, der eine Förderung zu aktuellen Bedingungen wirtschaftlich unmöglich macht.

Dem steht eine geostrategische Verteilung der weltweiten Reserven gegenüber, die sich deutlich von der Verteilung anderer Rohstoffe unterscheidet. Während sich Öl und Gas in bestimmten Regionen nachhaltig konzentrieren, finden wir Steinkohle weltweit in Regionen, die im Übrigen als politisch stabil bezeichnet werden können. Es gibt also keinen Grund anzunehmen, dass die Versorgung auf irgendeine Weise gefährdet sein könnte. Das Vorschieben der Versorgungssicherheit als wesentliches Argument ist damit absolut unhaltbar. Die Verteilung ist importfreundlich und krisensicher.

Lassen Sie mich abschließend noch etwas zu dem Entschließungsantrag der SPD-Fraktion sagen, den Sie heute – aufgehängt am dem Wort „Streitschrift“ – in dieses Plenum einbringen. Ich darf es Ihnen vorab sagen: Im Grunde tragen Sie in Ihrem Antrag inhaltlich keine Argumente gegen die Ausführung des RWI vor. In Ihrer Entschließung stoßen Sie sich an dem Wort „Streitschrift“.

Ich sage es unumwunden: Natürlich kann man für eine solche Ausarbeitung auch einen anderen Titel beileihen. Aber bei der Kritik dieses Antrags einzig auf den Titel dieser Ausarbeitung zu schauen, lässt im Grunde tief blicken. Statt sich an der nachhaltigen Erneuerung des Ruhrgebietes zu beteiligen und die Finanzmittel dort einzusetzen, klammern Sie sich – ich kann Ihnen diesen Vorwurf nicht ersparen – immer noch an die Vergangenheit. Hier ist dann die Form dieses Titels der einzig greifbare Strohalm der Kritik. An den Inhalten haben Sie anscheinend nichts auszusetzen.

Zusammenfassend darf ich feststellen, dass das RWI alle Argumentationslinien des Gesamtverbandes widerlegt hat. Seit Jahrzehnten wird von interessierter Seite immer wieder versucht, die Tatsachen, die das RWI dankenswerterweise aufgearbeitet hat, zu verdrehen. Ich stelle an dieser Stelle in aller Offenheit die Frage, ob der Steuerzahler diese Lobbyaktivitäten mit diesen Subventionen nicht sogar unterstützt. In jedem Fall wer-

den wir vonseiten der CDU-Fraktion in diese Debatte deutlich mehr Transparenz bringen.

Bei allen Argumenten in der Debatte kann man feststellen, dass bei den Steinkohlesubventionen Milliarden vernichtet werden, die an anderer Stelle dringend gebraucht werden. Wir möchten dieses Geld in die Zukunft dieses Landes investieren und Branchen mit wirklichem Wachstumspotenzial stärken, die Arbeitsplätze schaffen.

In diesem Sinne freue ich mich auf die Diskussion im Ausschuss und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Dr. Droste. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Brockes das Wort.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor knapp einem halben Jahrhundert kriselte es erstmalig bei den Steinkohleunternehmen in Nordrhein-Westfalen. Die heimische Steinkohle sah sich einem verschärften Verdrängungswettbewerb durch günstigere Importkohle und Mineralöl ausgesetzt.

Ab Mitte der 60er-Jahre brach der Steinkohle zudem der einstmals bedeutende Endverbrauchermarkt ersatzlos weg. Um eine solche Entwicklung im Verstromungsbereich zu unterbinden und notwendige Anpassungsmaßnahmen zu verhindern, intervenierte die Politik erstmalig zugunsten der deutschen Steinkohle.

Meine Damen und Herren, der erste ordnungspolitische Sündenfall nahm seinen Anfang in der Einführung von Importzöllen bzw. -kontingenten gegenüber der Importkohle sowie einer Verteuerung des Hauptkonkurrenzenergieträgers Mineralöl. Somit ist die deutsche Steinkohle zu Recht einer der Geburtshelfer der Mineralölsteuer gewesen.

Meine Damen und Herren, der Vormarsch des Mineralöls und zu einem späteren Zeitpunkt der Kernenergie und des Erdgases konnte in der Folgezeit auch durch die drei Verstromungsgesetze, die in dem sogenannten Jahrhundertvertrag gipfelten, nicht gebremst werden. Der nachhaltigste Verlust an Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Steinkohle ist allerdings eng verbunden mit dem zweifelhaften Erfolg der Tarifpolitik des ehemaligen ÖTV-Chefs Heinz Kluncker.

Nach der ersten Ölkrise gelang es den Gewerkschaften, zweistellige Lohnabschlüsse durchzusetzen und mit einer Abkehr von einer moderaten

Lohnpolitik eine Lohnpreisspirale in Gang zu setzen. In deren Folge explodierten die Abbaukosten für die deutsche Steinkohle förmlich. Von diesem Schock hat sich die deutsche Steinkohle nie wieder erholt. Sie befindet sich seit dem ohne Aussicht auf Besserung der Intensivstation.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist langsam an der Zeit, dass wir den Patienten von seinem Leiden erlösen.

(Beifall von der FDP – Dr. Axel Horstmann
[SPD]: Sterbehilfe!)

Meine Damen und Herren, die Steinkohlepartei Deutschlands – man nennt sie auch SPD – gaukelte damals im Verbund mit den Gewerkschaften und den Unternehmen sowie Verbänden der Steinkohlewirtschaft den Bergleuten wider besseres Wissens eine rosige Zukunft vor. Welch fatale Folgen diese unheilige Allianz der partikularen Interessengruppen bis heute hat, lässt sich nicht nur in weiten Teilen des Ruhrgebiets, sondern auch im Landeshaushalt besichtigen.

(Beifall von FDP und CDU)

Von Friedhelm Farthmann, dem langjährigen Minister und Fraktionschef der SPD in Nordrhein-Westfalen, stammt folgende Aussage, die ich mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere:

Wir waren das wirtschaftlich stärkste Bundesland und hinken heute hinterher. Die Kohlesubventionen haben uns arm gemacht.

Meine Damen und Herren: Wie Recht hat Herr Farthmann an dieser Stelle!

(Beifall von der FDP)

Doch leider muss man auch dazu sagen: Diese Einsicht kam erst nach seiner aktiven politischen Phase.

Meine Damen und Herren, das politische Mandat für eine Fortführung des subventionierten Steinkohlenbergbaus ist unter der schwarz-gelben Landesregierung abgelaufen. Es stünde der SPD-Fraktion gut an, wenn sie endlich eine ehrliche Abschlussbilanz ziehen und dem Hohen Hause das Scheitern ihrer bislang verfolgten Steinkohlepolitik eingestehen würde.

(Beifall von der FDP)

Von Peer Steinbrück war Anfang des Jahres in der „FAZ“ zu vernehmen, dass – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten – wir zu viel Vergangenheit finanzieren und zu wenig Zukunft.

Meine Damen und Herren, offensichtlich besteht bei den Vertretern der SPD ein Zusammenhang

zwischen der räumlichen Distanz zu Nordrhein-Westfalen und dem längst überfälligen Erkenntnisgewinn, dass die Steinkohlesubventionierung die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft stört, den Strukturwandel hemmt, das Wirtschaftswachstum reduziert und Arbeitsplätze vernichtet.

(Beifall von der SPD)

Anstatt den Empfehlungen der Wissenschaft und des Sachverständigenrats in der Vergangenheit Folge zu leisten und schnellstmöglich aus dem subventionierten Bergbau auszusteigen, zeigten Steinbrück und seine sozialdemokratischen Vorgänger im Amt des Ministerpräsidenten beim Thema Steinkohlesubventionen stets die gleichen Reflexe: Abwiegeln, die Wahrheit verdrängen und sich die Lage schönreden. Die zerrütteten Finanzen in Nordrhein-Westfalen und im Bund werden dabei zur Absicherung der eigenen Machtbasis billigend in Kauf genommen.

Meine Damen und Herren, der Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus mit seinen undifferenzierten und unkritischen Äußerungen konnte hingegen stets darauf vertrauen, bei der SPD und der alten Landesregierung Gehör zu finden. Die Auseinandersetzung des RWI mit den haltlosen Argumenten des Gesamtverbandes zur Notwendigkeit der Steinkohlesubventionen ist allein schon deshalb begrüßenswert, da sie der Öffentlichkeit aufzeigt, wie sorglos und verschwenderisch in der Vergangenheit mit ihren Steuergeldern umgegangen wurde.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Brockes, Ihr Kollege Dr. Horstmann würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Ist das möglich?

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Ich würde das gerne zum Schluss meiner Ausführungen machen, Herr Kollege Horstmann.

In der Streitschrift des RWI werden im Wesentlichen die unzähligen Äußerungen renommierter Wissenschaftler, der Fünf Weisen, der Stiftung Marktwirtschaft und anderer zu den negativen Auswirkungen der Steinkohlesubventionierung aufgegriffen und die daraus abgeleiteten Forderungen an die Politik bestätigt. Der Kollege Droste hat dies eben noch einmal deutlich aufgeführt.

Neu ist die Klarheit, mit der die Sinnlosigkeit der Steinkohlesubventionen derart umfassend und schonungslos offen gelegt wird. Die Reaktion des Gesamtverbandes sollte hingegen niemanden wirklich überraschen. Ich möchte an dieser Stelle

noch einmal in Erinnerung rufen, dass der Gesamtverband zu den Gründungsmitgliedern des Essener RWI zählt. Wie man sich beim Gesamtverband wissenschaftliche Forschung vorstellt und wie weit die hierzu notwendige Unabhängigkeit aus seiner Sicht gehen darf, zeigte sich im Vorfeld der historischen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr.

(Karl Schultheis [SPD]: Was war denn daran historisch?)

Nachdem sich wenige Monate vor der Wahl der Regierungswechsel in NRW abzeichnete und mit der SPD auch die gesamte Steinkohlelobby ihre Felle davonschwimmen sah, versuchte der RAG-Vorsitzende, Herr Werner Müller, zu retten, was nicht mehr zu retten war. Seit' an Seit' mit der SPD forderte er zur Sicherheit der nationalen Energieversorgung den Bau einer neuen Kokskohlenzeche. Wieder einmal sollte der Raubzug durch die Kassen der öffentlichen Hand vorbereitet und legitimiert werden. Die Bergleute nahmen die Botschaft dankend an: Die SPD wird's mal wieder richten.

Dass ausgerechnet das RWI dem Kohleklan einen dicken Strich durch die Rechnung machte, indem es Müllers Aussagen aus wissenschaftlicher Sicht nicht nur infrage stellte, sondern ihm zugleich empfahl, seine Leute lieber – ich zitiere – ins sonnige Mallorca zu schicken statt unter Tage, dürfte der eitle RAG-Chef als persönliche Demütigung empfunden haben. Kurzerhand wurde dem RWI die Mitgliedschaft gekündigt.

Meine Damen und Herren, ich könnte noch einige Beispiele aufzählen, die dies garnieren. Aber ich möchte zum Schluss kommen und noch einmal klar und deutlich machen, dass diese Politik ein Ende nehmen wird. Abschließend möchte ich Herrn Müller einiges mit auf den Weg geben:

Eine Vorliebe für die klassische Musik wird ihm nachgesagt. Meines Erachtens sollte er sich langsam damit abfinden, dass es ein abschließendes Konzert der Aufführung „Das süße Gift der Steinkohlesubventionierung“ gibt, welches fünf Jahrzehnte lang in Nordrhein-Westfalen aufgeführt wurde und jetzt letztmalig als Benefizkonzert aufgeführt wird. Dabei sind die Rollen bereits verteilt.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP komponieren gemeinsam mit der Landesregierung das überarbeitete Werk neu. Frau Thoben bestimmt als Dirigentin den Takt.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege!

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

Die Ordnungspolitik spielt die erste Geige. Die NRW-SPD zieht sich beleidigt ins Publikum zurück, und der Erlös des Benefizkonzerts kommt den Steuerzahlern dieses Landes zugute. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Brockes.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Ich wollte doch eine Frage stellen!)

– Die Redezeit ist abgeschlossen. Jetzt haben wir nichts mehr.

Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion Herr Schultheis. Bitte schön.

(Christian Lindner [FDP]: Herr Schultheis?)

Karl Schultheis^{*)} (SPD): Ich wollte Ihnen Gelegenheit geben, mit Ihrer neuen Brille hierher zu schauen.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Es muss doch wenigstens einer heute etwas wissenschaftlich Fundiertes sagen!)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zu den musikwissenschaftlichen Ausführungen von Herrn Brockes nicht Stellung nehmen;

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Lohnt auch nicht!)

darüber mag jeder mit seinem Musikgeschmack selbst entscheiden. Allerdings ist es wichtig festzustellen: Wenn es darum geht, Partikularinteressen wahrzunehmen, dann sind die am besten – so ist meine Erfahrung – bei der FDP aufgehoben und nicht bei der SPD. Das darf ich vorwegschicken.

(Beifall von der SPD – Dietmar Brockes [FDP]: Bei der Steinkohle!)

– Nein, auch nicht bei der Steinkohle.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Wie wäre es mit der Pharmaindustrie?)

Man sollte das, was Partikularinteresse ist und was nicht, in die richtige Kategorie einordnen.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Meine Damen und Herren, das Wichtigste ist – die Frage war ja berechtigt, Herr Lindner, warum ich zunächst einmal das Wort ergreife –: Hier geht es im Wesentlichen um Wissenschaft und auch um Quellenkritik. Man muss sich ernsthaft fragen: Wer? Wann? Was? Warum? – Das sind die Leitfragen, mit denen man sich auseinander setzen muss, wenn es um die sogenannte Streitschrift geht, die in Ihrem Antrag Studie genannt wird.

Meine Damen und Herren, ich trete in der Tat als Wissenschaftspolitiker vor Sie hin und nicht als derjenige, der sich in der Sache äußern will. Ihr Antrag hat mit Wissenschaft nichts zu tun. Das ist zwar trivial, aber der Sachverhalt als solcher nicht, meine Damen und Herren. Er ist allenfalls geeignet, tiefe Einblicke in das Wissenschafts- und Politikverständnis der schwarz-gelben Landesregierung zu geben, besonders der sie tragenden FDP: in diesem Fall Sie beide.

(Der Redner blickt zu den Abgeordneten Christian Lindner [FDP] und Dietmar Brockes [FDP].)

Wir haben hier Positionen, die sich diametral von schwarz-gelben unterscheiden und sich sehr gut in die Debatte um das sogenannte Hochschulfreiheitsgesetz einordnen, wie man Wissenschaftsfreiheit versteht.

Meine Kritik will ich gleich zu Beginn in zwei Sätzen zusammenfassen:

Erstens. Wir sind der festen Überzeugung, dass wissenschaftliche Institute nach wissenschaftlich anerkannten Methoden zu arbeiten haben. Das ist zwar eine Selbstverständlichkeit, aber in dem Kontext muss man das hervorheben.

Zweitens. Wir lehnen es ab, dass Politiker den ehemals guten Ruf von heimischen Instituten benutzen, um bekannten eigenen politischen Positionen den Anschein von Wissenschaftlichkeit zu geben.

(Beifall von der SPD)

Politik und freie Wissenschaft wie auch Wissenschaft und Wirtschaft benötigen eine gewisse Distanz. Sonst nehmen beide Seiten Schaden. Auf diesem Wege befinden wir uns hier. Unser Entschließungsantrag „Schwarz-Gelb und RWI – Politisierung der Wissenschaft“ verleiht dieser Sorge Ausdruck.

Worum geht es in der Sache? Im Zusammenhang mit dieser RWI-Streitschrift, die Sie Studie nennen, treten zwei Akteure auf: Auf der einen Seite steht der GVSt, der Gesamtverband des deutschen Steinkohlebergbaus, als Unternehmens-

und damit Interessenverband, der seine satzungsmäßige Aufgabe darin sieht, die Belange seiner Mitglieder auf wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Gebieten wahrzunehmen und zu fördern. Der GVSt unterscheidet sich damit nicht vom Deutschen Bauernverband,

(Lachen von Ministerin Christa Thoben)

nicht vom VCI, nicht von Gesamtmetall als Interessenverbänden. Der GVSt ist ein Interessenverband.

Keiner dieser Verbände versucht, sich als neutrale Institution darzustellen. Sie würden dann auch die Beiträge, die ihre Mitglieder zahlen, nicht verdienen. Sie sind keine neutralen Institutionen. Dass die Öffentlichkeitsarbeit insofern den Interessen der jeweiligen Mitglieder dient, ist für alle Beteiligten offensichtlich, also keine besondere wissenschaftliche Erkenntnis. Verbände kommunizieren selbstverständlich auch die politischen Wunschvorstellungen und Ziele ihrer Mitglieder.

Auf der anderen Seite aber steht das RWI, das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung, bei dem es sich eben nicht um einen Interessenverband handelt. Das RWI Essen will nach eigener Darstellung mit seinen Arbeiten über wirtschaftliche Entwicklungen und deren Bestimmungsgründe informieren. Das RWI arbeitet in rechtlicher Selbstständigkeit als eingetragener Verein und dient ausschließlich gemeinnützigen Zwecken. Es will insbesondere der Wirtschaftspolitik sachgerechte Entscheidungen erleichtern, allerdings mit unabhängigen wissenschaftlichen Erkenntnissen, die nach wissenschaftlichen Methoden erarbeitet werden.

Damit hat das RWI die Pflicht, mit wissenschaftlich abgesicherten Methoden zu begründeten Erkenntnissen zu kommen. Der finanzielle Hintergrund des RWI verstärkt diesen Zwang zur unbedingten Objektivität. Die Finanzierung des Etats 2006 in Höhe von 6 Millionen € unterstreicht das. 71 % stammen aus öffentlichen Kassen, davon 4,3 Millionen € aus dem Einzelplan 06, dem Einzelplan des Ministers für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie.

Im Gegensatz zu vielen anderen Instituten – das muss man hervorheben –, die im Haushalt der schwarz-gelben Landesregierung schmerzliche Kürzungen von im Schnitt round about 20 % hinnehmen mussten, bleibt die Förderung des RWI mit lediglich minus 0,4 % im Vergleich zu 2005 nahezu unverändert. Das ist zunächst nur eine Feststellung, die man aber im Kopf haben muss.

Wie ist es nun um die Qualität der wissenschaftlichen Arbeit des Instituts im Allgemeinen bestellt? Die RWI-Streitschrift vermittelt einen für das RWI aus unserer Sicht verheerenden Eindruck.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Der kritische Leser weiß um das Wer, Wann, Was, Warum. Wer dieses Heft quellenkritisch liest, wird das sehr wohl feststellen. Allein die Tatsache, dass Bildnachweise falsch angeordnet sind, falsche Seitenzahlen angegeben sind, bei den Schaubildern xx angegeben ist statt Seitenzahlen, zeigt, dass diese Streitschrift sehr hastig erstellt worden ist.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Sie sollte schnell fertig werden!)

– Ja, sie musste anscheinend zu einem bestimmten Termin fertig gestellt werden. – Das muss man quellenkritisch überprüfen. Ich habe das gelernt; das ist nichts Neues. Weil wir eben über Geschichte sprachen: Geschichte ist nicht nur der Ablauf der Zeit; das sagt noch nichts darüber, ob etwas Geschichte wird. – Es fällt auf, dass man auch mit den Quellen als solchen fahrlässig umgeht, indem Behauptungen zur Umweltpolitik des Gesamtverbandes dargestellt werden, ohne, wie es erforderlich wäre, Quellen wie zum Beispiel den Umweltbericht 2004 zu nutzen. Das fehlt; es werden einfach Behauptungen aufgestellt.

Die handwerklichen Mängel vermitteln also den Eindruck, das RWI habe seine Streitschrift hektisch zu einem bestimmten Zeitpunkt fertig stellen müssen. Wir haben den dringenden Verdacht, dass das RWI gedrängt wurde, mit der Streitschrift termingerecht zur Sommerpause den Vorwand für den widersinnigen Koalitionsvertrag zu liefern. Nur die Veröffentlichung Anfang Juni 2006

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– das kann man sehr gut nachverfolgen, Herr Lindner – hat es den Regierungsfractionen ermöglicht, noch vor der Sommerpause einen Antrag zu stellen. Wie ist folgender Zeitablauf – wir sind dem noch einmal nachgegangen – sonst zu erklären?

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

– Doch, ich unterstelle Ihnen diesen Geist, so zu arbeiten. Das zeigt die Erfahrung hier im Hause.

Am Pfingstienstag, am 6. Juni, geht die Studie bei der SPD-Fraktion ein. Am gleichen Tag ist Herr Papke bereits in der Lage, sich in den Medien zu Inhalt, Qualität und der von ihm vermuteten Bedeutung der RWI-Streitschrift zu äußern.

Vor diesem Hintergrund stelle ich als wissenschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion fest: Das RWI veröffentlicht erstmals in der Reihe bisher wissenschaftlicher RWI-Materialien ein von den Autoren selbst als Streitschrift bezeichnetes Papier. Das RWI hat damit das Feld der wissenschaftlich fundierten Arbeit verlassen. Das bedauere ich sehr. Denn wer sich erinnert, weiß, dass sich das RWI einer sehr schwierigen Evaluation hat unterziehen müssen. Wer so ein Institut in eine solche Situation bringt, sollte sehr wohl überlegen, was er oder sie damit tut. Dieser Wechsel aus der Wissenschaft in die Politik wird von Dritten nicht nachvollzogen, wie das Medienecho zeigt. Obwohl die Autoren diese Schrift „Streitschrift“ nennen, weil sie wohl geahnt haben, dass das aus wissenschaftlicher Sicht problematisch ist, wird das durch Sie in Ihrem Antrag, in dem Sie dieses Papier „Studie“ nennen, nicht aufgenommen.

Meine Damen und Herren, wir fragen uns:

Erstens. Ist die RWI-Streitschrift auf Betreiben der Landesregierung zustande gekommen?

Zweitens. Gab es eine RWI-interne oder externe Vorgabe für den Fertigstellungstermin?

Drittens. Wurden Entwürfe dieser Streitschrift innerhalb des RWI einem internen wissenschaftlichen Controlling unterzogen? Hat sich der internationale Forschungsbeirat dieses Instituts, der für die Qualitätskontrolle sehr wichtig ist, bereits mit der Streitschrift befasst oder ist dies noch geplant?

Und schließlich: Gibt es einen Zusammenhang zwischen der politischen Betätigung und der unverändert hohen Landesförderung des RWI?

Diese Fragen stellen wir. Wir wissen, dass der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung in diesem Punkt keine Zuständigkeit hat. Deshalb können wir den Antrag nicht mitberaten, aber wir werden dort selbstverständlich einen entsprechenden Bericht anfordern.

Meine Damen und Herren, dieser Vorgang ist höchst brisant. Sie schaden der Wissenschaft in der Art und Weise, wie Sie mit solchen Fragestellungen umgehen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Schultheis. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn ich ehrlich bin, muss ich sagen, dass ich angesichts der Probleme, die wir im Bereich der Steinkohle lösen müssten, die Debatte – so, wie bisher eingeleitet – absurd finde. Um es einmal ganz klar zu sagen: Wir müssten im Bereich der Steinkohle die Frage der finanziellen Anschlussregelung ab 2009 diskutieren, weil Bewilligungsbescheide ja nur für die Jahre 2006, 2007 und 2008 ergangen sind. Das müssten wir dringend diskutieren. Da geht es um 36.000 Leute und alles, was daran hängt. Das tun wir nicht. Darauf komme ich gleich noch einmal zurück. Das ist aber eine bitter notwendige Sache.

Wir müssten hier in diesem Haus auch die Frage des Börsengangs diskutieren, der immer wieder angekündigt und vorangetrieben wird, der im Hintergrund massiv betrieben wird und der uns hier betrifft. Man kann zu Details unterschiedliche Positionen einnehmen, aber diese beiden Punkte müssten wir diskutieren.

Die Beiträge, die bisher gekommen sind, befassen sich nicht mit diesem Thema. Mir nützt an dieser Stelle die ÖTV-Aufarbeitung von Herrn Kluncker aus der Zeit vor zwei Kriegen nichts, und ich finde – ehrlich gesagt, lieber Kollege Karl Schultheis – die Betrachtung dieses Problems als Wissenschaftsdeutung eines Textes angesichts der Problematik so etwas von absurd!

(Beifall von der CDU – Karl Schultheis [SPD]: Damit wird Politik gemacht!)

– Nein, nein, es muss eigentlich um die Kohle und die damit verbundenen Probleme gehen. Niemand hat etwas dagegen, den Antrag auch an den Wissenschaftsausschuss zu überweisen, wenn ihr das allen Ernstes dort behandeln wollt.

(Karl Schultheis [SPD]: Es ist so, dass hier Politik gemacht wird, wenn diese Institution so missbraucht wird! Darum geht es!)

– Vorsichtig, ganz vorsichtig! Ich gehe einmal von den Anträgen aus. Es ist richtig: Das RWI hat einen Text veröffentlicht und hat ihn ehrlicherweise „Streitschrift“ genannt. Wir haben ja auch Diskussionen mit genau denselben Autoren geführt. Wir sind in Essen gewesen und haben Diskussionen mit den Autoren geführt. Ich finde es völlig legitim, dass ein Institut, das sich seit Langem auch mit dieser Frage beschäftigt, dazu einen Text veröffentlicht. Und wenn es ihn pointiert „Streitschrift“ nennt, dann ist auch völlig klar, dass dieser Text in einer Auseinandersetzung, die politisch pointiert läuft, eine bestimmte Position bezieht.

Da will ich Ihnen eines ganz ehrlich sagen, weil wir ja immer wieder die sehr, sehr gut „orchestrierte“ Öffentlichkeitsarbeit der RAG und des Gesamtverbandes erleben; die sind ja wirklich professionell on top, und das, was die machen, hat auch immer einen sehr abgestimmten Takt. Da kann man ein Stück weit auch nur froh sein, wenn man einmal von dem anderen Betrachtungswinkel her etwas hört.

Ich sage Ihnen das einmal ganz offen. Ich habe in diesen Verhandlungen gesessen. Wenn Sie dann dort sitzen und sagen, das kann doch wohl nicht wahr sein, dass ihr 3.000 neue 18-jährige einstellen wollt, während wir 49-jährige staatlich bezahlt in Rente schicken, dann sitzt der ganze Chor dieser Leute da und sagt: Sie wollen sich doch nicht in Unternehmenspolitik einmischen! Dann haben Sie auf einmal eine Reihe von hochkarätigen Leuten vor sich, die Sie angucken, als ob Sie ein Aussätziger wären. Das ist das gute Orchester, das es da immer gegeben hat.

An dieser Stelle muss man sagen: Das ist völlig in Ordnung; das RWI kann das machen und soll es machen.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist aber nur ein Teil der Debatte. Und meine Kritik, Dr. Droste und Kollege Brockes, geht wirklich dahin: Der Antrag, den Sie hier stellen, der in seiner Position das, was das RWI sagt, richtig beschreibt, hilft uns doch nicht weiter. Es wird damit noch einmal etwas gesagt. Aber das, was wir eigentlich machen müssten – deswegen haben wir auch unseren Entschließungsantrag gestellt –, ist, als Parlament in eine detaillierte Sacharbeit einzusteigen, um die Frage der Kohlefinanzierung nach dem Jahre 2009 und auch die Frage des Börsengangs zu diskutieren. Ich weiß, dass sich die Regierung darum bemüht. Aber wenn man ehrlich ist, muss man sagen: Die Bilanz an Transparenz, das, was Sie an Fakten gebracht haben, seit das Ministerium nicht mehr in SPD-Hand ist, ist dünn. Das muss man ehrlich sagen. Ich weiß aber auch, dass in den Häusern kaum etwas vorhanden ist. Ich weiß es. Der frühere Finanzminister war bei uns in der Fraktion und hat uns gesagt – der gesamten Fraktion, keine geheime Sitzung –: Die Kohlezahlen haben wir im Haus nicht im Detail. Sie sind uns genannt worden und werden eingestellt.

Und bei Helmut Linssen wird es nicht anders sein. In der Staatskanzlei ist ebenfalls Fakten-Ebbe. Das heißt, es gibt dort wenig an Faktenwissen. Der Bundesrechnungshof hat die Steinkohlefinanzierung untersucht und hat gesagt: Nur das Unternehmen hat die Zahlen.

Da müsste dieses Parlament, wenn es einen gewissen Anspruch an seine Arbeit hätte, sagen: Dies kann nicht nur Sache der Regierung sein; das Parlament muss nachher die Hände für Gelder hochheben, die über die nächsten Jahre hinweg in die Milliardenbeträge gehen werden. Auch das Parlament müsste sich an dieser Stelle damit befassen, wie die Finanzierung im Detail aussieht und wie im Detail ab dem Jahre 2009 Gelder zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Ich habe das ja in den Verhandlungen erlebt. Frau Thoben, im Mai 2004 hat es eine Vorlage des Bundesfinanzministeriums für den Haushaltsausschuss des Bundestages gegeben. Da standen die Kosten im Detail drin. Da stand auch noch drin: Altlasten jährlich 440 Millionen € bis 2012. Dann habe ich bei Ihnen als neuer Regierung angefragt – auch in der Hoffnung, dass man mehr Details bekommt –, wie sich dieser Betrag im Detail zusammensetzt. Dann ist im August 2005 die Antwort gekommen: Das war nur eine vorläufige Modellrechnung; in Wirklichkeit betragen die Altlasten jetzt 513 Millionen €. Die tatsächliche Unternehmensrechnung konnten oder wollten Sie mir dann aber nicht geben, weil Sie gesagt haben – das steht in der Antwort drin –, das seien geheime Unternehmensdaten.

Da sage ich jetzt an die Kollegen Brockes, Droste und andere gerichtet: Da müsste das Parlament sagen, wenn wir die Hände für Mittel in dieser Größenordnung hochheben sollen, müssen wir auch die Fakten erfahren. Wir alle wissen ja, dass ab dem Jahre 2009 noch gezahlt werden muss; bei über 30.000 Leuten kann man nicht schlagartig aussteigen, und wenn man da einmal ein bisschen vernünftig herangeht, dann weiß man auch, dass die Beträge, die auf uns bis zum Jahre 2015 zukommen, für das Land bei 2 Milliarden € liegen werden. Ich wünsche ja allen, dass das Land sparen kann, aber die Beträge werden in die Größenordnung von 2 Milliarden € – etwas mehr oder weniger – gehen. Dann müsste sich dieser Landtag auch darüber informieren, wofür die Gelder im Detail tatsächlich notwendig sind. Das ist der eine Teil.

Deswegen stellen wir den Antrag, einen solchen Projektausschuss einzusetzen.

Sie erhalten die Transparenz sonst nicht. Wir erreichen diese aber vielleicht über den Ausschuss.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das können Sie nicht der Landesregierung anlasten!)

– Vorsichtig. Ich spreche Sie jetzt als Kollegen des Parlamentes an.

Wenn wir einen Ausschuss haben und der Landtag sagt, wir wollen bestimmte Fakten haben, dann wird die andere Seite nicht darum herum kommen, diese Information zu liefern.

Ich will auch den Börsengang ansprechen. Wir befassen uns mit einem Thema, das rund 100.000 Leute betrifft. Es geht um die Frage, wie der Börsengang möglich ist. Wir hatten eigentlich einen Konsens darüber, dass es vernünftig ist, den weißen Bereich der Kohle – Degussa, Steag und Immobilien – vom schwarzen Bereich zu trennen und die Haftungsfrage zu lösen. Diesen Konsens gibt es ja bisher.

Auch bei diesem Thema müssten wir uns im Detail mit den Fragen beschäftigen. Ich bin froh, dass Werner Müller am 23. August in den Wirtschaftsausschuss kommt und wir die Chance haben, mit ihm mehrere Stunden im Detail zu reden.

Meine Einschätzung ist nach den Erfahrungen, die ich in den Jahren 2003 und 2004 bei den Verhandlungen gemacht habe, dass wir als Parlament wesentlich intensiver an dieses Thema herangehen müssen. Das ist nicht nur eine Sache der Ministerin. Die Auseinandersetzung zwischen Unternehmen und Regierung läuft ja. Die ist zwar nicht angesprochen worden, aber unterschwellig läuft sie in aller Härte.

(Zuruf von Dr. Axel Horstmann [SPD])

– Herr Dr. Horstmann, ganz vorsichtig. Nach dem, was ist darüber mitbekomme, was gegen den Staatssekretär im Wirtschaftsministerium läuft, kommen dort unter der Gürtellinie die harten Bandagen zum Einsatz. Auch in diesen Prozess müsste sich das Parlament einmischen und sagen, es gehöre zu seinen Aufgaben, sich mit den Details und der Finanzierung zu befassen. Es geht darum, dass wir tatsächlich wissen, wofür wir nachher die Hand heben und ein Steinkohlebeihilfegesetz über sechs oder sieben Jahre verabschieden, wie das eigentlich sachlich notwendig ist. Das darf nicht wieder versteckt werden. Die bittere Erfahrung war doch, dass Teile der Gelder nie im Haushalt ausgewiesen worden sind. Was in diesem Jahr als gesamte Bugwelle in der Größenordnung von 600.000 Millionen € ausgezahlt wird, hat in keinem Haushalt gestanden. Sie war aber Teil der 97er Absprache und ist gedeckt gewesen. Aber sie hat nie in einem Haushalt gestanden. Wir haben rückwärts in allen Haushalten nachgeforscht, aber es hat nirgendwo gestanden.

Es geht darum, dort Transparenz hineinzubringen. Dieses Haus sollte im Detail wissen, worüber es beschließt. Das ist notwendig. Ich bitte die CDU und die FDP, aber genauso die Kollegen der SPD darum, gemeinsam zu argumentieren, es sei Aufgabe dieses Parlamentes, sich mit den Details zu befassen, um nachher qualifiziert entscheiden zu können. Es würde den Sozialdemokraten auch keinen Schaden zufügen, an der Stelle zu sagen: Jawohl, lasst uns das machen. – Wir wissen alle, dass wir für die Kohle Geld ausgeben müssen.

(Zuruf von Dr. Axel Horstmann [SPD])

– Vorsichtig, Herr Dr. Horstmann! Was Transparenz angeht, haben wir beide bitterböse Erfahrungen gemacht.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Wir haben Sie immer überzeugt! Sie haben immer mitbeschlossen!)

Ich appelliere an die Sozialdemokraten, einmal zu überlegen, ob es nicht auch aus ihrer Sicht strategisch absolut richtig wäre zu sagen: Jawohl, wir machen einen Projektausschuss. Wir bringen Transparenz hinein. Das, was die Kohle braucht, um den Prozess sozialverträglich, ohne Entlastung in die Arbeitslosigkeit, gewähren wir. Darin bestand unser Konsens, dass keiner in die Arbeitslosigkeit geht. Das, was benötigt wird, wird zur Verfügung gestellt, aber in ganz klarer und transparenter Weise. Wir wären aus meiner Sicht gut beraten, wenn wir das gemeinsam machen würden. Es wäre auch vernünftig, wenn die sozialdemokratische Fraktion diesen Prozess mitmachen würde. Ehrlich gesagt, die anderen Kollegen kämen dann auch unter Zugzwang, und es wäre schwierig, an der Stelle noch Nein zu sagen. Wir hätten dann die Transparenz, die das Parlament braucht. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Thoben das Wort.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das RWI Essen hat eine Streitschrift zur Öffentlichkeitsarbeit des Gesamtverbandes des Steinkohlebergbaus vorgelegt. Was passiert? – Es äußern sich die üblichen Verdächtigen. Herr Römer äußert sich abfällig.

(Christian Lindner [FDP]: Herr Römer bekommt auch Geld dafür! – Weitere Zurufe)

Dr. Axel Horstmann: Augen zu und durch, ohne jeden Zweifel, ohne jede Rückfrage, Börsengang sofort.

Der Gesamtverband überwindet nach einigen Tagen seine Schreckstarre. Das hat er so noch nicht erlebt. Da traut sich tatsächlich jemand – übrigens ein renommiertes Institut, von dem sich auch die vorige Landesregierung in einigen Fragen gegen Bezahlung hat beraten lassen –, die Öffentlichkeitsarbeit und die volkswirtschaftliche Stringenz der Öffentlichkeitsarbeit deutlich zu hinterfragen.

Meine Damen und Herren, worum geht es? – Wir haben eine Koalitionsvereinbarung in Nordrhein-Westfalen. Wir haben uns vorgenommen, aus dem subventionierten Bergbau sozialverträglich auszusteigen. Gegenstand der Vereinbarung ist aber auch, zumindest Teile der frei werdenden Mittel für Innovation, Wachstum und Beschäftigung einzusetzen.

Und wie argumentiert der Gesamtverband? – Kurz zusammengefasst: Je mehr es kostet, umso besser für Nordrhein-Westfalen. Denn Nordrhein-Westfalen zahlt ja nur 20 bis 25 %, der Rest kommt vom Bund und von anderen Steuerzahlern, also profitieren wir.

Das wird sogar schriftlich der Öffentlichkeit mitgeteilt. Diese Äußerung nimmt das RWI auseinander. Ich sage nachdrücklich: Gut so, überfällig!

(Beifall von CDU und FDP)

Alternative Verwendungen der Gelder, wie wir sie in der Koalition vereinbart haben, werden noch nicht einmal andeutungsweise in den Blick genommen, schlicht als Möglichkeit gelehnet. Also: Immer weiter so wie bisher. Dazu sagen wir deutlich: Mit uns nicht.

Besonders notwendig, ja überfällig ist auch eine Auseinandersetzung mit dem, was der Verband als Reserve propagiert und was üblicherweise national wie international darunter verstanden wird. Ich darf aus dem Statusbericht der Bundesregierung zur Energieversorgung die entsprechende Passage zitieren. Dort heißt es – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

„Erdöl, Kohle, Erdgas und Uran sind erschöpfbare Rohstoffe, die nur für einen begrenzten Zeitraum zur Verfügung stehen. ... Wichtig ist insbesondere die Unterscheidung der Begriffe Reserven und Ressourcen. Reserven umfassen die sicher nachgewiesenen und mit bekannter Technologie wirtschaftlich gewinnbaren Vorkommen. Ressourcen sind Vorkommen, die entweder noch nicht wirtschaftlich zu fördern oder die noch nicht sicher nachgewiesen sind,

aber aufgrund geologischer Indikatoren erwartet werden.“

Das RWI sagt in seiner Streitschrift zum selben Sachverhalt – zugegebenermaßen eine etwas zugespitzte Formulierung – nichts anderes an die Adresse des Steinkohlenverbandes, der das leugnet, was ich ebenfalls zitieren darf:

„Der Gesamtverband transportiert die Vorstellung, mit der tief in der Erde liegenden heimischen Steinkohle verfüge Deutschland über strategisch bedeutende nationale Energiereserven. Dabei wird zum einen über die größere Bedeutung der im Gegensatz zur Steinkohle ohne Subvention auskommenden Braunkohle hinweggegangen. Deutschland verfügt über 22,5 % der weltweiten Reserven an Weichbraunkohle und ist der größte Braunkohleproduzent der Welt. Zum anderen ist die Charakterisierung der heimischen Steinkohlevorkommen als Reserve schlichtweg falsch. Welche Rohstoffreserven für ein Land faktisch relevant sind, lässt sich nicht an der grundsätzlichen physischen oder rechnerischen Verfügbarkeit, sondern ausschließlich an der Kosteneffizienz festmachen. Deutschland verfügt aber bereits seit langem über keine einzige Tonne Steinkohle, die wirtschaftlich abgebaut werden kann.“

(Beifall von CDU und FDP)

Was ist an einer solchen Dokumentation mit Quellenangabe aus den Veröffentlichungen des Steinkohlenverbandes sträflich?

Die durch die Streitschrift ausgelöste Debatte ist mehr als notwendig und hilfreich, weil die bisherige Steinkohlepolitik unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten höchst problematisch ist. Deshalb kommen wir in unseren Koalitionsvereinbarungen zu dem Ergebnis.

Natürlich haben wir einen langen Weg hinter uns, Herr Horstmann. Das bestreitet doch keiner. Wir kommen aber zu dem Ergebnis, dass wir konkrete Schritte zum Weg aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau gehen wollen.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage Ihres Kollegen Dr. Horstmann?

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Bitte schön.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön.

Dr. Axel Horstmann (SPD): Frau Ministerin Thoben, nachdem Sie Einzelteile zitiert haben, interessiert mich doch, ob Sie sich die RWI-Streitschrift zu Eigen machen. Ich beziehe das insbesondere auf die Aussage, dass die Steinkohlefinanzierung heute Arbeitsplätze vernichtet und keine Arbeitsplätze sichert. Wenn Sie diese Auffassung teilen: Was folgt dann daraus für Ihre Position und Haltung zur künftigen Steinkohlefinanzierung ab dem 1. Januar 2009? – Dann sind ja die rechtlichen Bindungen ausgelaufen.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Sie hätten mich weiter anhören können, dann wüssten Sie, was ich für die kommenden Jahre vorhabe.

Ich mache mir doch eine Äußerung von einem Institut nicht in jedem Satz zu Eigen. Warum muss ich das? Ich sage aber: Der Eintritt in diese öffentliche Debatte ist mehr als hilfreich, weil das Auseinandersetzen mit der Wirklichkeit verweigert wurde.

(Beifall von CDU und FDP – Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das war nicht meine Frage!)

Die dazu erforderlichen Entscheidungen werden wir überlegt, sachorientiert und vor allem ohne zusätzliche Risiken für den Landeshaushalt treffen. Dazu brauchen wir Entscheidungsgrundlagen. Deshalb hat der Bundeswirtschaftsminister in Abstimmung mit der Landesregierung zwei Gutachten in Auftrag gegeben. Eines betrifft die sogenannten Ewigkeitskosten, welches wir im Sommer 2006 erwarten. Ein weiteres Gutachten wird sich mit verschiedenen Möglichkeiten einschließlich eines Börsengangs der RAG beschäftigen, um Zukunftsmöglichkeiten abzugreifen. Es soll in wenigen Wochen in Auftrag gegeben werden.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Ist das immer noch nicht in Auftrag gegeben?)

Außerdem haben Bund und Land die RAG aufgefordert, Auslaufrechnungen – beginnend mit dem Jahr 2012 als Basisszenario bis zum Jahre 2020 – in Zweijahresschritten zu erarbeiten. Diese Berechnung wird das Unternehmen in Kürze vorlegen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

Die Gespräche über Art und Umfang der weiteren Kohlefinanzierung laufen an, Herr Horstmann. Nordrhein-Westfalen hat sich im Rahmen der Koalitionsvereinbarungen ebenfalls vorgenommen, zusätzlich 750 Millionen € einzusparen. Wir hoffen, dass sich alle Beteiligten auf realistische

Gespräche einlassen. Ich bin da sehr zuversichtlich. Ich bin auch zuversichtlich, dass unsere seriöse und an der Sache orientierte Haltung zu Vereinbarungen führen kann. Diese Haltung der Landesregierung wird von einer breiten parlamentarischen Mehrheit getragen. Ich darf an den gemeinsamen Beschluss vom 16. März 2006 von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen in dieser Frage erinnern.

Was die Zukunft des RWI angeht, so sollte sich die SPD daran gewöhnen, dass es andere Meinungen gibt, die sich durchaus vernehmlich zu Wort melden. Sie helfen unserem Land in die Zukunft, weil sie Themen aufgreifen, die bisher verschlabbert wurden.

(Beifall von CDU und FDP – Dr. Axel Horstmann [SPD]: Nach einem Jahr noch nichts Neues! – Weitere Zurufe)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Der nächste Redner für die SPD-Fraktion ist Herr Abgeordneter Römer.

Norbert Römer^{*)} (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Ich will Herrn Droste in einem Punkt ausdrücklich Recht geben. Herr Droste, Sie haben mit Ihrer Bewertung Recht, die RWI-Veröffentlichung sei ein Pamphlet. Ich stimme Ihnen da ausdrücklich zu.

Deshalb ist es auch völlig unsinnig, dass Sie jetzt mit Ihrem Antrag versuchen, dieser sogenannten Streitschrift, einer Ansammlung von vielen Behauptungen, die durch ständige Wiederholungen nicht besser werden, nachträglich einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben.

Sie haben an einem Punkt deutlich gemacht, dass Sie sich als CDU-Fraktion die Ansicht zu Eigen machen, die Steinkohlesubventionen seien ausgeschmissenes Geld gewesen, um es drastisch zu sagen. Deshalb will ich als jemand, der die Frage, wie wir in den vergangenen mehr als 30 Jahren diesen rasanten Strukturwandel im Ruhrgebiet bewältigt haben, durchaus Bescheid weiß, sagen:

Die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen sind und bleiben stolz auf die Leistungen der Menschen, die diesen Strukturwandel so gestaltet haben, dass es nicht zu Brüchen, nicht zu sozialen Unruhen und auch und vor allen Dingen nicht zu politischen Radikalisierungen gekommen ist. Wir lassen diese Leistungen der Menschen auch durch solche Streitschriften nicht in den Schmutz ziehen.

(Beifall von der SPD)

Ich will Ihnen noch etwas sagen, weil es heute bei Ihnen und gerade bei der Ministerin eine wichtige Rolle spielt: Sie verweisen heute auf die Bedeutung des Braunkohlenbergbaus in Nordrhein-Westfalen. Gerade Ihnen von der Regierungskoalition möchte ich eines in Erinnerung rufen. Ich kann mich gut an die Auseinandersetzungen um die Zukunft des Tagebaus Garzweiler II erinnern, der in diesen Tagen in Betrieb geht. Herr Weisbrich, wir wissen beide, gerade aus den Reihen der CDU hat es viele Widerstände gegeben, auch aus den Reihen der nordrhein-westfälischen FDP. Die Grünen nenne ich in dem Punkt gar nicht, weil sie in der Energie- und Kohlepolitik noch nie ein zuverlässiger Partner waren und dies auch nie werden.

(Beifall von der SPD)

Aber die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben standgehalten und auch gegen viele Widerstände aus Ihren Reihen durchgesetzt, dass Garzweiler II planmäßig in Betrieb gehen kann. Frau Thoben, nur deshalb können Sie heute sagen: Jawohl, die Braunkohle in Nordrhein-Westfalen ist eine vernünftige und richtige Energiereserve. – Wenn wir auf Sie gehört hätten, gäbe es Garzweiler II heute nicht

(Beifall von der SPD)

und könnten Sie dies heute nicht so sagen.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter Römer, darf Sie Sie ganz kurz unterbrechen?

Norbert Römer^{*)} (SPD): Nein. Ich möchte durchreden. Ich habe noch 39 Sekunden.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das hätten wir nicht angerechnet.

Norbert Römer^{*)} (SPD): Ich will einen zweiten Punkt nennen, weil Ihnen das so wichtig ist. Sie stellen heraus, dass Sie Ihrer Sache so sicher sind, und zwar auch an diesem wichtigen Punkt, an dem es um die Frage der Versorgungssicherheit geht.

Ich antworte Ihnen mit einem kleinen Zitat. Ich zitiere – mit Genehmigung des Präsidenten – einen britischen Philosophen. Bertrand Russell sagt: Das Dilemma unserer Zeit ist, dass die Einfältigen ihrer Sache stets todsicher sind. – Das ist wirklich

ein Dilemma, dass Sie in diesem Punkt überhaupt nicht lernfähig sein wollen.

(Beifall von der SPD)

Lassen Sie uns in den Ausschüssen darüber streiten. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deswegen kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt, diesen **Antrag** in der **Drucksache 14/2101** einschließlich der beiden **Entschließungsanträge** in den **Drucksachen 14/2155 und 14/2167** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** zu **überweisen**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung dieser drei Anträge einstimmig beschlossen.

Wir kommen zu:

7 Das NRW-Ziel-2-Programm 2007 – 2013: EFRE- und ESF-Förderung konsequent und zukunftssichernd ausgestalten

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2108

Ich eröffne die Beratung. Als erste Rednerin hat Frau Abgeordnete Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielleicht geht es ja jetzt etwas konsensualer zu als bei dem Punkt davor. Das wäre die Mühe und den Schweiß der Edlen wert.

Ich räume auch direkt ein, dass unser Antrag – das ist offenkundig – in seinem Umfang und in seiner inhaltlichen Ausdifferenzierung für eine Plenarsitzung sicherlich ungewöhnlich ist. Aber wir wollten beweisen, dass wir uns ordentlich Gedanken über das Thema machen. Denn erstens geht es um viel Geld, zweitens betrifft es doch auch viele Regionen und damit viele Menschen in unserem Land.

Wir haben uns sehr bewusst für diesen Weg entschieden, um die Debatte über die Ausgestaltung der NRW-Ziel-2-Programme 2007 bis 2013, die in vielen Regionen des Landes und in vielen Verbänden zurzeit sehr intensiv geführt wird, stärker,

als dies bislang geschehen ist, in dieses Haus hineinzutragen. Denn bei der Formulierung der konzeptionellen Eckpunkte des neuen Ziel-2-Programms ist nicht nur die Exekutive, sondern im Sinne seines originären Gestaltungsauftrags auch der Landtag gefordert.

Wir haben das auch getan als Konsequenz aus den umfänglichen Beratungen im Hauptausschuss und im Wirtschaftsausschuss. Denn da wurde ja am Ende, obwohl die Regierung noch nicht gesagt hatte, wie sie es genau machen will, ein entsprechender Antrag der SPD schon abschließend abgestimmt. Wir wollen Sie zwingen, sich zu den Punkten zu bekennen.

Nun zum Inhalt! Da besteht ein breiter Konsens: Das zukünftige Ziel-2-Programm muss sich noch stärker auf die Förderung von Innovationen ausrichten. Diese Fokussierung ist nicht nur richtig, sondern mit Blick auf die seitens der EU vorgegebene Verknüpfung der Strukturpolitik mit den Zielen von Lissabon unabdingbar.

Voraussetzung hierfür ist ein kohärenter Dreiklang von Wissensproduktion, Wissensverbreitung und Wissensqualifizierung. Es muss uns gelingen, nicht nur immer neues Wissen zu schaffen, sondern dieses neu geschaffene Wissen auch in die Breite zu tragen. Es muss aus dem Kontext der akademischen Forschung anwendungsorientiert in die Unternehmen, insbesondere in kleine und mittlere Unternehmen, getragen werden. Wir müssen in einem dritten Prozessschritt dafür sorgen, dass in den Unternehmen dieses Wissen auch von qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgesetzt wird. Nur so kann NRW seine Innovationsfähigkeit sichern und weiterentwickeln.

Wichtig ist ferner, die Förderung der Innovationsfähigkeit als einen Politikbereich zu verstehen und zu verankern, der querschnittsorientiert angelegt ist. Das gilt insbesondere für die Bildungspolitik. Insofern bin ich zutiefst davon überzeugt, dass jene, die aus Pisa nicht die richtigen Rückschlüsse ziehen und weiter auf die frühschulische Selektion statt auf die Entwicklung aller Potenziale in der Spitze und in der Breite setzen, die Innovationsfähigkeit des Landes verspielen und die Lissabon-Ziele nie erreichen werden.

Meine Damen und Herren, in unserem Antrag sprechen wir uns für den Wettbewerbsansatz und die Vergabe von Fördermitteln auf der Grundlage von Wettbewerb aus. Wir sagen: Wettbewerbliche Vergaben schaffen eine Anreizfunktion und können somit qualitätssteigernd wirken.

(Zuruf: Willkommen im Club!)

Nur: Dies setzt die Formulierung von Kriterien voraus, von Kriterien, die als Orientierung für die Regionen und Projektträger, als Entscheidungshilfen für die Wettbewerbsjuroren und als Überprüfungshilfe im Zuge abschließender Evaluierungen fungieren können und müssen. Überdies lassen sich auf der Grundlage dieser Kriterien etwaige Sollbruchstellen definieren, um in bestimmten Situationen Projekte, die nicht so ergebnisorientiert zielen – wir haben ja einige Beispiele, bei denen das nicht geklappt hat –, ohne sich dem Vorwurf politischer Willkür auszusetzen, auch nach Anlaufen noch stoppen zu können.

Unser Antrag zielt somit darauf ab, solche Kriterien zu entwickeln und damit den bislang zumeist eher allgemein konzipierten Wettbewerbsansatz zu operationalisieren. Das sind Kriterien wie die Übertragbarkeit des Projekts auf andere Beispiele, Best Practice, regionalwirtschaftliche Hebelwirkungen des Projekts in Form von gesicherten oder zusätzlich zu schaffenden Arbeitsplätzen, die Fähigkeit des Projektträgers, eigene Mittel einzubringen oder zusätzliche private Drittmittel einzuwerben, der Grad der KMU-Einbindung und Beiträge zur gleichberechtigten Teilhabe von Mann und Frau.

Für uns ist aber auch klar, dass es mit Blick auf die sehr unterschiedlichen Teilnahmevoraussetzungen der einzelnen Regionen kein einheitliches Wettbewerbsmuster geben kann und darf. Es bedarf sehr unterschiedlicher Wettbewerbsmuster: sowohl solcher, die auf die Entwicklung internationaler Exzellenzen abzielen, als auch solcher, die auf eine solide Breitenentwicklung in den Regionen abzielen.

Zu entwickeln sein wird aber auch ein Instrument, das Brücken schlägt und regionale Spill-over-Prozesse forciert. Im Rahmen unseres Antrags haben wir dieses Instrument Partnerschaftswettbewerb genannt, verstanden als einen Wettbewerb, bei dem es um die Förderung von Gemeinschaftsprojekten geht, an denen zumindest ein Partner aus einer als strukturschwach definierten Region beteiligt ist.

Meine Damen und Herren, unser Antrag versucht aber auch aufzuzeigen, dass wettbewerbliche Vergaben an Grenzen stoßen und es Bereiche gibt, die sich einer Anwendung dieses Vergabepinzips grundsätzlich entziehen. Das gilt unserer Einschätzung nach vor allem in Verbindung mit der Förderung städtischer Problemgebiete. Denn hier, wo es um die präventive Verhinderung von sozialen, ethnischen oder demographischen Segregations- oder Destabilisierungsprozessen geht, muss auch weiterhin die Logik der Aus-

gleichsförderung und damit die Vergabe nach Bedürftigkeit gelten.

Zur Umsetzung des Ausgleichsziels wird es erforderlich sein, dass ein bestimmter Teil der Mittel – genau wie die Landesregierung gehen wir dabei von zumindest 50 % aus – in strukturschwache Regionen fließt. Dies setzt aber voraus, dass, obwohl das neue Ziel-2-Programm nicht mehr regional definiert sein wird, diese strukturschwachen Regionen definiert werden.

Die Landesregierung hat diesbezüglich lediglich ausgeführt, dass dem Ruhrgebiet eine zentrale, aber keine exklusive Rolle zukomme. Eine konkrete Benennung bestimmter Regionen hat sie nicht vorgenommen.

Unser Antrag tut dies. Neben dem Ruhrgebiet das bergische Städtedreieck, die Region Krefeld/Mönchengladbach, die Region Leverkusen und die Region Heinsberg – Vorschläge, die auf der Grundlage sozioökonomischer Indikatoren sicherlich nochmals überprüft werden müssen. Ich habe allerdings mit Interesse verfolgt, dass sich die CDU-Fraktion – ich verweise hier auf eine Erklärung von Frau Keller – zumindest in Bezug auf das bergische Städtedreieck unseren Überlegungen anzuschließen scheint. Also könnten wir hier doch „Butter bei die Fische“ tun.

Meine Damen und Herren, in unserem Antrag geben wir auf einige sich in Verbindung mit der Ausgestaltung des Ziel-2-Programms 2007 bis 2013 stellende Fragen Antworten. Gleichzeitig wirft unser Antrag aber auch eine Vielzahl von Fragen neu auf, zum Beispiel: Wie lassen sich die qualitativen und quantitativen Beschäftigungseffekte realitätsnäher abbilden? Wie lässt sich die Ziel-2-Förderung mit der Diskussion um das siebte Forschungsrahmenprogramm verknüpfen? Wie lassen sich die Akteure der vormaligen Regionalkonferenzen in die neuen Wettbewerbsstrukturen einbinden? Was bedeutet die von der EU für die neue Förderperiode vorgegebene Monofondsprogrammierung für Projekte, die aufgrund ihres speziellen Charakters bislang auf der Basis eines kombinierten Ansatzes sowohl aus dem EFRE als auch dem ESF gefördert wurden? Und: Wie lässt sich die nordrhein-westfälische ESF-Förderung entlang der Herausforderung des demographischen Wandels weiterentwickeln? – Auch diese Fragen werden wir in den zuständigen Fachausschüssen sicherlich noch intensiv zu diskutieren haben.

Diskutieren müssen wir auch nochmals unsere im Antrag formulierte Forderung nach einer transparenten Abbildung der Kofinanzierung im Haushalt

2007. Wir haben die diesbezüglichen Unzulänglichkeiten im Rahmen des gerade abgeschlossenen Haushaltsverfahrens wiederholt angesprochen und werden dies, sollte die Landesregierung nicht von ihrer bisherigen Strategie abrücken, auch im jetzt anstehenden Haushaltsverfahren tun. Das ist unsere Aufgabe. Wir hoffen allerdings, dass die Landesregierung einen Weg gefunden hat, auf das Instrument der dezentralen Kofinanzierung zu verzichten.

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf die hoffentlich intensiv stattfindende Debatte in den Fachausschüssen und hoffe außerdem mit Blick auf den konzeptionellen Charakter des eingebrachten Antrags, dass wir dort zu einem Austausch finden, der sich ein Stück vom üblichen durch unsere jeweilige Rolle als Oppositions- oder Koalitionsfraktion geprägten Debattenmuster unterscheidet.

Ich habe von Anfang an – auch bei der Diskussion über den SPD-Antrag – sehr dafür geworben, dass wir hier einen Konsens finden, weil es darum geht, für das ganze Land Politik zu machen, und weil das sehr stark auch von der kommunalen Farbe abhängt. Deswegen wünsche ich mir einen offenen Diskurs mit dem Ergebnis eines klaren politischen Signals aus diesem Hause Richtung Landesregierung. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die weiteren Beratungen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Als Nächster hat sich der Abgeordnete Dr. Berger von der CDU-Fraktion gemeldet. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Dr. Stefan Berger³⁾ (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir debattieren hier heute erneut über die europäische Strukturförderpolitik für Nordrhein-Westfalen in der laufenden und in der kommenden Förderperiode. Grundlage ist diesmal ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der in vielerlei Hinsicht einen begrüßenswerten Lernprozess in diesem Bereich offenbart.

Meine beiden verbliebenen Kolleginnen von Bündnis 90/Die Grünen,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wir sind prozentual mehr als Sie von Ihrer Seite! – Parl. Staatssekretär Manfred Palmen: Aber nur prozentual!)

ich möchte Ihnen eingangs versichern, dass Ihr Antrag es meiner Meinung nach verdient hätte, an

einer wesentlich prominenteren Stelle im Plenum behandelt zu werden, als das hier und jetzt der Fall ist. Dass dies nicht so ist, mag möglicherweise daran liegen, dass wir hier vor einigen Wochen zu später Stunde eine recht engagierte Debatte über den Antrag der CDU-Fraktion zum Lissabon-Prozess geführt haben, der schon viele Punkte und notwendige Maßnahmen vorweg benannt hat. Mit diesem Antrag scheinen wir einen Nerv bei Ihnen getroffen zu haben; denn anders ist nicht zu erklären, dass Sie jetzt einen

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Meine Motivation habe ich Ihnen doch genannt!)

– Sie haben es erwähnt – voluminösen 25-seitigen Antrag vorlegen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ohne Fleiß keinen Preis!)

Mir ist es leider nicht möglich, diesen Antrag Seite für Seite durchzugehen. Ich hätte nur 30 Sekunden Zeit pro Seite. Daher versuche ich es der Reihe nach.

Es ehrt Sie, dass Sie unter Punkt 1 Ihres Antrages noch einmal die Bedeutung der europäischen Strukturpolitik erläutern.

Auch Ihre unter Punkt 2 vorgenommene Zusammenfassung des NRW-Ziel-2-Programms in der laufenden Förderperiode ist sehr loblich und gut gelungen.

Es freut mich zudem, zu sehen, dass Sie auch die uns allen vorliegende Vorlage 14/37 und die Bilanz der Förderung durch die EU-Strukturfonds mit Datum vom 22. August 2005 mit verarbeitet haben.

Die weiteren Unterpunkte Ihres Antrages erinnern mich sehr an die Programmschwerpunkte, für die wir als Koalition der Erneuerung seit Monaten werben und eintreten. Ich nenne Ihnen einige Beispiele.

Niemand bestreitet die Notwendigkeit einer Balance von Ausgleichs- und Wachstumszielen bei der zukünftigen Ausrichtung der Strukturförderung, wie Sie das in Ihrem Antrag fordern. Art. 158 des damaligen EG-Vertrages schreibt als Ziel der europäischen Strukturpolitik ausdrücklich den Ausgleich interregionaler Disparitäten vor. Schon auf dieser Grundlage – weil Sie es eben angesprochen haben – wird das Ruhrgebiet zukünftig ein Förderschwerpunkt bleiben. Das ist völlig klar und, ich denke, jedem hier im Raum evident.

Wir haben uns darüber hinaus aber auch immer dafür stark gemacht, dass die mikrogeografische

Abgrenzung der Förderkulissen aufgehoben wird, weil sie nicht effektiv ist. Dass zukünftig auch außerhalb des Ruhrgebiets Kristallisationskerne in ganz Nordrhein-Westfalen gefördert werden, das ist vor diesem Hintergrund ein großer Erfolg unserer Koalition. Es ist so gesehen ein Zeugnis von begrüßenswerter Realitätsnähe, wenn Sie in Ihrem Antrag schreiben – ich zitiere mit Erlaubnis –:

„Das Ruhrgebiet ist eine strukturschwache Region, nicht aber die einzige strukturschwache Region.“

Klar ist für uns alle eines: Die Fördermittel müssen dort eingesetzt werden, wo sie den größten Nutzen stiften, und nicht an den Stellen, wo sie lediglich politisch opportun erscheinen.

Liebe Grüne, mir geht das Herz auf, wenn ich sehe, dass Sie langsam, losgelöst von den Sozialdemokraten, die heterogene Struktur unseres Landes wahrnehmen und anerkennen und dass sich ihr rot gefärbter Tunnelblick auf das Ruhrgebiet endlich auflöst.

Schade ist nur, dass dies jetzt erst in der Oppositionszeit passiert; denn ein vergleichbarer Antrag in den Jahren Ihrer Regierungsverantwortung war leider Fehlanzeige.

(Beifall von der CDU)

Im Gegensatz dazu ist es erfreulich, dass Sie die Position unseres Lissabon-Antrages übernehmen. Auch für Sie stehen die Förderung von Innovationen und Innovationsfähigkeit, die Instrumente des Clusteransatzes und der wettbewerblichen Vergabe der Fördermittel im Mittelpunkt des Interesses.

Wenn man dann auf den Beschlussteil Ihres Antrags schaut, der letztlich auch der entscheidende ist, dann wird dies noch deutlicher. Darin fordern Sie die Landesregierung auf, sich bei der Formulierung des NRW-Ziel-2-Programms 2007 bis 2013 an verschiedenen Eckpunkten zu orientieren. In diesem Zusammenhang betonen Sie, dass Sie die von der EU vorgenommene Verzahnung der Strukturpolitik mit den Lissabon-Zielen und die damit verbundene stärkere Betonung von Wachstumszielen richtig finden. Das fanden wir auch schon immer richtig. Zudem begrüßen Sie die landesweite Öffnung der Förderkulisse. Das fanden auch wir schon immer richtig. Und das hat die neue Landesregierung im Gegensatz zu der vorherigen erfolgreich durchgesetzt.

Es findet sich in Ihrem Antrag auch die Aussage, dass die Grundlage der zukünftigen nordrhein-westfälischen Innovationsfähigkeit auf einem

Dreiklang von Wissensproduktion, Wissensdiffusion und Wissensqualifizierung beruhen müsse.

Hierzu eine Anmerkung: In der letzten Lissabon-Debatte habe ich ausgeführt, dass in Nordrhein-Westfalen lediglich 41.000 Menschen in Forschung und Entwicklung beschäftigt sind. Im kleinen Baden-Württemberg hingegen sind es 76.000. 41.000 Menschen in Forschung und Entwicklung in Nordrhein-Westfalen, 76.000 im kleineren Baden-Württemberg! Daraufhin erwiderte Herr Priggen, dass man Porsche und Daimler-Benz in Baden-Württemberg herausrechnen müsste. Dann stünde man in NRW auf gleicher Augenhöhe.

Dieser Logik kann ich nicht folgen. Liebe Grüne, da muss man doch die Frage stellen: Warum finden diese Prozesse woanders statt und warum nicht bei uns? Der Grund dafür liegt an einer Erkenntnis, die Sie jetzt auch – leider zu spät! – in Ihrem Antrag formulieren. Ich zitiere noch einmal:

„Speziell im Ruhrgebiet sind die Fördermittel in der Vergangenheit oftmals mit der förderpolitischen Gießkanne verteilt worden.“

Ihre Aussage!

„Häufig war es nicht die Qualität des Projektes, sondern der kommunale Proporz, der eine Förderentscheidung begründet hat.“

Ihre Aussage!

„Dieser Weg darf in der neuen Förderperiode 2007 bis 2013 nicht fortgesetzt werden.“

Auch Ihre Aussage!

„Insofern sind die Überlegungen der Landesregierung, einen wesentlichen Teil der Strukturfondsmittel auf der Grundlage von Wettbewerbsstrukturen zu vergeben, zu begrüßen.“

Auch Ihre Aussage! – Da kann ich nur sagen: Herzlich Willkommen in der Wirklichkeit! Es freut mich, dass Sie wenigstens in Ihren eigenen Anträgen richtige und wichtige Positionen nicht einfach nur von uns übernehmen, sondern sie auch anerkennen.

In unserem Antrag zum Lissabon-Prozess haben wir die Landesregierung bereits Ende April dazu aufgefordert, für die Förderperiode 2007 bis 2013 für Nordrhein-Westfalen in Aussicht stehende Fördermittel effizient zu nutzen sowie bei der Umsetzung die Gestaltungs- und Handlungsspielräume der neuen Fördervorgaben im Interesse Nordrhein-Westfalens optimal auszuschöpfen.

Wir haben die Landesregierung auch dazu aufgefordert, sich auf europäischer Ebene weiterhin dafür einzusetzen, dass künftig auch Drittmittel von privater Seite als nationale Kofinanzierungsbeiträge anerkannt werden können.

Erstmalig hat sich die nordrhein-westfälische Landesregierung dafür eingesetzt, dass EU-Gelder zukünftig nicht mehr für die Verlagerung von Betrieben ins Ausland verwendet werden dürfen.

Anderthalb Monate vor Ihrem Antrag – auch das ist erwähnenswert – haben wir auf knapp einer Seite, nicht auf 25 – ich gebe es ja zu! –, die wesentlichen Punkte der europäischen Strukturförderpolitik von 2007 bis 2013 konkret benannt. Die Öffnung der Förderkulisse, die Stärkung des Wettbewerbs spielt für uns dabei – das ist auch völlig klar – die zentrale Rolle. Der Wegfall der mikrogeografischen Abgrenzung der Förderkulisse verhindert Wettbewerbsverzerrungen und garantiert mehr Flexibilität bei der regionalen und thematischen Steuerung der Fördermittel. Es ist ja auch logisch: Diejenigen, die sich jahrelang damit beschäftigt haben, haben nachher gesehen, dass sich die Grenzen der Mittelvergabe teilweise durch Stadtgrenzen ziehen können. Das war auch nicht logisch. Neben dem Förderschwerpunkt Ruhrgebiet gilt es vor diesem Hintergrund, Projekte in ganz Nordrhein-Westfalen zu fördern. Hierbei sollten die Fördermittel, so weit wie möglich, im Wettbewerb der Regionen um die besten Ideen und Konzepte vergeben werden.

Bei der künftigen Ausgestaltung der Förderprogramme – auch das sehen wir – muss ein Schwerpunkt auf kleinere und mittlere Unternehmen und Existenzgründer gelegt werden. Hierbei sollten vor allem die Verbesserung des Marktzugangs, die Finanzierungsbedingungen und die Stärkung des Wachstumspotenzials in der mittelständischen Wirtschaft im Mittelpunkt stehen. Nur so kann es gelingen – auch das ist jedem hier im Hause klar –, die Gründungs- und Mittelstandslücke, die wir alle seit Jahren beklagen, die diese Regierung endlich anerkennt und auch entsprechend behandeln will, insbesondere auch im Ruhrgebiet zu schließen.

Den Themenfeldern „Innovation“ und „wissensbasierte Wirtschaft“ muss dabei im Sinne der Lissabon-Strategie besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Unsere Ziele sind – auch das ist klar – in Zusammenarbeit der Ministerien für Wirtschaft sowie Wissenschaft und Forschung leistungsstarke Netze aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen und innovativen Unternehmen.

Wenn Sie sich diese Grundlage einmal anschauen, was die Landesregierung bisher umgesetzt und erreicht hat, dann werden Sie schnell feststellen, dass endlich positive Tatsachen geschaffen wurden. Die Verhandlungen über die Strukturmittel auf europäischer Ebene stehen kurz vor dem Abschluss. Demnach wird Nordrhein-Westfalen mit ca. 2,2 Milliarden € Mittel in ähnlicher Höhe wie in der zurzeit laufenden Förderperiode erhalten. Wer hätte das vor wenigen Monaten gedacht?

(Wolfram Kuschke [SPD]: Ich!)

– Sie, Herr Kuschke. Freut mich!

Hinzu kommt, dass privates Kapital zur nationalen Kofinanzierung angerechnet werden könnte.

Die nicht erstattungsfähige Mehrwertsteuer wird weiterhin EU-weit zuschussfähig bleiben.

Das alles ist nicht zuletzt dem hartnäckigen Einsatz der Landesregierung unter Federführung von Ministerin Thoben und Minister Breuer zu verdanken, die hierfür Hand in Hand mit Bundeskanzlerin Merkel in Brüssel gestritten haben. Auch das sollte man an dieser Stelle erwähnen.

Wir als Koalition der Erneuerung haben in den vergangenen Monaten die Strukturförderthematik intensiv begleitet und werden sie auch weiterhin intensiv begleiten.

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf eine konstruktive Debatte im Hauptausschuss nach der Sommerpause auf der Basis unseres Lissabon-Antrags und auf der Basis Ihres 25-seitigen Antrages. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als Nächster hat der Abgeordnete Eiskirch, SPD-Fraktion, das Wort.

Thomas Eiskirch (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Löhrmann hat vorhin gesagt: Wir wollen zeigen, dass wir uns ordentlich Gedanken gemacht haben. – Das haben Sie, keine Frage; Sie haben sich sowohl ordentlich Gedanken gemacht als auch das gezeigt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wie man das im Ruhrgebiet so sagt: hat sich ordentlich Gedanken gemacht!)

– Keine Frage! – Wenn in unseren Kreis irgendwann wieder einmal ein neuer Kollege oder eine neue Kollegin käme und mich fragen würde, wo

man eine gute, kurze und verständliche Zusammenfassung, einen Überblick über das bekommt, was Ziel 2 bedeutet, dann würde ich sagen: Guck mal in den Grünen-Antrag zum Plenum am 22. Juni 2006! Da kann man sich einen ganz guten Überblick verschaffen.

Das Ganze ist ja eher ein Kleinkompodium als ein Antrag. Ich finde den Antrag gut und verständlich. Ich glaube allerdings, dass an der ein oder anderen Stelle ein falscher Schluss gezogen wird. Ich bin bezüglich der Gießkanne etwas anderer Auffassung, und ich glaube eigentlich nicht, dass wir Prozentsätze für das Revier brauchen – ganz im Gegenteil –, und bei Leverkusen finde ich es, was die Daten angeht, ein bisschen fraglich, ob wir mehr als ein sozioökonomisches Kriterium finden, was die Bedürftigkeit dort begründet.

Aber das sind Dinge, über die wir meines Erachtens – und so ist der Antrag auch ausgelegt – miteinander einen Diskurs eintreten sollten. Ich denke, der Antrag macht auch deutlich, dass er in den Ausschuss gehört und dass wir ihn dort in der nötigen Breite und mit der nötigen Ruhe diskutieren sollten. Es wäre nicht angemessen, in einer kurzen Plenardebatte etwas, was so ausführlich aufgefächert ist und wo es in der Umsetzung hinterher ums Detail geht, soeben nebenbei zu machen. Ich fände es also schön, wir würden uns alle die Zeit und die Ernsthaftigkeit nehmen, daran gemeinsam zu arbeiten, um nach Möglichkeit zu einer gemeinsamen Auffassung zu kommen. Sicher, dass uns das gelingt, bin ich mir allerdings nicht.

Ich möchte also nicht in die Tiefe dieses Antrags gehen, sondern nur ganz konkret auf drei Punkte eingehen.

Erstens: Wachstums- und Ausgleichsziele im EFRE-Programm. Ich glaube nicht, dass es um ein Nebeneinander geht, sondern Ausgleichs- und Wachstumsziele müssen miteinander erreichbar sein. Die Wachstumsziele müssen so verfolgt werden, dass die Ausgleichszielerreichung nicht gefährdet wird. Dort, wo man Wachstumsziele verfolgt, darf man dies nicht so tun, dass die Ausgleichszielerreichung weiter erschwert wird. Das wäre nicht im Sinne des Erfinders und das sollten wir nicht tun.

(Beifall von der SPD)

Wer zum Beispiel bei der Innovationsförderung, der Gründungs- und der KMU-Förderung nur die Wachstumsziele im Auge hat, der springt zu kurz und wird die Regionen, die noch Nachholbedarf haben, weiter abhängen, anstatt sie heranzuholen, und somit das Ausgleichsziel immer weiter

aus dem Auge verlieren. Die Wachstumszielorientierung darf nicht dazu führen, dass die Schere immer größer wird und somit die Ausgleichsziele immer unerreichbarer werden. Also lassen Sie uns gucken, wie wir damit umgehen, Wachstums- und Ausgleichsziele so miteinander zu verknüpfen, dass wir nicht vornehmlich nur das eine im Auge haben.

Zweitens: Fördergebietskulisse. Ich sage ganz offen: Ich war auch dagegen, weiterhin irgendwelche Grenzen zu ziehen, die straßenscharf sagen, wo ein Fördergebiet ist und wo nicht. Aber die Aufhebung der Fördergebietskulisse soll nicht durch Beliebigkeit ersetzt werden. Dass ich machen kann, was ich will und wo ich es will, ist nicht Sinn und Zweck der Aufhebung der straßenscharfen Fördergebietskulisse, meine Damen und Herren.

Wenn man glaubt, man könne überall im Land fördern – nach dem Motto: wenn es nicht dem Ausgleichsziel gilt, dann gilt es eben dem Wachstumsziel, irgendeinem Ziel wird es schon dienen –, dann kann ich nur sagen: Wenn Sie uns in der Vergangenheit das Prinzip Gießkanne vorgeworfen haben, wäre das das Anwerfen eines Rasensprengers.

(Beifall von der SPD)

Da wäre ich sehr vorsichtig. Wir sollten genau hinschauen, dass das nicht passiert, und sehr zurückhaltend damit umgehen.

Ich bin sehr dafür, dass wir für die Gebietskulisse – die dann keine straßenscharfe Fördergebietskulisse mehr ist, sondern eine Kulisse, zu der man Kriterien finden muss, wo Ausgleichsziele besonders verfolgt werden sollen – die Indikatoren zur Festsetzung der Fördergebietsbereiche für die Ausgleichszielverfolgung miteinander vereinbaren.

Ich sage ganz klar Ja zum Wettbewerb. Das haben wir auch in den letzten Wochen und Monaten nicht anders getan. Aber ich meine damit einen Wettbewerb in den Bereichen – ohne diese straßenscharfe Grenzziehung, in denen die Ausgleichszielerreichung notwendig ist. Es müssen objektive sozioökonomische Kriterien zugrunde gelegt werden, Kolleginnen und Kollegen, um diese Zielgebiete miteinander zu definieren.

Der Zukunftswettbewerb Ruhr ist ein Beleg dafür, wie Wettbewerbe konzipiert sein sollten. Generell gilt: Mittel werden, wo immer möglich, im Wettbewerb innerhalb der strukturschwachen Regionen vergeben – nicht nur zwischen Regionen, was Wachstumsziele angeht, sondern auch, was Ausgleichsziele angeht, innerhalb der Regionen. Die Wettbewerbsvoraussetzungen müssen fair und

transparent sein. Schlechtere Startbedingungen müssen dazu führen, dass man erst recht eine Chance und nicht schlechtere Startbedingungen in diesem Wettbewerb hat. Das System der Wettbewerbe muss die Startvoraussetzungen, das heißt die sozioökonomischen Indikatoren, der Region berücksichtigen.

Die Ziel-2-Mittel sollen sich dort nach ebendiesen Kriterien verteilen. Man muss aber schauen, dass Kooperationen berücksichtigt werden können, ohne das Grundziel zu negieren. Ich bin durchaus dafür, dass dies an solchen Festlegungen nicht scheitern sollte. Ich glaube, da sind wir auf einem einvernehmlichen Weg.

Ich meine aber auch, dass wir uns die Gebietskriterien, die dafür infrage kommen, noch einmal genau ansehen sollten. Beim bergischen Dreieck bin ich mittlerweile ein ganzes Stück näher bei Ihnen, Frau Löhrmann. Bei Leverkusen, aber auch in anderen Bereichen würde ich ganz gerne noch einmal gucken, ob das so richtig ist. Ich persönlich glaube, das ist nicht der Fall, sondern es wird das Ruhrgebiet und das bergische Städtedreieck sein. Sonst hat man irgendwann zu viele Gebiete, wohin der Ausgleich angeblich muss, und dann ist man schließlich auch dort, wo man eben nicht zielgenau die Regionen trifft, in denen die Ausgleichsziele am dringendsten zu erreichen sind.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, glaube ich auch nicht, dass wir einen Prozentsatz für das Ruhrgebiet oder andere Regionen brauchen. Ich meine, dass wir bei fairen Bedingungen zur Schaffung der Gebietskulisse, also der Gebietskriterien, und bei fairen Bedingungen, wenn man die Wettbewerbskriterien festlegt, ein starkes Ruhrgebiet in diesem Prozess haben werden, das deutlich mehr als die von Ihnen im Antrag beschriebenen mindestens 50 % erreichen wird, weil es diese zum einen braucht, aber weil es auch die Kraft in den Projekten haben wird, diese zu bekommen. Ich wäre darüber sehr froh.

(Beifall von Wolfram Kuschke [SPD] – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Umso besser! – Zuruf von Ministerin Christa Thoben)

– Ja, ich bin nicht jeden Tag auf Krawall gebürstet, Frau Thoben. Ich weiß, Sie mögen das lieber, aber es ist heute nicht so.

Dann sind Sie uns noch ein Konzept schuldig zum Thema „privates Geld“. Sie haben hier groß und breit angekündigt, Sie würden das hinbekommen, privates Geld mit hereinzuziehen. Ich weiß bis heute nicht, wie es im laufenden Förderzeitraum aussieht. Dazu habe ich keine neuen Erkenntnisse. Wenn Sie welche haben, wäre ich sehr froh,

wenn Sie uns diese gleich kundtun würden. – Und wie sieht es in der neuen Periode aus? Da gibt es bis jetzt auch noch keine endgültig festgelegte ...

(Ministerin Christa Thoben: Doch!)

– Sie gibt es mittlerweile? Wir bekommen es nicht rein?

(Ministerin Christa Thoben: Doch!)

– Doch, wir bekommen es rein. 85 % war doch die Grenze. Wunderbar.

Dann möchte ich gerne zu dem Punkt kommen: Wenn es denn einbezogen werden kann, wäre es sehr notwendig, dass Sie uns ein Konzept vorlegen, wie es einbezogen werden kann. Es wäre wirklich fatal, wenn die Einbringung privaten Geldes mehr oder minder durch die Kriterienfestlegung Wettbewerbsvoraussetzung oder wettbewerbsbegünstigender Faktor wäre in den Ausgleichsbereichen, weil man schlicht und ergreifend diejenigen, die über diese Möglichkeiten strukturell nicht verfügen, sofort wieder einem Wettbewerbsnachteil anheim geben würde. Insofern wäre ein Konzept, wie es mit dem privaten Geld funktionieren soll, sehr vernünftig und richtig.

Lassen Sie mich noch einen dritten Punkt ansprechen, bevor ich zum Ende komme: die Transparenz der Ko- und Komplementärfinanzierung. Frau Thoben, ich wäre sehr froh, wenn die Herumeierei vorbei wäre. Es war wirklich ein Trauerspiel, wie im Ausschuss, in den Berichterstattergesprächen und in den Kleinen Anfragen herumgeieert wurde, wie für die laufende Förderperiode die Komplementärfinanzierung in den einzelnen Projekten aus den verschiedenen Haushalten aussieht.

Ich finde: Gerade bei den Summen, um die es in der laufenden Förderperiode und im letzten Jahr geht, ist Transparenz gegenüber dem Landtag mehr als gerechtfertigt. Ich bitte Sie, dafür zu sorgen.

Ich wäre auch dankbar dafür, Frau Ministerin Thoben, wenn Sie uns hier und heute sagen könnten, ob Ihr Ansinnen, ab dem Haushalt 2007 durch ein Zusammenziehen in Ihrem Haushalt eine Transparenz zu erlangen, gelungen ist oder ob wir auch im Haushalt 2007 schauen müssen, wo wir die einzelnen Zahlen finden.

Ich fände es gut, wenn ab 2007 die Herumeierei, was die Komplementärfinanzierung angeht, ein Ende hätte. – Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von Holger Ellerbrock [FDP])

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nächster Redner ist nun der Abgeordnete Brockes, FDP-Fraktion.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Meine Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Eiskirch, unser landwirtschaftspolitischer Sprecher, Herr Ellerbrock, gab mir gerade noch mit auf den Weg, Sie sollten doch bitte die eierdiskriminierenden Begriffe im Plenum vermeiden.

(Heiterkeit von Ministerin Christa Thoben – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ihr Fraktionsvorsitzender hat doch gesagt, dass Sie die Eier legen! Das hat Herr Stahl doch hier gesagt! – Holger Ellerbrock [FDP]: Das ist doch etwas Positives! Das ist doch in Ordnung! – Weitere Zurufe)

– Keine Sorge, Frau Löhrmann, solche Aufgaben geben wir auch gern weiterhin an diejenigen ab, die das besser können als wir im Parlament.

Meine Damen und Herren, es ist schon geäußert worden, dass anstelle der sonst in diesem Hause üblichen Anträge die Grünen passend vor der Sommerpause einen 22-seitigen Antrag zum Thema europäische Strukturfondsprogramme präsentieren.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Bis zum letzten Tag ordentliche Arbeit!)

Ich möchte allen Kolleginnen und Kollegen, die vielleicht noch nicht wissen, was sie in der Sommerpause als Urlaubslektüre mitnehmen sollen ...

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: So war das auch nicht gedacht!)

Herr Kollege Wißen, Herr Kollege Töns, falls Sie noch keine passende Urlaubslektüre haben und

(Edgar Moron [SPD]: Wir haben ja den Koalitionsvertrag!)

sich immer schon einmal mit dem Thema Europäische Strukturmittel beschäftigen wollten, kann ich Ihnen empfehlen: Nehmen Sie diesen Antrag der Grünen mit.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ich verstehe jeden, der lieber Krimis mitnimmt! – Wolfram Kuschke [SPD]: Herr Brockes, ich nehme Ihre Reden mit, damit ich sie verstehe!)

Darin sind sicherlich viele interessante und für den einen oder anderen neue Punkte enthalten.

Meine Damen und Herren, inhaltlich habe ich gegen den Antrag, was die ersten 18 Seiten betrifft,

wenig einzuwenden. Der Antrag enthält eine sehr gründliche Bestandsaufnahme und Analyse des laufenden NRW-Ziel-2-Programms und des künftigen Ziel-2-Rahmenprogramms. Er besticht außerdem durch eine große Liebe zum Detail, Frau Löhrmann.

Insgesamt ist er eine Fleißarbeit, bei der Sie sich jedoch sehr in Prosa ergehen. Wie in der Schule gilt daher meines Erachtens auch im Landtag: Der längste Aufsatz ist nicht unbedingt der beste. So wird leider auch nicht deutlich, Frau Kollegin, worauf Sie eigentlich hinauswollen. Als Handlungsauftrag für die Landesregierung taugt Ihr Antrag deshalb wenig. Ich möchte mich den Worten von Bill Clinton anschließen: Where is the beef?

(Bodo Wißen [SPD]: Meat! – Zurufe von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] und Svenja Schulze [SPD])

Meine Damen und Herren, anstelle eines klar formulierten Handlungsauftrages befindet sich am Ende des Antrags eine Liste mit Eckpunkten, an denen sich die Landesregierung bei der Formulierung des NRW-Ziel-2-Programms für die Periode bis 2013 orientieren soll.

Bei diesen Eckpunkten handelt es sich jedoch größtenteils um allgemeine Feststellungen aus dem Analyseteil. Zudem sind Ihre Überlegungen nicht gerade neu. Ein Großteil dieser Eckpunkte findet sich bereits in den Arbeitspapieren der Landesregierung.

So fordern Sie, dass die Clusterbildung weiter vorangetrieben werden soll. Endlich hat sich auch bei Ihnen die Erkenntnis durchgesetzt, dass eine Förderpolitik mit der Gießkanne oder dem – wie Sie es bezeichnen – industriepolitischen Füllhorn wenig taugt.

(Kopfschütteln von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

– Frau Kollegin Löhrmann, wie viele Jahre haben Sie diese industriepolitischen Füllhörner in der Landesregierung mitbedient?

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Weniger als Sie! – Heiterkeit von Ministerin Christa Thoben!)

– Zehn Jahre lang haben Sie das Spiel mitgemacht.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Ebenso begrüßen Sie in Ihrem Antrag die stärkere Ausrichtung auf den Bereich Innovation und die verstärkte Förderung von kleinen und mittelstän-

dischen Unternehmen. Da kann ich nur sagen: Willkommen im Club, Frau Löhrmann!

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das sagen wir schon lange!)

Auch der Gedanke, die Strukturmittel in Wettbewerbsverfahren zu vergeben, findet Ihre Zustimmung. Herzlichen Glückwunsch von unserer Seite; da sind wir schon längst. Insofern freut es mich sehr, dass die Grünen ihre in der alten Landesregierung gemachten Fehler einsehen und den Kurs der neuen Landesregierung zumindest im Bereich der Strukturpolitik unterstützen.

(Zuruf von Wolfram Kuschke [SPD])

Allerdings hätten Sie Ihre Begeisterung über die Politik der neuen Landesregierung auch mit wesentlich weniger Worten zum Ausdruck bringen können.

Alles in allem möchte ich deshalb resümieren, meine Damen und Herren: Der Antrag ist sehr ausführlich und interessant. Er geht in die richtige Richtung. Ich freue mich, dass auch die grüne Fraktion die Politik der Landesregierung in wesentlichen Punkten mitträgt.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Beim Kollegen Eiskirch habe ich eben bis auf wenige Punkte auch gemerkt, dass Sie eigentlich den Weg, den diese Landesregierung eingeschlagen hat, unterstützen.

(Widerspruch von Thomas Eiskirch [SPD])

Insofern freue ich mich auf die weitere Beratung über diesen Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun nimmt zu dem Antrag für die Landesregierung Frau Ministerin Thoben Stellung.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Grünen beschäftigen sich auf über 20 Seiten ausführlich mit dem gegenwärtigen und zukünftigen Ziel-2-Programm und unterstützen im Ergebnis die bisherigen Überlegungen der Landesregierung hierzu fast vollständig.

Sie befürworten die stärkere Ausrichtung des neuen Programms an der Lissabon-Strategie und die damit verbundene Öffnung der bisherigen Gebietskulisse. Herr Eiskirch, Ihre Anmahnung einer anderen Justierung als die der Landesregierung

kann nur darauf zurückzuführen sein, dass Sie hier noch ein bisschen frisch sind.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Das sagt sie immer!)

– Sie bieten immer wieder Beispiele dafür. – In der alten Förderperiode ging es praktisch ausschließlich um das Ausgleichsziel. Also gibt es jetzt, wenn ich ein zweites Ziel habe, eine Verschiebung. Die Frage, was von dieser Verschiebung in Brüssel akzeptiert wird, ist noch Gegenstand von Verhandlungen.

Deshalb liegen die Grünen nicht so völlig falsch mit dem Hinweis, möglicherweise müssen 50 % der Mittel über die ganze Förderperiode hinweg, also nicht beim einzelnen Projekt und nicht in jedem Jahr, für das Ausgleichsziel verausgabt werden. Wir wissen es noch nicht. Wir müssen es zunächst anmelden und zu Ende verhandeln.

Die Grünen unterstützen außerdem ausdrücklich die bisherigen Überlegungen, einen wesentlichen Teil der Mittel zukünftig über Wettbewerbe zu vergeben. Da gibt es unterschiedliche Erfahrungen, unterschiedliche Formen von Wettbewerben. Wir werden Ihnen nach der Sommerpause die Eckpunkte, wie wir uns diese Wettbewerbe vorstellen, vortragen können, damit wir das hier debattieren können.

Die Grünen bestärken die Landesregierung ausdrücklich in ihrer Ansicht, dass sich das Ruhrgebiet aufgrund seiner technologischen Potenziale durchaus erfolgreich diesem Wettbewerb stellen kann. Das teile ich.

Sie befürworten die Forderung der Landesregierung, dass die Vergabe der Fondsmittel mit der Bereitschaft zu stärkerer regionaler und interkommunaler Kooperation verknüpft wird. – Ja.

Sie stützen das vorrangige Ziel des neuen Ziel-2-Programms, einen Beitrag zur Erreichung des Ziels zu liefern, bei den FuE-Aufwendungen des Landes und der Wirtschaft mindestens einen Anteil von 3 % Brutto-Inlandsprodukt zu erreichen. Von daher ist der Antrag zu begrüßen.

Auf der anderen Seite fordern Sie, dass für den Landtag die zukünftige Kofinanzierung des neuen Ziel-2-Programms transparent und nachvollziehbar wird. Ich sage einmal aus Sicht meines Hauses und gucke dabei Herrn Kuschke an: Ich halte diese Forderung grundsätzlich für berechtigt und nachvollziehbar.

Aber das, was Sie Rumeierei nennen, Herr Eiskirch, finde ich vor, und zwar seit Jahren aufwachsend. Wir müssen versuchen, es zu über-

winden. Was haben Sie an allen Töpfen herumgemust, um ein einzelnes Projekt in der Finanzierung noch darstellen zu können, teilweise aus vier Häusern! Das ist ja nicht neu.

Problematischer wird der Antrag in seinem Beschlussteil, in dem Sie 18 Beschlusspunkte zum Teil sehr detailliert festlegen wollen.

Für mich ist nicht nachvollziehbar, warum der Landtag beschließen soll, dass als strukturschwache Regionen mit besonderem Förderbedarf neben dem Ruhrgebiet auch die Regionen Bergisches Städtedreieck, Krefeld, Mönchengladbach, Leverkusen und Heinsberg festgelegt werden. Warum ausgerechnet diese Regionen, warum nicht andere?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Eiskirch zu?

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Sicher.

Thomas Eiskirch (SPD): Frau Ministerin Thoben, ich nehme das einmal so hin, dass Sie gesagt haben, Sie hätten das alles so vorgefunden. Mein Kenntnisstand ist: Es gab Übersichten darüber, aus welchen Töpfen was kommt. Das war vorhin aber nicht meine Frage.

Sie haben im Wirtschaftsausschuss gesagt, Ihr Ziel sei es, ab dem Haushalt 2007 eine zentrale Zusammenführung der kompletten Ko- inklusive Komplementärfinanzierungsmittel in Ihrem Einzelplan zu haben, um die Transparenz und die Nachvollziehbarkeit zu erhöhen. Meine Frage ist: Ist das so im Haushalt 2007 oder nicht?

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Es ist bisher nicht sichergestellt.

Nach meinem Verständnis definiert sich Struktur- schwäche aus einer ausführlichen Analyse der jeweiligen regionalen Stärken. Sie haben Recht, dass man sich hier über die Indikatoren unterhalten muss. Wir werden nicht völlig frei sein, uns selber welche auszudenken.

Es macht aber darüber hinaus keinen Sinn, den Landtag beschließen zu lassen, Frau Löhrmann, dass Kommunen mit Haushaltssicherungskonzepten auch am zukünftigen Ziel-2-Programm partizipieren können, ohne zu sagen, was das Land hierzu konkret beitragen soll. Der Wunsch alleine, auch wenn er berechtigt ist, reicht nicht. Man muss auch einmal über den Weg nachdenken.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das wissen wir ja aus anderen Feldern, dass man bei Auflagen der Regierungspräsidien für HSK-Kommunen Sonderregelungen braucht!)

– Das wäre was, wenn Sie jetzt fordern würden, wann immer die sich an diesen Töpfen beteiligen wollen, werden die von Auflagen aufgrund von Haushaltssicherungskonzepten gestellt. Auf diese Debatte freue ich mich.

Darüber hinaus hat die Landesregierung mit einer Einbeziehung der privaten Kofinanzierung erreicht, dass sich auch haushaltsschwache Kommunen an dieser Ecke ein wenig Luft verschaffen können.

Grundsätzlich halte ich eine dermaßen detaillierte Festlegung, wie sie im Antrag der Grünen in insgesamt 18 Beschlusspunkten vorgenommen werden soll, zum jetzigen Zeitpunkt für nicht sinnvoll.

Die Landesregierung hat Anfang des Jahres ein umfangreiches Anhörungs- und Beteiligungsverfahren zum künftigen Ziel-2-Programm eingeleitet. Über 500 Funktions- und Mandatsträger wurden von mir angeschrieben und um eine Stellungnahme gebeten. Die vielen eingehenden Stellungnahmen und Voten sollen bis August dieses Jahres ausgewertet werden. Diese Auswertung werde ich dann selbstverständlich öffentlich zugänglich machen.

Die Landesregierung will dann aufgrund dieser Stellungnahmen ihre bisherigen Überlegungen zum zukünftigen Programm anpassen und verfeinern. Wir sollten die Ergebnisse dieses Beteiligungsprozesses, der im Übrigen von der EU bei der Programmaufstellung ausdrücklich gefordert wird, abwarten und diesen landesweiten Beteiligungsprozess nicht durch vorzeitige Festlegungen umfangreicher Details und Regelungen konterkarieren. Aber das kann man ja durch Überweisung in den Ausschuss gewährleisten, denn dann hat man Zeit, zu überlegen. – Danke schön.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ich wollte noch eine Frage stellen!)

– Bitte.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Bitte, Frau Löhrmann, Sie haben das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Es kam überraschend, dass dies der letzte Gedanke war. Es wird ja in den Ausschuss überwiesen. Ich möchte gerne von Ihnen wissen, Frau Thoben, ob Sie es begrüßen würden, wenn der Ausschuss im weiteren Beratungsverfahren zu einem parteiübergrei-

fenden Konsens käme, der Grundlage für die definitive Ausgestaltung und Abwicklung der Programme wäre.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Ich würde mich sehr darüber freuen, weil die verschiedenen Regionen des Landes nicht nur farblich unterschiedlich sind, sondern diese Verabredungen auch für ein paar Jahre halten müssen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. Damit ist die Rede beendet. – Als nächster Redner hat der Abgeordnete Kuschke das Wort. Er hat noch einige wenige Minuten.

Wolfram Kuschke^{*)} (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine Anmerkung zu der ganzen Diskussion: Herr Kollege Berger hat gerade gesagt, wer was wann mit welchem Erfolg auf den Weg gebracht hat. Ich erkläre hier kategorisch: Wir finden richtig, dass wir immer schon alles richtig gefunden haben, was sich hinterher als richtig herausgestellt hat.

(Beifall von der SPD)

Zu den anderen Bereichen, die angesprochen worden sind – insofern habe ich durchaus den Ehrgeiz, dass wir auch weiterhin eine ordentliche Debatte führen –, und auf die Frage von Frau Kollegin Löhrmann sage ich ganz deutlich: Auch wir haben ein hohes Interesse daran, dass wir einen großen Bereich konsensual auf den Weg bringen. Wenn das eine oder andere Detail nicht mit im Paket ist, ist das den politischen Gegebenheiten geschuldet.

Ich will aber auch hinzufügen – Frau Ministerin Thoben, nehmen Sie es durchaus als freundlichen Hinweis mit in die Sommerferien –: Wir sind in der Tat gespannt darauf und auch darauf angewiesen, dass wir von Ihnen – Sie haben es gerade in den einzelnen Bereichen angekündigt – zum operationellen Programm und zu vielen anderen Regelungen schlichtweg eine Grundlage bekommen, auf der wir weiter diskutieren und auch debattieren können. Anders wird es nicht gehen.

Herr Kollege Brockes, wenn es dann so ist, dass wir mit unserem Antrag – so war die Reihenfolge –, mit dem Lissabon-Antrag, Herr Kollege Berger, und jetzt mit dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen die Landesregierung gelockt haben, sozusagen voll engagiert in die Debatte einzusteigen, ist das auch okay.

Ich will einen Punkt nennen, der in dem Papier von Bündnis 90/Die Grünen angesprochen wird und der schon in den nächsten Tagen leider Gottes eine besondere Bedeutung haben wird: Das ist die Frage der Finanzierung der Regionalstellen „Frau und Beruf“. Wir haben große Sorge und auch Hinweise – ich weiß nicht, ob Herr Minister Laschet noch im Raum ist; ich habe ihn eben noch gesehen –, dass ein Brief an die Regionalstellen mit dem Hinweis in Vorbereitung ist, dass es ab 2007 keine Förderung mehr geben wird.

Das würde das definitive Aus für die Regionalstellen bedeuten. Das würde das definitive Aus für eine Struktur bedeuten, die sich in der Bilanzierung bewährt hat. Auch die Under-Cover-Bemühungen einer FDP-Kollegin, die im Augenblick nicht im Raum ist – vielleicht ist sie schon wieder under-cover unterwegs – konnten nicht den Nachweis erbringen, dass es sich hier um eine Struktur handelt, die man einfach so über Bord werfen kann. Das wäre sicherlich ein Rückschritt. Deshalb noch einmal die herzliche Bitte und die dringliche Aufforderung an die Landesregierung, dort ihre Position noch einmal zu überprüfen.

(Beifall von der SPD)

Ich will dann noch einmal drei Punkte nennen, von denen ich glaube, dass wir sie in der Diskussion stärker aufgreifen müssen. Mir fehlt im Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, Frau Kollegin Löhrmann, der deutliche Hinweis auf den Stellenwert von Industriepolitik, auch in der Frage der Strukturförderung – da stimmen wir sicherlich überein –, bezogen auf die Ausgangssituation von Nordrhein-Westfalen. Ohne industrielle Basis auch in der Zukunft, sage ich etwas platt, wird uns auch die EU-Strukturförderung mittelfristig nicht helfen.

(Beifall von der SPD)

Zweiter Punkt. Frau Ministerin Thoben, Sie haben das Thema Förderpolitik angesprochen – übrigens Respekt für die ehrliche Antwort. Es ist leider so, dass die Ressorts – nicht wahr, Herr Vizepräsident –

(Heiterkeit von Ministerin Christa Thoben)

oftmals etwas egoistisch sind, wenn es darum geht, eine Kofinanzierung zur Verfügung zu stellen. Das würde vieles leichter machen. Das habe ich immer so gesehen. Aber es war leider nicht machbar; das lag aber nicht nur am Kollegen Vizepräsidenten in früherer Funktion, sondern daran waren eigentlich alle beteiligt.

Umso mehr glaube ich, dass wir die Diskussion um die Strukturpolitik vielleicht auch als eine Chance begreifen können, Förderpolitik, deren

Systematik, Strukturen und Organisation insgesamt voranzutreiben, Stichwort: Welche möglicherweise noch stärkere Rolle soll die NRW-Bank einnehmen? Sie werden mir nachsehen, wenn ich unterstreiche, welche Rolle nach wie vor auch die Bezirksregierungen wahrnehmen sollen, die gute Arbeit geleistet haben.

(Beifall von der SPD)

Als dritten Punkt will ich fragen: Ist es nicht eine Überlegung wert, ob wir diese Debatte auch für eine Weiterentwicklung und Positionierung von regionaler oder regionalisierter Struktur- und Innovationspolitik nutzen? Frau Kollegin Löhrmann, das ist mir noch einmal in dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen in dem Kapitel deutlich geworden, das dann doch etwas unübersichtlich wird. Das lag nicht an den Verfassern, sondern schlichtweg an der Ausgangssituation von der Sache her: Cluster, Kompetenzen und vieles andere. Wir mögen da ja noch durchblicken; viele andere außerhalb dieses Raumes schon nicht mehr.

Wir müssen da noch einmal schauen, wie wir das zusammenbinden können, ohne dass es gleich ein Masterplan oder irgendetwas sein muss, das wieder den Verdacht von Bürokratie hervorruft. Wir müssen schauen, ob diese Debatte nicht auch eine Chance ist, uns neu zu positionieren und zu prüfen, wie wir dort an Dinge anknüpfen können, von denen ich schon glaube, dass sie vor zehn oder zwölf Jahren durchaus erfolgreiche Schritte waren. Ich will aber für die jüngere Vergangenheit gerne einräumen, dass sie sich sicherlich in dem einen oder anderen Fall überlebt haben.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: So, Herr Kollege, jetzt habe ich die Möglichkeit zur Revanche für die Bemerkung von eben: Bitte kommen Sie zum Schluss.

(Heiterkeit)

Wolfram Kusche¹⁾ (SPD): Wir freuen uns auf die Debatte. Gut erholt kommen wir aus den Sommerferien. Wir werden etwas auf den Weg bringen, das für Nordrhein-Westfalen gut ist. Davon bin ich überzeugt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deswegen schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/2108** an den **Hauptausschuss** – federführend – und mitberatend an eine ganze Reihe von Ausschüssen, wenn nicht sogar an alle. Ich lese sie einmal vor: **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**, den **Haushalts- und Finanzausschuss**, den **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**, den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform**, den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**, den **Ausschuss für Frauenpolitik**, den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** und schließlich an den **Ausschuss für Bauen und Verkehr**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Es ist klar, dass die genannten Ausschüsse in den kommenden Monaten eine Menge zu tun haben werden. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. – Also ist der Antrag einstimmig überwiesen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich rufe auf:

8 Agrarstandort Nordrhein-Westfalen durch Bürokratieabbau stärken

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2097

Ich eröffne die Beratung. Als erster Redner hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Ortgies das Wort. Er ist schon da, er denkt mit; er ist sofort hier am Pult.

Friedhelm Ortgies (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unter einem der letzten Tagesordnungspunkte vor der Sommerpause legen wir Ihnen einen Antrag vor, dem eigentlich alle Fraktionen begeistert zustimmen müssten: Agrarstandort Nordrhein-Westfalen durch Bürokratieabbau stärken!

Meine Damen und Herren, vor ein paar Tagen erreichte mich der Brief eines mittelständischen Unternehmens, in dem mir vorgerechnet wurde, dass dieser Betrieb jährlich mehr als 500 Stunden allein dafür aufwenden muss, Statistiken auszufüllen.

Bürokratieabbau ist eines der wichtigsten Ziele, das sich diese Landesregierung gesetzt hat. Vie-

les haben wir im ersten Jahr schon angepackt. Es wurden 13 von 16 Landesbeauftragten abgeschafft. Wir sind dabei, eine umfassende Verwaltungsstrukturreform gerade auch im Bereich des MUNLV zu machen. Ich komme aus der Modellregion Ostwestfalen-Lippe. Dort sind in Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Verwaltung und anderen gesellschaftlichen Gruppen viele Vorschläge unterbreitet worden, unsere Verwaltung zu verschlanken.

Die Modellregion Ostwestfalen-Lippe wollen wir auf ganz Nordrhein-Westfalen ausdehnen und vieles tun, um Bürokratie zurückzufahren. Unser heutiger Antrag geht mit dem speziellen Punkt „Agrarstandort Nordrhein-Westfalen stärken“ in diese Richtung.

Am kommenden Montag wird der Deutsche Bauernverband im Rahmen seiner Mitgliederversammlung in Magdeburg unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundeslandwirtschaftsminister Seehofer ein sogenanntes Schwarzbuch überreichen. Das ist ein Buch, in dem es um bürokratische Hürden für landwirtschaftliche Betriebe geht. Ich kenne den Inhalt zwar noch nicht, weiß aber schon jetzt, dass dieses Buch eine klare Hauptaussage haben wird: Unsere heimische Agrarwirtschaft leidet – wie im Übrigen die gesamte Wirtschaft – unter einem gewaltigen Problem, nämlich dem überbordenden Bürokratismus.

Die Vorgängerlandesregierung hat uns immer wieder neue Vorschriften, Verwaltungen und Verordnungen aufgezwungen, die für uns den Wettbewerb – sei er national oder international – immer schärfer gemacht haben. Rot-Grün hat in den letzten zehn Jahren schlicht und ergreifend ausgeblendet, dass Nordrhein-Westfalen gleichermaßen Agrar- wie auch Industrieland ist. Über 70 % der Landesfläche werden agrar- und forstwirtschaftlich genutzt. Wir sind nach Bayern und Niedersachsen drittstärkster Agrarstandort. Das wollen wir bleiben.

Es zeigt auch, dass der ländliche Raum ein wichtiger und unersetzlicher Wirtschaftsraum ist und eben nicht nur Rückzugsgebiet für erholungsbedürftige Großstädter. Ohne Landwirtschaft verodet der ländliche Raum. Eine Politik im Interesse der Landwirte ist letztlich kein Selbstzweck, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Wir möchten die Rahmenbedingungen für unsere gut 50.000 landwirtschaftlichen Betriebe und 13.000 Gartenbetriebe mit fast 400.000 Beschäftigten unterstützen. Wir wollen eine vielseitige Landwirtschaft und lehnen deshalb die Bevorzugung bestimmter Produktions- und Betriebsbedin-

gungen ab, wie das bei der Vorgängerregierung speziell bei den Förderprogrammen oft der Fall gewesen ist.

Wir möchten den Leuten nicht vorschreiben, wie sie wirtschaften sollen. Den Verbrauchern möchten wir auch nicht vorschreiben, wofür sie ihr Geld ausgeben.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass Landwirtschaft sehr wohl faire Wettbewerbsbedingungen vorfinden kann, ohne dass Umwelt-, Natur- und Tierschutz vernachlässigt werden. Wir setzen hier auf einen Dialog statt auf Bevormundung.

Meine Damen und Herren, wenn heute ein Landwirt beziehungsweise ein Agrarbetrieb investieren will, muss er sich durch einen Wust von Anträgen kämpfen, monatelange Genehmigungsverfahren in den zuständigen Behörden durchlaufen, von den ganzen Bearbeitungs- und Genehmigungskosten einmal abgesehen. Bei 100.000 Anträgen rechnet man mit geschätzten Kosten von fast 50 Millionen €, die schlichtweg der Wirtschaft verloren gehen.

Wenn heute ein landwirtschaftlicher Betrieb seine Tiere behandeln muss, weil sie Husten oder sonst irgendetwas haben, müssen für jedes abgegebene Medikament sage und schreibe sechs Belege ausgefüllt werden. Wenn man dann bedenkt, wie das in den Nachbarstaaten aussieht, kann man sich vorstellen, dass die Wettbewerbsfähigkeit entscheidend eingeschränkt ist. Es wundert nicht, dass viele Betriebe und Landwirte dann frustriert resignieren.

Wir wollen in Nordrhein-Westfalen Vorreiter im Bürokratieabbau werden, und wir möchten uns im Bundesrat gegenüber der Bundesregierung und auch gegenüber der EU für erhebliche Vereinfachungen unserer Landwirtschaft einsetzen. Die deutsche Ratspräsidentschaft muss genutzt werden, hier weiter voranzukommen.

(Beifall von Marie-Luise Fasse [CDU])

Beispielgebend wurde in Bayern eine Arbeitsgruppe aus Politikern aus EU, Bund und Ländern begründet, die darüber nachdenkt, wie man in Zusammenarbeit dieser drei Körperschaften versuchen kann, konsequent Bürokratieabbau durchzusetzen. Ich glaube, das wäre auch ein Vorbild für Nordrhein-Westfalen. Es muss Schluss sein mit dem Hin- und Herschieben des schwarzen Peters zwischen Bund, Ländern und EU, wie das zurzeit oft der Fall ist.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen einmal ein paar Begriffe nennen, die belegen, womit wir uns herumschlagen müssen: Cross Compli-

ance, 10-Monats-Zeitraum, Zahlungsansprüche, OGS-Genehmigungen, Entkoppelung, HIT-Rin derdatenbestand. – Das ist Ausfluss einer EU-Agrarpolitik, den selbst Fachleute nicht mehr verstehen. Alleine diese Aufzählung belegt, womit sich Landwirte und wir uns heute herumschlagen müssen, wenn es um irgendwelche Anträge geht.

Meine Damen und Herren, mir ist klar: Wenn wir Landwirte für bestimmte Leistungen entschädigen wollen, müssen Auflagen durchgesetzt und kontrolliert werden. Wir müssen allerdings dafür sorgen, dass das alles vereinfacht wird. Wir setzen auf ein Höchstmaß an Freiheit und Freiwilligkeit. Tier-, Natur- und Umweltschutz brauchen Akzeptanz in der Bevölkerung, um erfolgreich gestaltet zu werden. Bevormundungen bewirken eher das Gegenteil.

Wir müssen erreichen, dass sich unsere Landwirte nicht um die Einhaltung überflüssiger Vorschriften, Verordnungen und Bestimmungen kümmern, sondern wieder verstärkt um ihren Betrieb; denn schließlich haben sie dafür ihren Beruf ergriffen.

Aus diesem Grunde bitte ich Sie, diesem Antrag heute zuzustimmen beziehungsweise in den Ausschussberatungen positiv darauf hinzuwirken, dass wir in Europa, auf Bundesebene mitwirken können, damit wir im Sinne eines effektiven Bürokratieabbaus endlich weiterkommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Auch ich danke. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion, die ebenfalls Antragstellerin ist, der Abgeordnete Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Ortgies, ich bin guter Hoffnung, dass dieser Antrag eine gemeinsame Positionsbestimmung im Ausschuss finden wird. Wir haben heute Morgen einen Antrag der SPD gehabt, der sich auch mit dem ländlichen Raum auseinander gesetzt hat, allerdings in einer Zielrichtung, die wir so nicht mittragen konnten. Ich glaube, dass der vorgelegte Antrag – Entbürokratisierung auch im ländlichen Raum – durchaus die Zustimmung der Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen finden kann. Wir haben ihn extra so formuliert,

(Svenja Schulze [SPD]: Aha!)

dass er aus meiner Sicht absolut zustimmungsfähig ist und versucht, uns jeglicher auch nur an-

satzweise interpretierbarer Polemik zu enthalten. Das machen wir normalerweise so und hier wird das ganz deutlich.

Meine Damen und Herren, wir wissen alle: Auch für Landwirte ist Zeit Geld. Jedem Landwirt, der hinter dem Schreibtisch mit der Bearbeitung überflüssiger Bürokratie beschäftigt ist, fehlen die entsprechenden Minuten auf dem Acker oder im Stall. Praktiker bestätigen, dass der Landwirt heute bis zu 20 % seiner Arbeitszeit nicht im Stall, auf dem Acker oder anderswo sinnvoll verbringt, sondern mit Bürokratie gut ausgelastet wird.

Größere landwirtschaftliche Betriebe können sich das oftmals, weil sie teilweise eine Vollarbeitskraft als Bürokratie haben, durchaus leisten und managen das auch. Aber für den bäuerlichen Familienbetrieb, für den Sie sich gerade stark machen, muss Mutter oder Vater das abends neben der Kartoffelkiste machen. Da ist das einfach nicht machbar. Das ist eine Tatsache.

Meine Damen und Herren, sicherlich haben wir ein gemeinsames Oberziel, Qualität und Quantität der Agrarbürokratie wieder auf ein angemessenes Maß zurückzuführen. Deswegen rechnen wir mit Ihrer Zustimmung.

Wir sagen ganz deutlich: Wir müssen in diesem Bereich abschaffen, was überflüssig ist, Doppelerhebungen zusammenführen und bestehende Regelungen spürbar vereinfachen. Nicht jedes am Schreibtisch entworfene Formular hat den notwendigen Bezug zur Praxis. Auch das müssen wir zur Kenntnis nehmen.

Die Einschätzung eines formulargeplagten Landwirts, Bürokratie sei die Rache der enttäuschten Idealisten, enthält vieles Wahres, da ist eine Menge dran.

Meine Damen und Herren, der eingebrachte Antrag enthält eine Vielzahl von Einzelvorschlägen. Diese Vorschläge treffen allerdings in erster Linie EU-Vorgaben. Wir haben das gemeinsam formulierte Ziel, EU-Vorgaben 1:1 umzusetzen; deswegen müssen wir auch da ansetzen. Wir dürfen bei der Ausgestaltung dieser EU-Vorgaben auf Landes- oder Bundesebene aber nicht über das Ziel hinausschießen. Innerhalb der SPD und der Grünen und der Koalition gibt es unterschiedliche Vorstellungen, wie man diesem Wege folgt.

Meine Damen und Herren, es geht ausdrücklich nicht darum – das muss man immer wieder sagen, weil ich schon den Vorwurf höre: Ihr wollt Standards abbauen, Umweltschutz abbauen usw. –, bewährte Standards abzuschaffen, ob offiziell oder durch die Hintertür.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich ein Beispiel bringen, wie so etwas bürokratiemäßig ausarten kann: Wir haben ein formuliertes Oberziel. Wir möchten gerne eine nachvollziehbare, gläserne Produktionskette vom Landwirt bis zum Verbraucher haben. Innerhalb dieses Systems gibt es als wichtiges Element der Nachvollziehbarkeit die Datenbank HI-Tier. Dort muss immer festgestellt werden, wann das Vieh von einem Ort zum anderen gebracht wird – Eingang, Ausgang. Um dieses Formular ausfüllen zu können, hat die Verwaltung ein Merkblatt von 30 Seiten dazu erstellt, was die einzelnen Positionen sind und wie sie ausgefüllt werden.

Für die Veterinärverwaltung gibt es weitere 32 Seiten, die der Landwirt auch erst durchlesen muss. Das heißt, um letztlich ein Formular von vier Seiten auszufüllen, muss ich ein Merkblatt von mehr als 60 Seiten lesen und untereinander abgleichen. Meine Damen und Herren, das ist einfach nicht hinnehmbar.

Die Detailversessenheit geht dabei so weit, dass ein Tierhalter unter Umständen für einen zweiten Weidestandort oder einen zweiten Stall eine neue Registriernummer einstellen muss. Das bedeutet: Wenn er das Vieh für drei Tage von Stall eins in Stall zwei bringt, muss er das als Ausgang bei Stall eins verzeichnen, als Eingang bei Stall zwei. Bringt er sie für drei Tage auf die Weide bedeutet das: Ausgang aus Stall zwei, Eingang auf Weide. – Bringt er sie wieder in Stall eins zurück, sind der Ausgang von der Weide und der Eingang von Stall eins zu notieren.

Meine Damen und Herren, kann das sinnvoll sein? – Nein. Das kann nicht sinnvoll sein. Das sind Beispiele der Bürokratie, die wir abschaffen müssen. Hier müssen wir etwas anderes machen.

Bürokratieabbau ist nicht nur eine Aufgabe in der Landwirtschaft, sondern eine Daueraufgabe für diese Landesregierung. Da wollen wir alle Möglichkeiten nutzen. Deswegen appelliere ich intensiv an Sie, diesen Antrag, dessen Ursprung in Niedersachsen liegt – auch das muss man redlicherweise zugeben, die Niedersachsen waren da Vorreiter –, auf breiter Ebene zu unterstützen. Unterstützen Sie diesen Schulterschluss von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, dann haben wir etwas Gutes für unsere Landwirte getan.

Nicht an den Worten, sondern an den Taten soll man uns messen.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Deswegen setze ich auch auf die Zustimmung der Kollegen von SPD und der Grünen. Ich möchte

die Redezeit nicht ausschöpfen. Vielleicht kann ich hinterher noch einmal eingreifen. Wenn ich die Zustimmung der Kollegen von SPD und Grünen habe, können wir vielleicht auch das Verfahren im Ausschuss verkürzen. Auch das wäre ein Beitrag zur Verfahrensbeschleunigung. – Ich danke für das Zuhören.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. Der Optimismus kennt keine Grenzen. – Wir kommen jetzt zur Debatte. Als erste Rednerin der Oppositionsfraktionen Frau Schulze für die SPD-Fraktion.

Svenja Schulze¹⁾ (SPD): Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Die Fraktionen von CDU und FDP haben uns einen Antrag vorgelegt, in dem sie sich mit Bürokratieabbau für landwirtschaftliche Betriebe beschäftigen. Die Bürokratie scheint die neue Geißel der Menschheit zu sein, da muss man jetzt unbedingt heran.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Das war schon immer!)

Meine Damen und Herren, der Agrarstandort Deutschland ist aber nicht deshalb bedroht, weil es hier Bürokratie gibt. Daran ist nicht die Bürokratie schuld, sondern Ihr Werfen von Nebelkerzen. Sie und Ihre konservativen Freunde auf europäischer Ebene betreiben eine falsche Politik, und Sie meinen, durch die Nebelkerzen würden wir das in Nordrhein-Westfalen nicht wahrnehmen.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, Sie verschleiern, wo die wirklichen Probleme liegen. Die wirklichen Probleme sind doch: Es gibt immer weniger Steuermittel. Es wird auch auf europäischer Ebene immer weniger Mittel für die Agrarpolitik geben. Spätestens in der Halbzeitbilanz 2008/2009 wird darüber zu diskutieren sein, wie es weitergeht. Wir müssen doch jetzt darüber reden, wie wir Geld für den ländlichen Raum sicherstellen.

Das eigentliche Problem in der Landwirtschaft liegt darin, dass es eine totale Geheimwirtschaft ist. Es werden zwar Steuermittel ausgegeben, aber die Steuerzahler dürfen nicht wissen, was mit dem Geld geschieht. Es werden in NRW 475 Millionen € ausgegeben. Empfänger dieser Subventionen sind nicht nur landwirtschaftliche Betriebe, obwohl Sie das gerne immer so darstellen, sondern auch Firmen wie Nestlé, Kraft, Remondis, Rheinbraun.

Es geht nicht um Neid, sondern um die Diskussion darüber, wohin das Geld fließt und dass die Agrarsubventionen in höchstem Maße ungerecht verteilt sind. Von den 475 Millionen € bekommt der größte Empfänger in Nordrhein-Westfalen jährlich 1,6 Millionen €, der zweitgrößte 782.000 €. Aber über 60 % der Betriebe bekommen weniger als 10.000 €. Diese Zahlen hat die Landesregierung in ihrer Antwort auf meine Kleine Anfrage erst vor Kurzem genannt.

Der Erhalt des überwiegenden Teils des Geldes ist zudem nicht an wirksame soziale, ökologische oder Tierschutzkriterien gekoppelt. Er ist nicht daran gekoppelt, dass Arbeitsplätze entstehen. Dann muss man sich nicht darüber wundern, dass selbst der „Spiegel“ unter dem Titel „Geld für die Großen“ all diese Subventionen aufs Korn genommen hat.

(Beifall von der SPD)

Wer genau welches Geld bekommt, liegt in Deutschland noch immer im Dunkeln. Der Verbraucher muss auf „Spiegel“, „Frankfurter Rundschau“ oder andere vertrauen und nicht auf die Regierung. Es wäre aber eine Aufgabe der Regierung und von Herrn Uhlenberg, auf diesem Gebiet Transparenz zu schaffen. Verbraucherinnen und Verbraucher haben nämlich ein zunehmendes Interesse daran nachzuvollziehen, wer für was Geld bekommt und ob diejenigen, die das Geld erhalten, auch den qualitativen Anforderungen der Verbraucherinnen und Verbraucher genügen.

Es ist also nicht so, dass die Bürokratie im Allgemeinen die landwirtschaftlichen Betriebe bedroht. Ich sperre mich nicht dagegen – auch meine Fraktion nicht – einmal zu überlegen, wie man vielleicht durch technische Erleichterungen das eine oder andere Formular sparen kann. Darüber können wir immer reden. Das gehört zur kontinuierlichen Arbeit einer Verwaltung.

Wichtiger als die Diskussion über Bürokratie ist aber die Frage der Transparenz. Wir haben im Parlament schon eine Transparenzdebatte geführt. Über die Steinkohlensubventionen wissen wir jetzt eine ganze Menge. Wir wissen bis ins Detail, wie viele Arbeitnehmer es wo gibt. Das ist in jeder Wirtschaftsausschusssitzung Thema. Bei Hartz IV verlangen wir von den Empfängern absolute Transparenz, bevor sie diese Transferleistung bekommen. Also: Auch die andern müssen offen legen – gleiches Recht für alle –, wohin die Subventionen gehen.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, wen schützen Sie eigentlich? Vor wen stellen Sie

sich? Ist es Ihnen nicht langsam auch peinlich, dass ein großer Teil der Agrarsubventionen an große Konzerne geht? Darüber müssen wir endlich offen reden. Es gibt in der Bevölkerung immer weniger die Bereitschaft, einfach so Subventionen zu bezahlen. Die Menschen wollen wissen, wofür sie das Geld ausgeben. Es würde sich doch lohnen, dafür zu kämpfen, dass das Geld in den ländlichen Raum fließt. Dafür müssen wir aber offen darüber reden.

Sie streuen aber den Landwirten immer wieder Sand in die Augen. Sie fordern zum Beispiel eine Reduzierung von Cross Compliance, weil das kein sinnvolles Instrument mehr sei.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Abgeordnete Schulze, ...

Svenja Schulze¹⁾ (SPD): Nein, nicht schon wieder eine Zwischenfrage von Herrn Ellerbrock. Das dauert zu lange. Lassen Sie uns das im Ausschuss machen.

(Zurufe von der FDP: Och!)

Cross Compliance ist ein sinnvolles Instrument, weil es Zahlung an Leistung koppelt, wenn auch erst rudimentär. Wenn wir ehrlich sind – das sollten wir zu dieser späten Stunde ruhig einmal sein –, müssen wir sagen: Das ist der Weg. Es wird zunehmend so sein, dass man Geld nur noch für eine bestimmte Leistung bekommt. Darüber müssen wir auch mit den Landwirten offen reden.

Für 2013 – ich weiß, das ist nach Ihrer Regierungszeit, weil wir Sie 2010 wieder ablösen werden – müssen wir jetzt Pföcke setzen. Wir müssen anfangen, Transparenz zu schaffen und darüber zu reden, warum es sich lohnt, Geld in den ländlichen Raum zu geben. Ich bin fest davon überzeugt, es lohnt sich.

Wenn wir jetzt nicht damit anfangen, dann – das wissen Sie, Herr Kemper, doch genauso gut wie ich – drohen uns 2013 Kürzungen um zwei Drittel. Zwei Drittel der Knete ist weg! Wir müssen jetzt die Chance ergreifen, darüber zu diskutieren, um vielleicht wenigstens einen Teil der Mittel in die zweite Säule zu retten. Es ist Unsinn, so zu tun, als sei die zweite Säule völlig überflüssig und würde den Landwirten nicht zugute kommen. Sie wissen ganz genau, dass die zweite Säule natürlich Landwirten zugute kommt, und die zweite Säule wird zukünftig gestärkt werden. Deshalb lohnt es sich, darauf den Blick zu lenken.

Sie sind mit dem jetzigen System unzufrieden. Das kann ich gut verstehen. Es enthält viele Din-

ge, über die man gut diskutieren könnte. Aber inzwischen geht es ums Ganze, um 2013, um die nächste Förderperiode. Wir müssen jetzt die Weichen stellen. Das ist das große Thema, über das wir diskutieren müssen. Wir müssen eine Allianz von Politik, Umweltverbänden und Landwirtschaft schaffen, um langfristig EU-Mittel nach Nordrhein-Westfalen zu holen. Es geht um die Existenz und die Zukunft großer Teile der Landwirtschaft. Es geht also um existenzielle Fragen, und Sie wollen im Parlament mit uns über Bürokratie reden. Ich finde, das steht in keinem Verhältnis zueinander.

Lassen Sie uns eine Debatte über die Verteilung der Agrarsubventionen führen. Staatssekretär Gert Lindemann auf der Bundesebene – ich glaube, er ist nicht Mitglied der SPD –, hat erst Anfang des Monats in einer Pressemitteilung Folgendes gesagt – ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten –:

„Die EU-Transparenzinitiative sehe ich als einen interessanten Ansatz; ...“

Weiter heißt es:

„Wir brauchen eine sachgerechte Diskussion darüber, wofür wir Agrarzahungen überhaupt brauchen und welche Gegenleistungen von den Empfängern erbracht werden.“

Schließen Sie sich doch Herrn Lindemann an! Das ist doch eine interessante Debatte.

In vielen anderen europäischen Ländern ist diese Offenlegung inzwischen gängige Praxis. Der EU-Kommissar Kallas hat erst jüngst einen Vorstoß für mehr Transparenz unternommen. Dänemark ist als erstes Land gestartet. Schweden, Großbritannien, Irland, die Regionalregierung in Spanien, die Niederlande, Frankreich, Finnland sind gefolgt. Es würde sich für Nordrhein-Westfalen lohnen, Vorreiter zu sein. Kommissar Kallas hat im „Spiegel“ gesagt:

Ich denke, dass wir von Transparenz nichts zu befürchten haben. Offenheit ist etwas Gutes. Entweder ist unsere Politik richtig bei den Regionalhilfen, bei der Landwirtschaft, bei der Forschungsförderung, dann müssen auch die Mittelempfänger nicht verschämt verschwiegen werden, oder es zeigt sich, dass wir das Geld teilweise an die Falschen verteilen, dann muss das geändert werden.

Das ist doch ein schönes Zitat, eine schöne Richtung. Dem brauchen wir eigentlich nichts mehr hinzuzufügen.

Lieber Herr Ellerbrock, liebe Kollegen von der FDP, Sie predigen hier immer wieder den freien

Markt, der alles regelt. Sie sind dafür ja auch im Parlament bekannt. Dann setzen Sie sich doch auch einmal in NRW dafür ein, dass es mehr Transparenz gibt, denn sie ist eine ganz wesentliche Grundlage des freien Marktes. Sie haben hier die Chance – so wie zum Beispiel die Regionalregierungen in Spanien –, endlich Ross und Reiter zu nennen, offen zu legen, wer Subventionen bekommt, und dann auch offen für die Subventionen zu kämpfen. Es lohnt sich, um diese Steuergelder jetzt zu ringen.

Die Landwirtschaft hat nämlich eine ganz wichtige Rolle für Nordrhein-Westfalen. Sie schafft Arbeitsplätze, sie trägt zur Erhaltung unserer Kulturlandschaft bei, sie leistet eine ganz sinnvolle Arbeit bei der Produktion von umwelt- und tierchutzgerechten Qualitätserzeugnissen, sie leistet einen ganz wichtigen Beitrag zur Energieversorgung. Das muss man erhalten. Das müssen wir jetzt diskutieren, auch wenn es nicht mehr in Ihre Legislaturperiode fällt. Bitte, schauen Sie einmal über das Jahr 2010 hinaus. Es lohnt sich.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Zu spät, Herr Papke. Frau Schulze hatte auch eben schon gesagt, bevor Sie gekommen sind, dass sie eigentlich keine Zwischenfragen zulassen wollte.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sie wollte keine Zwischenfrage des Kollegen Ellerbrock zulassen! – Allgemeine Heiterkeit)

– Ja, gut, nun ist die Rede vorbei.

Jetzt ist Herr Rimmel für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an der Reihe.

Johannes Rimmel^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist richtig: Wenn Sie mit Landwirten sprechen, wenn Sie mit Bäuerinnen und Bauern in diesem Land sprechen, wird allenthalben über Bürokratie und zu viel Bürokratie geklagt. Das ist also offensichtlich ein Problem. Eine solche Klage wird fast in jedem Gespräch, das man mit den Berufsgruppen – ob es auf Verbandsebene oder im persönlichen Gespräch geschieht – führt, zum Thema gemacht. Insofern ist es richtig, dass wir heute im Landtag darüber diskutieren und dass wir auch noch eine ausführliche Ausschussberatung anschließen.

Allerdings sei mir die grundsätzliche Bemerkung am Anfang gestattet: Dies ist ja ein Phänomen, das sich nicht nur in der Landwirtschaft zeigt, dass wir Bürokratie haben und dass wir über Bürokratieabbau reden. Was wir aber immer in der Debatte vernachlässigen – und insofern glaube

ich, dass wir ein bisschen an der falschen Stelle ansetzen –, ist nämlich, dass Bürokratie, Bürokraten und Verwaltungen immer das umsetzen, was Politik beschließt. Wir machen die Gesetze, ob im Landtag, im Bundestag oder aufgrund von Vereinbarungen auf EU-Ebene. Es kommt also, wenn es darum geht, Bürokratie abzubauen, auch darauf an, die Gesetze so zu formulieren, dass möglichst wenig Bürokratie entsteht.

Deshalb ist oft der Vorwurf, die Bürokraten, die Verwaltung seien sozusagen schuld daran, dass sich Landwirte – oder wer auch immer – mit zu viel Bürokratie beschäftigten, an die falsche Adresse gerichtet. Wir selbst müssen bei unseren Gesetzen, bei unseren Verordnungen, bei dem, was wir auf den Weg bringen – auch auf EU-Ebene –, darauf achten, dass möglichst wenig Bürokratie entsteht. Das bedeutet aber, dass wir uns mehr Zeit für die Gesetzgebungsverfahren auf Landesebene und auf Bundesebene nehmen; das ist in der schnelllebigen Zeit oft nicht möglich. Dies als grundsätzliche Bemerkung vorweg, weil ich meine, dass wir manchmal die Falschen prügeln, wenn wir von Bürokratieabbau reden, und uns manchmal auch an die eigene Nase fassen sollten.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Richtig!)

Gut, dann kommen wir jetzt zu dem Antrag. Der Redner für die CDU-Fraktion ist gar nicht mehr im Raum. Kollege Ortgies, ich habe Ihrer Rede aufmerksam zugehört und sie verfolgt. Ich habe in Ihre traurigen Augen geguckt. Ich hatte zeitweise – so muss ich sagen – den Eindruck, dass diese Rede noch weniger Dynamik hatte als der ohnehin schon melancholisch klagende portugiesische Fado. Ein bisschen hat mich das an diesen jammernenden Klagegesang erinnert. Das lässt darauf schließen, dass die CDU vielleicht auch gar nicht so richtig daran glaubt, dass sie mit ihrer parlamentarischen Initiative etwas erreicht.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Zumindest habe ich da so meine Zweifel.

Ich frage mich zumindest – um es theologisch einzuordnen –: Wo ist der Sitz im Leben dieser Initiative? Was ist der eigentliche Anlass, warum Sie diese Initiative geschrieben haben, und was wollen Sie damit bezwecken? Ich frage einmal ein Stück weiter – vielleicht können Sie mir noch eine Antwort darauf geben –: Ist es so, dass das Ministerium, also Ihre Landesregierung, nicht richtig arbeitet und Sie einen entsprechenden Antrag formulieren, damit die Landesregierung und die Bundesregierung mehr arbeitet? Ich meine, Sie regieren ja; Sie könnten ja alles das, was darin

steht, auch entsprechend auf den Weg bringen und umsetzen. Wofür brauchen Sie also einen solchen parlamentarischen Antrag?

Oder wollen Sie dokumentieren, dass Sie in der Fraktion auch aktiv sind, dass Sie etwas tun, dass Sie sozusagen Ihre eigene Bedeutung unterstreichen wollen und deshalb diesen Antrag geschrieben haben? Wenn nicht, warum sonst?

Dann muss man einmal ins Detail gehen. Es ist eine Ansammlung von Spiegelstrichen, eine Auflistung von Spiegelstrichen. Sehr viel Mühe haben Sie sich mit dem Antrag offensichtlich nicht gegeben, sondern Sie haben einfach verschiedene Punkte untereinander geschrieben, eine Spiegelstrichliste. Aber da müssen wir doch ein bisschen mehr drantun. Deshalb möchte ich vorschlagen, dass das Ministerium die einzelnen Spiegelstriche – vielleicht ist das ja von Ihnen auch beabsichtigt – jeweils mit einer Stellungnahme versieht: Umsetzungsweg, Ebene und was weiß ich nicht alles, damit wir uns dem Ganzen auch auf der Ebene Nordrhein-Westfalens etwas nähern.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Diese Bemerkung, Herr Abgeordneter Rimmel, hat bei Herrn Ellerbrock den Wunsch nach einer Zwischenfrage ausgelöst. Wollen Sie die beantworten?

Johannes Rimmel¹⁾ (GRÜNE): Ja, gern.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Kollege Rimmel, Sie hatten eben durchaus zu Recht gesagt, dass wir Politiker uns manchmal fragen müssen, ob wir nicht auch an Bürokratie schuld sind. Ich nehme das Motto „Verwaltungsvereinfachung durch mehr Detailregulierung“ auf.

Wenn Sie nun anregen, dass das Ministerium diese Spiegelstriche, die ja noch beliebig ergänzt werden könnten, mit einer Stellungnahme versieht, dann würden Sie doch Ihrem eben dargestellten Anspruch, dass Politik dazu beitragen möge, tatsächlich Verwaltungsvereinfachung zu betreiben, genau entgegen handeln. Ich finde das nicht so konstruktiv. Könnten Sie dazu vielleicht bitte Stellung nehmen?

Johannes Rimmel¹⁾ (GRÜNE): Sehr gern, Herr Kollege Ellerbrock. – Natürlich muss man, wenn man über etwas entscheidet, wissen, worüber man entscheidet. Ich gebe offen zu, dass ich über manchen Spiegelstrich nicht entscheiden kann. Da bin ich fachlich zu wenig im Film, um es sa-

lopp zu sagen. Deshalb bitte ich um Unterstützung.

Sie wollen eine Abstimmung über ganz viele Spiegelstriche. Dann sind solche Informationen notwendig. Entweder legen Sie diese vor – da muss ich sagen, dass Sie Ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben – oder man bittet das entsprechende Ministerium, uns die Informationen so aufzubereiten, dass man tatsächlich darüber entscheiden kann.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel, woran das vielleicht etwas konkreter wird: Das Standardkostenmodell ist wirklich ein diskutierenswerter Ansatz im Zusammenhang mit dem Bürokratieabbau. Das ist gar keine Frage. An der Stelle muss man vielleicht den mangelnden Mut der Bundesregierung geißeln, dass das Standardkostenmodell nicht als Ansatz – das gibt es ja schon und ist in den Niederlanden erprobt – an der einen oder anderen Stelle angewandt wird.

Sie wollen hier weitere Modellprojekte in der Landwirtschaft. Das ist doch sehr unkonkret. An welcher Stelle soll denn die Landwirtschaft auch in Nordrhein-Westfalen in dieses Modellprojekt einsteigen? Das muss doch etwas konkreter gemacht werden. Da muss Fleisch an den Knochen. Das sieht mir an der Stelle doch ein wenig mager aus. Wenn die Fraktionen das nicht leisten, kann man das Ministerium mit dem profunden Sachverstand bitten, für uns Abgeordnete das an der einen oder anderen Stelle nachzuarbeiten.

Das ist ein Prozess, mit dem wir uns im Ausschuss noch intensiver beschäftigen müssen. Aber eine solche Diskussion muss vorbereitet werden. Da muss man noch einige Informationen hinzufügen. Das ist meine Anregung. Auf einer solchen Basis können wir dann sicherlich fundiert darüber reden. Vielleicht entsteht dann doch ein dynamischeres Herangehen aufseiten der Regierungsfractionen. Wenn Sie nämlich etwas erreichen wollen, müssen Sie mit entsprechender Verve darangehen. Aber der Minister wird das sicherlich mit seiner jetzt folgenden Rede ausgleichen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank – auch für die Überleitung –, Herr Remmel. Das macht es mir auch leichter, jetzt Herrn Minister Uhlenberg aufzurufen, der für die Landesregierung Stellung nehmen wird.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst sehr herzlich bei den Koalitionsfraktionen für diesen Antrag bedanken. Ich denke, ich diesem Haus hat jeder seine Funktion. Die Regierung hat natürlich ihre Funktion. Aber ganz wichtig – ich bin seit 21 Jahren Mitglied des Landtages – sind die Fraktionen mit ihren unterschiedlichen Aufgabenstellungen. Dazu gehört natürlich, dass die Opposition Anträge stellt und die Regierung kontrolliert. Dafür bedanke ich mich auch immer wieder. Aber es gehört zu einem lebendigen parlamentarischen Leben, dass auch die Regierungsfractionen Anträge stellen; das gehört auch zu ihren Aufgaben.

Die Koalitionsfraktionen haben ihre Aufgaben, die Regierung hat ihre Aufgabe und die Opposition auch. Deswegen verstehe ich nicht, Herr Kollege Remmel, wenn sie sagen, die Koalitionsfraktionen wollten der Regierung irgendetwas mit auf den Weg geben, und das sei nicht in Ordnung. Das ist in Ordnung. Wenn es wichtige Hinweise aus dem Parlament gibt, egal, von welcher Fraktion, greife ich die gern im Sinne einer guten Weiterentwicklung Nordrhein-Westfalens auf.

Frau Abgeordnete Schulze, Sie können mit dem Thema Bürokratieabbau überhaupt nichts anfangen. Sie haben zu diesem Thema nämlich gar nicht gesprochen. Sie haben eigentlich den vorherigen Tagesordnungspunkt, den wir schon lange abgehakt haben – da sind Sie wohl in Ihrer Fraktion nicht zu Wort gekommen –, noch einmal aufgewärmt und über das Thema ländlicher Raum und Subventionen gesprochen.

(Beifall von der FDP)

Sie haben nichts zum Thema Bürokratieabbau gesagt.

(Svenja Schulze [SPD]: Sie haben nicht zugehört!)

Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, dass einem zu dem Thema Bürokratieabbau so wenig einfällt.

Ich kann wiederholen, was ich schon bei dem anderen Tagesordnungspunkt gesagt habe – das ist ja Ihr Lieblingsthema und deswegen wird es zweimal besprochen, einmal haben Sie das noch einmal unter einem völlig anderen Tagesordnungspunkt aufgewärmt –, ich habe keine Probleme damit, wenn irgendeine Zahl bezüglich der Beihilfen an die Landwirtschaft veröffentlicht wird, sofern das von Organisationen in allen anderen Bereichen der Wirtschaftspolitik oder der Sozialpolitik auch so gemacht wird. Insoweit muss die Landwirtschaft auf die gleiche Ebene gestellt wer-

den. Aber immer die Landwirtschaft und den ländlichen Raum sozusagen als Prügelknaben heranzuziehen, das ist nicht in Ordnung. Dieses Thema fällt Ihnen nämlich immer nur im Zusammenhang mit der Landwirtschaft, aber nicht bei anderen Organisationen, ein. Deswegen sind Sie in dieser Frage auch nicht besonders glaubwürdig.

Meine Damen und Herren, was das Thema Bürokratieabbau angeht, so handelt es sich um ein kompliziertes Thema. Das gebe ich gerne zu. Man kann jede Veranstaltung abends in Begeisterungstürme versetzen, wenn man gegen die Bürokratie spricht. Man erhält viel Beifall, wenn man sich für Bürokratieabbau ausspricht. Nur die Umsetzung ist nicht immer so einfach. Man muss dann ins Detail gehen.

Seit die neue Landesregierung – das wird Sie sicher interessieren – Verantwortung in Nordrhein-Westfalen übernommen hat, ist eine Menge unternommen worden, um Bürokratie in Nordrhein-Westfalen zur Stärkung des Agrarstandortes abzubauen. Ich erinnere nur an den berühmten Schweinehaltungserlass. Frau Löhrmann, vielleicht interessieren Sie sich auch für das Thema.

Ich erinnere an viele andere Maßnahmen im Bereich der Veredelungswirtschaft. Wir haben den Initiativantrag zum Bundes-Immissionschutzgesetz eingebracht, und auch das bedeutet Bürokratieabbau. Wir haben Vereinfachungsmöglichkeiten bei der EU-Agrarreform herausgearbeitet. Jetzt kommt das ganz wichtige Thema Cross Compliances.

In der übernächsten Woche bin ich bei Herrn Seehofer in Berlin, der die Landwirtschaftsminister eingeladen hat, um gemeinsam zu überlegen, was konkret im Zusammenhang mit Cross Compliances gemacht werden kann. Es geht darum, hier zu einer vereinfachten Regelung zu kommen; auf der Grünen Woche hat Herr Seehofer dazu ja deutliche Worte gefunden. Die müssen wir jetzt auch umsetzen, sonst sind die Menschen enttäuscht. Es gibt einen sogenannten österreichischen Weg, der eine vereinfachte Umsetzung der Agrarreform bedeutet. Diesen Weg müssen wir auch in Nordrhein-Westfalen prüfen.

Wir haben vieles im Arzneimittelrecht in Nordrhein-Westfalen geändert, was zu einer Vereinfachung geführt hat.

Meine Damen und Herren, Bürokratieabbau – das sind die Erfahrungen meines ersten Jahres als Umwelt- und Landwirtschaftsminister – ist nur möglich und nur zu verantworten, wenn Umweltstandards und Verbraucherstandards nicht abgebaut werden. Das ist die Grundlage meines politi-

schen Handelns. Wir können aber eine Menge Bürokratie abbauen, wie wir das auch schon gemacht haben.

Ich habe eine ständige Arbeitsgruppe zum Thema Bürokratieabbau gemeinsam mit den Verbänden in Nordrhein-Westfalen eingesetzt – Frau Abgeordnete Schulze, auch wenn Sie dieses Thema nicht so interessiert –, unter Leitung des Herrn Staatssekretär Dr. Schink, in der alle möglichen Maßnahmen zusammengetragen werden, mit denen wir auch mit landespolitischen Entscheidungen Bürokratie abbauen können.

Wir müssen sehr sorgfältig unterscheiden. Das machen wir ganz schnell. Einige Beispiele habe ich genannt.

Was können wir aus eigener Kraft in Nordrhein-Westfalen im Zusammenhang mit dem Bürokratieabbau auf den Weg bringen? Was ist Aufgabe des Bundes? Was ist insbesondere Aufgabe der Europäischen Union? – Dazu gehört natürlich auch, dass wir Vorgaben der Europäischen Union bei uns 1:1 umsetzen. Das hat die frühere Regierung nicht getan. Deswegen haben Sie auch solche Probleme, überhaupt zu dem Thema Bürokratieabbau zu sprechen.

In dem Sinne bedanke ich mich noch einmal sehr herzlich bei den Koalitionsfraktionen für diesen Antrag. Wir werden eine intensive Debatte im Ausschuss führen. Ich biete an, dass die Landesregierung permanent über weitere Fortschritte zum Thema Bürokratieabbau berichtet, auch wenn sich der eine oder andere Abgeordnete für dieses Thema möglicherweise nicht so sehr interessiert.

(Svenja Schulze [SPD]: Wir haben nicht darüber gesprochen! Wir haben es gemacht! Das ist der Unterschied!)

Es ist ein wichtiges Thema für den Agrarstandort Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Mir liegen noch zwei Wortmeldungen vor. Zunächst spricht Herr Abgeordneter Kemper von der CDU-Fraktion.

Heinrich Kemper^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich nenne wieder einmal eines der schönen Beispiele aus dem Bereich Bürokratieabbau. Vorab möchte ich eines sagen: Wir Landwirte haben ein Problem. Wir müssen uns dem Bürokratieabbau stellen. Wir können uns

dem nicht entziehen. Wir haben unsere Basis hier. Wir können unsere Betriebe nicht verkaufen und mal eben nach Polen gehen, um dort unsere Produktion aufzunehmen.

Wir in Deutschland setzen diese bürokratischen Hemmnisse, die wir durch politische Vorgaben vorgesetzt bekommen, exklusiv um. Ich kann gut darüber sprechen, weil ich Vorsitzender einer europäischen Organisation bin, die sich mit Landwirtschaft beschäftigt. Natürlich frage ich meine Kollegen: Hör mal, wie setzt du die Hygieneverordnung bei euch um? – Dann bekomme ich aus Frankreich zum Beispiel die Antwort: Das ist für mich überhaupt kein Thema.

In Deutschland muss ich bei meinem letzten Antrag ein Kreuz machen. Ich will Ihnen einmal eben die Folgen schildern. Dieses Kreuz auf dem Antrag bewirkt, dass ich anschließend ein Betrieb zur Herstellung von Lebensmitteln bin. Dies bedeutet, ich darf Lebensmittel wie beispielsweise Getreide nicht mehr offen unter freiem Himmel transportieren. Selbst vom Acker zum Hof muss ich es mit einer Plane abdecken. Ich sage Ihnen, das ist Bürokratie pur.

Wenn man es ernst meinen würde, müsste man das Feld schon in dem Augenblick abdecken, in dem die Ähre erscheint. Jeder Vogel könnte auch dann einmal zufällig auf eine Ähre schießen. Ich müsste auch das Wild, das sich auf dem Acker befindet, vertreiben.

Übrigens wird es nur bei uns so gesehen, dass das unbedingt umgesetzt werden muss. Wenn ich dieses Getreide zur Mühle bringe, muss ich dort erklären, welche drei Vorfrachten ich auf dem Anhänger gefahren habe. Haben Sie bei Ihrem Arzt schon einmal nachgefragt, welche drei Patienten vor Ihnen auf der Behandlungsliege gelegen haben? Das könnte doch eigentlich viel gefährlicher werden als das, was ich geschildert habe.

(Svenja Schulze [SPD]: Deswegen wechselt er ja auch immer die Auflagen!)

Wenn Sie es ernst nehmen, müssten wir alle Maschinen, mit denen wir Lebensmittel behandeln und lagern, aus den Materialien V2A oder V4A herstellen. Alle Maschinen, die damit zu tun haben, müssten mit Schmierstoffen geschmiert werden, die lebensmittelrechtlich unbedenklich sind.

Wir machen hier Bürokratie pur. Wir dokumentieren bis zum Gehtnichtmehr. 93 % aller Betriebe sind übrigens sogenannte Sofa-Betriebe. Sie sind selbstständig und ohne fremde Arbeitskräfte. In Ermangelung eines eigenen Qualitätsbeauftragten erklärt Ihnen dann Ihre Ehefrau, ob Sie qualitativ

alles richtig gemacht haben oder nicht. Es ist Bürokratie, wenn Sie das bei den freiwilligen QS-Systemen, die uns von der Futtermittelindustrie teilweise vorgeschrieben werden, dann auch noch schriftlich niederlegen müssen.

Wir möchten dort Bürokratieabbau, wo Bürokratie ein Doppelhemmnis ist.

Ich will Ihnen ein anderes Beispiel nennen. Ich bekomme jedes Jahr Anfragen vom Statistischen Landesamt. Ich muss erklären, wie viel Weizen, Gerste und sonstige Getreidearten ich anbaue. Die Daten liegen digitalisiert bei den Landwirtschaftskammern viel genauer und nicht in alphanumerischer Form in einem Antrag vor, den ich ausfüllen muss. Das ist wirkliche Bürokratie. Durch eine einfache Datenübernahme aus dem Bereich der Landwirtschaftskammer könnte man dies vereinfachen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Jetzt bin ich einmal bürokratisch und muss Sie leider auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen, Herr Abgeordneter.

Heinrich Kemper* (CDU): Dann beende ich meine Rede und führe die Diskussion mit Freude im Ausschuss fort. Ich habe noch mehrere Beispiele der gleichen Art. – Danke.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. Einen Schlusssatz hätten Sie gerne noch sagen können. So streng sind wir hier nicht. – Als nächster Redner hat noch einmal Herr Ellerbrock von der FDP-Fraktion das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Uhlenberg, ich teile Ihre Auffassung. Aus den Worten der Kollegin Svenja Schulze habe ich eine Korrelation zu dem vorliegenden Antrag selbst bei großem Interpretationsvermögen meinerseits nicht erkennen können.

(Svenja Schulze [SPD]: Sie müssen einfach einmal zuhören und nicht nur in Schubladen denken!)

Herr Kollege Rimmel, Sie haben gefragt, wo der „Sitz im Leben“ ist. Es ist mir leider nur unzureichend gelungen, anhand der Tierdatendatei deutlich zu machen, wo der Sitz im Leben ist. Herr Kollege Kemper hat das eben auch noch einmal versucht.

Auf den nächsten Punkt gehe ich noch einmal ein, weil es für mich eine Frage der Diskussionskultur ist. Frau Kollegin Svenja Schulze hatte in ihrer Rede eben gesagt: „... jetzt müssen wir mal offen reden mit den Landwirten ...“ und „... sind wir am Nachmittag mal ehrlich ...“. Das wird man im Protokoll so nachlesen können.

Für meine Fraktion und sicherlich auch für viele andere hier im Raum nehme ich folgende Position ein und sage ganz deutlich:

Erstens. Sprache ist verräterisch.

Zweitens. Eine unangenehme Wahrheit ist besser als trügerische Hoffnung.

Drittens. Wir reden in diesem Sinne offen, und zwar nicht nur am Nachmittag.

(Svenja Schulze [SPD]: Das ist doch eine Unverschämtheit!)

Viertens. Wir reden in diesem Sinne ehrlich – immer ehrlich –, nicht nur am Nachmittag.

(Beifall von CDU und FDP – Svenja Schulze [SPD]: Das ist doch eine Unverschämtheit!)

Dies will ich im Sinne der Diskussionskultur in diesem Hause einmal festhalten.

(Svenja Schulze [SPD]: Unverschämtheit!)

– Sprache ist verräterisch. Ich habe Sie wörtlich wiedergegeben. Sie können das gerne im Protokoll nachlesen.

(Svenja Schulze [SPD]: Weil ich gehofft habe, dass Sie endlich mal vernünftig darauf reagieren! Das ist eine Unverschämtheit!)

Ich danke Ihnen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung und komme zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 14/2097** an den **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** federführend und mitberatend an den **Hauptausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Dort können dann alle Beispiele genannt werden, und es kann versucht werden, alle Irritationen, die am Ende erkennbar geworden sind, auszuräumen. Wer möchte dieser Überweisungsempfehlung zustimmen? Bitte Handzeichen! – Die

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

9 Begabungsförderung im Kontext individueller Förderung

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2099

Für die antragstellende CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Kastner das Wort.

Marie-Theres Kastner^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind angefangen mit der Schulpolitik und hören mit der Schulpolitik auf. Ich finde, das ist ein angemessenes Thema vor Beginn der Schulferien.

Heute Morgen haben wir das Schulgesetz endgültig verabschiedet. Wir haben zum ersten Mal in der Schulgeschichte des Landes Nordrhein-Westfalen in einem Gesetz die individuelle Förderung festgeschrieben. In großer Eintracht haben wir uns dazu im Ausschuss auch im ersten Absatz in der Überschrift bekannt.

Nach der grundsätzlichen Festlegung wollen sich die Fraktionen der Regierungskoalition mit diesem Antrag jetzt den Kindern zuwenden, die über besondere Begabungen insgesamt oder in besonderen Feldern verfügen. Alle, die mit Schule zu tun haben, kennen sie: die Kinder, die in den Klassen, in den Tagesbetreuungseinrichtungen auffallen. Sie fallen auf, weil sie viele, viele Fragen stellen, weil sie sich mit Sachverhalten besonders intensiv beschäftigen. Eltern, die ihre Kinder aufmerksam beobachten, stellen darüber hinaus besondere Eigenarten der Kinder fest, sei es, dass sie ungewöhnlich wenig Schlaf brauchen, mit ihrer Beweglichkeit die Eltern auf Trab halten oder andere vielleicht nicht unbedingt in den Regelbüchern beschriebene Fähigkeiten entwickeln.

Das heißt zwar noch lange nicht, dass jedes Kind, das frühzeitig auf Stühle klettert und sich lieber Bilderbücher anguckt, als mit Bauklötzen zu spielen, hochbegabt ist. Nein, aber es könnte ein Hinweis sein, genauer hinzuschauen, erst vielleicht im Kindergarten und später natürlich in besonderer Weise in den Schulen.

Auf diesem Gebiet, meine Damen und Herren, haben wir meines Erachtens noch nicht genug getan. Deshalb dieser Antrag. Ja, wir haben einige schulische Angebote, die Schülerinnen und Schü-

lern mit besonderen Begabungen entgegenkommen, wie zum Beispiel die Möglichkeit, im Laufe der Schulzeit eine oder vielleicht auch mehrere Klassen zu überspringen. Wir haben Drehtürmodelle oder in Städten wie Münster zusätzliche Lernangebote an den Universitäten. Aber reicht das letztendlich aus? – Wenn ich mit Eltern, Lehrerinnen und Lehrern und Schülern spreche, habe ich den Eindruck, dass das nicht der Fall ist.

Es steht schon in der Bibel, dass es nicht richtig ist, seine Talente im Acker zu vergraben. Nein, die Talente sollen vermehrt werden. Das ist sicherlich zunächst die Aufgabe eines jeden Einzelnen selbst, aber es ist auch die Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Talentvermehrung möglich ist.

Wie müssen diese Rahmenbedingungen nun aussehen? – Der Antrag zeigt einige auf. Ich will fünf Punkte besonders herausstellen.

Zunächst einmal gilt es, die Begabungen der Jungen und Mädchen zu erkennen. Ich glaube, dass das nicht unbedingt immer geschieht, denn die Diagnostik von besonderen Begabungen ist auch nicht immer leicht.

Lange Jahre wurde in Nordrhein-Westfalen das Thema Hochbegabung gemieden, weil es in die politische Denke nicht passte. Gott sei Dank sind diese Zeiten nun vorbei. Wir wissen es, und wir bekennen uns dazu, dass es Kinder mit besonderen Begabungen ebenso gibt wie die Kinder mit einem besonderen Förderbedarf. All diese Kinder bedürfen nachweislich einer individuellen Förderung, einer Förderung, die bei den Begabungen und Fähigkeiten der Kinder ansetzt.

Zum Zweiten: Dreh- und Angelpunkt einer guten Förderung der Kinder sind die Lehrerinnen und Lehrer. Fangen wir endlich an mit einer gezielten Förderung eben dieser Lehrerinnen und Lehrer! Es war gut, dass das Land das Kompetenzzentrum für individuelle Förderung mit gegründet hat. Dieses Kompetenzzentrum ist unmittelbar angegliedert an das ICBF, das Internationale Zentrum für Begabungsforschung in Münster. Alle Lehrerinnen und Lehrer, die sich bis heute an diesem Institut fortgebildet und das Abschlussdiplom erworben haben, berichten, wie hilfreich diese Fortbildung für die bessere Förderung der Kinder im allgemeinen Unterricht war. Ich bin froh, dass sich das Institut jetzt auch für Erzieherinnen und Erzieher angeboten hat.

Meine Damen und Herren, die Lern- und Arbeitsangebote aufgrund dieser Fortbildung führen zu einer besseren Unterrichtsqualität und sind darüber hinaus nicht nur auf die besonders begabten

Kinder zugeschnitten, sie tun allen Kindern gut. Das ist genauso wie bei den abgesenkten Bürgersteigen für die Menschen mit Behinderungen. Die Mütter mit Kinderwagen sind genauso froh über diese abgesenkten Bürgersteige. Wenn das so ist, dann sollten möglichst bald die Elemente dieser Fortbildung fester Bestandteil in der allgemeinen Lehrerbildung werden.

Zum Dritten brauchen wir ein durchgängiges Beratungs- und Stützsystem für alle, die mit Kindern mit besonderen Begabungen zu tun haben, also Lehrer, Eltern und Schüler. Ich glaube, darauf warten all diese ganz besonders.

Dazu gehört viertens die Unterstützung der Schulen, die sich diesem Thema in besonderer Weise verschrieben haben oder noch verschreiben wollen. Sie sollten die Möglichkeiten haben, sich auch zusammenzuschließen und Schwerpunkte aufzubauen. Das Hinzuziehen außerschulischer Partner sollte dabei eine Selbstverständlichkeit sein und dient ebenso der gezielten Förderung wie alle anderen Maßnahmen vorher.

Es ist mir besonders wichtig, dass wir bei diesem Thema als letzten Schwerpunkt die Kinder und Jugendlichen in den Fokus nehmen, deren Elternhäuser vielleicht nicht dazu beitragen können, diese Kinder in besonderer Weise zu fördern und ihre Talente weiterzuentwickeln. Ich denke dabei an die Schülerinnen und Schüler in unserem Land mit Migrationshintergrund. In Nordrhein-Westfalen stellt sich diese Aufgabe vielleicht schon allein aufgrund der großen Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund. Ich möchte das sozusagen als „die Reserven entdecken“ bezeichnen.

Dazu kommen in diesem Bereich noch die Kinder, die sich nur zeitweise bei uns aufhalten. Auch diese Kinder und Jugendlichen haben ein Recht auf besondere Förderung, wissen wir doch, dass im Ausland dieses sehr viel selbstverständlicher ist.

Meine Damen und Herren, Bundespräsident Roman Herzog hat vor etlichen Jahren in seiner berühmten Berliner Rede davon gesprochen, dass das Kapital der Deutschen in den Köpfen der jungen Menschen zu finden sei. Ich meine, wir können ihm da nur zustimmen.

Wir wollen deshalb mit unserem Antrag dazu beitragen, dass alles getan wird, um Kindern ohne Rücksicht auf ihre Herkunft die Chance zu bieten, ihre Talente zu entdecken und zu voller Blüte kommen zu lassen. Wir wollen, dass die Begabungen unserer Kinder so gefördert werden, dass sie sich der Wissensgesellschaft stellen und im

internationalen Wettbewerb auch mithalten können.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinther)

Unsere Gesellschaft braucht die Förderung von kreativen Köpfen. Ich meine, der Antrag kann den Weg dazu ebnen. Wir hoffen auf Ihrer aller Unterstützung und freuen uns auf eine Diskussion im Ausschuss.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Kastner. – Für die FDP spricht Frau Pieper-von Heiden.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gestern bei der zweiten Lesung zum neuen Schulgesetz wurde von der Opposition die unwahre Behauptung aufgestellt, Schulen würden angewiesen, individuell zu fördern, ohne ihnen dabei zu sagen, wie das gehen solle. Offenbar hatten Sie gestern den heute hier zur Beratung vorliegenden Antrag von CDU und FDP noch nicht gelesen,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Gerade deshalb!)

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, oder ihn vielleicht einfach nur nicht verstanden.

Mit diesem Antrag wurde von den Koalitionsfraktionen eine hervorragende Grundlage für ein fachlich fundiertes Konzept zur Begabtenförderung entwickelt, auf das Eltern betroffener Kinder seit vielen Jahren warten. Eigentlich sollte man besondere Begabungen als Geschenk bezeichnen. Da Nordrhein-Westfalen jedoch bisher Diaspora in der schulischen Begabtenförderung war, hat es sich wohl so festgesetzt, eher von Betroffenheit zu sprechen.

Für Kinder mit besonderen Begabungen gab es bisher kaum Unterstützung in unseren Schulen, weil Rot-Grün große Berührungängste auf diesem Gebiet hatte. Wenn es doch hier und da zarte Vorstöße in der Begabungsförderung gab, dann waren diese dem ganz besonderen Engagement von Lehrern und Eltern sowie der Unterstützung durch Stiftungen und andere Einrichtungen zu verdanken.

An sich hervorragend geeignete Instrumente der schulischen Differenzierung wie das Drehtür-Modell wurden von den Lehrerkollegien eher angefeindet und – wenn überhaupt – nur widerwillig eingeführt und auf diese Weise von Vornherein mit einem Klima belegt, das Mobbing gegenüber

betroffenen Schülern, auch durch Lehrer, Tür und Tor öffnete.

So kam es, dass wir im ganzen Land bisher nur eine Hand voll Schulen haben, die dieses Modell der Begabungsförderung praktizieren. Das wird sich jetzt ändern.

(Sören Link [SPD]: Das ist ein Skandal! Das ist die Hölle!)

Aber wie sollte man Akzeptanz in den Schulen erwarten, wenn doch Differenzierung und Begabungsförderung von der alten rot-grünen Landesregierung als bedrohliche Privilegierung ausgelegt wurde?

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

So war das in der Vergangenheit. Genau dies war das Kernproblem. Eine Förderung besonderer Begabungen war politisch nicht gewollt.

Frau Schäfer selbst musste sich als Ministerin erst erklären lassen, was ein Drehtür-Modell ist, in dem Schüler je nach Begabung Kurse auf unterschiedlichem Niveau in unterschiedlichen Jahrgangsstufen besuchen. Das ICBF, das Internationale Zentrum für Begabungsforschung in Münster, wo sie viel hätte lernen können, hat Ex-Ministerin Schäfer nur ein einziges Mal zum Abschluss ihrer Amtszeit besucht.

(Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Anmerkung: Ich selbst war mindestens ein Dutzend Mal vor ihr da.

Meine Damen und Herren, ich bin sehr stolz und froh, dass wir in der neuen Landesregierung mit Schulministerin Barbara Sommer nun ein völlig anderes Klima vorfinden und endlich den Durchbruch bei der individuellen Begabungsförderung feiern können.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Zuruf von Bodo Wißen [SPD] – Britta Altenkamp [SPD]: Küsschen, Küsschen!)

– Ja, Sie sollten sich ein bisschen schämen für das, was Sie in der Vergangenheit auf diesem Gebiet gemacht haben.

(Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

Die ersten Anträge zu diesem Thema hat die FDP-Fraktion im Landtag bereits im August 2000 gestellt. Sie blieben von der damaligen Landesregierung unbeachtet. Seitdem ist den Menschen

klar, wer die politische Kompetenz auf diesem Gebiet in unserem Land hat.

(Beifall von der FDP -Britta Altenkamp [SPD]: Sie?)

Wir wissen, dass wir umso erfolgreicher sind, je früher wir besondere Begabungen erkennen und fördern. Deshalb müssen wir die Diagnose- und Förderkompetenz unserer Erzieherinnen und Lehrer dringend verbessern, sowohl unmittelbar in der Ausbildung als auch „on the job“, wie man so schön sagt.

(Beifall von der FDP)

Individuelles Überspringen von Klassen kann Fördermaßnahmen begleiten, ersetzt diese aber nicht. Es ist ein Hilfsinstrument durch Akzeleration, also schnellere Aufnahme des Lernstoffes, muss aber einhergehen mit Enrichment, also einer Vertiefung des Lernstoffes.

Wir wissen, dass Schülerakademien und andere außerschulische Maßnahmen wertvoll in der Ergänzung sind, aber nicht für sich allein genommen. Das heißt, Früchte tragen kann eine Begabtenförderung erst dann, wenn wir den Unterricht an sich verändern. Das kommt allen Schülern zugute, so, wie gerade im verabschiedeten Schulgesetz zum Ausdruck gebracht.

(Beifall von der FDP)

Schulen, die einen Schwerpunkt in der Förderung von Kindern mit besonderen Begabungen setzen wollen, dürfen dies künftig tun. Sie können auch Förderverbände gründen.

Insgesamt müssen wir für eine enge Vernetzung auf diesem Kompetenzgebiet sorgen. In dieses Netz gehört selbstverständlich als Know-how-Träger und beratende Institution unser neues Landeskompetenzzentrum für individuelle Förderung in Münster, das ICBF, ebenso wie Einrichtungen in Düsseldorf und Brühl und selbstverständlich auch Stiftungen. Ich bin auch stolz darauf, selbst dabei sein zu können.

(Beifall von der FDP)

Dreh- und Angelpunkt einer gelingenden Begabtenförderung und Individualisierung des Unterrichts ist allerdings, dass die Erfahrungen und Best-Practice-Beispiele gebündelt weitergegeben werden.

(Bodo Wißen [SPD]: Dann kann ja nichts passieren!)

Eine veränderte Lehreraus- und -fortbildung zusammen mit einem positiven veränderten Klima

für dieses Thema in unserem Land gehört ebenso dazu. Beides ist bei Schulministerin Barbara Sommer und den Regierungsfractionen in den allerbesten Händen. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Pieper-von Heiden. – Für die SPD-Fraktion hat nun Frau Stotz das Wort.

Marlies Stotz (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 14. Juli 2000 hat unser ehemaliger Bundespräsident Johannes Rau auf dem ersten Kongress des Forums Bildung festgestellt – ich möchte mit Erlaubnis der Präsidentin zitieren –:

„Hüten wir uns vor falschen Alternativen. Bildung heißt: Benachteiligung vermeiden, es heißt aber auch, Begabung, ja auch Höchstbegabung, rechtzeitig zu erkennen und zu fördern. Das sind Ziele, die nicht gegeneinander stehen dürfen.“

Dieser Feststellung können wir uns sicher fraktionsübergreifend anschließen.

(Beifall von der SPD)

Ich will voranstellen: Begabtenförderung ist auch nach Auffassung der SPD eine entscheidende Komponente für die Zukunftssicherung unseres Landes. Somit hat Begabtenförderung aus unserer Sicht eine sehr wichtige gesellschaftliche Funktion. Das haben wir nie anders gesehen und wir brauchen uns auch nicht zu schämen, Frau Pieper-von Heiden. Es ist auch keine Diaspora in unserem Land an dieser Stelle.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Doch!)

Das weise ich mit Nachdruck zurück.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das zeigen auch zahlreiche Projekte und Konzepte zur Hochbegabtenförderung, die wir in den zurückliegenden Jahren auf den Weg gebracht haben.

Die Regierungsfractionen legen heute einen Antrag vor, der sich zum wiederholten Male mit der Förderung der hoch begabten Kinder befasst. Schon in der zurückliegenden Legislaturperiode hatten wir uns mit zahlreichen Anträgen insbesondere von der SPD,

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Von der SPD?)

von der FDP – Entschuldigung; von Ihnen; an erster Stelle von Ihnen, Frau Pieper-von Heiden – zu befassen. Die Hochbegabten sind 2 bis 3 % eines Jahrgangs in unserem Lande. Dafür haben Sie sich in den vergangenen Jahren immer ganz besonders stark gemacht.

Begründet wird dieser neuerliche Antrag für die Hochbegabten unter anderem mit dem neuen Schulgesetz, wobei die Fraktionen herausstellen, dass das neue Schulgesetz erstmalig und mit wünschenswerter Klarheit die individuelle Förderung als Leitgedanken für die neue Schule in NRW verankert und festschreibt. – Das ist, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Koalition, mit Verlaub nicht mehr als Antragslyrik und hält einer genauen Überprüfung wirklich nicht stand.

(Beifall von der SPD)

Ich erinnere daran: Auch im Schulgesetz von Rot-Grün war die Notwendigkeit der individuellen Förderung als wesentliches Instrument für einen erfolgreichen Bildungsverlauf eines jeden Schülers berücksichtigt worden.

Die Errichtung des Landeskompetenzzentrums für individuelle Förderung unter Rot-Grün – Sie haben es eben schon gesagt – ist Beweis für diese These. Sie war seinerzeit die logische Konsequenz aus der Erkenntnis, dass die individuelle Förderung in allen Bildungseinrichtungen verstärkt und ausgebaut werden muss. Damit hat die rot-grüne Landesregierung ein deutliches Zeichen für den Ausbau der individuellen Förderkultur in unseren Bildungseinrichtungen gesetzt. Soweit ich weiß, gibt es bislang nur in Nordrhein-Westfalen ein solches Konzept.

Uns ging und geht es nach wie vor um die individuelle Förderung aller Kinder. Das möchte ich ausdrücklich unterstreichen.

Gleichwohl hat Rot-Grün auch zahlreiche Initiativen zur Hochbegabtenförderung auf den Weg gebracht. Hinzuweisen ist beispielsweise auf die Sommerakademien in den verschiedensten Fächern, auf die Selbstlernzentren, auf die Kooperation mit den Universitäten – auch da war NRW Vorreiter –, an das Überspringen von Klassen überhaupt und an die speziellen Fortbildungsangebote: In allen fünf Bezirksregierungen wurden entsprechende Angebote für Lehrer gemacht, die dann zu Moderatoren ausgebildet worden sind.

Das neue Schulgesetz ist ja nun trotz massivster Kritik von allen Seiten leider auf den Weg gebracht worden. Ich habe mir zur Vorbereitung dieser Rede das Gesetz in Bezug auf die individuelle

Förderung noch einmal genau angesehen. Ich habe mir auch noch einmal die Stellungnahmen der großen Verbände zu diesem Punkt angesehen.

Ja, es ist richtig: Durchweg – da sind wir uns alle einig – wird die Festschreibung der individuellen Förderung im Gesetz begrüßt. Bis hierhin können sich die Regierungsfractionen und Sie, Frau Ministerin, noch relativ beruhigt zurücklehnen. Aber was von nahezu allen Verbänden und Sachverständigen unisono kritisiert wurde, ist die Tatsache, dass das neue Schulgesetz zwar die individuelle Förderung festschreibt, aber über die dafür notwendigen Ressourcen wie immer kein einziges Wort verliert.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das bleibt wieder einmal völlig offen, und deshalb ist das für uns nicht mehr als eine leere Sprechblase.

Klar ist nur, dass für die Förderung von Schülerinnen und Schülern – nach unserer Auffassung grundsätzlich eine innere Schulangelegenheit – künftig die Schulverwaltung zur Schaffung entsprechender Angebote mit zuständig sein soll. Die Kritik der kommunalen Spitzenverbände dazu ist Ihnen ja bekannt und hier schon ausführlich diskutiert worden.

Nun komme ich zu dem vorgelegten Antrag zurück. So sehr ich mit Ihnen über die Notwendigkeit der individuellen Förderung übereinstimme, so sehr offenbart dieser Antrag zur Begabtenförderung meines Erachtens den neuen Geist der Koalition. Als ersten Antrag zur konkreten Umsetzung einzelner Aspekte im Schulgesetz wird uns heute ein Antrag auf den Tisch gelegt, der nicht etwa weiterführende Schritte zur generellen individuellen Förderung einleitet. Das wäre nämlich nach Auffassung der Experten noch am Dienstag hier in der Anhörung – Sie waren dabei, Frau Pieper-von Heiden – eigentlich die drängendste Aufgabe.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Uns wird auch kein Antrag vorgelegt, der etwa konkrete Schritte zur Förderung von Kindern mit Defiziten einleitet. Es wird auch kein Antrag vorgelegt, der konkrete Schritte über die individuellen Lern- und Förderempfehlungen für Schüler, denen etwa die Nichtversetzung droht, vorgelegt. Und es fehlt auch der Hinweis auf konkrete Schritte zur individuellen Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund.

Nein, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, stattdessen greift der Antrag von FDP und CDU als Erstes die damit aus Sicht der Koalition

ja wohl dringendste Fragestellung auf, nämlich die Förderung der Hochbegabten. Ich muss nicht wiederholen, dass das auch für uns ein wichtiges Anliegen ist. Aber ich frage die Koalitionsvertreter: Wo ist denn der Antrag, der sich auch für die Kinder einsetzt, die aufgrund von Benachteiligungen dringend mehr individuelle Förderung brauchen?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie setzen mit diesem Antrag eine eindeutige Priorität nur auf die Kinder mit Hochbegabung. Diese Priorität teilen wir ausdrücklich nicht.

Sie fordern eine landesweite Beratungsstruktur für die Begabungsförderung. Ich frage Sie: Wo ist Ihre Forderung für eine verbesserte landesweite Beratungsstruktur für Kinder mit Benachteiligungen und Defiziten? Ich frage Sie weiter: Wo ist Ihre Forderung nach einer verbesserten landesweiten Beratungsstruktur für Eltern und Kinder mit Migrationshintergrund? – Fehlanzeige auf der gesamten Linie. Stattdessen haben Sie mit Ihren massiven Haushaltskürzungen im Politikfeld für Kinder, Jugend und Familie ausgerechnet da die Axt angesetzt, wo bislang gerade für die Benachteiligten wichtige Unterstützungen geleistet wurden, die nun durch Ihre Kürzung massiv geschwächt worden sind.

Das, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ist der neue Geist der Bildungspolitik von Schwarz-Gelb.

(Beifall von der SPD)

So also haben Sie die Festschreibung des individuellen Förderns im Schulgesetz gemeint. Verkürzt auf den Blick der Hochbegabtenförderung wird das wichtige Thema der individuellen Förderung abgearbeitet, und die eigentlichen Notwendigkeiten zu einer verstärkten Förderung für Kinder mit Benachteiligungen, für Kinder mit Migrationshintergrund oder auch für Kinder aus sozial benachteiligten Familien werden dabei völlig außen vor gelassen.

Dass Ihnen dieser Bereich nicht so drängend und wichtig erscheint, haben Sie ja bereits mit der Ablehnung eines Änderungsantrages zum Schulgesetz deutlich gemacht. Ich möchte daran erinnern: Wir haben in der Schulausschusssitzung beantragt, in § 2 des Schulgesetzes noch einmal klar Position dafür zu beziehen, dass alle Kinder – ich betone: alle Kinder – gemäß ihren individuellen Fähigkeiten und Begabungen, Interessen und Neigungen gestärkt und zur vollen Entfaltung ihrer Leistungsfähigkeit gefördert und gefordert werden sollen. Ganz offensichtlich hat die Koalition eine völlig andere Auffassung darüber, was individuelle

Förderung meint. Für Sie zählen ganz offensichtlich in erster Linie die Hochbegabten. Nach unserer festen Überzeugung greift dieses Ziel zu kurz.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir vermissen ein ganzheitliches grundlegendes Konzept, in dessen Mittelpunkt beispielsweise Fragen stehen, die die Aus- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer in Bezug auf die Diagnosefähigkeit aufgreifen.

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

– Ja, aber auf Hochbegabte bezogen. Wir meinen, zunächst muss es eine Grundlage dafür geben, die die Unterrichtsentwicklung und Unterrichtsgestaltung unter dem Aspekt der individuellen Förderung aufgreift.

Ich komme noch einmal an den Anfang meiner Ausführungen zurück und erinnere nochmals an Johannes Rau: Lassen wir das Ziel, sowohl Benachteiligte als auch Hochbegabte zu fördern, nicht aus den Augen! Lassen wir nicht zu, dass diese Ziele gegeneinander stehen! Insofern sind wir gespannt, wann der Antrag der Koalitionsfraktionen das Licht der Welt erblickt, der die individuelle Förderung für jedes Kind aufgreift und sich nicht nur auf die 2 bis 3 % der hochbegabten Kinder in unserem Land beschränkt.

In diesem Sinne sind wir gespannt auf die Diskussion im Ausschuss. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Stotz. – Frau Beer von Bündnis 90/Die Grünen hat nun das Wort.

Sigrid Beer^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Lektüre Ihres Antrages bin ich zu zwei Überlegungen gekommen.

Erstens. Chance vertan.

Zweitens. Trotz aller Beteuerungen, die Sie zum Teil auch in den vorliegenden Text eingestreut haben, reduzieren Sie Ihre Initiativen zur individuellen Förderung doch erst einmal auf 2 bis 3 % der Kinder, nämlich auf 2 bis 3 % Hochbegabte, die ein Recht auf individuelle Förderung haben. Aber auch 97 bis 98 % der Schüler und Schülerinnen, für die Sie keine Konzepte vorlegen, haben ein Recht auf individuelle Förderung. Wir warten in der Tat bei dieser Leerstelle, wie Sie dieses Thema anfassen wollen.

Gerade mit Ihrem vorliegenden Antrag und der Dringlichkeit machen Sie aber auch deutlich, dass Sie Pisa immer noch nicht in Gänze verstanden haben und deshalb auch nicht die nötigen Grundlagen schaffen. Individuelle Förderung – ich sage das noch einmal – bedeutet, jedes Kind ohne Ausnahme individuell zu fördern.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Stimmt!)

Das gilt nicht nur für – ich setze das einmal in Anführung – „die Gruppen der Leistungsabweichler nach unten oder nach oben“, die ja auch im Schulgesetz interessanterweise eine besondere Erwähnung erfahren.

Gerade die Kinder in der Mitte – ich bezeichne sie gern als Sandwichkinder –, die so schön unauffällig durch den Unterricht mitmarschieren, blenden Sie damit wieder einmal bewusst oder unbewusst aus. Ich halte das für einen schwerwiegenden Fehler.

(Beifall von Sören Link [SPD])

Denn Sie setzen dadurch auch die Signale für die Lehrkräfte falsch, die sich mit der gaußschen Normalverteilung in der vermeintlich normalen Leistungsstreuung so schön eingerichtet haben. Sie vernachlässigen damit die Entwicklungspotenziale aller Kinder – das bleibt ein durchgängiges Muster Ihres Handelns –: auf der einen Seite innerhalb der Schulformen und auf der anderen Seite erst recht strukturell beim Zementieren von Lernbarrieren und Schulformhürden.

Alle Kinder haben Begabungen. Und alle Kinder haben ein Recht auf deren Entwicklung und Förderung. Genau dieser Herausforderung hat sich zum Beispiel die Gesamtschule Holweide gestellt, die neben der sonderpädagogischen Förderung im gemeinsamen Unterricht ein Projekt zur Förderung Hochbegabter entwickelt hat. In der Folge wurde es konsequent auf den gesamten Jahrgang ausgeweitet. In der begleitenden Diagnostik konnte die Gesamtschule Holweide feststellen, dass die Schüler/-innen des gesamten Jahrgangs erhebliche Potenziale aufweisen, die sich bis dato noch nicht in Schulleistungen ausgedrückt hatten.

Das hat mit vielfältigen Faktoren zu tun. Beispielsweise wirken Faktoren, die von Jugendlichen nicht beeinflusst werden können wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Tod in der Familie. Des Weiteren wirken sich Belastungen aus, die durch vielfältige aktuelle Aufgaben und Herausforderungen – auch durch die soziokulturelle Umgebung – bei der Entwicklung von Potenzialen hemmend sein können.

Das bedeutet, sich darüber im Klaren zu sein, dass Talente und Potenziale vielfältig sind und vielfältig sichtbar werden können – in Bereichen wie Sport, Kunst, Musik, Malen, Naturwissenschaften, Sprachen, Technik, abstraktem Denken, Mathematik und auch sozialer und emotionaler Intelligenz.

Das bedeutet auch, sich darüber im Klaren zu sein, dass die Umsetzung von Begabung in Leistung vom Zusammenwirken verschiedener Faktoren abhängig ist: von günstigen, nichtkognitiven Persönlichkeitsmerkmalen und ebenfalls von günstigen sozialen Faktoren. Und diese günstigen Faktoren müssen zum Teil geschaffen und entsprechend beeinflusst werden. Es ist gefährlich, soziokulturelle Begabungsmilieus deshalb außer Acht zu lassen. Soziokulturell bestimmte Lernmilieus werden sie aber gerade durch Ihre Schulformpolitik weiter zementieren und verfestigen.

Ich will es noch einmal ganz deutlich sagen: Jedes Kind, Kinder mit und ohne Behinderungen bis hin zu Hochbegabten, hat spezifische Entwicklungs- und Förderpotenziale. Deswegen ist es der falsche Weg, einen eigenen gruppenspezifischen Überbau zu schaffen. Sie verpassen die Chance, die Bildungslyrik der individuellen Förderung im Schulgesetz mit einer substanziellen Unterfütterung zu versorgen.

Wo sind die konkreten Maßnahmen und Fortbildungen, die Lehrer und Lehrerinnen insgesamt zur individuellen Förderung befähigen und ihnen eine Förderdiagnostik an die Hand geben? Wer individuelle Förderung will, muss Lehrer/-innen darin unterstützen, mit heterogenen Lerngruppen positiv und konstruktiv umgehen zu können. Das braucht Fortbildung, Fortbildung, Fortbildung. Das braucht Assistenzen im Unterricht, ein Unterstützungssystem mit Multiprofessionalität in der Schule.

Jedes einzelne Kind braucht individuelle Wertschätzung und hat Anspruch auf individuelle Förderung. Eklatant deutlich werden das Versäumnis und die mangelhafte Grundlegung zum Beispiel auch in der zentralen Ausbildungsordnung für die Grundschule, die wir heute noch nach der Plenardebatte im Ausschuss durchpauken werden.

Ich rede jetzt nicht über den Titel Lernstudio. Ich will mich nicht darüber streiten. Mir waren bisher das Gard-Haarstudio, Fitnessstudios oder Modestudios bekannt. Aber ich möchte mit Ihnen sehr wohl über die Inhalte reden. Welche Kinder bekommen zusätzliche Förderung? Welche Schulen bekommen ein sogenanntes Lernstudio? Was passiert, wenn Eltern ihr Kind jetzt auf eine ande-

re Schule schicken wollen, weil es dort ein Lernstudio gibt und an der alten Schule nicht? Warum werden Kinder unterschiedlich mit individueller Förderung ausgestattet? Wo wird eine Grenze gezogen? Welche Kinder haben Anspruch auf individuelle Förderung – auf weniger oder auf mehr?

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Alle!)

Aber lassen Sie uns noch einmal in Ihren Antrag schauen! Legen Sie zunächst einmal ein Konzept zur individuellen Förderung vor und schaffen Sie die notwendigen Rahmenbedingungen, statt zu fordern, eine landesweite Beratungsstruktur für eine spezielle Gruppe aufzubauen! Sorgen Sie für intensive Lehrerfortbildung, schulinterne Fortbildung zur individuellen Förderung für alle!

Neue Formen der Lern- und Leistungsbewertung, die individuelle Bildungsläufe stützen, sind in der Tat nötig. Die hätten Sie übrigens in unserem Antrag zu alternativen Formen der Leistungsbewertung finden können, der in der letzten Ausschusssitzung einfach weggestimmt worden ist.

Wir wollen Schulen bei der Umsetzung der Begabungsförderung Anreize geben. Geben Sie den Schulen erst einmal die Anreize zur individuellen Förderung insgesamt und nicht zur Förderung einer Gruppe! Leiten Sie die Kosten, die das Sitzenbleiben verursacht, um, und machen Sie diese Ressourcen zum Anreiz für individuelle Förderung! Bis zu 300 Millionen € wären das für individuelle Förderung, von der dann alle Begabungen und Talente profitieren würden.

Sie bleiben ein Ausbildungs- und Fortbildungskonzept schuldig, das alle Begabungen durch individuelle Förderung entwickelt. Spitzensport, der entsteht durch die Förderung des Breitensports. Wenn Sie individuelle Förderung für alle Kinder sichern, dann sorgen Sie auch für Spitzenleistungen, die wir sehr gut gebrauchen können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Beer. – Für die Landesregierung spricht jetzt Ministerin Sommer.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bereits in der Koalitionsvereinbarung und in der Regierungserklärung von Herrn Ministerpräsident Dr. Rüttgers stellten wir die individuelle Förderung als einen Leitgedanken der Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen heraus. Diesen Leitgedanken haben

wir nun zum Mittelpunkt unseres Schulgesetzes gemacht. Der Antrag der Regierungsfractionen unterstützt diesen Ansatz nachdrücklich. Ich bin sehr dankbar dafür.

(Beifall von der FDP)

Auch in meinen Augen sind besonders begabte Schülerinnen und Schüler in der Vergangenheit zu wenig gefördert worden. Vor diesem Hintergrund gilt es, Angebote im Rahmen der individuellen Förderung gezielt auszuweiten und die Rahmenbedingungen kontinuierlich zu verbessern. Denn dieser Landesregierung ist es ernst damit – ich betone das an dieser Stelle deutlich, weil es in den Beiträgen eben kritisch gesehen wurde –, jedes Kind, unabhängig von wirtschaftlicher Lage, Herkunft und Geschlecht, individuell zu fördern.

(Beifall von der FDP)

Das Schulministerium hat dazu bereits erste Maßnahmen eingeleitet. Ich nenne die Ganztags Hauptschule, die frühzeitige Sprachförderung und die Qualitätsanalyse an unseren Schulen. Zugleich wurden erste Eckpunkte für eine Begabungsförderung im Kontext individueller Förderung erarbeitet.

Wenn wir von individueller und begabungsgerechter Förderung sprechen, meinen wir, dass die Bedürfnisse und Begabungen aller Kinder und Jugendlichen in den Blick genommen werden. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass alle Kinder und Jugendlichen die richtige Lernumgebung haben, um ihre Begabungen entfalten zu können.

Eines ist mir besonders wichtig: Begabung, aber auch Lernschwierigkeiten müssen rechtzeitig erkannt und gefördert beziehungsweise stärker in den Blick genommen werden. Ziel ist es, hierbei an die vorhandenen Kompetenzen und Erfahrungen von Lehrerinnen und Lehrern anzuknüpfen, denn sie sind Experten für Förderung. Aber sie brauchen auch Unterstützung. Wir werden daher bereits in der Lehrerbildung beginnen, die individuelle und begabungsgerechte Förderung verstärkt in den Blick zu nehmen.

Schulen brauchen darüber hinaus – Frau Beer, Sie haben es gefordert – Fortbildungsangebote im Bereich der Diagnostik – das finde ich sehr wichtig – und der Begabtenförderung. Eckpunkte hierzu werden zurzeit erarbeitet. Das Land stellt zur Unterstützung beträchtliche Ressourcen zur Verfügung.

Aber auch die Unterstützung externer Partner ist notwendig. So wollen wir Schulen stärker Kooperationen mit anderen Schulen ermöglichen. Sie brauchen Vernetzung mit unterschiedlichen Ak-

teuren im Feld der individuellen und begabungsgerechten Förderung. Und sie brauchen Unterstützung durch Beratungsangebote. Schulaufsicht, Schulpsychologische Dienste, Jugendämter und Kompetenzzentren verfügen über vielfältige Erfahrungen im Umgang mit Begabungen und Lernschwierigkeiten. Diese müssen wir nutzen, indem wir die Akteure besser vernetzen. Auch regionale Kooperationen mit Hochschulen, Stiftungen der Wirtschaft und anderen Einrichtungen der Förderung können dazu beitragen.

Begabungen und Lernschwierigkeiten müssen auch dokumentiert werden. Brüche in der Laufbahn treten oft dann auf, wenn Schülerinnen und Schüler eine Schule, Schulform oder Klasse wechseln beziehungsweise einen Beruf ergreifen oder ein Studium aufnehmen. Um diese Brüche zu vermeiden beziehungsweise zu mindern, sollte die Dokumentation mit der entsprechenden Förderung fortgeschrieben werden. Lehrerinnen und Lehrern steht mit den individuellen Lern- und Förderempfehlungen bereits ein Instrument zur Verfügung. Dieses gilt es weiterzuentwickeln.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang hervorheben, dass nicht nur Lernschwierigkeiten von Schülerinnen und Schülern stärker in den Blick genommen werden müssen. Auch Schülerinnen und Schüler mit besonderen Begabungen müssen wir mit ihren Talenten und Begabungen in den Blick nehmen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen Angebote zur Schulzeitverkürzung und Erweiterung des Lernangebotes. Diese Angebote müssen im Rahmen individueller Förderung gezielt ausgeweitet werden. Auch müssen wir uns Rahmenbedingungen genau ansehen und sie kontinuierlich verbessern. Individuelle und begabungsgerechte Förderung muss nachhaltig in der Schule und bei allen am Schulleben Beteiligten verankert werden. Lehrerinnen und Lehrer, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler brauchen dabei unsere Unterstützung.

Daher stimme ich dem Antrag der Regierungsfractionen in dem Bewusstsein zu, dass hier etwas Entscheidendes zum Wohle unserer Kinder und Jugendlichen getan wird.

Ich werde im Herbst ein entsprechendes Konzept zur Begabtenförderung im Kontext individueller Förderung vorlegen, in dem die von mir genannten Eckpunkte aufgegriffen und in einem Orientierungsrahmen zusammengestellt werden. Darüber hinaus werde ich die Planung der nächsten Schritte in diesem Arbeitsfeld vorlegen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss bitte noch auf einige Bemerkungen meiner Vorrednerinnen eingehen.

Liebe Frau Stotz, Sie haben eben gefragt, ob wir überhaupt die Ressourcen haben. Ich glaube, wir haben an vielen Stellen sehr deutlich gemacht, dass wir gerade im Hauptschulbereich und im Grundschulbereich enorme Anstrengungen unternommen haben, um hier Lehrerstellen zu belassen: 500 Lehrerstellen im Hauptschulbereich, 600 Lehrerstellen im Grundschulbereich. Ich meine, das ist eine Menge und auch Ihrer Würdigung wert.

(Beifall von CDU und FDP)

Dann fragen Sie auch so nett: Wie wollen Sie denn vorgehen mit Ihrer individuellen Förderung, die Sie jetzt neu im Gesetz verankert haben? – Sie sollten wissen: Dass wir das jetzt neu im Gesetz verankert haben, ist richtig. Aber den Auftrag zur individuellen Förderung gibt es schon ganz lange. Der ist in ganz vielen Lehrplänen und Richtlinien etabliert. Aber es ist nie etwas getan worden. Jetzt, meine Damen und Herren, tun wir etwas.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Ministerin Sommer. – Für die SPD spricht nun noch der Abgeordnete Link. Bitte schön.

Sören Link¹⁾ (SPD): Frau Präsidentin! Frau Ministerin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sie haben gerade so schön geschlossen: Sie tun jetzt etwas, Frau Sommer. Da war ich ganz überrascht: Es würde mich im Bildungsbereich völlig irritieren, wenn gerade von CDU und FDP einmal mehr käme als nur Antragslyrik. Bis jetzt jedenfalls habe ich davon auch in den Redebeiträgen meiner beiden geschätzten Vorrednerinnen der Regierungsfractionen nicht viel mitbekommen.

(Zuruf von Holger Ellerbrock [FDP] – Gegenruf von der SPD: Herr Ellerbrock, immer ruhig bleiben!)

– Ach, Herr Ellerbrock! Dazu komme ich gleich noch.

Sie haben gerade so schön gesagt, Sie stellen den Leitgedanken der individuellen Förderung heraus. Das hat auch der Ministerpräsident getan. Das ist richtig. Aber spannend wird es erst dann, wenn es darum geht: Wie setzen Sie es um? Was machen Sie wirklich konkret? Da gibt der Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion leider sehr wenig her. Ich komme gleich noch auf die Details.

Wie Sie gerade so schön ein differenzierteres Bild eingefordert haben – das fordere ich auch immer wieder, meistens leider vergeblich –, möchte ich nur erwähnen: Es wäre schon schön, wenn auch Sie von der jetzigen Regierung einfach einmal zur Kenntnis nehmen würden, dass wir in diesem Bereich nicht 39 Jahre beziehungsweise zehn Jahre lang gar nichts getan haben, sondern durchaus etwas fabriziert, hingelegt und geschaffen haben. Frau Stotz hat gerade darauf hingewiesen. Beispielsweise ist das Institut in Münster nicht erst in den letzten Tagen geschaffen worden; das gibt es schon ein paar Tage länger.

Also: Individuelle Förderung ist gut und richtig. Darauf kann man sich sicherlich verständigen. Da sind wir auch alle beieinander. Das stand auch schon im Großen und Ganzen als Auftrag im rot-grünen Gesetz. Wir haben bereits gehandelt.

(Rudolf Henke [CDU]: Das ist abgelehnt worden!)

– Bleiben Sie doch ruhig! – Der Unterschied zwischen Ihnen und uns ist: Sie wollen etwas, wir haben etwas getan.

(Lachen von der FDP)

– Ja, das ist so. Da können Sie ruhig lachen, Frau Pieper. – Wenn ich mir einmal anschau, wie das denn in Ihrer Realität aussieht, dann muss ich allerdings sagen, dass ich größte Bedenken habe, wenn es bei Ihnen um individuelle Förderung geht.

(Beifall von der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Wo leben Sie denn?)

Sie bauen die Durchlässigkeit nach oben im neuen Schulgesetz massiv ab.

(Beifall von den GRÜNEN)

Da können Sie den Hauptschüler noch so sehr individuell fördern: Mit Ihrem neuen Schulgesetz wird er kaum noch eine Chance haben, aufs Gymnasium zu gehen. Deswegen bauen Sie die Durchlässigkeit ab.

(Ralf Witzel [FDP]: Aus!)

Das konterkariert den Gedanken individueller Förderung.

Sie setzen bei den Ganztags Hauptschulen – ein gutes Programm, durchaus – völlig falsche Prioritäten. Ich kann nur das Beispiel meiner Heimatstadt nehmen: Da gibt es genügend Hauptschulen, bei denen das Ganztagsprogramm mit Sicherheit sehr gut aufgehoben wäre, in denen sehr viele Schüler einen Bedarf dafür haben. Drei

Hauptschulen in Duisburg werden an diesem Programm teilnehmen.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist doch besser als Null!)

– Drei, Herr Witzel!

(Zuruf von der SPD: Eine in Essen!)

Ich frage mich, wo im Lande bei den anderen Standorten, die Ganztags Hauptschulstandorte werden, die schwierigen Standortbedingungen sind.

Drittes Stichwort: Schuleingangsphase. Bislang war es so, dass Klasse 1 und 2 jahrgangsübergreifend unterrichtet werden konnten. Sie ermöglichen nun auch wieder den jahrgangsgetrennten Unterricht. Auch da machen Sie beim Stichwort „individuelle Förderung“ im Grunde wieder einen Schritt zurück. Das ist wirklich bedauerlich. Aber Anspruch und Wirklichkeit klaffen bei Ihnen eben immer noch ziemlich deutlich auseinander.

Sie haben blumige Worte gefunden, aber zu den ganz konkreten Fragen, wie individuelle Förderung künftig möglich werden soll, wie die Lehrerbildung künftig gestaltet werden soll, wie die Lehrerfortbildung künftig gestaltet werden soll, wie der Unterricht ablaufen soll und wie er gestaltet werden soll, wie der Schulleiter sicherstellen soll, dass Kinder individuell gefördert werden können, dazu haben Sie nichts gesagt. Das bedauere ich außerordentlich. Das entspricht dem, was ich bislang im Schulbereich von Ihnen geboten bekommen habe. Hinter der Prosa des Antragstextes ist nicht viel Fleisch am Knochen.

Abschließend möchte ich sagen: Individuelle Förderung ist gut. Aber wenn es zum Schwur kommt, erkennt man ganz schnell, worum es gerade der FDP wirklich geht. Ich habe zum Spaß die Zeit gestoppt, wie lange Frau Kastner und vor allen Dingen Frau Pieper-von Heiden gebraucht haben, bis Sie von „Sehr geehrte Damen und Herren“ beim Stichwort Hochbegabung angekommen waren.

(Zuruf von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Frau Kastner hat 53 Sekunden dafür gebraucht, Frau Pieper ganze rekordverdächtige 35 Sekunden. Da erkennt man schon ganz gut, worum es Ihnen geht, wenn Sie über individuelle Förderung reden: Sie meinen gar nicht alle, Sie meinen gar nicht die Breite, Sie meinen gar nicht die 25 % der Problemgruppe von Pisa, Sie meinen gar nicht die, die wirklich Bedarf haben. Sie meinen insbesondere die, die an der Spitze stehen, die Hochbegabten, die 2 bis 3, von mir aus auch 5 %, die

mit Sicherheit der Förderung bedürfen. Das ist überhaupt keine Frage. Aber wir müssen, wenn wir über individuelle Förderung reden – Frau Beer hat gerade darauf hingewiesen –, unseren Blick auch auf die richten, die die Breite der Schülerschaft darstellen, und unseren Blick vor allen Dingen auf die richten, die am unteren Ende der Kompetenzskala liegen; denn die haben individuelle Förderung wirklich nötig. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Link. – Frau Pieper-von Heiden kommt jetzt noch einmal.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Link, Frau Stotz, auch Frau Beer: Ich habe geahnt, welchen fachlichen Unfug – wenn ich das einmal so sagen darf – Sie hier produzieren und mir deswegen mit Bedacht noch ein bisschen Zeit gelassen.

(Lachen von der SPD)

Dieser Antrag heißt „Begabungsförderung im Kontext individueller Förderung“. Um es einmal deutlich zu machen: Begabungsförderung ist sozusagen eine Unterabteilung individueller Förderung. Individuelle Förderung betrifft alles. In der Vergangenheit haben Sie zwar wahrgenommen, weil es einfacher festzustellen ist, dass es auch Kinder mit Lernschwierigkeiten und auch mit Behinderungen gibt, die eine Sonderpädagogik benötigen. Was Sie über Jahrzehnte vernachlässigt haben, ist, zu erkennen, dass es Kinder mit Talenten gibt, die aber verkümmern, wenn man sie eben nicht weiterentwickelt.

(Beifall von der FDP – Sören Link [SPD]:
Gehören Sie dazu, Herr Witzel?)

Wir sind alle der Meinung, dass wir uns das nicht leisten können und dass wir das auch den Kindern nicht antun dürfen.

Wenn Sie sagen, dass die Lehrerbildung nicht auf individuelle Förderung vorbereitet hat, dann haben Sie Recht. Das haben Sie über Jahrzehnte nicht getan. Deswegen ist es auch so notwendig, eine Veränderung, eine Reform der Lehrerbildung hinzubekommen. Sie haben es über Jahrzehnte nicht geschafft.

Frau Stotz, ein Wort zu den Ressourcen: Eine andere Lehrerbildung ist nicht teurer, sie ist nur anders und wirksamer. Das muss an dieser Stelle einmal ganz deutlich gesagt werden.

(Beifall von FDP und CDU)

Was Ihre vermeintliche Begabtenförderung der letzten Jahren betrifft – Sie haben in der Tat Sommerakademien und solche Dinge in die Wege geleitet –, muss man sagen:

Diese Dinge wirken nur dann, wenn ihnen ein anderer Unterricht vorausgeht. Sommerakademien, außerschulische Maßnahmen bewirken nichts anderes als einen tiefen Absturz besonders begabter Schüler beim Unterrichtsvormittag, wenn nicht auch der geändert wird. Das ist erwiesen. Das brauchen wir nicht erst festzustellen. Das ist so.

Deswegen: Sommerakademien sind zwar sehr gut – wir wollen sie fortsetzen –, außerschulische Maßnahmen sind hervorragend, aber sie führen nur dann zum Ziel, wenn wir den Unterrichtsvormittag verändern.

Wenn wir unseren Lehrern und den Erzieherinnen in den Kindertagesstätten in der Ausbildung Diagnosekompetenz vermitteln, wenn wir sie in die Lage versetzen, individuell fördern zu können, dann wird die Förderung auch besonders begabter oder weniger begabter Kinder automatisch erfolgen. Die einen Kinder benötigen eine individuelle Förderung, weil sie Defizite haben. Andere Kinder benötigen eine individuelle Förderung, weil sie besondere Begabungen haben.

Weil sie einen persönlichen Anspruch darauf haben, haben wir gesagt: Wir wollen alle Talente unserer Kinder achten und weiterentwickeln. Jedes Kind soll sich künftig in der Schule zu Hause fühlen, ob es schwach begabt, normal begabt, mittelmäßig, hochbegabt oder besonders begabt ist.

Noch ein kurzes Wort zu den Zahlen: Wir sprechen in diesem Antrag überhaupt nicht von Prozentsätzen. Wir sprechen im Übrigen auch nicht von den 2,7 %, sondern wir sprechen von Begabungsförderung. Das ist im Übrigen etwas anderes als Begabtenförderung. Begabungsförderung setzt am einzelnen Talent des Kindes an, das in unterschiedlichen Bereichen vorhanden sein kann. Begabtenförderung ist weitergehend. Dahin müssen wir auch noch kommen. Aber die Begabungsförderung schließt automatisch ein und bringt zum Ausdruck, dass wir jedes Kind bei seinen Fähigkeiten, aber auch bei seinen Defiziten nehmen wollen.

Da Sie in den letzten Jahren in der Lage waren, Defizite bei Kindern einigermaßen zu identifizieren, aber das andere vernachlässigt haben, haben wir mit diesem Antrag den notwendigen Akzent gesetzt. Wir wollen das, was Sie über viele Jahre versäumt haben, endlich nachholen, um das Bild von Bildung, von Schule insgesamt zu

komplettieren. Da hat es nämlich eine dramatische Lücke gegeben. Die schließen wir mit diesem Antrag. Wir machen uns auf den Weg, nun auch Begabte zu fördern, was Sie lange Jahre überhaupt nicht wollten; das haben uns die Lehrer in den Schulen immer wieder bestätigt. Sie hatten Angst, sozusagen Extrawürste zu braten für Kinder, die einen anderen Anspruch hatten, die einfach einen anderen Lernstoff brauchten, weil das nicht goutiert wurde. So war es in der Vergangenheit.

Präsidentin Regina van Dinther: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Noch ein Wort zu den Ressourcen, die Kinder in Anspruch nehmen: Besonders begabte Kinder sind, wenn sie gefördert werden, nicht teurer, sie kosten nicht mehr, sie kosten weniger. Sie kosten weniger, weil sie schneller mit der Ausbildung fertig werden, weil sie keinen zusätzlichen Förderunterricht benötigen. Sie benötigen nicht den Förderunterricht in der Form, wie wir ihn bisher kennen. Sie benötigen eine Förderung in der Weise, dass man ihnen andere Aufgaben gibt. Dann marschieren sie ganz von alleine. So ist das.

Mit Ihren Debattenbeiträgen haben Sie heute nichts anderes kundgetan, als dass Sie von dem Thema so gut wie keine Ahnung haben.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Pieper-von Heiden. – Frau Beer hat nun noch das Wort.

Sigrid Beer^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Frau Pieper-von Heiden, wenn Sie mehr reden, wird es auch nicht besser. Das ist auch noch einmal festzustellen.

Ich habe Ihren Antrag mitgebracht. Da steht: „Begabungsförderung im Kontext individueller Förderung“.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Genau!)

Das ist schon die Tautologie, die Sie hier lostreten.

(Widerspruch von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Individuelle Förderung ist dann wie Begabungsförderung. Nur: Zu dieser individuellen Förderung legen Sie eben kein Konzept vor – das ist ja das Interessante –, sondern Sie – das ist in Ihrem Antrag sehr deutlich nachzuvollziehen – greifen an

verschiedenen Stellen wieder die besondere Begabung heraus. Diese Widersprüchlichkeit produzieren Sie in Ihrem gesamten Antrag.

Das ist ja das Tragische. Ich habe Ihnen doch sehr deutlich gesagt: Chance verpasst! Sie haben die Chance verpasst, ein individuelles Förderkonzept in der Breite vorzulegen. Genau das tun Sie nicht. Da hilft es auch nicht, wenn Sie hier um den heißen Brei herumreden und anderen Unfug unterstellen wollen. Bitte erst einmal in der eigenen Bude aufräumen! Das ist ganz wichtig.

Ich möchte dann noch darauf hinweisen, dass Sie in Ihrem Antrag eine zweite Struktur einziehen wollen. Auf der einen Seite zerschlagen Sie die Fortbildungsinstrumente und Fortbildungsorte, die wir im Augenblick mit dem Landesinstitut haben, anstatt dort zu innovieren und entsprechend den Schwerpunkt zu legen; das ist ganz deutlich. Auf der anderen Seite setzen Sie sich für eine ausgewählte Gruppe ein, für die besonders Begabten. Damit haben Sie Ihr altes Anliegen doch nur neu verpackt. Sie wollen eine spezielle Gruppe hervorheben, weil Sie es nicht leisten, für jedes Kind die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen. Davon verabschieden Sie sich hiermit erst einmal für lange Zeit.

Wir werden gleich im Ausschuss noch weiter diskutieren, was Ihre Ausbildungsordnung heruntergebrochen auf die Grundschulen genau bedeutet. Denn mit jeder konkretisierten Maßnahme Ihres Schulgesetzes wird offensichtlich, wie es wirklich aussehen wird: dass wir zu einer weiteren Spaltung kommen, dass Sie auf der einen Seite privilegieren und auf der anderen Seite Benachteiligung nicht ausgleichen, dass Sie vor allen Dingen keinen Blick für das einzelne Kind haben, auch nicht für diejenigen, die sie eben als die „normalen Kinder“ bezeichnet haben, die bei diesen Maßnahmen durch das Rost fallen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Beer. – Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zum Schluss der Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/2099 an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

**10 Gesund essen, bewusst leben lernen
Unverzichtbare Kulturtechnik Ernährungs-
und Verbraucherbildung**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2106

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben sich entgegen dem Ausdruck in der Tagesordnung inzwischen darauf verständigt, heute keine Beratung durchzuführen. Die Beratung soll nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrages Drucksache 14/2106** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** – federführend – und an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**, den **Ausschuss für Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** sowie an den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** mitberatend. Wer dieser Überweisungsempfehlung die Zustimmung geben kann, den bitte ich um das

Handzeichen. – Wer enthält sich? – Wer ist dagegen? – Dann ist diese Überweisung einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, das war die letzte Plenarsitzung vor den Sommerferien.

Ich wünsche Ihnen ganz viele sonnige und erholsame Stunden und Tage und hoffe, dass Sie alle auch eine politikfreie Zone für sich organisiert haben. Vielleicht lassen Sie Ihr Handy einfach zu Hause. Dann können wir sicherlich gut erholt die Arbeit nach den Ferien wieder aufnehmen; denn es gibt viel zu tun. Schöne Ferien!

(Allgemeiner Beifall)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:30 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.

Anlage zu Punkt 2 der Tagesordnung - Zweites Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (2. Schulrechtsänderungsgesetz)

Niederschrift

über die **namentliche Abstimmung** zum Änderungsantrag Drucksache 14/2166

| Lfd. Nr. | Name des Abgeordneten | Fraktion | Abstimmung | | Stimm- ent- haltung |
|-------------|---------------------------|----------|--------------|------|---------------------------|
| | | | ja | nein | |
| 1 | Frau Altenkamp | SPD | X | | |
| 2 | Frau Apel-Haefs | SPD | entschuldigt | | |
| 3 | Frau Asch | Grüne | x | | |
| 4 | Herr Aßbrock | CDU | | x | |
| 5 | Herr Becker, Andreas | SPD | x | | |
| 6 | Herr Becker, Horst | Grüne | x | | |
| 7 | Frau Beer | Grüne | x | | |
| 8 | Herr Dr. Behrens | SPD | x | | |
| 9 | Herr Dr. Berger | CDU | | x | |
| 10 | Herr Biesenbach | CDU | | x | |
| 11 | Herr Billmann | CDU | | x | |
| 12 | Herr Bischoff | SPD | x | | |
| 13 | Herr Börschel | SPD | entschuldigt | | |
| 14 | Herr Bollenbach | CDU | | x | |
| 15 | Herr Prof. Dr. Bollermann | SPD | x | | |
| 16 | Herr Prof. Dr. Bovermann | SPD | x | | |
| 17 | Herr Brakelmann | CDU | | x | |
| 18 | Herr Breuer | CDU | | x | |
| 19 | Herr Dr. Brinkmeier | CDU | entschuldigt | | |
| 20 | Herr Brockes | FDP | | x | |
| 21 | Frau Brüning | CDU | | x | |
| 22 | Frau Brunert-Jetter | CDU | | x | |
| 23 | Frau Brunn | SPD | x | | |

| Lfd. Nr. | Name des Abgeordneten | Fraktion | Abstimmung | | |
|-------------|-----------------------|----------|--------------|------|---------------------------|
| | | | ja | nein | Stimm- ent- haltung |
| 24 | Herr Burkert | CDU | | x | |
| 25 | Herr Clauser | CDU | | x | |
| 26 | Herr Deppe | CDU | | x | |
| 27 | Herr Dieckmann | SPD | x | | |
| 28 | Frau van Dinther | CDU | | x | |
| 29 | Frau Doppmeier | CDU | | x | |
| 30 | Herr Dr. Droste | CDU | | x | |
| 31 | Frau Düker | Grüne | x | | |
| 32 | Herr Einmahl | CDU | | x | |
| 33 | Herr Eiskirch | SPD | abwesend | | |
| 34 | Herr Ellerbrock | FDP | | x | |
| 35 | Herr Ellinghaus | CDU | | x | |
| 36 | Herr Engel | FDP | | x | |
| 37 | Herr Eumann | SPD | entschuldigt | | |
| 38 | Frau Fasse | CDU | | x | |
| 39 | Herr Fehring | CDU | | x | |
| 40 | Frau Fischer | SPD | x | | |
| 41 | Frau Freimuth | FDP | | x | |
| 42 | Herr Garbrecht | SPD | x | | |
| 43 | Herr Gatter | SPD | x | | |
| 44 | Frau Gebhard | SPD | x | | |
| 45 | Herr Giebels | CDU | | x | |
| 46 | Frau Gießelmann | SPD | x | | |
| 47 | Frau Gödecke | SPD | x | | |
| 48 | Frau Gottschlich | SPD | x | | |
| 49 | Herr Groschek | SPD | x | | |
| 50 | Herr Große Brömer | SPD | x | | |
| 51 | Herr Grunendahl | CDU | | x | |
| 52 | Herr Dr. Hachen | CDU | | x | |
| 53 | Frau Hack | SPD | x | | |
| 54 | Frau Hammelrath | SPD | x | | |
| 55 | Herr Haseloh | SPD | x | | |

| Lfd. Nr. | Name des Abgeordneten | Fraktion | Abstimmung | | |
|-------------|-----------------------|----------|--------------|------|---------------------------|
| | | | ja | nein | Stimm- ent- haltung |
| 56 | Frau Hendricks | SPD | x | | |
| 57 | Herr Henke | CDU | | x | |
| 58 | Herr Hilser | SPD | x | | |
| 59 | Herr Hollstein | CDU | | x | |
| 60 | Herr Dr. Horstmann | SPD | abwesend | | |
| 61 | Herr Hovenjürgen | CDU | | x | |
| 62 | Frau Howe | SPD | x | | |
| 63 | Herr Hüsken | CDU | | x | |
| 64 | Herr Jäger | SPD | entschuldigt | | |
| 65 | Herr Jarzombek | CDU | | x | |
| 66 | Herr Jörg | SPD | x | | |
| 67 | Herr Jostmeier | CDU | | x | |
| 68 | Herr Jung | SPD | abwesend | | |
| 69 | Herr Kaiser, Klaus | CDU | | x | |
| 70 | Herr Kaiser, Peter | CDU | | x | |
| 71 | Frau Kastner | CDU | | x | |
| 72 | Frau Keller | CDU | | x | |
| 73 | Herr Kemper | CDU | | x | |
| 74 | Herr Kern | CDU | | x | |
| 75 | Herr Keymis | Grüne | abwesend | | |
| 76 | Frau Kieninger | SPD | x | | |
| 77 | Herr Killewald | SPD | x | | |
| 78 | Herr Kleff | CDU | | x | |
| 79 | Herr Klein | CDU | | x | |
| 80 | Frau Klöpffer | CDU | | x | |
| 81 | Herr Knieps | CDU | | x | |
| 82 | Herr Körfges | SPD | x | | |
| 83 | Frau Koschorreck | SPD | x | | |
| 84 | Frau Kraft | SPD | x | | |
| 85 | Herr Kramer | SPD | x | | |
| 86 | Frau Krauskopf | SPD | x | | |
| 87 | Herr Kress | CDU | | x | |

| Lfd. Nr. | Name des Abgeordneten | Fraktion | Abstimmung | | Stimm- ent- haltung |
|-------------|-----------------------|----------|--------------|------|---------------------------|
| | | | ja | nein | |
| 88 | Herr Krüchel | CDU | | x | |
| 89 | Herr Kruse | CDU | | x | |
| 90 | Herr Kuhmichel | CDU | | x | |
| 91 | Herr Kuschke | SPD | abwesend | | |
| 92 | Herr Kutschaty | SPD | x | | |
| 93 | Herr Laumann | CDU | | x | |
| 94 | Herr Lehne | CDU | | x | |
| 95 | Herr Leuchtenberg | SPD | x | | |
| 96 | Herr Lienenkämper | CDU | | x | |
| 97 | Herr Lindner | FDP | | x | |
| 98 | Herr Link | SPD | x | | |
| 99 | Herr Dr. Linssen | CDU | entschuldigt | | |
| 100 | Frau Löhrmann | Grüne | x | | |
| 101 | Herr Löttgen | CDU | | x | |
| 102 | Herr Lohn | CDU | | x | |
| 103 | Herr Lorth | CDU | | x | |
| 104 | Herr Luckey | CDU | | x | |
| 105 | Herr Lux | CDU | | x | |
| 106 | Frau Meurer | SPD | x | | |
| 107 | Frau Milz | CDU | | x | |
| 108 | Herr Möbius | CDU | | x | |
| 109 | Frau Monheim | CDU | | x | |
| 110 | Herr Moron | SPD | x | | |
| 111 | Herr Müller | CDU | | x | |
| 112 | Frau Nell-Paul | SPD | x | | |
| 113 | Herr Ortgies | CDU | abwesend | | |
| 114 | Herr Dr. Orth | FDP | | x | |
| 115 | Herr Palmen | CDU | | x | |
| 116 | Herr Dr. Papke | FDP | | x | |
| 117 | Herr Peschkes | SPD | x | | |
| 118 | Herr Dr. Petersen | CDU | entschuldigt | | |
| 119 | Herr Pick | CDU | | x | |

| Lfd. Nr. | Name des Abgeordneten | Fraktion | Abstimmung | | |
|-------------|------------------------|----------|--------------|------|---------------------------|
| | | | ja | nein | Stimm- ent- haltung |
| 120 | Frau Pieper-von Heiden | FDP | | x | |
| 121 | Herr Post | CDU | | x | |
| 122 | Herr Preuß | CDU | | x | |
| 123 | Herr Priggen | Grüne | x | | |
| 124 | Herr Rasche | FDP | entschuldigt | | |
| 125 | Herr Ratajczak | CDU | | x | |
| 126 | Herr Reck | CDU | | x | |
| 127 | Herr Recker | CDU | | x | |
| 128 | Herr Remmel | Grüne | x | | |
| 129 | Herr Röken | SPD | x | | |
| 130 | Herr Römer | SPD | x | | |
| 131 | Herr Dr. Romberg | FDP | | x | |
| 132 | Herr Dr. Rudolph | SPD | entschuldigt | | |
| 133 | Frau Rühl | CDU | | x | |
| 134 | Herr Dr. Rüttgers | CDU | entschuldigt | | |
| 135 | Frau Ruff-Händelkes | SPD | x | | |
| 136 | Frau Ruhkemper | SPD | x | | |
| 137 | Herr Sagel | Grüne | x | | |
| 138 | Herr Sahren | CDU | | x | |
| 139 | Frau Schäfer | SPD | x | | |
| 140 | Herr Schartau | SPD | x | | |
| 141 | Herr Schemmer | CDU | | x | |
| 142 | Herr Schick | CDU | | x | |
| 143 | Herr Schittges | CDU | | x | |
| 144 | Herr Schmeltzer | SPD | x | | |
| 145 | Herr Schmitz | CDU | | x | |
| 146 | Herr Schroeren | CDU | | x | |
| 147 | Herr Schulte, Bernd | CDU | | x | |
| 148 | Herr Schulte, Hubert | CDU | | x | |
| 149 | Herr Schultheis | SPD | abwesend | | |
| 150 | Frau Schulze | SPD | x | | |
| 151 | Frau Schwarz-Schumann | SPD | x | | |

| Lfd. Nr. | Name des Abgeordneten | Fraktion | Abstimmung | | Stimm- ent- haltung |
|-------------|-----------------------------|----------|--------------|------|---------------------------|
| | | | ja | nein | |
| 152 | Herr Seel | CDU | entschuldigt | | |
| 153 | Frau Dr. Seidl | Grüne | x | | |
| 154 | Herr Sendker | CDU | | x | |
| 155 | Herr Sichau | SPD | x | | |
| 156 | Frau Sikora | SPD | x | | |
| 157 | Herr Solf | CDU | | x | |
| 158 | Herr Stahl | CDU | | x | |
| 159 | Frau Steffens | Grüne | x | | |
| 160 | Herr Prof. Dr.Dr. Sternberg | CDU | | x | |
| 161 | Herr Stinka | SPD | x | | |
| 162 | Herr Stotko | SPD | x | | |
| 163 | Frau Stotz | SPD | x | | |
| 164 | Herr Stüttgen | SPD | x | | |
| 165 | Frau Talhorst | SPD | x | | |
| 166 | Herr Tenhumberg | CDU | | x | |
| 167 | Frau Tillmann | SPD | x | | |
| 168 | Herr Töns | SPD | x | | |
| 169 | Herr Trampe-Brinkmann | SPD | x | | |
| 170 | Herr Tüttenberg | SPD | x | | |
| 171 | Herr Uhlenberg | CDU | | x | |
| 172 | Herr Unruhe | SPD | x | | |
| 173 | Frau Veldhues | SPD | x | | |
| 174 | Herr Dr. Vesper | Grüne | abwesend | | |
| 175 | Frau Walsken | SPD | x | | |
| 176 | Frau Watermann-Krass | SPD | x | | |
| 177 | Herr Weisbrich | CDU | | x | |
| 178 | Frau Westerhorstmann | CDU | | x | |
| 179 | Herr Westkämper | CDU | | x | |
| 180 | Frau Wiegand | SPD | x | | |
| 181 | Herr Wilp | CDU | | x | |
| 182 | Herr Wirtz, Axel | CDU | | x | |
| 183 | Herr Wirtz, Josef | CDU | | x | |

| Lfd. Nr. | Name des Abgeordneten | Fraktion | Abstimmung | | |
|-------------|-----------------------|--------------------|------------|----------|-------------------------------------|
| | | | ja | nein | Stim- m- ent- hal- tung |
| 184 | Herr Wißen | SPD | x | | |
| 185 | Herr Witzel | FDP | | x | |
| 186 | Herr Dr. Wolf | FDP | | x | |
| 187 | Herr Wüst | CDU | | x | |
| | ERGEBNIS | Gesamtsumme | Ja: 74 | Nein: 94 | 168 |
